

nordwest2050

Perspektiven für klimaangepasste Innovationsprozesse
in der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten

6. WERKSTATTBERICHT

Oktober 2010

Untersuchung der Wahrnehmung des Klimawandels im Alltag und seiner Folgen für Konsumverhalten und Vulnerabilität in der Nordwest-Region

Ergebnisse einer explorativen Studie

Ines Weller, Hanna Krapf, Diana Wehlau, Karin Fischer

Impressum

Herausgeber des Werkstattberichts:

Universität Bremen
artec | Forschungszentrum Nachhaltigkeit
Postfach 33 04 40
28334 Bremen
Tel.: 0421 218 61800
Fax.: 0421 218 98 61800
Web: www.artec.uni-bremen.de

Kontakt:

Prof. Dr. Ines Weller
E-Mail: weller@uni-bremen.de

Die vorliegende Publikation wurde im Rahmen des Forschungsverbundes ‚nordwest2050 – Perspektiven für klimaangepasste Innovationsprozesse in der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten‘ erstellt. Für den Inhalt sind die genannten Autorinnen und Autoren verantwortlich.

Bremen, 29. Oktober 2010

Inhaltsverzeichnis

0 Zusammenfassung	5
1 Einleitung	12
1.1 Hintergrund der Untersuchung	12
1.2 Zentrale Fragestellungen und Forschungsdesign	13
2 Stand der Forschung	14
2.1 Umwelteinstellungen und -verhalten in Zeiten des Klimawandels	14
2.1.2 Empirische Hinweise auf klimawandelbezogene Veränderungen der Umwelteinstellungen und des Umweltverhaltens	16
2.1.3 Zwischenfazit	20
2.2 Verteuerung von Energie, Mobilität und Ernährung	20
2.2.1 Preisentwicklung im Bereich Energie	21
2.2.2 Preisentwicklung im Bereich Mobilität	22
2.2.3 Preisentwicklung im Bereich Ernährung	23
2.2.4 Zwischenfazit	26
2.3 Konsumausgaben privater Haushalte	27
2.3.1 Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt	27
2.3.4 Zwischenfazit	32
2.4 Klimawandelbezogene Veränderungen des Konsums?	32
3 Methodisches Vorgehen: Qualitative explorative Studie	33
3.1 Fokusgruppen	33
3.2 Einzelinterviews	34
3.3 Analysekategorien der reduktiven Inhaltsanalyse	35
3.4 Untersuchungsgruppen	36

4 Empirische Ergebnisse	38
4.1 Empirische Erhebung I: Fokusgruppen	38
4.1.2 Wahrnehmung des Klimawandels im Alltag und persönliche Betroffenheit	39
4.1.2 Reaktionen auf den Klimawandel in den Konsumbereichen Ernährung, Energie und Mobilität	42
4.1.3 Verantwortung, Hindernisse und Potenziale für klimafreundlichen Konsum	47
4.1.4 Wahrnehmung der Preisanstiege und persönliche Betroffenheit	53
4.1.5 Reaktionen auf die Preisanstiege im Alltag	55
4.1.6 Einschätzung der Entwicklungsperspektiven	58
4.2 Empirische Erhebung II: Einzelinterviews	61
4.2.1 Wahrnehmung des Klimawandels	62
4.2.2 Anpassung an den Klimawandel	65
4.2.2.1 Vorbereitung auf den Klimawandel	65
4.2.3 Motivation und Hindernisse für klimafreundlichen Konsum im Alltag	69
4.2.4 Konsumverhalten im Bereich Ernährung	72
4.2.5 Clusterbezogene Fragen zu Ernährung	74
4.2.6 Konsumverhalten im Bereich Energie	79
4.2.7 Clusterbezogene Fragen zu Energie	81
4.2.8 Konsumverhalten im Bereich Mobilität	86
4.2.9 Auswirkungen der Preisentwicklungen	88
5 Reflexion der Methodik und weiterer Forschungsbedarf	91
6 Literaturverzeichnis	93
7 Anhang	97
7.1 Leitfaden Fokusgruppen	97
7.2 Leitfaden Einzelinterviews	98

Verzeichnisse

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Nennung von "Umweltschutz" als eines der wichtigsten Probleme in Deutschland, 1998 bis 2008 (in Prozent)	17
Abbildung 2: "Größtes Problem der Welt" - Nennungen von Deutschen, 2008 (in Prozent der Befragten)	18
Abbildung 3: Preisentwicklung Haushaltsenergie, 2003-2008	21
Abbildung 4: Preisentwicklung und Haushaltsmobilität, 2003-2008	23
Abbildung 5: Preisentwicklung Nahrungsmittel, 2003-2008	24
Abbildung 6: Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland, 1991-2008	28
Abbildung 7: Zusammensetzung der Konsumausgaben der privaten Haushalte, 2007	28
Abbildung 8: Anteil der Ausgaben privater Haushalte für die Bereiche Energie, Mobilität und Ernährung nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen, 2003	31
Abbildung 9: Anteil der Ausgaben privater Haushalte für die Bereiche Energie, Mobilität und Ernährung nach Haushaltstyp, 2003	31

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Aufwendungen privater Haushalte für Privaten Konsum nach Haushaltsnettoeinkommen und Haushaltstypen, 2003	30
Tabelle 2: Verantwortung für Anpassungsmaßnahmen	78
Tabelle 3: Verantwortung in der Ernährungswirtschaft	78
Tabelle 4: Akzeptanz gegenüber Anpassungsmaßnahmen	78

0 Zusammenfassung

Die Studie zur Wahrnehmung des Klimawandels im Alltag und seiner Folgen für Konsumverhalten und Vulnerabilität in der Nordwest-Region ist Teil des Forschungsverbundes „nordwest2050 - Perspektiven für klimaangepasste Innovationsprozesse in der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten“. Dieser Forschungsverbund wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Förderschwerpunktes „KLIMZUG – Klimawandel in Regionen“ unterstützt. Sein übergreifendes Ziel ist die Entwicklung einer regionalen Klimaanpassungsstrategie, für die auch herausgearbeitet wird, wie in der Region klimawandelbezogene Risiken reduziert und neue Chancen des Klimawandels genutzt werden können.

Ein Ausgangspunkt der Studie zur Wahrnehmung des Klimawandels im Alltag waren Untersuchungsergebnisse der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung und der Marktforschung, die auf eine zunehmende Bedeutung des Klimawandels für die Konsumententscheidungen privater Konsument/innen hinweisen (siehe Kap. 2.1.2; vgl. Krapf/Wehlau 2009). Danach steigt die Bereitschaft von Verbraucher/innen, klimagünstigere Angebote und Dienstleistungen zu bevorzugen und ihren direkten Ressourcenverbrauch zu reduzieren. Ein zweiter Ausgangspunkt war die in den letzten Jahren zu beobachtende Verteuerung vor allem energieintensiver Produkte und Dienstleistungen, aus der sich die Frage nach deren Folgen für (nachhaltigen) Konsum ableitet (siehe Kap. 2.1.2; vgl. Krapf/Wehlau 2009).

Vor diesem Hintergrund zielte die empirische Studie auf die Bestimmung klimawandelbezogener Veränderungen in den Konsummustern privater Verbraucher/innen und ihrer Folgen für nachhaltigen Konsum sowie für die Vulnerabilität der Nordwest-Region. Die zentralen Fragestellungen waren:

- Wie werden der Klimawandel und die Preisentwicklungen im Alltag von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen wahrgenommen?
- Wie reagieren sie darauf?
- Welche Akteure werden in der Verantwortung für Klimaschutz und Klimaanpassung angesehen?

Besonderes Interesse galt den drei Konsumbereichen Ernährung, Energie und Mobilität, da die drei Wirtschaftskluster Ernährung, Energie und Hafen/Logistik im Forschungsverbund „nordwest2050“ im Zentrum der Analyse stehen.

Methodisch war das Forschungsprojekt als explorative Studie angelegt. Sie setzte sich aus Fokusgruppen und Einzelinterviews zusammen, die mit drei unterschiedlichen Untersuchungsgruppen durchgeführt wurden. Dabei handelte es sich um die folgenden drei Gruppen, bei denen Unterschiede in ihrer Betroffenheit von der Klimawandeldebatte und von den Preisunterschieden angenommen wurden:

- „Umweltengagierte“: Mitglieder eines Umweltverbandes, bei denen eine überdurchschnittlich ausgeprägte Umweltorientierung und ein besonderes Interesse an Fragen des Klimawandels und des nachhaltigen Konsums erwartet wurden.
- „Familien mit erhöhtem Armutrisiko“: Alleinerziehende und Eltern aus Stadtteilen mit hoher Armutsrate, bei denen von einer besonders starken Betroffenheit durch die Preisanstiege ausgegangen wurde.
- „Vergleichsgruppe“: Chormitglieder und dessen soziales Umfeld, bei denen keine spezifischen Vorannahmen bezüglich der Umwelteinstellungen und des Haushaltseinkommens gemacht wurden.

Es wurden sechs Fokusgruppen mit insgesamt 39 Teilnehmer/innen und 12 Einzelinterviews durchgeführt. Während es in den Fokusgruppen vor allem um das breite Spektrum von Aussagen sowie um neue und unerwartete Aspekte zum Thema Klimawandel und Preisanstiege sowie die darauf bezogenen Reaktionen ging, dienten die Einzelinterviews zur Überprüfung bzw. Vertiefung der Aussagen aus den Fokusgruppen. Im Folgenden werden die Hauptergebnisse zusammengefasst.

Wahrnehmung des Klimawandels

Der Klimawandel als Referenzrahmen für beobachtete Umweltveränderungen

Als ein zentrales übergreifendes Ergebnis sind neue Erkenntnisse über klimawandelbezogene Wahrnehmungsmuster im Alltag hervorzuheben. Deutlich wurde, dass eine Fülle unterschiedlicher Beobachtungen und Erlebnisse im Alltag mit dem Klimawandel assoziiert werden. Er kann somit als eine Art Referenzrahmen für beobachtete Umweltveränderungen betrachtet werden. Damit einher ging allerdings auch Unsicherheit über die Bedeutung dieser subjektiven Wahrnehmungen und ihrer Aussagekraft über den Klimawandel. Insgesamt bieten die Ergebnisse Hinweise dafür, dass die Klimawandeldebatte im Alltag bereits eine gewisse Präsenz zu entfalten beginnt.

Unterschiedliche Einordnung der Klimawandeldebatte in den drei Gruppen

In der Einordnung der Debatte über den Klimawandel zeigten sich zwischen den drei Gruppen deutliche Unterschiede: Die Umweltengagierten nahmen die Diskussion um die globale Erwärmung als eine Art „Neuaufgabe“ im Diskurs um dringende Umweltprobleme wahr – wie zuvor schon Waldsterben, Atomkraft oder Globalisierungsthemen. Für die Familien mit erhöhtem Armutsrisiko und die Vergleichsgruppe bedeutete die Klimawandeldebatte hingegen eher ein „eigenes“ bzw. ein „neues“ Thema. Darüber hinaus ist bemerkenswert, wie im Folgenden noch weiter diskutiert wird, dass diese Unterschiede Konsequenzen für die Bedeutung der Klimawandeldebatte für das eigene Konsumverhalten haben.

Spürbare Auswirkungen des Klimawandels erst für zukünftige Generationen

Als weiteres übergreifendes Ergebnis lässt sich festhalten, dass mit spürbaren Auswirkungen des Klimawandels erst für die nächste oder übernächste Generation gerechnet und das eigene Lebensumfeld als wenig gefährdet eingeschätzt wird. Damit werden andere Ergebnisse bestätigt, nach denen der Klimawandel überwiegend als potenzielle Bedrohung wahrgenommen wird (siehe z.B. BMU 2008: 25f, Europäische Kommission 2008: 5ff, Europäische Kommission 2009: 6ff).

Klimaanpassung kaum als bedeutsam für individuelles Handeln wahrgenommen

Grundlegend neue Erkenntnisse wurden in Hinblick auf die Bedeutung von Klimaanpassungsmaßnahmen im Alltag der Befragten gewonnen. Dabei wurde deutlich, dass die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung in der Wahrnehmung nicht scharf voneinander getrennt werden. Erst bei genauerem Nachfragen war erkennbar, dass die Verantwortung für Anpassungsmaßnahmen vor allem bei der Politik – und etwas weniger stark – bei der Wirtschaft gesehen wurde. Für das eigene Alltagshandeln auf individueller Ebene sahen die Befragten dagegen keine Anpassungsnotwendigkeit und -möglichkeit.

Klimawandel und Konsumverhalten

Klimawandel: neue Impulse für das Nachfrageverhalten nur in einer Gruppe

Mit Blick auf die übergreifende Fragestellung des Forschungsprojekts nach den Auswirkungen des Klimawandels auf das Konsumverhalten ist bemerkenswert, dass nur von den Mitgliedern der Vergleichsgruppe die Klimawandeldebatte explizit als Impuls für Veränderungen ihres Konsumverhaltens angeführt wurde. Dies erscheint deswegen bedeutsam, da die Befragungsergebnisse Hinweise dafür bieten, dass die Mitglieder dieser Gruppe sowohl in ihren Umwelteinstellungen als auch in Hinblick auf ihre sozioökonomische Situation eher im gesellschaftlichen Mainstream liegen. Insofern schließt sich hier die Frage an, ob es sich dabei um eine für klimawandelbezogene Veränderungen des Konsumverhaltens gut ansprechbare Gruppe handelt. Für die beiden anderen Gruppen ließen sich dagegen keine Hinweise für explizit klimawandelbezogene Veränderungen des Konsumverhaltens erkennen. Hauptgründe hierfür waren bei den Umweltengagierten ihre langjährigen Umweltorientierungen bzw. bei den Familien mit erhöhtem Armutsrisiko fehlende ökonomische (und zeitliche) Spielräume.

Vielzahl selbstberichteter konsumbezogener Klimaschutzaktivitäten im Alltag

Auch wenn nur von einem kleinen Teil Veränderungen ihres Konsumverhaltens explizit auf den Klimawandel zurückgeführt wurden, schilderte die Mehrzahl der Befragten klimabezogene Aktivitäten in ihrem Alltag in allen drei Konsumbereichen. Diese wiesen sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede in Art und Umsetzungstiefe innerhalb und zwischen den drei Gruppen auf.

Ernährung: Präferenz saisonaler und regionaler Produkte, Ambivalenz gegenüber Bio-Produkten

Den Aussagen aller Befragten war eine deutliche Bevorzugung regionaler und saisonaler Produkte zu entnehmen, die zum Teil auch mit Klimaschutz begründet wurde. Bio-Produkten wurde dagegen nur ein geringerer Stellenwert eingeräumt. Es zeigte sich zudem eine gewisse Ambivalenz gegenüber Bio-Produkten: Auf der einen Seite gelten sie als Stellvertreter für umweltbewusste und gesunde Ernährung, auf der anderen werden ihre bessere Umweltverträglichkeit und gesundheitlichen Vorteile in Frage gestellt. Verstärkt wird dieses Misstrauen noch dadurch, dass Bio-Produkte im Vergleich zu konventionellen Produkten als deutlich teurer wahrgenommen werden. Ähnliche Ergebnisse zeigten sich auch in anderen Studien (UBA 2009c: 33f, WENKE 2008: 27, WENKE 2009).

Die Aussagen über die hohe Bedeutung regionaler, saisonaler und biologischer Lebensmittel bei den Befragten erstaunen zunächst angesichts ihres anhaltend eher geringen Marktanteils von beispielsweise Bioprodukten, der in Deutschland im Jahr 2009 bei 3.1% lag (BÖLW 2010). Hier ist zu berücksichtigen, dass bei der vorliegenden Studie keine konkreten Anteile regionaler, saisonaler oder biologischer Nahrungsmittel am gesamten Nahrungsmittelkonsum erhoben wurden, es handelte sich vielmehr um allgemein gehaltene Selbsteinschätzungen. Zugleich sind diese Ergebnisse aber auch als Hinweis für die fehlende Transparenz und Kennzeichnung insbesondere regionaler Produkte zu verstehen, die von den Befragten ebenfalls deutlich kritisiert bzw. von ihnen entsprechende Kennzeichnungspflichten gefordert wurden.

Energie: einerseits höchstes Einsparpotenzial, andererseits Vielzahl an Umsetzungshindernissen

Der Energiebereich wurde auch in dieser Studie als derjenige Bereich mit dem höchsten Einsparpotenzial sowohl in Hinblick auf monetäre als auch auf natürliche Ressourcen angesehen und damit - wie auch von anderen Studien bestätigt (siehe z.B. BMU 2006 und 2008) - als ökologisch-ökonomische win-win-Situation wahrgenommen. In diesem Bereich wurde auch eine große Handlungsbereitschaft für Einsparmaßnahmen formuliert. Darüber hinaus konnten weiterführende Erkenntnisse über die Umsetzungshemmnisse des Energiesparens im Alltag gewonnen werden. Hierzu gehört, dass aus Sicht der Befragten die Erwartungen über die finanziellen Entlastungen der Energiesparaktivitäten nicht erfüllt wurden. Ein weiteres deutliches Hemmnis ist der hohe Aufwand zur Klärung der Rahmenbedingungen insbesondere für weit reichende Investitionen wie z. B. energetische Sanierungsmaßnahmen oder die Installation von Solar- oder Photovoltaikanlagen. Vor allem in der Vergleichsgruppe wurden Energie-sparmaßnahmen außerdem mit Komfortverlust verbunden.

Zentrale Haushaltsgerätesteuerung: eher Skepsis wegen Datenschutzproblemen und Verlust an Autonomie

Bezogen auf die Einschätzung der im Moment viel diskutierten intelligenten Stromnetze („smart grids“) und der damit verbundenen zentralen Haushaltsgerätesteuerung zeigte sich bei den meisten Befragten wegen möglicher Datenschutzprobleme und eines antizipierten Verlusts an Autonomie deutliche Skepsis. Die Möglichkeit der eigenen externen Steuerung von Haushaltsgeräten z. B. über ein Mobiltelefon wurde hingegen eher befürwortet.

Wahrnehmung von Ökostrom als (zu) teuer

Als ein weiteres übergreifendes Ergebnis dieser Studie ist auf eine deutliche Ambivalenz der Befragten gegenüber Ökostrom hinzuweisen. Auf der einen Seite wird mehrheitlich der Ausbau regenerativer Energien befürwortet, auf der anderen Seite gilt Ökostrom als (zu) teuer, wird die Preisdifferenz zwischen konventionellem und Ökostrom als höher wahrgenommen als sie es ist. Auch von anderen Studien wird als Diffusionshemmnis für Ökostrom die Wahrnehmung seines Preises bestätigt (WENKE 2008: 24).

Mobilität als der Bereich mit den größten Hemmnissen für weit reichende Veränderungen

Mobilität lässt sich auch nach den Ergebnissen der vorliegenden Studie als der Konsumbereich mit den größten Hemmnissen für weit reichende Veränderungen einschätzen (vgl. u. a. GfK 2007, TNS Infratest Politikforschung 2008). Gleichzeitig lassen sich aber auch Hinweise dafür erkennen, dass insbesondere vor dem Hintergrund steigender Kraftstoffpreise energieeffizientere automobiler Nutzungsmuster beispielsweise durch den Verzicht auf Kurzstrecken oder Geschwindigkeitsbegrenzungen stärker als in der Vergangenheit in Erwägung gezogen werden und technologische Innovationen im Automobilsektor

auf steigendes Interesse und Kaufbereitschaft stoßen.

Darüber hinaus zeigte sich, dass im Mobilitätsbereich besonders starke Abwägungsprozesse eine wichtige Rolle spielen. Die (schwierige) Entscheidung für oder gegen eine bestimmte Mobilitätsform wurde dabei von den Mitgliedern der drei Gruppen jeweils unterschiedlich begründet und die unterschiedlichen Einflussfaktoren jeweils unterschiedlich gewichtet: Bei den Umweltengagierten wurde eine „Moralisierung“ des eigenen Verhaltens deutlich. Aufgrund des eigenen Anspruchs, konsequent ressourcenschonend mobil zu sein, diesem jedoch wegen anderer Einflussfaktoren (wie z. B. Zeit, Geld oder Bequemlichkeit etc.) nicht durchgängig gerecht werden zu können, wurde wiederholt von einem „schlechten Gewissen“, von „Sünden“ oder „Schwächen“ gesprochen. Bei den Frauen mit erhöhtem Armutsrisiko hingegen standen bei den Abwägungsprozessen dagegen eher Zeit und Geld im Vordergrund. In der Vergleichsgruppe wiederum spielten verschiedene Faktoren in die Entscheidung für ein bestimmtes Fortbewegungsmittel hinein. Hierbei wurde zum Teil auch explizit der Klimawandel als Grund für Verhaltensänderungen z.B. den Umstieg vom Auto auf das Fahrrad angeführt.

Die empirischen Daten legen nahe, dass aus Sicht der Befragten ihr aktuelles Mobilitätsverhalten das unter den heutigen Rahmenbedingungen und unter Abwägung der zahlreichen Einflussfaktoren subjektiv Machbare darstellt. Für weitergehende Veränderungen wurde von allen drei Gruppen der qualitative und quantitative Ausbau des ÖPNV gefordert, die Alleinerziehenden erhoben zudem die Forderung nach einer kostenlosen Nutzung des ÖPNV für schulpflichtige Kinder.

Konsumentensicht auf Innovationen in den Clustern des Forschungsverbunds „nordwest2050“

Die Erhebungsergebnisse bieten zudem Einschätzungen und Hinweise aus Konsumentenperspektive für die Richtung und Ausgestaltung von Innovationen in den drei Clustern Ernährung, Energie und Hafenwirtschaft/Logistik des Forschungsverbunds „nordwest2050“:

Cluster Ernährung

Aufgrund des Interesses der Teilnehmenden an regionalen und saisonalen Produkten, der - besonders auch im Kontext des Klimawandels - positiven Bewertung derselben hinsichtlich ihrer Emissionsbilanz sowie der explizit geforderten besseren oder deutlicheren Kennzeichnung dieser Produkte, könnte ein Potenzial für die Ernährungswirtschaft der Metropolregion in einer optimierten Kennzeichnung regionaler Produkte und einem präserteren und intensiveren Marketing derselben liegen.

Cluster Energie

Im Bereich Energie lassen die Aussagen der Teilnehmenden auf eine besonders hohe Bereitschaft zur Umsetzung ressourcensparender Innovationen schließen. Von allen Gruppen wurden ein großes Interesse und eine hohe Bereitschaft für Maßnahmen zur Energieeinsparung geäußert. So wurde auch die potenzielle Möglichkeit der eigenen Energieerzeugung sehr positiv bewertet. Hierfür wäre es aber nach den empirischen Ergebnissen außerordentlich wichtig, die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für das Erschließen dieses Potenzials genauer zu klären, um den von den meisten als sehr hoch empfundenen Aufwand zur Bearbeitung der schwer durchschaubaren Fülle an Informationen und Ratgebern zu reduzieren.

Cluster Hafenwirtschaft/Logistik - Konsumbereich Mobilität

Im Bereich Mobilität formulierten alle Gruppen übereinstimmend die vehemente Forderung nach einem qualitativen und quantitativen Ausbau des ÖPNV sowie nach einer schnelleren Marktzugänglichkeit technischer Innovationen.

Konsum im Spannungsverhältnis von Klimawandel und Preisanstiegen

In Hinblick auf den Einfluss der Intensivierung der Klimawandeldebatte auf das Konsumverhalten ist zunächst festzuhalten, dass diese im Alltag bei der Mehrzahl der Befragten nur bedingt handlungsleitend wirkt, wobei dies in den drei Gruppen auf unterschiedliche Gründe zurückgeführt werden kann. Weiterhin zeigten sich vor dem Hintergrund der unterschiedlichen ökonomischen Situation der drei Gruppen deutliche Unterschiede in der persönlichen Betroffenheit durch die Preisanstiege und ihre Folgen für (nachhaltigen) Konsum.

Unterschiedliche Reaktionen auf den Klimawandel und die Preisanstiege in den drei Gruppen

Die Umweltengagierten sehen durch den Klimawandel bzw. durch die Intensivierung der Klimawandeldebatte keine neuen Impulse für Verhaltensänderungen, sondern fühlen sich vielmehr in ihrer nachhaltigen Lebensweise bestätigt und bestärkt. Die Preisanstiege scheinen sich nicht auf ihre Nachfrage nach ökologischen und energieeffizienten Produkten auszuwirken. Wenn überhaupt unterstützen diese im Energiebereich ihr Bestreben, Energie zu sparen im Sinne eines „weniger konsumieren“.¹ Die Umweltengagierten vermitteln den Eindruck einer „Öko-Avantgarde“, zugleich zeigen sich auch bei ihnen Konflikte zwischen (Umwelt-)Einstellungen und Verhalten.

Die Klimawandeldebatte beeinflusst dagegen kaum das Konsumverhalten bei der Mehrzahl der Familien mit erhöhtem Armutsrisiko und wirkt sich auch nicht erkennbar auf die Nachfrage nach ökologisch optimierten Produkten aus. In dieser Gruppe zeigt sich jedoch eine stark kostengetriebene Reduzierung des Verbrauchs an direkten Ressourcen, insofern bewirken die Preisanstiege verstärkte Bemühungen eines nachhaltigen Konsums im Bereich „weniger konsumieren“. Diese Gruppe gehört damit eher zu einer „unfreiwilligen Öko-Avantgarde“, die gezwungenermaßen ihren direkten Ressourcenverbrauch in den Konsumbereichen Energie und Mobilität reduziert.

Einzig in der Vergleichsgruppe wurden neue Impulse für Veränderungen in den Konsummustern explizit auf die Klimawandeldebatte zurückgeführt. Damit wurden sowohl Veränderungen auf der Ebene „anders konsumieren“ als auch „weniger konsumieren“ begründet, wobei der Klimawandel in den Kontext des Zusammenspiels vielfältiger Einflussfaktoren (wie z.B. Ressourcenschutz, Gesundheit, Zeit, Komfort und Geld) gestellt wurde. Die Preisanstiege wurden auch in dieser Gruppe als Impuls zur Reduzierung des Verbrauchs an direkten Ressourcen eingeschätzt.

Wie schon erwähnt, verdeutlichen die Ergebnisse der Erhebung zudem, dass alle drei Gruppen einen ganz eindeutigen Fokus auf Klimaschutz und nicht auf Klimaanpassung im Rahmen ihres persönlichen Konsumverhaltens hatten: Insgesamt fanden sich kaum Hinweise für Maßnahmen der persönlichen Anpassung an den Klimawandel im Alltag der Teilnehmenden.

Klimawandel, Konsum und die Vulnerabilität der Region

Die empirischen Ergebnisse lassen Aussagen für die Vulnerabilität der Region auf unterschiedlichen Ebenen zu. Das betrifft zum einen die Frage nach dem Verhältnis zwischen Klimawandeldebatte, Preisanstiegen und (nachhaltigem) Konsum. Zum anderen umfassen sie Aussagen zu den möglichen Folgen des Klimawandels für die Attraktivität der Region und zur sozialen Kohäsion, die ebenfalls als bedeutsam für die Vulnerabilität der Region gelten können. Bemerkenswert an diesen Aussagen ist, dass sie von den Teilnehmenden selbst als neue Aspekte im Rahmen der Fokusgruppen und Befragungen eingebracht wurden.

Konsum in Zeiten des Klimawandels: eher anders als weniger konsumieren

Interessant für die Debatte über den Einfluss der Klimawandeldebatte auf nachhaltige Konsummuster sind erste Hinweise, dass die Klimawandeldebatte in der Wahrnehmung und bei den Assoziationen der Befragten zunächst überwiegend auf die Ebene „anders konsumieren“ bezogen wurde. Hintergrund ist die überwiegende und konsumbereichsübergreifende Wahrnehmung in allen drei Gruppen, dass ökologische oder/und klimaschonendere Produkte und Dienstleistungen teurer als konventionelle sind. Insofern gilt die Integration ökologischer und/oder klimawandelbezogener Anforderungen in das Konsumverhalten als stark beeinflusst von den ökonomischen Spielräumen. Die andere Ebene nachhaltigen Konsums „weniger konsumieren“ wird dagegen eher auf den direkten Verbrauch natürlicher Ressourcen insbesondere in den Bereichen Mobilität und Energie und die Verknüpfung ökologischer mit ökonomischen Zielen bezogen und weniger explizit in den Zusammenhang eines klimaschonenden Konsumverhaltens gestellt.

¹ In der Forschung zu nachhaltigem Konsum wird zwischen zwei Elementen unterschieden: Umsteuerung der Nachfrage nach ressourceneffizienten und umweltschonenden Produkten und Dienstleistungen („anders konsumieren“) und die Senkung des Konsumniveaus („weniger konsumieren“) (vgl. z.B. Weller 2008).

Vulnerabilität der Region: derzeit kein Einfluss durch klimawandelbezogene Veränderungen des Konsums erkennbar

Insgesamt lässt sich für alle drei Gruppen festhalten, dass der Klimawandel derzeit keine substanziellen Veränderungen im Konsumverhalten bewirkt. Insofern ist davon derzeit auch (noch) kein besonderer Einfluss auf die Vulnerabilität der Region zu erwarten. Mit Blick auf die Preisanstiege bieten die Ergebnisse Hinweise für zwei mögliche Entwicklungstendenzen bei weiteren Preisanstiegen: Diese können einerseits insbesondere in den Gruppen mit mittlerem oder geringem Einkommen die Nachfrage nach klimafreundlichen Produkten schwächen, da diese überwiegend als (zu) teuer gelten, so dass ihre Bedeutung bei enger werdenden finanziellen Spielräumen abnimmt. Daraus lassen sich auch mögliche (negative) Konsequenzen für die Anbieter und Hersteller solcher Produkte insbesondere im Bereich der regionalen Ernährungswirtschaft und ihrer Vulnerabilität vermuten. Zum anderen ist zu erwarten, dass bei weiteren Preissteigerungen der Spardruck auf den Verbrauch direkter natürlicher Ressourcen zunimmt, die einerseits mit möglichen ökologischen Entlastungen und andererseits mit möglichen sozialen Belastungen für die soziale Gerechtigkeit verbunden sein können.

Klimawandel: einerseits besonderes Risiko für die Nordwest-Region und ihre Attraktivität

Als übergreifendes Ergebnis ist zunächst festzuhalten, dass alle Befragten im Klimawandel sowohl Chancen als auch Risiken für die Nordwest-Region sahen, wobei die Risiken überwogen. Aufgrund ihrer Nähe zum Meer (und den damit einhergehenden potenziell zunehmenden Überschwemmungen und Sturmfluten) wurde die Nordwest-Region als besonders durch Folgeschäden des Klimawandels betroffen eingeschätzt. Als ein potenzielles Risiko wurde dabei die Beeinträchtigung der Wohnorte in Küsten- und Flussnähe genannt: Aufgrund zunehmender Überschwemmungen und Sturmfluten wurde die Sicherheit dieser Orte angezweifelt bzw. es wurde vermutet, dass zunehmende Probleme mit Wasser die Attraktivität dieser Orte stark einschränken könnten. Im Kontext der Folgen des Klimawandels wurde zudem mit möglichen Veränderungen des Landschaftsbildes gerechnet, beispielsweise indem durch Überschwemmungen bestimmte Gebiete nicht mehr nutzbar sein könnten.

Klimawandel: andererseits neue Chancen für Tourismus, Landwirtschaft und Windenergiebranche in der Nordwest-Region

Diskutiert wurden auch Veränderungen des landwirtschaftlichen Anbauspektrums. Neben dem potenziellen Risiko, dass bestimmte Nutzpflanzen bei steigenden Temperaturen nicht mehr angebaut werden könnten, wurden hier auch positive Aspekte gesehen. Dies betraf vor allem Erweiterungen des landwirtschaftlichen Produktportfolios bis hin zu der Vision, dass sich Norddeutschland zur Weinanbauregion entwickeln könnte. Eine große Chance wurde weiterhin im vehementen Ausbau regenerativer Energien als indirekte Auswirkung des Klimawandels gesehen (v. a. Windenergie). Hierbei wurde mit einem Ausbau des Wirtschaftsstandortes und einer damit einhergehenden Steigerung von Arbeitsplätzen gerechnet. Eine weitere Chance für die Region wurde in der Steigerung ihrer Attraktivität für den Tourismus aufgrund wärmerer Temperaturen gesehen.

Angst vor zunehmender sozialer Spaltung als indirekte Folge des Klimawandels

Ein bemerkenswertes Ergebnis mit Relevanz für die Vulnerabilität der Region stellen die Befürchtungen der Befragten über zunehmende soziale Disparitäten und Schwächung des sozialen Zusammenhalts als indirekte Folge des Klimawandels dar. Mit Blick auf die angespannte Lage der öffentlichen Haushalte wurde zum einen die Gefahr gesehen, dass die Kosten für Klimaanpassung und Klimaschutz zu Lasten des Sozialertrags gehen könnten. Zum anderen wurde angesichts weiter steigender Energiekosten eine Verschärfung der sozialen Ungleichheit befürchtet, die zur „Energiearmut“ einkommensschwacher Gruppen verbunden mit dem zunehmenden Risiko ihrer sozialen Ausgrenzung führen könne. Diese Diskussion über ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft und den Verlust des sozialen Kitts wurde insbes. von den Familien mit erhöhtem Armutsrisiko sowie zum Teil auch von den Umweltengagierten geführt. Sie verweist auf die Notwendigkeit, bei der Entwicklung von Maßnahmen zum Schutz des Klimas und zur Klimaanpassung auch Fragen der sozialen Gerechtigkeit zu berücksichtigen.

Abschließend ist noch darauf hinzuweisen, dass die vorgestellten empirischen Erkenntnisse zunächst nur für die ausgewählten Untersuchungsgruppen aussagefähig sind. Sie lassen sich weder für die Bevölkerung in der Metropolregion Bremen/Oldenburg noch darüber hinaus verallgemeinern. Hierfür müssten die Ergebnisse der explorativen qualitativen Studie mit Hilfe einer repräsentativen Untersu-

chung überprüft werden. Dabei könnte auch der Einfluss sozioökonomischer und raumbezogener Faktoren auf die Wahrnehmung des Klimawandels und seiner Folgen in der Region bestimmt und die Ergebnisse für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in der Metropolregion, z. B. bezogen auf Alter, Geschlecht und Lebenslage differenziert werden.

Weiterhin ist bei den Ergebnissen zu berücksichtigen, dass die gewonnenen empirischen Daten ausschließlich auf selbst berichtetes Verhalten der Befragten basieren und ihre subjektiven Bewertungen und Wahrnehmung wiedergeben. Es können daher keine Rückschlüsse auf das tatsächliche Verhalten gezogen werden oder genaue Anteile bzw. der genaue Stellenwert klimafreundlichen Konsumverhaltens ermittelt werden. Zudem ist bei den Antworten auch immer mit Aspekten sozialer Erwünschtheit zu rechnen. Vor allem bei moralisch aufgeladenen Themen wie beispielsweise dem persönlichen Umweltsverhalten tendieren Befragte dazu, ihre Antworten zu „verschönen“ (vgl. z. B. Neugebauer 2004). Dies muss bei der Einschätzung der Ergebnisse berücksichtigt werden.

1 Einleitung

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützt mit dem Förderschwerpunkt „KLIMZUG – Klimawandel in Regionen“ seit 2009 die Entwicklung innovativer Ansätze zur Anpassung an den Klimawandel. Die Fördermaßnahme stellt den regionalen Ansatz der Klimaanpassung in den Vordergrund. Ziel des hierüber geförderten Verbundprojekts „nordwest2050“ – Perspektiven für klimaangepasste Innovationsprozesse in der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten“ ist die Entwicklung einer regionalen Klimaanpassungsstrategie. Hierzu werden für die drei Wirtschaftssektoren Ernährung, Energie sowie Hafen/Logistik die Verletzlichkeiten durch den Klimawandel bestimmt und eine „Roadmap of Change“ für die Modellregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten Deutschlands erarbeitet. Aufgezeigt wird, wie klimawandelbezogene Risiken reduziert und neue Chancen des Klimawandels genutzt werden können. Das Verbundprojekt „nordwest2050“ startete am 1. Februar 2009 und endet am 31. Januar 2014. Das Arbeitspaket „Vulnerabilität in der Region: Nachfrageverhalten und Konsummuster“ (im Folgenden kurz „Arbeitspaket Konsum“ genannt) ist Teil einer im Rahmen von „nordwest2050“ zu erstellenden regionalen Vulnerabilitätsanalyse. Das Arbeitspaket Konsum wurde am artec | Forschungszentrum Nachhaltigkeit der Universität Bremen unter der Leitung von Prof. Dr. Ines Weller durchgeführt. Es umfasste zwölf Personenmonate und lief vom 1. Mai 2009 bis zum 30. April 2010.

1.1 Hintergrund der Untersuchung

Das Arbeitspaket „Konsum“ zielt auf die Bestimmung klimawandelbezogener Veränderungen in den Konsummustern privater Verbraucher/innen und ihrer Folgen für nachhaltigen Konsum sowie für die Vulnerabilität der Nordwest-Region.² Besonderes Interesse des Forschungsprojektes galt den drei Konsumbereichen Ernährung, Energie und Mobilität, da im Forschungsverbund die drei Wirtschaftskluster Ernährung, Energie und Hafen/Logistik im Zentrum der Analyse stehen. Ausgangspunkt waren erstens Untersuchungsergebnisse der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung und der Marktforschung, die auf eine zunehmende Bedeutung des Klimawandels bzw. der Klimarelevanz von Produkten und Dienstleistungen für die Konsumententscheidungen privater Konsument/innen hinweisen (siehe Kap. 2.1.2; vgl. auch Krapf/Wehlau 2009). Demzufolge steigt die Bereitschaft von Verbraucher/innen, regionale und klimagünstigere Angebote und Dienstleistungen zu bevorzugen und ihren direkten Ressourcenverbrauch zu reduzieren. Als Konsequenz des Scheiterns des Welt-Klimagipfels in Kopenhagen wird auch in den Medien verstärkt und kontrovers über die Verantwortung jedes Einzelnen für den Klimaschutz diskutiert (siehe z.B. Hartmann 2009; Milke/Rostock 2010; Rühle 2009). Insgesamt ist anzunehmen, dass die öffentliche Diskussion über den Klimawandel auch Auswirkungen auf das Konsumverhalten der einzelnen Verbraucher/innen hat. In der Ökonomie werden entsprechende Veränderungen auf der Nachfrageseite als eine Tendenz zur Verantwortungsübernahme der Märkte diskutiert (vgl. Stehr 2007). Bisher ist aber weitgehend offen, ob und wie die im Kontext der Intensivierung der Klimawandeldebatte geäußerte Bereitschaft der Verbraucher/innen, sich klimabewusster zu verhalten, im persönlichen Alltag tatsächlich umgesetzt wird. In der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung wird vielmehr auf fehlende empirische Befunde über einen engen direkten Zusammenhang zwischen Umwelteinstellungen und Umweltverhalten verwiesen (siehe Kap. 2.1.1).

Ein zweiter Ausgangspunkt des Forschungsprojektes waren die Preisentwicklungen in unterschiedlichen Konsumbereichen (siehe Kap 2.2). Die in den letzten Jahren zu beobachtende Verteuerung vor allem energieintensiver Produkte und Dienstleistungen engt die finanziellen Spielräume der privaten Haushalte deutlich ein (vgl. auch Krapf/Wehlau 2009). Wenngleich den Preisen gemeinhin eine hohe Bedeutung für das Konsumverhalten beigemessen wird, ist auch hier noch weitgehend unklar, wie sich die Verteuerungen auf Veränderungen in den Konsummustern konkret auswirken.

² Vulnerabilität wird im Forschungsverbund nach IPCC (2007) als Funktion von Exposition, Sensitivität und Anpassungskapazität betrachtet.

1.2 Zentrale Fragestellungen und Forschungsdesign

Vor dem Hintergrund der oben skizzierten Entwicklungen wurde im Arbeitspaket „Konsum“ zum einen der Frage nachgegangen, ob und wie sich die Intensivierung der Klimawandeldebatte sowie die Preisanstiege im privaten Konsum niederschlagen. Besonderer Schwerpunkt lag dabei auf der Frage nach der Bedeutung dieser Entwicklungen für nachhaltigen Konsum. Die zentralen Fragestellungen lauteten:

- Wie werden der Klimawandel und die Preisentwicklungen im Alltag von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen wahrgenommen?
- Wie reagieren sie darauf?
- Welche Akteure werden in der Verantwortung für Klimaschutz und Klimaanpassung angesehen?

Aus den Ergebnissen wurden darüber hinaus Folgen für die Vulnerabilität der Region und für Innovationsstrategien in den drei Clustern Ernährung, Energie und Hafen/Logistik abgeleitet.

Das Forschungsprojekt war als explorative Studie angelegt, in der unterschiedliche qualitative Erhebungsmethoden angewandt wurden. In einem ersten Schritt erfolgte eine Literatur- und Dokumentenanalyse zu den Themenbereichen Umwelteinstellungen, Umwelthandeln, Preisentwicklungen und Konsum. Dabei zeigte sich, dass unterschiedliche Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark von den bereits skizzierten Entwicklungen betroffen sind. Für die anschließende qualitative Erhebung wurden drei unterschiedliche Personengruppen ausgewählt, die sich in ihrer Betroffenheit von der Klimawandeldebatte und von den Preisunterschieden annahmegemäß unterscheiden:

1. „Umweltengagierte“: Mitglieder eines Umweltverbandes, bei denen eine überdurchschnittlich ausgeprägte Umweltorientierung und ein besonderes Interesse an Fragen des Klimawandels und des nachhaltigen Konsums zu erwarten ist.
2. „Familien mit erhöhtem Armutsrisiko“³: Alleinerziehende und Eltern aus Stadtteilen mit hoher Armutsrate, bei denen von einer besonders starken Betroffenheit durch die Preisanstiege ausgegangen werden kann.⁴
3. „Vergleichsgruppe“: Chormitglieder und dessen soziales Umfeld, bei denen keine spezifischen Vorannahmen bezüglich der Umwelteinstellungen und des Haushaltseinkommens gemacht wurden.

Die Erhebung selbst erfolgte mittels Fokusgruppen und Einzelinterviews. Insgesamt wurden im Laufe des Projektes sechs Fokusgruppen mit insgesamt 39 Teilnehmer/innen (29 Frauen, 10 Männer) und 12 Einzelinterviews (8 Frauen, 4 Männer) durchgeführt. Während es in den Fokusgruppen vor allem um das breite Spektrum von Aussagen sowie um neue und unerwartete Aspekte zum Thema Klimawandel und Preisanstiege sowie die darauf bezogenen Reaktionen ging, dienten die Einzelinterviews zur Überprüfung bzw. Vertiefung der Aussagen aus den Fokusgruppen. Hierbei wurden konkrete Informationen über das Konsumverhalten im Alltag gewonnen.

³ Da diese Gruppe ausschließlich aus Frauen bestand, von denen die Mehrzahl alleinerziehend war, werden die Teilnehmenden im Folgenden auch als „Frauen mit erhöhtem Armutsrisiko“ oder „Alleinerziehende“ bezeichnet.

⁴ Gerade Haushalte mit geringem Einkommen sowie Haushalte mit Kindern (und hier insbesondere Ein-Eltern-Familien) geben einen vergleichsweise hohen Anteil ihres Einkommens für die Konsumbereiche Ernährung, Energie und Mobilität aus, in denen in den letzten Jahren besonders hohe Preissteigerungen zu verzeichnen waren (vgl. hierzu ausführlich Kapitel 2.3).

2 Stand der Forschung

In den letzten Jahren hat sich die öffentliche, wissenschaftliche wie auch politische Debatte über den Klimawandel und über die Folgen der globalen Erwärmung deutlich intensiviert: Von Seiten der Bundesregierung wird im Hinblick auf den Klimawandel an die individuelle Verantwortung der Konsument/innen appelliert, Ratgeber zur Umstellung des privaten Konsums in Richtung Nachhaltigkeit erklimmen die Bestsellerlisten und online-Klimarechner zur Erstellung persönlicher CO₂-Bilanzen haben Hochkonjunktur (siehe z.B. Bundesregierung 2008; Busse 2008; Gießhammer 2008; Staud/Reimer 2007; UBA 2009a; Worldwatch Institute 2010). In der Ökonomie werden entsprechende Veränderungen auf der Nachfrageseite als eine Tendenz zur „*Moralisierung der Märkte*“ diskutiert (Stehr 2007). Und in der Tat legen Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung sowie der Marktforschung nahe, dass der Klimawandel bzw. die Klimarelevanz von Produkten und Dienstleistungen für die Konsumententscheidungen privater Haushalte an Bedeutung gewinnt (z.B. BLE 2008b; BMU 2006, 2008; GfK 2007) und dass auf Seiten der Verbraucher/innen eine gesteigerte Bereitschaft besteht, regionale und klimagünstigere Angebote stärker nachzufragen (BLE 2008a, 2009; UBA 2009b). Bislang ist allerdings unklar, ob sich diese gesteigerte Bereitschaft auch tatsächlich in Verhaltensänderungen manifestiert und inwiefern dies die Ziele eines nachhaltigen Konsums (anders und weniger konsumieren) befördert. Zugleich sind die privaten Konsument/innen von Preisanstiegen in zentralen Konsumbereichen betroffen, insbesondere die Preise von Energie und energieintensiven Produkten und Dienstleistungen sind in den letzten Jahren stark angestiegen. Auch hier ist noch weitgehend offen, wie sich die Veränderungen im Preisgefüge auf die Nachfrage auswirken und welche Veränderungen in den Konsummustern wie auch im Konsumniveau zu erwarten sind.

Vor diesem Hintergrund stehen im Zentrum dieses Kapitels klimawandelbezogene Veränderungen der Nachfrage und des Konsumverhaltens. Hierzu werden zunächst die Entwicklung der Umwelteinstellungen einerseits (Kap. 2.1) und die Preisentwicklung andererseits (Kap. 2.2) thematisiert. Hieran schließt ein Überblick über die Entwicklung der privaten Konsumausgaben an (Kap. 2.3).

2.1 Umwelteinstellungen und -verhalten in Zeiten des Klimawandels

Die Debatte um den Klimawandel hat in den zurück liegenden Jahren einen erheblichen Wandel vollzogen. Ging es ursprünglich um die Frage, ob eine globale Erwärmung überhaupt existiert und ob dem anthropogene Ursachen zugrunde liegen, wird der Beitrag des Menschen mittlerweile als Hauptursache für die globale Erwärmung begriffen. In diese Richtung bestärkt wurde die Debatte in den letzten Jahren vor allem durch den Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) aus dem Jahr 2007 (IPCC 2007).

Im Kontext dieser Entwicklungen weisen die Ergebnisse unterschiedlicher Studien aus der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung und der Marktforschung darauf hin, dass das in Deutschland seit Ende der 1980er Jahre sukzessiv nachgelassene Interesse an Umweltthemen seit einigen Jahren wieder ansteigt und dass damit auch Veränderungen der Einstellungen gegenüber Umweltthemen sowie eine größere Bereitschaft zur Änderung des Konsumverhaltens einhergehen.

Die Auseinandersetzung mit der Frage, inwieweit bestimmte Einstellungen gegenüber der Umwelt eine Auswirkung auf das Verhalten im Alltag haben, hat ihre Ursprünge in der sozialwissenschaftlichen Umweltbewusstseinsforschung, die sich seit über 30 Jahren mit Fragen zum Umweltbewusstsein beschäftigt. In den folgenden Kapiteln wird es deshalb zunächst darum gehen, einen zusammenfassenden Überblick über den Stand der Forschung zum Umweltbewusstsein zu geben (Kap. 2.1). Daran schließt sich eine Darstellung der Ergebnisse aktueller Studien an, die Hinweise auf klimawandelbezogene Veränderungen in den Einstellungen und dem Konsumverhalten deutscher Konsument/innen geben (Kap. 2.2). Das Zwischenfazit fasst die zentralen Erkenntnisse zusammen (Kap. 2.3).

2.1.1 Umweltbewusstsein und -verhalten in der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung

Die wissenschaftliche Debatte um den Begriff Umweltbewusstsein begann Anfang der 1970er Jahre in den USA. Zu dieser Zeit versuchten vor allem Psychologen mit Hilfe von Erkenntnissen aus der Einstellungsforschung Instrumente zur Erfassung des Umweltbewusstseins zu erstellen (Kuckartz/Rheingans-Heintze 1997: 5). Im Laufe der Zeit widmeten sich weitere Forschungsdisziplinen der Thematik, der Begriff Umweltbewusstsein erfuhr eine fortschreitende Ausdifferenzierung. Heute stellt er – wenn auch nicht ohne Kritik hinsichtlich seiner Aussagekraft und Erhebungsmethodik – einen festen Bestandteil in der Sozialberichterstattung unterschiedlicher Länder dar.

In Deutschland definierte der Sachverständigenrat für Umweltfragen bereits 1978 Umweltbewusstsein als „*Einsicht in die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen durch diesen selbst, verbunden mit der Bereitschaft zur Abhilfe*“ (Rat von Sachverständigen für Umweltfragen 1978: 445). Dieser Definition wird in der Literatur zwar nach wie vor Gültigkeit zugesprochen, allerdings unter Vorbehalt und mit Hinweisen auf Unvollständigkeiten oder Unklarheiten dieser Definition (Bogun 2000: 8ff.). Die Mehrzahl der sozialwissenschaftlichen Umweltbewusstseinsstudien versteht Umweltbewusstsein heute – zumindest in seinem Kern – als eine Einstellung bzw. „*als ein aus Einstellungen bestehendes Syndrom*“ (ebd.: 6). Einstellungen umfassen in der Regel eine kognitive (Denken, Wahrnehmen), eine affektive (Emotionen) sowie eine konative (Verhaltensbereitschaft) Komponente.⁵ Welche Komponenten oder Dimensionen allerdings im Einzelnen tatsächlich als Bestandteil des Umweltbewusstseins angesehen oder ausgeschlossen werden, ist je nach Definition unterschiedlich und nicht selten sogar widersprüchlich.⁶ Gemeinsam ist den unterschiedlichen Definitionen jedoch, dass sie Umweltbewusstsein meist als ein mehrdimensionales Konstrukt verstehen, indem sowohl Anteile von Umweltwissen, umweltbezogenen Wertorientierungen, affektiven Bewertungen und umweltbezogenen Verhaltensbereitschaften zusammengefasst werden (Hunecke 2008: 99; Neugebauer 2004: 3). Darüber hinaus finden sich auch Definitionen, die nicht nur die Verhaltensbereitschaft, sondern auch das tatsächliche Verhalten als eine weitere Komponente des Umweltbewusstseins verstehen.⁷

In Deutschland konzentrierte sich die Forschung vor allem in den 1980er Jahren sehr stark auf die kognitive Struktur des Umweltbewusstseins. Damit war die Hoffnung verbunden, dass mit einer Vergrößerung des Wissens über Ursachen von Umweltzerstörungen und dem Beitrag jeder einzelnen Person dazu das Umweltbewusstsein als Ganzes gestärkt und dass dies wiederum zu einem gezielt umweltfreundlicheren Alltags- und Konsumverhalten führen würde (Lange 2000: 20). Zu diesem Zweck wurden u. a. in den Medien Informationen verbreitet und die Umweltbildung an den Schulen wurde verstärkt. Allerdings stellte sich heraus, dass die Annahme einer linearen Beziehung zwischen Wissen, Bewusstsein und Verhalten, bei der das Bewusstsein als treibende Kraft und das Handeln eins zu eins als dessen Folge betrachtet wurde, nicht mit der Realität kompatibel ist. Die geringe Korrelation zwischen Bewusstsein und Verhalten im Alltagshandeln der Bürger/innen führte sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch in der Wissenschaft bald zu der Formel von der „*Kluft zwischen Bewusstsein und Verhalten*“. Sie trug mit dazu bei, dass die Umweltbewusstseinsforschung ihren Gegenstand ständig weiter ausdifferenzierte, um die handlungsleitenden Funktionen von Umwelteinstellungen in Zusammenhang mit anderen Einflussfaktoren besser zu verstehen. Der Fokus des Interesses verlagerte sich von der Untersuchung des Umweltbewusstseins auf die Untersuchung des Umweltverhaltens und der Faktoren, durch die es beeinflusst wird.

Es zeigte sich, dass umweltrelevantes Handeln äußerst vielschichtig und heterogen ist und durch weit mehr als das Umweltbewusstsein und das Wissen um Umweltprobleme beeinflusst wird. So ist das Alltagshandeln einer Person durch vielfältige *individuelle Faktoren* geprägt. Dies können Gewohnheiten oder stark habitualisierte und nur schwer zu durchbrechende Alltagsroutinen, sozioökonomische und demographische Faktoren (wie Einkommen, Bildung, Geschlecht oder Alter), Stress oder die individuel-

⁵ Einer der Kritikpunkte an der Definition des Sachverständigenrats ist beispielsweise das Fehlen einer affektiven Komponente, während die kognitive (Einsicht in die Gefährdung) und die konative (Bereitschaft zur Abhilfe) darin enthalten sind (Preisendörfer 1998: 33).

⁶ Das betrifft auch das Verständnis, was unter „Einstellung“ verstanden wird, beispielsweise ob sie die drei genannten Komponenten (kognitive, affektive, konative) umfasst oder ob sie „enger“ definiert wird, z. B. als rein affektive Bewertung.

⁷ Kuckartz (2008: 2) beispielsweise definiert Umweltbewusstsein als zusammengesetzt aus den Komponenten Umweltwissen, Umwelteinstellungen (unter Einstellungen werden hier vor allem affektive Bewertungen, Werthaltungen sowie Einstellungen zu Fragen des Umweltschutzes verstanden), Verhaltensbereitschaft sowie tatsächliches Verhalten.

len (und sich möglicherweise entgegenstehenden) Einstellungen in unterschiedlichsten Bereichen sein. Auch die Kenntnisse und Fähigkeiten einer Person (z. B. ob sie Radfahren kann) oder Persönlichkeitsfaktoren (z. B. das Verantwortungsgefühl) wirken sich auf das Alltagsverhalten aus (Neugebauer 2004: 25). Neben den individuellen Faktoren prägen auch *interpersonale und soziale Faktoren* das Verhalten. Individuen orientieren sich stark an den Werten und Normen ihrer jeweiligen Bezugsgruppe. Nicht selten hat hier ressourcenverbrauchendes Verhalten (schnelles Autofahren, aufwändige Verpackungen etc.) einen hohen sozialen Prestigewert und bedeutet soziale Anerkennung. Umweltschonendes Verhalten ist dagegen häufig negativ besetzt und wird mit Verzicht oder Sparen assoziiert (ebd.: 26). Auch *externe Umstände* wie Handlungsanreize oder die Verfügbarkeit von Handlungsmöglichkeiten im Alltag wirken sich auf das Handeln einer Person aus. Fehlt beispielsweise eine bestimmte Infrastruktur (z. B. ÖPNV) oder das Angebot an umweltfreundlichen Produkten, sind die Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt. Weiterhin können *Kosten-Nutzen-Motive* maßgebend sein. Der Low-Cost-These von Diekmann/Preisendörfer (2001) zufolge verhalten sich Menschen nur so lange entsprechend ihres Umweltbewusstseins, wie damit geringe Kosten verbunden sind. Wird eine subjektiv gefühlte Kosten-Nutzen-Grenze überschritten (Verlust von Zeit, Geld, Komfort, Erlebnis-Optionen etc.), verliert das Umweltbewusstsein an Bedeutung (Stengel 2009). Auch die *soziale Distanz zwischen Verursachern und Betroffenen* (z. B. bei globalen Auswirkungen des eigenen Handelns) oder das so genannte *Allmende-Dilemma* – Nutzen der Umwelt wird individualisiert, Kosten sozialisiert – wirken sich auf das Umweltverhalten aus (Diekmann/Preisendörfer 2001; Neugebauer 2004).

Die Entscheidung für oder gegen ein bestimmtes Handeln wird demnach in einem komplexen Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren getroffen. Darüber hinaus verhalten sich Menschen oder Gruppen im Rahmen ihrer jeweils verschiedenen Lebensumstände und Zielsetzungen nicht homogen. Das individuelle Verhalten kann sich zudem stark unterscheiden, je nachdem welche umweltrelevanten Handlungs- und Problemfelder (Mobilität, Ernährung, Energienutzung etc.) konkret betrachtet werden. Eine Person kann beispielsweise viel Wert auf den Kauf regionaler Produkte legen und gleichzeitig nicht bereit sein auf ein Auto zu verzichten. „*Halbe Sachen*“ und Kompromisse sind aufgrund der gegebenen Handlungsumstände oftmals eine Voraussetzung zur „*Erlangung und Bewahrung persönlicher Handlungsfähigkeit*“ (Lange 2005: 30).

Festhalten lässt sich, dass es weder das Umweltbewusstsein noch das Umweltverhalten gibt. Empirische Erhebungen zum Umweltbewusstsein orientieren sich deshalb meist an den unterschiedlichen Komponenten oder Facetten von Umweltbewusstsein und -verhalten (z. B. Wissen zu bestimmten Umweltthemen, Einstellungen zu bestimmten Umweltschutzfragen, emotionale Betroffenheit, Bereitschaft für umweltfreundliches Verhalten in unterschiedlichen Problembereichen wie Mülltrennung oder Verkehrsverhalten, tatsächliches Verhalten in unterschiedlichen Problembereichen etc.). Die jeweiligen Forschungsdesigns und -methodiken unterscheiden sich dabei stark. Quantitativ orientierte und standardisierte Erhebungen haben das Ziel, durch ihre hohe Anzahl an Interviewpartnern repräsentative Aussagen machen zu können. Qualitativ ausgerichtete Untersuchungsmethodiken gehen dagegen eher „*verstehend*“ vor und versuchen die Integration von Umwelteinstellungen und Umweltverhalten in den Alltag nachzuvollziehen.

2.1.2 Empirische Hinweise auf klimawandelbezogene Veränderungen der Umwelteinstellungen und des Umweltverhaltens

In den folgenden Kapiteln wird ein Überblick über die Ergebnisse aktueller Studien aus der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung und der Marktforschung gegeben, die anhand von quantitativen Methoden die Einstellungen gegenüber Umwelt- und speziell Klimawandelproblemen und das umwelt- bzw. klimawirksame Verhalten der deutschen Bevölkerung untersuchen. Dies geschieht vor dem Hintergrund der eingangs aufgeworfenen Frage nach Hinweisen auf klimawandelbezogene Veränderungen auf der Einstellungs- und Verhaltensebene. 2.1.2.1 Wahrnehmung und Bewertung des Klimawandels und Einstellungen zum Klimaschutz

Seit Ende der 1960er Jahre wird Umweltschutzfragen in Deutschland sowie auch in anderen westlichen Industrieländern eine hohe Wichtigkeit zugesprochen; die „*ökologische Grundsensibilisierung*“ gilt insgesamt als relativ hoch (Diekmann/Preisendörfer 2001: 96).

Betrachtet man allerdings die Ergebnisse der vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) in Auftrag gegebenen Studie „Umweltbewusstsein in Deutschland“, die regelmäßig die Einstellungen zum Umweltschutz innerhalb der deutschen Bevölkerung untersucht, wird deutlich, dass die Bedeutungszuweisung des Problembereichs „Umweltschutz“ in den Jahren 1988 bis 2008 im Trend rückläufig war (Abbildung 1). Verstärkt durch die Ereignisse im Kernkraftwerk Tschernobyl 1986 stieg die Priorität des Umweltschutzes in Westdeutschland bis Ende der 1980er Jahre an und zeichnete sich seit Beginn der 1990er Jahre – mit Ausnahmen Mitte und Ende der 90er Jahre – durch einen deutlichen Rückgang aus.⁸

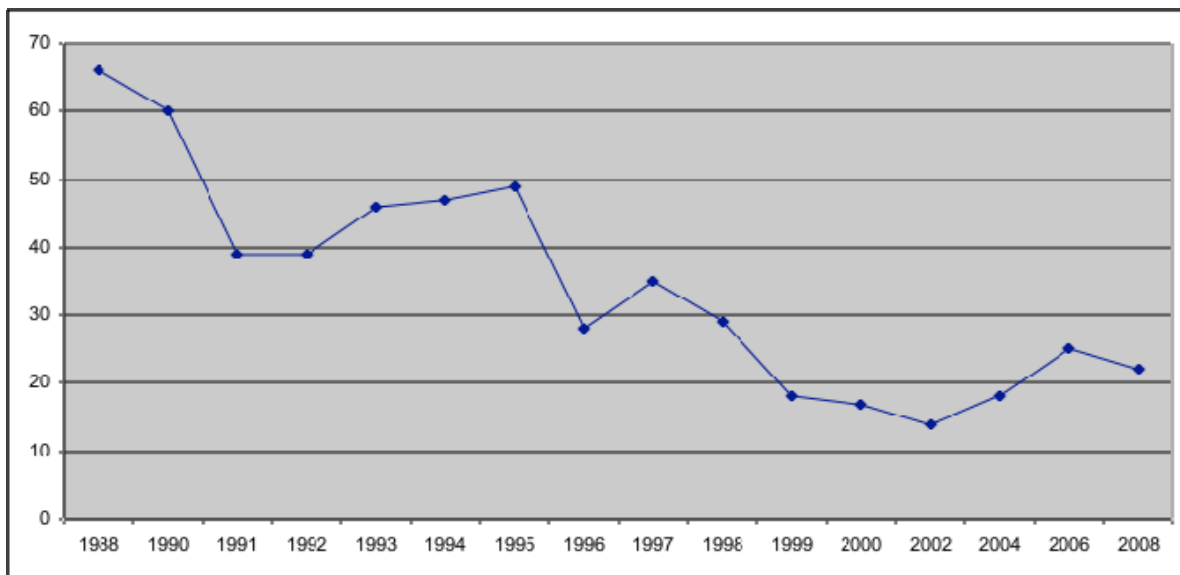


Abbildung 1: Nennung von "Umweltschutz" als eines der wichtigsten Probleme in Deutschland, 1998 bis 2008 (in Prozent)⁹

Seit dem Jahr 2002 lässt sich dann ein erneuter Anstieg der Bedeutungszuweisung des Umweltschutz-Themas erkennen (BMU 2008). Im Jahr 2008 nennen 22% der Befragten bei der offen gestellten Frage nach dem aktuell wichtigsten Problem in Deutschland, Themen aus dem Umweltschutzbereich. Damit liegt das Thema Umweltschutz – nach den Themen Arbeitsmarkt, soziale Aspekte und Wirtschafts- und Finanzpolitik – auf Platz vier der wichtigsten Probleme in Deutschland (ebd.: 13).¹⁰ Auch wenn der Anteil der Personen, die Umweltschutz als das wichtigste Problem in Deutschland beurteilen im Jahr 2008 im Vergleich zum Jahr 2006 wieder etwas abgenommen hat, ist das Problemfeld Umweltschutz insgesamt jedoch ein „stabiles Thema“ geblieben (ebd.).

Vor diesem Hintergrund sind die Gründe für den jüngsten Anstieg des Umweltschutzthemas interessant. Dass die Debatte um den Klimawandel diesen Effekt maßgeblich verursacht liegt nahe, denn bei genauerer Betrachtung der konkret genannten Probleme unter der Kategorie „Umweltschutz“ fällt auf, dass es sich hierbei vor allem um Themen aus den Bereichen Energie und Klimaschutz handelt. Dazu gehören beispielsweise die Unabhängigkeit von Öl und Gas durch erneuerbare Energien, sparsamerer Umgang mit Energievorräten, Verringerung von klimaschädlichen Emissionen oder Entwicklung sparsamerer Antriebe (BMU 2006: 14).

Auch eine Umfrage der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2008 über die Meinung der Europäer/innen zum Klimawandel kommt zu dem Ergebnis, dass der Klimawandel im Bewusstsein der Deut-

⁸ Als Gründe für diesen Rückgang nennen Diekmann/Preisendörfer (2001) zum einen die ökonomische Krise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit (heute in allen Umfragen mit Abstand an der Spitze der Problemnennungen, 1989/90 allerdings nach dem Umweltschutz) sowie Fortschritte und Verbesserungen in unterschiedlichen Bereichen des Umweltschutzes, die mit einem Gefühl der „Entwarnung“ einhergingen.

⁹ Anm.: Antwort auf die Frage: „Was glauben Sie, ist das wichtigste Problem, dem sich unser Land heute gegenüber sieht?“ (Offene Frage, Zweifachnennungen möglich); Quelle: Eigene Darstellung auf der Grundlage von BMU (2004, 2006, 2008).

¹⁰ Wird die Wichtigkeit des Umweltschutzes in Form einer geschlossenen Frage erhoben, geben 91% der Deutschen an, dass Umweltschutz für sie „sehr wichtig“ bzw. „wichtig“ sei (BMU 2008: 13).

schen angekommen ist. Demnach betrachten neun von zehn Deutschen den Klimawandel als ein „sehr ernstes“ oder „ziemlich ernstes“ Problem (Europäische Kommission 2008a: 13).¹¹ Die Abbildung 2 verdeutlicht, dass im Jahr 2008 mehr als 70% der Deutschen die globale Erwärmung bzw. den Klimawandel als das größte Problem der Welt einstufen (ebd.: 8). Das sind 12% mehr als noch im Jahr 2004 (European Commission 2005: 11). Mit dieser Einschätzung liegen die Deutschen im europäischen Vergleich auf Platz drei.

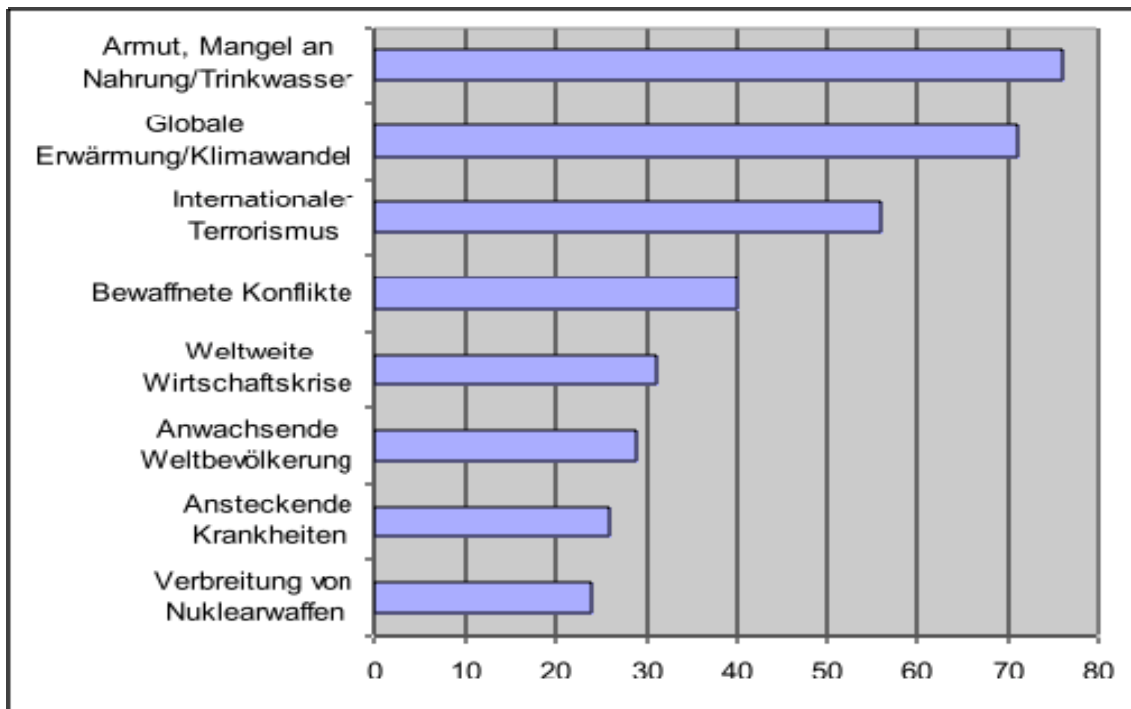


Abbildung 2: "Größtes Problem der Welt" - Nennungen von Deutschen, 2008 (in Prozent der Befragten)¹²

Sorgen und Ängste scheinen bei Fragen zur globalen Erwärmung eine große Rolle zu spielen. Rund 70% der Deutschen sehen im Klimawandel das besorgniserregendste Umweltthema (Europäische Kommission 2008b: 11). Und die Aussage, dass bei einer Fortführung der gewohnten Situation eine Umweltkatastrophe angesteuert wird, finden 76% der deutschen Bevölkerung „ganz genau“ bzw. „eher“ zutreffend (BMU 2008: 15). Dass die Folgen des Klimawandels nicht mehr bewältigt werden können, glaubt knapp die Hälfte (ebd.: 28).¹³

Um dem Klimawandel entgegenzuwirken wünscht sich die Mehrheit der Deutschen insgesamt ein größeres umweltpolitisches Engagement der Bundesregierung, zumal die bisherigen Aktivitäten zur Bekämpfung des Klimawandels von der Hälfte der Befragten als unzureichend beurteilt werden (BMU 2008: 28; Europäische Kommission 2008a: 45ff.). Als wichtigste umweltpolitische Aufgaben beurteilen die Deutschen die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien sowie die Verbesserung der Energieeffizienz. Die Hälfte der Deutschen ist der Meinung, dass Deutschland eine Vorreiterrolle in der internationalen Klimaschutzpolitik übernehmen sollte (BMU 2008: 27). Gemeinsames europäisches Handeln beim Klimaschutz wird von fast 90% der deutschen Bevölkerung als erforderlich angesehen (Europäische Kommission 2007: 32). Besonderer Handlungsbedarf wird darüber hinaus bei der Industrie gesehen: 83% der Deutschen sagen, dass die Unternehmen zu wenig zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen (BMU 2008: 28).

¹¹ Von den Befragten fühlen sich zwei Drittel über die unterschiedlichen Ursachen und Wirkungen des Klimawandels gut informiert (BMU 2008: 19f.).

¹² Anm.: Antwort auf die Frage: „Welche der folgenden sind Ihrer Meinung nach die größten Probleme der Welt? Nennen Sie mir bitte zunächst das größte Problem. Und welche weiteren?“, Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Europäische Kommission (2008a).

¹³ Im Vergleich zu der Umfrage aus dem Jahr 2006 ist dies allerdings ein Rückgang. Damals glaubten knapp zwei Drittel, dass die Folgen des Klimawandels nicht bewältigt werden könnten. Laut BMU könnte die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung in den letzten Jahren das Ergebnis positiv beeinflusst haben (BMU 2008: 17).

2.1.2.2 Klimawandelinduzierte Veränderungen der Verhaltensbereitschaft

Die Befragten stufen aber nicht nur die Akteure aus Politik und Wirtschaft als für den Klimaschutz verantwortlich ein, sondern sehen auch sich selbst gefordert, einen Beitrag zu leisten: Fast 70% der Deutschen sind der Ansicht, dass es die Pflicht der Bürgerin bzw. des Bürgers sei, die Umwelt zu schützen und 84% glauben, dass sie durch ihr Konsumverhalten wesentlich zum Umweltschutz beitragen können (BMU 2008: 39; Europäische Kommission 2008a: 76). Der überwiegende Teil der Deutschen ist der Ansicht, dass die Bürger/innen durch ein umweltbewusstes Alltagsverhalten insgesamt auch erheblich zum Klimaschutz beitragen können (BMU 2008: 32).

Die Mehrheit (56%) sieht hier allerdings noch Handlungsbedarf, denn sie glaubt, dass die Bürger/innen bisher nicht so viel tun wie nötig, um den Klimawandel zu bekämpfen (ebd.: 28). Mögliche Handlungsfelder, in denen mehr zum Schutz des Klimas getan werden könnte, werden z. B. im Kaufverhalten oder im Umgang mit Energie gesehen.

Laut einer Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) über den Einfluss des Klimawandels auf den Konsum betrachtet sich die Mehrheit der deutschen Konsumenten nicht nur als mitverantwortlich für den Klimaschutz, sondern möchte auch aktiv mit eigenen Maßnahmen dem Klimawandel entgegenwirken (GfK 2007). Umgesetzt werden soll dies vor allem durch energiesparende Maßnahmen im Haushalt, z. B. durch die Anschaffung von Haushaltsgeräten mit niedrigem Stromverbrauch, den Ersatz konventioneller Glühbirnen durch Energiesparglühbirnen oder den Verzicht auf Standby-Betrieb bei Elektrogeräten (ebd.: 2). Weitere Möglichkeiten für ein klimaverträglicheres Verhalten werden in den Bereichen Mobilität, Heizen, Wärmedämmung oder Reduzierung des Fleischverbrauchs gesehen (ebd.: 3).

Auch eine Umfrage von Dialego (2007) stieß auf eine positive Handlungsbereitschaft der Konsument/innen. Einen Beitrag zum Klimaschutz möchten die Deutschen laut den Umfrage-Ergebnissen vor allem im Bereich Effizienzsteigerung, z.B. durch den Bau von Passivhäusern, die Anschaffung von Autos mit geringem Benzinverbrauch oder die Nutzung von Energiesparlampen leisten. Auch das Absenken der Raumtemperatur im Winter, die Reduzierung der Auto- und Flugzeugnutzung oder der Verzicht auf Obst und Gemüse aus entfernten Ländern sind für 60% der Befragten sinnvolle Tätigkeiten um dem Klimawandel entgegenzuwirken. Laut einer Eurobarometer-Umfrage der Europäischen Kommission sind mehr als drei Viertel der Befragten bereit, umweltfreundliche Produkte zu kaufen, auch wenn diese teurer als konventionelle Produkte sind (Europäische Kommission 2008b: 30).

2.1.2.3 Klimawandelbezogene Veränderungen des Umweltverhaltens

Die aktuellen Erhebungen zu klimawandelbezogenen Umwelteinstellungen und dem Umweltverhalten deuten auf eine relativ geringe Korrelation zwischen der Bereitschaft für klimaschonendes Verhalten und dem tatsächlichen Verhalten hin: Generell gilt zwar, dass die Zustimmung für den Umwelt- und Klimaschutz auf einem allgemeinen Level recht hoch ist, jedoch abnimmt, je mehr der potentielle eigene Beitrag konkretisiert wird. Deutlich wird diese Beobachtung beispielsweise beim Energieverbrauch. Nahezu neun von zehn Deutschen befürworten einen konsequenten Umstieg auf erneuerbare Energien (BMU 2008: 30). Allerdings geben in derselben Umfrage nur 3% der Deutschen an Ökostrom zu beziehen und nur 10% können sich vorstellen, dies in naher Zukunft zu tun (ebd.: 34).

Auch im Bereich Mobilität lässt sich Ähnliches beobachten. Obwohl sich die deutschen Konsument/innen verantwortlich fühlen und wegen des Klimawandels beunruhigt sind, nimmt die Bedeutung des Autos als wichtigstes Verkehrsmittel zu und Einschränkungen werden nur ungern in Kauf genommen (GfK 2007). Ähnliches lässt sich auch im Bereich Ernährung beobachten: Während über drei Viertel der Deutschen bereit sind umweltfreundliche Produkte zu kaufen, setzt dies nur knapp ein Fünftel in die Tat um (Europäische Kommission 2008b: 30).

Exkurs: Umweltbewusstsein und Geschlecht

Hinsichtlich der klimawandelbezogenen Einstellungen und Verhaltensweisen sind geschlechtsspezifische (sowie auch andere sozioökonomische und demographische¹⁴) Unterschiede zu beobachten: Im Allgemeinen fühlen sich Frauen insgesamt stärker emotional von Umweltproblemen berührt und geben häufiger an, beunruhigt zu sein. Mehr Frauen als Männer denken beispielsweise, dass bei einem „Weitermachen wie bisher“ eine Umweltkatastrophe angesteuert wird und der Gedanke, unter welchen Umweltverhältnissen die Kinder und Enkelkinder leben müssen, beunruhigt Frauen stärker als Männer (BMU 2006: 19). Auch das Gefühl, durch Umweltprobleme persönlich belastet zu sein, ist bei Frauen stärker ausgeprägt.

Gleichzeitig weist auch die Bereitschaft für umweltverträgliches Verhalten – zumindest in einem Großteil der Handlungsfelder – geschlechtsspezifische Unterschiede auf. Frauen sind eher bereit für Bio-Produkte mehr Geld zu bezahlen (Trendbüro 2007). Auch die Reduktion von klimaschädlichen Gasen durch häufigen Verzicht auf das Auto oder den Verzehr von Fleischprodukten trifft bei Frauen auf deutlich größere Zustimmung (GfK 2007: 2f.).

Die größere Bereitschaft von Frauen einen persönlichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, scheint sich auch im tatsächlichen Alltagshandeln widerzuspiegeln. Denn ein Großteil der Aktivitäten, die in unterschiedlichen Erhebungen als repräsentative Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel abgefragt werden, wird vorrangig von Frauen umgesetzt. Dazu gehört z.B. die Mülltrennung, die Reduzierung des Energie- und Wasserverbrauchs, die Reduzierung von Wegwerfprodukten, die Nutzung umweltfreundlicher Fortbewegungsmittel oder der Kauf regionaler und saisonaler Produkte (Europäische Kommission 2008a: 70).

2.1.3 Zwischenfazit

Festhalten lässt sich an dieser Stelle, dass die aktuellen Erhebungen darauf hindeuten, dass sich im Kontext vom Klimawandel die Einstellungen der deutschen Bevölkerung gegenüber Umwelt- und Klimaschutzfragen verändern. Der Klimawandel wird als Problem wahrgenommen, dies führt zu Verunsicherungen und dementsprechend wird ein großer Handlungsbedarf gesehen. Auch die Bereitschaft der Konsument/innen, sich persönlich für den Klimaschutz einzusetzen, ist relativ stark ausgeprägt. Die Veränderungen im tatsächlichen klimawirksamen Verhalten fallen dagegen deutlich geringer aus. Hier gilt es allerdings zu berücksichtigen, dass die Ergebnisse der aktuellen Studien möglicherweise zu wenig Aussagekraft besitzen. Denn die Veränderungen auf der Einstellungsebene könnten durchaus erst mit einer gewissen Verzögerung in aktives Verhalten umgesetzt werden. Insgesamt wird deutlich, dass die zu erwartenden Auswirkungen der Intensivierung der Klimawandeldebatte auf das Alltagsverhalten von Konsument/innen vorerst noch unklar bleiben, vor allem wenn man neben den Umwelteinstellungen auch die Vielzahl an weiteren Variablen berücksichtigt, durch die das umwelt- bzw. klimawirksame Handeln darüber hinaus beeinflusst wird (Kap. 2.1). Einen maßgeblichen Einflussfaktor stellen die finanziellen Ressourcen dar, die den Konsument/innen jeweils zur Verfügung stehen.

2.2 Verteuerung von Energie, Mobilität und Ernährung

Im vorangegangenen Kapitel standen klimawandelbezogene Veränderungen in den Umwelteinstellungen und dem Umweltverhalten im Vordergrund. Die dargelegten Ergebnisse legen nahe, dass die Klimadebatte zu einer stärkeren Sensibilität der Bevölkerung hinsichtlich klimawandelbedingter Problemlagen geführt hat (BMU 2006, 2008), allerdings ist unklar, inwiefern dies Auswirkungen auf das individuelle Konsumverhalten hat. Neben der Intensivierung der Klimadebatte trifft der Klimawandel die Konsument/innen zudem indirekt, da dieser langfristig zu einer Verteuerung von Waren und Dienstleistungen führt. Aus dem jüngsten Anstieg der Preise resultieren wiederum Veränderungen der ökonomischen Bedingungen der Privathaushalte, die sich unmittelbar auf das Nachfrageverhalten und die Konsummuster der privaten Haushalte auswirken können. Vor diesem Hintergrund liegt der Fokus der fol-

¹⁴ Siehe z. B. die BMU-Studie aus dem Jahr 2008, bei der die Auswertung nach den sozialen Milieus der Befragten differenziert wurde (BMU 2008).

genden Ausführungen zum einen auf der Darstellung der Preisentwicklung in den drei Konsumbereichen Energie, Mobilität und Ernährung und den daraus resultierenden veränderten ökonomischen Bedingungen von Privathaushalten (Kap. 2.2.1-2.2.4). Anschließend werden zum anderen das Niveau und die Struktur der privaten Konsumausgaben speziell im Hinblick auf unterschiedliche Haushaltstypen und Einkommensklassen analysiert (Kap. 2.3).

2.2.1 Preisentwicklung im Bereich Energie

Die Darstellung der Entwicklung der Preise¹⁵ im Bereich Energie bezieht sich im Folgenden auf die Preise von Haushaltsenergie, d.h. Strom, Gas und leichtes Heizöl.¹⁶ Abbildung 3 gibt die Entwicklung der Preise für Haushaltsenergie für die Jahre 2003-2008 wider.

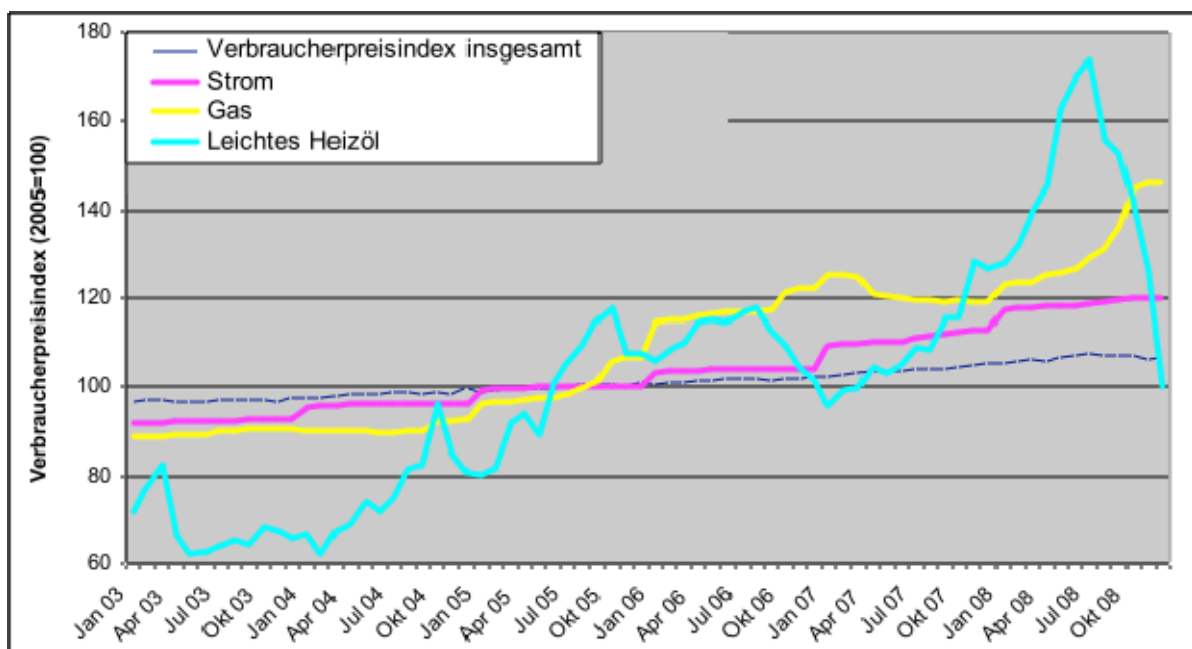


Abbildung 3: Preisentwicklung Haushaltsenergie, 2003-2008¹⁷

Auffällig ist, dass die Preise für Haushaltsenergie im Zeitraum 2005 bis 2008 sehr viel stärker angestiegen sind als die Verbraucherpreise insgesamt: Während das allgemeine Preisniveau zwischen Januar 2003 und Dezember 2008 um insgesamt 10,4% angestiegen ist, hat der Strompreis im gleichen Zeitraum in fünf Stufen einen Anstieg um insgesamt 28,1% erfahren. Der Gaspreis wiederum war bis zum Herbst 2004 vergleichsweise stabil, stieg dann aber deutlich an und erreichte im Januar 2007 einen vorläufigen Höchstwert, der 36,6% höher lag als im Januar 2003. Im Verlauf des Jahres 2007 pendelte sich der Gaspreis aber wieder auf das Niveau vom Herbst 2006 ein und war bis zum Ende des Jahres relativ konstant. Seit Januar 2008 steigt der Gaspreis jedoch wieder kontinuierlich an, wobei der Preisanstieg zwischen Juli und Oktober 2008, als er innerhalb von vier Monaten um ein Fünftel angestiegen ist, besonders drastisch war (siehe Abb. 3). Im Dezember 2008 lag der Gaspreis dann 57,5% über dem Wert zu Beginn des Jahres 2003. Der Preisanstieg hatte sich gegen Ende des Jahres zwar verlangsamt, allerdings bedeutet dies nicht zwangsläufig eine Kehrtwende bei der Gaspreisentwicklung.

¹⁵ Im Folgenden werden die Begriffe „Preise“ und „Verbraucherpreise“ synonym verwandt und geben den Preis an, der dem Verbraucher berechnet wird.

¹⁶ Sofern keine andere Quelle angegeben ist, stammen die nachfolgenden Angaben aus der Online Datenbank des Statistischen Bundesamtes (Statistisches Bundesamt 2009). Der Verbrauch von Fernwärme und festen Brennstoffen findet im Folgenden keine Berücksichtigung, da die Mehrheit der Privathaushalte in Deutschland mit Erdgas (48%), Heizöl (30%) oder Strom (6%) heizt (bdew 2008).

¹⁷ Quelle: Eigene Darstellung auf der Basis der Angaben des statistischen Bundesamtes (2009).

Wenngleich die Entwicklung des Preises für leichtes Heizöl von starken Fluktuationen gekennzeichnet ist, verlief die Entwicklung im Trend deutlich positiv: Zwischen Januar 2003 und August 2006 ist der Preis für Heizöl auf einen vorläufigen Höchstwert angestiegen, ging danach aber zunächst leicht wieder zurück. Zwischen Januar 2007 und Juli 2008 stieg der Preis erneut um insgesamt 78% und erreichte damit den Höchstwert der betrachteten Periode. Infolge der Finanzkrise brach der Ölpreis allerdings deutlich ein und lag im Dezember 2008 0,4% unter dem durchschnittlichen Preisniveau für Heizöl des Jahres 2005, aber dennoch 27,5% über dem Wert von Januar 2003. Anders als in den Bereichen Strom und Gas scheint der steile Preisanstieg von Anfang 2007 bis Mitte 2008 allerdings gebrochen zu sein.

Zusammengenommen sind die Preise für Haushaltsenergie im betrachteten Zeitraum weitaus stärker angestiegen als das Preisniveau insgesamt: Zwischen Januar 2003 und Dezember 2008 war der höchste Preisanstieg beim Gas zu verzeichnen (+58%), etwas moderater fielen die Preissteigerungen für leichtes Heizöl (+28%) und Strom (+28%) aus. Auch der Blick auf die Entwicklung der Durchschnittswerte zeigt, dass insgesamt von einer massiven Preiserhöhung im Bereich der Haushaltsenergie gesprochen werden kann, da das durchschnittliche Preisniveau im Jahr 2008 im Vergleich zum durchschnittlichen Preisniveau im Jahr 2003 für leichtes Heizöl um +76%, für Gas um +42% und für Strom um +27% angestiegen ist.

2.2.2 Preisentwicklung im Bereich Mobilität

Die Darstellung der Entwicklung der Preise im Bereich Mobilität bezieht sich im Folgenden auf die Preise von Kraft- und Schmierstoffen für den Betrieb von Privatfahrzeugen¹⁸ sowie auf Verkehrsdienstleistungen.¹⁹ Da die Preise für Kraft- und Schmierstoffe eng an die Entwicklung der Ölpreise gekoppelt sind, haben sie sich in der Tendenz ähnlich entwickelt wie die Preise für Heizöl. Allerdings ist die Intensität der Fluktuation hier weniger stark ausgeprägt. Zwischen Januar 2003 und Dezember 2008 wurden mehrfach Höchstwerte erreicht, die sich im Nachhinein jeweils als vorläufig herausstellten, da sie binnen einiger Monate jeweils übertroffen wurden (Abbildung 4). Nachdem der Preis im Dezember 2007 auf 112,5% – dem Höchstwert des vorangegangenen Jahres 2006 – zurückgefallen war, stieg er bis Juli 2008 in jedem Monat – mit Ausnahme des Februars – innerhalb von sieben Monaten um 17,5% an und erreichte mit 130% des durchschnittlichen Preisniveaus von 2005 einen neuen Höchststand, der 43,3% über dem Tiefstwert der betrachteten Periode lag (Mai 2003). In den Folgemonaten fiel der Preis jedoch – infolge der weltweiten Finanzkrise – drastisch und ging bis zum Jahresende um mehr als ein Viertel zurück. Trotz des starken Rückgangs lag der Preis für Kraft- und Schmierstoffe für Privatfahrzeuge im Dezember 2008 6% über dem Wert zu Beginn des Jahres 2003. Auch der Jahresdurchschnitt 2008 lag im Vergleich zum Jahr 2003 mit +28% deutlich über der Entwicklung des Preisniveaus insgesamt.

¹⁸ Ohne Anschaffungskosten, Ersatzteile und Zubehör für Privatfahrzeuge, ohne Wartung und Reparaturen für Privatfahrzeuge und ohne andere Dienstleistungen für Privatfahrzeuge.

¹⁹ Hierzu zählen die Personenbeförderung im Schienen-, Straßen-, Luft-, See- und Binnenschiffverkehr, kombinierte Personenbeförderungsdienstleistungen und andere Ausgaben für Verkehrsdienstleistungen.

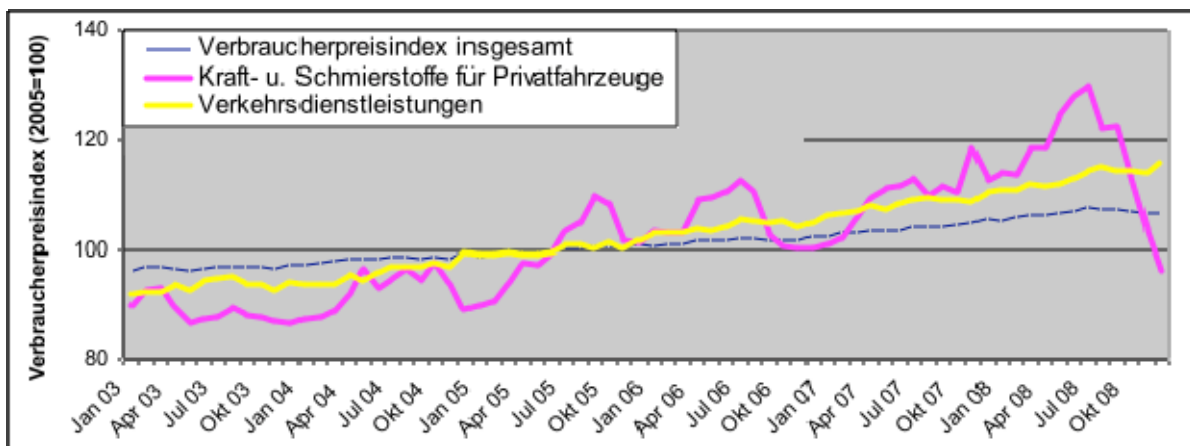


Abbildung 4: Preisentwicklung und Haushaltsmobilität, 2003-2008²⁰

Im Gegensatz dazu ist die Preisentwicklung der Verkehrsdienstleistungen vergleichsweise kontinuierlich verlaufen: Das Preisniveau ist zwischen Januar 2003 und Dezember 2008 um 24% angestiegen, wenngleich die Entwicklung im Herbst 2008 zunächst etwas rückläufig war. Im Gegensatz zum Preisniveau für Kraft- und Schmierstoffe, das im Dezember 2008 deutlich unterhalb des allgemeinen Preisniveaus lag, ist das Preisniveau für Verkehrsdienstleistungen bis Dezember 2008 mehr als doppelt so stark angestiegen wie der Verbraucherpreisindex²¹ insgesamt. Besonders stark waren – im Vergleich zum Durchschnittswert des Jahres 2005 – die Preise für Personenbeförderung im Luftverkehr (+22%) und im Schienenverkehr (+17%) angestiegen. Im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2003 lag das durchschnittliche Preisniveau der Verkehrsdienstleistungen im Jahr 2008 bei +20%. Insgesamt lag das Preisniveau im Bereich der Mobilität somit deutlich höher als fünf Jahre zuvor.

2.2.3 Preisentwicklung im Bereich Ernährung

Die Darstellung der Entwicklung der Preise im Bereich Ernährung bezieht sich im Folgenden auf die Preise von Nahrungsmitteln (ohne alkoholfreie und alkoholische Getränke und Tabakwaren). Die Preise für Nahrungsmittel und der Verbraucherpreisindex näherten sich in den Jahren 2003 bis 2005 aneinander an und im Jahr 2006 verlief deren Entwicklung zunächst ähnlich (siehe Abbildung 5). Seit Januar 2007 lag das Preisniveau für Nahrungsmittel allerdings in jedem Monat deutlich über dem Verbraucherpreisindex insgesamt. Auffällig ist, dass die Preise für Nahrungsmittel insbesondere in den Herbst- und Wintermonaten 2007 deutlich stärker angestiegen sind als das Preisniveau insgesamt. Seit Frühling 2008 sind die Nahrungsmittelpreise auf diesem neuen, höheren Niveau vergleichsweise stabil. Im Dezember 2008 lag das Preisniveau für Nahrungsmittel 13% höher als im Januar 2003, wobei die Preise für Nahrungsmittel seit 2005 doppelt so stark angestiegen sind wie das Preisniveau insgesamt.

Der Preisanstieg bei Nahrungsmitteln ist zwar deutlich geringer ausgefallen als die Preisentwicklung im Bereich Energie; nichtsdestotrotz lag das Preisniveau für Nahrungsmittel zum Jahresende 2008 deutlich höher als die Preisentwicklung insgesamt. Besonders drastisch ist der Preisanstieg, wenn man den Durchschnittswert des Jahres 2005 mit dem Preisniveau im Dezember 2008 vergleicht, bei Gemüse (+19,8%), Speisefetten und -ölen (+17,7%) sowie bei Molkereiprodukten und Eiern (+14,9%).

²⁰ Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Angaben des Statistischen Bundesamtes (2009).

²¹ Die Berechnung des Verbraucherpreisindex erfolgt anhand des Statistischen Warenkorbes und des Wägungsschemas als gewichteter Mittelwert: Der Statistische Warenkorb (SW) legt fest, welche Güter und Dienstleistungen in die Berechnung einfließen. Anhand des Wägungsschemas wird das Gewicht der Güter und Dienstleistungen bestimmt, mit dem die Preisentwicklung einzelner Preisrepräsentanten in die Berechnung des Gesamtindexeingeht. Zur Ermittlung des Indexe wird zunächst für jede im SW vertretene Güterart die Preisentwicklung berechnet. Anschließend wird mithilfe des Wägungsschemas quantifiziert, welchen Anteil z.B. die Nahrungsmittel an den gesamten Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte haben. Der Verbraucherpreisindex ist dann ein entsprechend gewichteter Mittelwert.

Dabei waren die Preise in diesen drei Produktgruppen im Verlauf des Jahres 2008 noch höher, sie sind zum Jahresende aber wieder leicht gesunken.

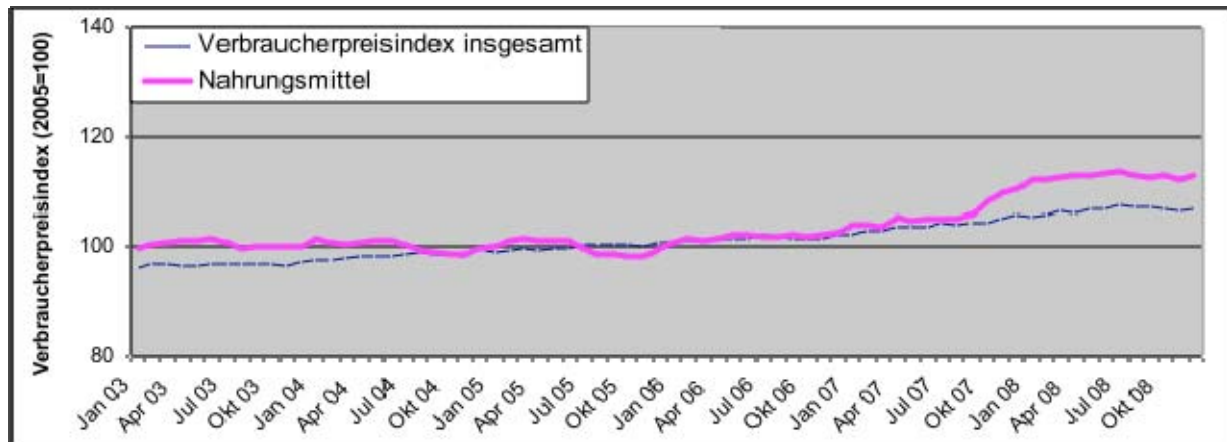


Abbildung 5: Preisentwicklung Nahrungsmittel, 2003-2008²²

Exkurs: Soziale Bedeutung der Verteuerung

In Deutschland ist das Ausmaß an Niedrigeinkommen in den letzten Jahren genauso wie die Verbreitung von Armut auf eines der höchsten Niveaus der letzten beiden Jahrzehnte angestiegen (Statistisches Bundesamt et al. 2008: 165ff.): Der Niedrigeinkommensbereich – gemessen an der medianbasierten Schwelle von 75% des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens – ist auf insgesamt 36,4% angestiegen, d.h. mehr als ein Drittel der deutschen Bevölkerung erzielt Einkommen, das weniger als 75% des Medianeinkommens in Deutschland beträgt. Die Armutsquote – gemäß der OECD-Konvention als 60%-Schwelle deklariert – hat mit 13,9% der gesamtdeutschen Bevölkerung einen neuen Höchstwert erreicht. Dabei ist die Betroffenheit von Armut je nach Haushaltsgröße und -typ unterschiedlich stark ausgeprägt, beispielsweise ist die Armutsquote von Ein-Personen-Haushalten im Jahr 2006 mehr als doppelt so hoch als jene von Zwei-Personen-Haushalten (19,9% versus 9,2%) und Haushalte mit Kindern sind sehr viel stärker von Armut betroffen als Haushalte ohne Kinder: Während die Armutsquote von Paarhaushalten ohne Kind bei 7,2% liegt, ist sie bei Paarhaushalten mit minderjährigen Kindern mit 13,3% fast doppelt so hoch und jeder dritte Einelternhaushalt in Deutschland lebt in Armut (35,4%).²³ Insgesamt hat sich die Einkommensungleichheit in Deutschland in diesem Zeitraum deutlich erhöht: Während die Reallöhne (preisbereinigte Einkommen) der Niedrigverdiener zwischen 2000 und 2006 um durchschnittlich 13% sanken, sind die Reallöhne des oberen Viertels der Beschäftigten um gut 2% und die Gewinne sowie Vermögenseinkommen im gleichen Zeitraum real um über 32% angestiegen (Spangenberg 2008). Seit dem Jahr 2000 ging der Einkommensanteil des ärmsten Einkommensfünftels – jene 20% am unteren Ende der Einkommensskala – stetig zurück und lag im Jahr 2006 bei 9,3%. Demgegenüber stieg der Einkommensanteil, über den das oberste Einkommensquintil verfügt, seit Beginn der 2000er Jahre auf 36,8% an. Auch der Gini-Koeffizient ist im Jahr 2006 auf einem Höchstniveau der vergangenen Jahrzehnte angelangt und legt somit nahe, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet hat (Statistisches Bundesamt et al. 2008: 164f.).²⁴ Vor diesem Hintergrund bedeuten die skizzierten Preisentwicklungen eine beträchtliche Verschlechterung der Lebensbedingungen insbesondere der geringverdienenden und armen Menschen, deren ökonomischen

²² Quelle: Eigene Darstellung auf der Basis der Angaben des Statistischen Bundesamtes (2009)

²³ Zudem hat die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, die Deregulierung der Arbeitsmärkte und die Einführung strikter Regelungen bei der Gewährung von Arbeitslosengeld, falls „zumutbare“ Arbeitsplätze abgelehnt werden, in den letzten Jahren zu einem Anstieg der Working Poor – Personen, die trotz Erwerbstätigkeit arm sind – geführt: In Deutschland lag die Armutsquote von Vollzeit-Erwerbstätigen im Jahr 2006 bei 4,6% und die Armutsquote von Teilzeit-Erwerbstätigen bei 13,3% (im Jahr 2001: 4,0% bzw. 11,4%). Zugleich ist die Armutsquote von Arbeitslosen auf 57% (2001: 39,9%) angestiegen, d.h. bei mehr als jedem zweiten Arbeitslosen reichen die Leistungen aus Arbeitslosengeld I oder II nicht aus, um Armut zu vermeiden. Für weitere Differenzierungen im Hinblick auf die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen (nach Geschlecht, Alter, Nationalität, Region, Gemeindegrößenklasse und Mieter-Status) und nach Bildungs- und Beschäftigungsmerkmalen (Familienstand, Bildungsabschluss, Erwerbsstatus, Berufliche Stellung) vgl. Statistisches Bundesamt et al. (2008: Kap. 6.2). Für einen Vergleich mit anderen Ländern der Europäischen Union siehe Karrass et al. (2008); Wehlau (2006).

²⁴ Zur Einkommensspreizung und Vermögensungleichheit vgl. Grabka/Frick (2008); Frick/Grabka (2009).

Ressourcen ohnehin sehr begrenzt sind. Gleichzeitig sind die Bezieher/innen von hohem Einkommen aufgrund des geringeren Ausgabenanteils zur Befriedigung von Grundbedürfnissen weniger stark von den Preissteigerungen betroffen; zudem verbleibt durch die vergleichsweise hohe Sparquote dieser Haushalte ökonomischer Handlungsspielraum, der trotz Preissteigerungen potentiell die Beibehaltung sowohl des Konsumniveaus als auch der Konsumstruktur erlaubt. Die hohen Preissteigerungen verstärken daher die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland und treffen die ökonomisch besonders vulnerablen gesellschaftlichen Gruppen.²⁵

Da geringverdienende Haushalte eine sehr hohe Konsumquote aufweisen und zudem den Großteil des (geringen) Einkommens für die Befriedigung von Grundbedürfnissen wie Wohnen und Essen ausgeben (siehe Kap. 4), sind diese Haushalte in besonderem Maße von der Teuerung betroffen.²⁶ Auf Seiten der Privathaushalte, deren ökonomischer Spielraum aufgrund von geringem Einkommen und Vermögen bereits stark beschränkt ist, ist daher im Hinblick auf die Ausgabenhöhe und Ausgabenstruktur eine Anpassung an die veränderte ökonomische Situation erforderlich, sofern eine Verschuldung vermieden werden soll. Die Tatsache, dass die Anzahl der Haushalte, denen wegen Zahlungsver säumnissen der Strom abgestellt wurde, in den letzten Jahren angestiegen ist, illustriert diese Notwendigkeit eindrücklich.²⁷ Nicht ohne Grund sind die Energiekosten bei den Schuldnerberatungsstellen ein zentrales Thema; häufig sind die Energiekosten sogar der Auslöser für das Aufsuchen der Beratungsstelle (ifeu/ISOE 2006: 24).²⁸ Neben den Geringverdienenden sind zudem die Bezieher/innen von Sozialleistungen massiv von den Preissteigerungen betroffen, wie beispielhaft am Bereich Energie deutlich wird: Im Rahmen der zum Jahr 2005 in Kraft getretenen geänderten Sozialgesetzgebung werden die Heizkosten bei Empfänger/innen von Arbeitslosengeld II (ALG II, auch unter dem Namen Hartz IV bekannt) in voller Höhe übernommen, sofern sie angemessen sind.²⁹ Die Kosten für Strom (wie auch für Nahrungsmittel) sind anteilig im pauschalierten Regelsatz enthalten. Hieraus resultieren angesichts der Energiepreissteigerungen die folgenden Problemlagen (ifeu/ISOE 2006): Auf der einen Seite besteht für Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld II durch die Übernahme angemessener Heizkosten kein Anreiz für energiesparendes Verhalten im Haushalt, was sich nicht nur negativ auf die Umwelt, sondern auch auf die öffentlichen Haushalte auswirkt, da aus den zum Teil massiven Preissteigerungen für leichtes Heizöl und Gas erhebliche finanzielle Mehrbelastungen für die Leistungsträger, insbesondere die Kommunen, resultieren. Auf der anderen Seite muss der Anstieg der Strompreise aufgrund der pauschalierten Stromkosten im Regelsatz von den Leistungsempfängern aufgefangen werden, indem diese ihren Stromverbrauch reduzieren oder – bei gleich bleibendem Stromverbrauch – an anderer Stelle Ausgaben einsparen. Durch die Abrechnung von Strom- und Heizkosten zum Jahresende fehlt den Verbraucher/innen allerdings ein zeitnahe Feed-back-Mechanismus über den tatsächlichen Ener-

²⁵ Ausführlich zur Konsumstruktur unterschiedlicher Haushaltstypen und Einkommensklassen siehe Kapitel 4; speziell zu Familien mit niedrigem Einkommen vgl. Becker (2008). Zur Herausbildung einer „Zwei-Klassen-Ernährung“ in Deutschland vgl. Bode (2007: 177ff.) und zum Anstieg der „Energiearmut“ im Zuge steigender Energiepreise vgl. ISOE (2009).

²⁶ Die Bestimmung haushaltsspezifischer Inflationsraten könnte Aufschluss über die unterschiedliche Betroffenheit der Preisentwicklung geben, allerdings ist die Aussagekraft haushaltsspezifischer Inflationsraten umstritten: Beispielsweise würden geringverdienende Haushalte durch einen Preisanstieg bei Produkten, die sie sich nicht „leisten“ können, vergleichsweise besser gestellt, weil sich dieses Produkt gar nicht in ihrem haushaltsspezifischen Warenkorb befindet; darüber hinaus treten Substitutionseffekte auf: Falls eine Preiserhöhung einzelner Produkte oder Produktgruppen bei bestimmten Haushaltsgruppen oder -typen eine Ausgabenverschiebung – hin zu preiswerteren ähnlichen Gütern oder hin zu preiswerteren anderen Gütern – bewirkt, kann es aufgrund der neuen Ausgabenstruktur trotz der Preissteigerungen in dem einen Bereich insgesamt zu einer niedrigeren Inflationsrate kommen (Brachinger 2008; Tober 2008). Berechnungen auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 zeigen zwar keine nennenswert stärkere Belastung der Bezieher niedriger Einkommen, die auf eine unterschiedliche Ausstattung und Gewichtung haushaltsspezifischer Warenkörbe zurück geführt werden könnte. Nichtsdestotrotz besteht eine stärkere Belastung der Haushalte durch hohe Inflationsraten, die allerdings nicht auf die Zusammensetzung der Konsumausgaben, sondern auf Unterschiede in der Höhe der Konsumquote, des Vermögens und der Einkommensentwicklung zurückzuführen ist. Darüber hinaus lassen neuere Daten der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (Statistisches Bundesamt 2008a) – insbesondere aufgrund der Preissteigerungen im Bereich Energie und Nahrungsmittel – für das Jahr 2006 Verschiebungen erkennen, die bei einer entsprechenden Anpassung der Gewichte im Warenkorb in der Tat zu einer stärkeren Belastung für Haushalte mit niedrigem Einkommen führen kann (Tober 2008).

²⁷ Der Bund der Energieverbraucher schätzt, dass bundesweit jährlich ca. 800.000 Haushalten der Strom und zusätzlich 200.000 Haushalten das Gas gesperrt wird, mit steigender Tendenz. Damit sind 2,1% der Haushalte von Energiesperrungen betroffen (Bund der Energieverbraucher 2008).

²⁸ Zur Überschuldungssituation und zu Verbraucherinsolvenzen vgl. Statistisches Bundesamt (2008b).

²⁹ Da den Kommunen hinsichtlich der Höhe der Erstattung der Heizkosten die konkrete Ausführung der Richtlinien obliegt, bestehen unterschiedliche Regelungen hinsichtlich der Leistungshöhe und der Art der Erstattung. In vielen Fällen reichen die festgelegten Höchstsätze jedoch nicht aus, um die aufgrund der starken Preiserhöhungen angestiegenen tatsächlichen Heizkosten abzudecken (ifeu/ISOE 2006).

gieverbrauch und die damit verbundenen Kosten (ebd.). Infolgedessen wird die finanzielle Situation gerade der ALG II-Empfänger und Geringverdienenden durch mögliche Nachzahlungsforderungen der Energieversorger zum Jahresende und die Erhöhung der künftigen Abschlagszahlungen noch verschärft. Gleichzeitig sind es gerade diese Haushalte, die überdurchschnittlich häufig in schlecht isolierten Wohnungen leben und ungenügend über Einsparpotenziale informiert sind (ISOE 2009); zudem fehlt in diesen Haushalten vielfach das Geld, um energieeffiziente Geräte anzuschaffen.³⁰ Zusammengefasst ist zu erwarten, dass die Preissteigerungen, die zum Teil auch durch den Klimawandel verursacht werden, die bereits bestehenden sozialen Disparitäten noch verschärft.

Insgesamt schränken die Preissteigerungen der letzten Jahre in den drei Bereichen Energie, Mobilität und Ernährung den ökonomischen Handlungsspielraum privater Haushalte deutlich ein, wobei insbesondere Haushalte mit niedrigen Einkommen stark von der Teuerung betroffen sind. Welche Auswirkungen haben diese Entwicklungen auf die Möglichkeiten und Grenzen nachhaltigen Konsums? Auf der einen Seite zeigen empirische Analysen zur Käuferstruktur biologisch und fair gehandelter Waren, dass am oberen Ende der Einkommensskala eine erhöhte Zahlungsbereitschaft für ökologisch und sozial verträgliche Produkte und Dienstleistungen besteht (BMU 2008). Allerdings ist unklar, ob diese Zahlungsbereitschaft auch bei steigenden Preisen bestehen bleibt und wie sich der direkte Ressourcenverbrauch dieser Einkommensklasse entwickelt: Kommt es angesichts der Preisentwicklung und der Klimadebatte zu einer Reduzierung des Ressourcenverbrauchs oder wird der Preisanstieg, z.B. durch eine geringere Sparquote, abgefedert und das Konsumniveau beibehalten? Auf der anderen Seite sind die Konsumspielräume am unteren Ende der Einkommensskala stark beschränkt und die Zahlungsbereitschaft für öko-effiziente Produkte ist eher gering (ebd.). Hier geht es den Menschen weniger darum, ob ihre Lebensmittel ökologisch oder konventionell hergestellt wurden, sondern vielmehr darum, ob sie überhaupt etwas zu essen haben. Im Hinblick auf die konsumbedingten Umweltbelastungen erzeugt der angesichts der Einkommensverhältnisse und Preisentwicklung „erzwungene“ Konsumverzicht am unteren Ende der Einkommensskala quasi eine „unfreiwillige Öko-Avantgarde“, da der Ressourcenverbrauch und die Höhe der Treibhausgasemissionen niedrig verdienender und in Armut lebender Haushalte angesichts des geringen Konsumniveaus in der Regel eher gering sind. Demgegenüber ist das Konsumverhalten der Haushalte am oberen Ende der Einkommensskala – trotz der weit aus höheren Nachfrage von biologisch produzierten und fair gehandelten Produkten – aufgrund des hohen Konsumniveaus mit einem sehr viel höheren Ressourcenverbrauch und höheren CO₂-Emissionen verbunden (Moll et al. 2005). Vor diesem Hintergrund sind die Wirkungen der Klimadiskussion und der Preisentwicklung auf den Ressourcenverbrauch und auf die Herausbildung sowie Etablierung von nachhaltigen Konsumformen insgesamt wie auch im Hinblick auf die unterschiedlichen Haushaltstypen und Einkommensklassen weitgehend offen.

2.2.4 Zwischenfazit

Die Darstellung der Preisentwicklung in den drei Bereichen Energie, Mobilität und Ernährung hat gezeigt, dass diese drei Bereiche in den vergangenen fünf Jahren sehr viel stärkere Preissteigerungsraten zu verzeichnen hatten als das Preisniveau insgesamt. Da diese Konsumbereiche fast ein Fünftel des gesamten Verbraucherpreisindex ausmachen (19% im Jahr 2005), ist der Anstieg des Verbraucherpreisindex im Wesentlichen auf die Preissteigerungen in diesen Bereichen zurückzuführen. Die zentrale Bedeutung der Preisentwicklung im Bereich der Energie und der Ernährung wird auch daran deutlich, dass der Verbraucherpreisindex im Dezember 2008 ohne die Einberechnung von Energie und saisonabhängigen Nahrungsmitteln einen Prozentpunkt niedriger war als der Verbraucherpreisindex insgesamt; im Juli war die Differenz besonders stark ausgeprägt: Ohne die Berücksichtigung von Energie und saisonabhängigen Nahrungsmitteln lag der Verbraucherpreisindex bei 104,9%, während der Verbraucherpreisindex insgesamt 107,6% betrug (im Vergleich zum Indexjahr 2005 = 100%).³¹

³⁰ Beispielsweise sind in den Hartz-IV-Regelsatzleistungen für die Anschaffung von Kühl- und Gefriergeräten monatlich 1,38 € veranschlagt, d.h. ein Empfänger des Eckregelsatzes müsste zur Anschaffung eines günstigen, energieeffizienten Kühlschranks mehr als 20 Jahre sparen (ifeu/ISOE 2006: 15f.).

³¹ Anders als in den vorangegangenen Darstellungen beinhaltet der Bereich Energie – aufgrund der Verfügbarkeit entsprechender Daten beim Statistischen Bundesamt – in der Abbildung hier neben Strom, Gas und leichtem Heizöl zusätzlich feste Brennstoffe, Zentralheizung, Fernwärme u. a. Der Bereich Ernährung wiederum beschränkt sich ausschließlich auf saisonabhängige Nahrungsmittel.

Die stark angestiegenen Preise bedeuten für eine Vielzahl der Haushalte eine deutliche Einschränkung der ökonomischen Handlungsspielräume und angesichts der stagnierenden Realeinkommen einen realen Kaufkraftverlust. Mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung ist auf Seiten der Privathaushalte eine Anpassung des Konsumniveaus und/oder der Ausgabenstruktur zu erwarten, um die Ausgaben an die veränderten preislichen Rahmenbedingungen und ökonomischen Handlungsspielräume anzupassen.³² Vor dem Hintergrund der skizzierten Entwicklungen wird im Rahmen dieses Forschungsprojektes unter anderem der Frage nachgegangen, inwiefern die Konsument/innen die Veränderung der Preise wahrnehmen und wie sie auf die veränderten ökonomischen Bedingungen reagieren. Für eine erste Annäherung an die Beantwortung dieser Fragen und zur Vorbereitung der empirischen Untersuchung erfolgt nun zunächst eine Analyse der Entwicklung der Konsumausgaben der Privathaushalte in Deutschland.

2.3 Konsumausgaben privater Haushalte

Der vorangegangene Abschnitt hat die zum Teil drastischen Preissteigerungen in den Bereichen Energie, Mobilität und Ernährung thematisiert, welche – zusammen mit der Stagnation des verfügbaren Einkommens der Privathaushalte – eine veränderte ökonomische Situation der Haushalte bedingen. In diesem Kapitel werden die Höhe und die Struktur der privaten Konsumausgaben analysiert, wobei wiederum ein spezieller Fokus auf den Veränderungen des Nachfrageverhaltens und der Konsummuster in den drei Bereichen Energie, Mobilität und Ernährung liegt und haushaltsspezifische Unterschiede Berücksichtigung finden.³³

2.3.1 Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt

In absoluten Werten sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte zwischen 1991 und 2008 von 859 Mrd. € auf 1.367 Mrd. €, d.h. um ca. 60%, angestiegen.³⁴ Unter Berücksichtigung der Preisentwicklung ist der private Konsum der Privathaushalte in diesem Zeitraum um rund 17% angestiegen, wobei die Entwicklung nicht konstant war: Während die Konsumausgaben zwischen 1991 und 2001 einen kontinuierlichen Anstieg zu verzeichnen hatten, gingen sie in den Jahren 2002/03 leicht zurück. Nach einem erneuten Anstieg der Konsumausgaben in den Jahren 2004/05 wurde im Jahr 2006 ein neues Maximum erreicht. Im Jahr 2007 gingen die Konsumausgaben allerdings wiederum leicht zurück und stagnierten im Folgejahr (Abbildung 6).

Im Hinblick auf die Umweltrelevanz der Konsumausgaben ist aber nicht nur das Konsumniveau, sondern auch dessen Struktur relevant, da die unterschiedlichen Konsumbereiche unterschiedlich ressourcenintensiv sind, z.B. zählen die Konsumbereiche Bauen/Wohnen, Mobilität und Ernährung zu den besonders ressourcenintensiven Bereichen (Moll et al. 2005; Mortensen 2006). Abbildung 7 gibt die Verteilung der privaten Konsumausgaben auf zwölf unterschiedliche Kategorien wider. Aus der Abbildung geht hervor, dass im Jahr 2007 ein Fünftel der Konsumausgaben auf Verwendungszwecke entfallen, die im Zusammenhang mit den drei Bereichen Energie, Mobilität und Ernährung stehen. Weitere

³² Mit einer zeitlichen Verzögerung ist zu rechnen, da gerade im Bereich der Haushaltsenergie kein „Frühwarnmechanismus“ existiert; anders als bei Nahrungsmitteln, Verkehrsdienstleistungen sowie Kraft- und Schmierstoffen, ist bei Strom, Heizöl und Gas die Höhe des Preises wie auch die Höhe des Verbrauchs zum Zeitpunkt des Konsums aufgrund der Praxis der monatlichen Abschlagszahlung und jährlichen Abrechnung nicht unmittelbar präsent und selbst bei gleichbleibendem oder sinkendem Verbrauch kann es aufgrund der Preissteigerungen zu Nachforderungen der Energieanbieter kommen.

³³ Im Jahr 2007 gab es in Deutschland 39,7 Millionen Haushalte mit rund 82,4 Millionen Haushaltsmitgliedern. Die Zahl der Privathaushalte ist seit 1991 stärker gestiegen als die Zahl der Haushaltsmitglieder (+13% versus +3%), d.h. die durchschnittliche Haushaltsgröße ging zurück: 1991 lebten durchschnittlich 2,27 Personen in einem Haushalt, 2007 waren es 2,07 Personen. Im Jahr 2007 waren Ein-Personen-Haushalte insgesamt der häufigste Haushaltstyp (39%). Die Haushaltsstruktur ist im Hinblick auf die Umweltbelastungen durch die Aktivitäten privater Haushalte unmittelbar relevant, da die Inanspruchnahme von Umweltressourcen je Haushaltsmitglied in kleineren Haushalten in der Regel deutlich höher ausfällt als in größeren Haushalten (so genannte „Skaleneffekte“): Kleinere Haushalte weisen je Haushaltsmitglied höhere Konsumausgaben, größere Wohnflächen, einen höheren Energieverbrauch und höhere Kohlendioxidemissionen auf. Durch den Rückgang der durchschnittlichen Haushaltsgröße sind daher in der Tendenz umweltbelastende Einflüsse zu erwarten, die durch die Zunahme der Haushalte und der Haushaltsmitglieder insgesamt noch verstärkt werden (UBA 2009b).

³⁴ Die vom Statistischen Bundesamt aktuell veröffentlichten Werte für das Jahr 2008 sind vorläufig.

große Ausgabenblöcke sind das Wohnen (19%) sowie Freizeit und Bildungswesen (13%). Diese aggregierten Angaben lassen zwar Aussagen über das Konsumniveau insgesamt und die Struktur des durchschnittlichen Haushaltskonsum zu, allerdings kann ein Blick auf haushaltsspezifische Konsumausgaben zudem Aufschluss über die Unterschiede in der Höhe und der Zusammensetzung des Konsums unterschiedlicher Haushaltstypen und Einkommensklassen geben (Kap. 4.2).

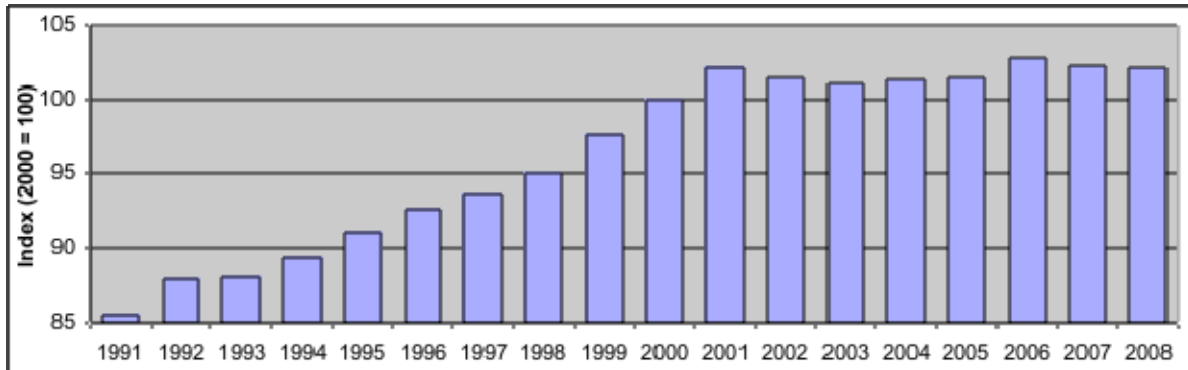


Abbildung 6: Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland, 1991-2008³⁵

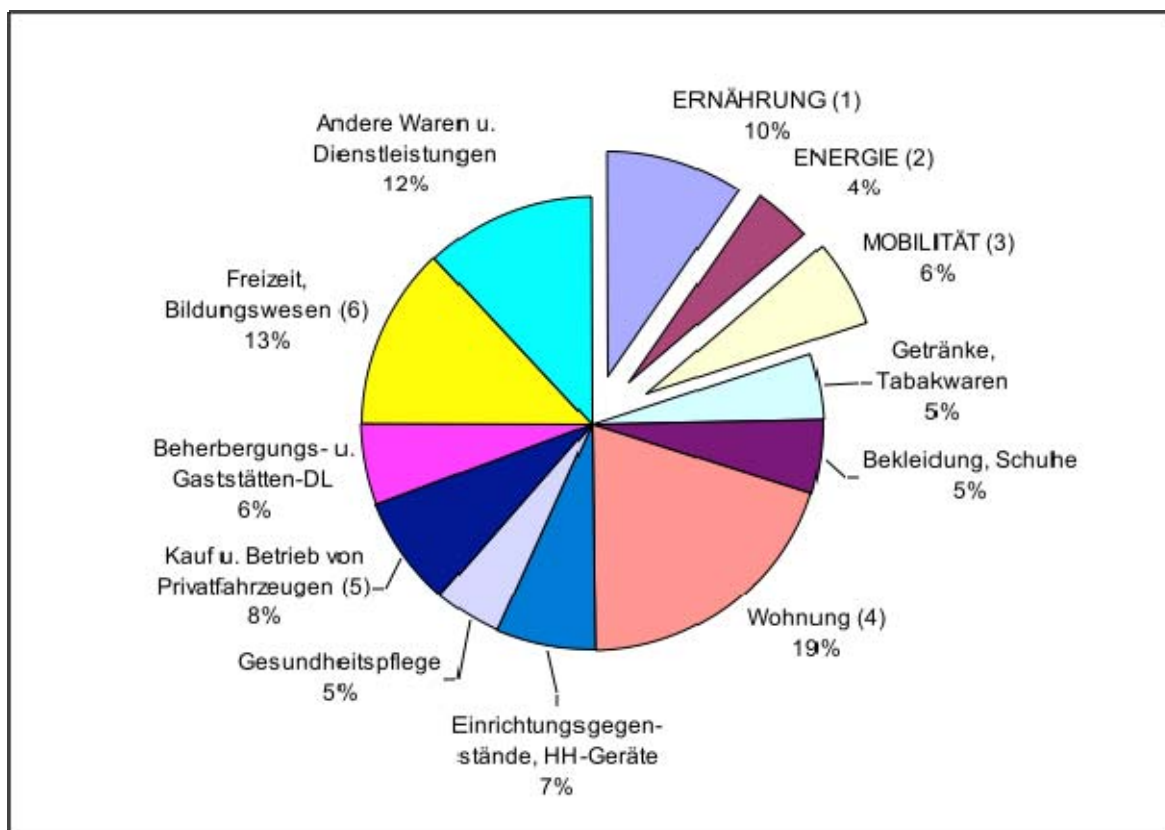


Abbildung 7: Zusammensetzung der Konsumausgaben der privaten Haushalte, 2007³⁶

³⁵ Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des statistischen Bundesamtes (2009); Anm.: preisbereinigt

³⁶ Anm.: eigene Darstellung basierend auf Daten des Statistischen Bundesamtes (2009); Anm.: (1) Nahrungsmittel, ohne Getränke, (2) Strom, Gas, Heizöl, (3) Kraft- und Schmierstoffe für Privatfahrzeuge, Verkehrsdienstleistungen; (4) einschl. Wasser, feste Brennstoffe, Fernwärme u. a.; (5) Kauf von KFZ, Motorrädern, Fahrrädern, sowie Waren u. Dienstleistungen für den Betrieb von Privatfahrzeugen (ohne Kraft- und Schmierstoffe); (6) einschl. Nachrichtenübermittlung, Unterhaltung, Kultur

Tabelle 1 gibt die durchschnittlichen privaten Konsumausgaben unterschiedlicher Haushaltstypen sowie unterschiedlicher Einkommensgruppen für das Jahr 2003 wider, d.h. die Angaben beziehen sich auf die Konsumstruktur zu Beginn der in Kap. 3 dargelegten Phase der Preissteigerungen.³⁷ Die Betrachtung der unterschiedlichen Haushaltstypen zeigt zunächst grundsätzlich, dass das Konsumniveau stark variiert (Tabelle 1): Die höchsten monatlichen Konsumausgaben wurden im Jahr 2003 von Haushalten bestehend aus Paaren mit Kindern getätigt, gefolgt von Paaren ohne Kind, während die Konsumausgaben der Haushalte von Alleinerziehenden deutlich unterhalb des Durchschnitts lagen. Erhebliche Unterschiede im Konsumniveau resultieren zudem aus der unterschiedlichen Einkommenshöhe der Haushalte: Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 900 € wendeten im Jahr 2003 durchschnittlich 807 € im Monat für den privaten Konsum auf. Mehr als fünfmal so viel gab die Einkommensgruppe mit einem Haushaltsnettoeinkommen zwischen 5.000 € und 18.000 € aus (4.117 €). Demgegenüber sind die Unterschiede in der Konsumstruktur – sowohl im Hinblick auf die Haushaltsstruktur als auch hinsichtlich des Haushaltstyps – nicht so stark ausgeprägt. Auffällig ist allerdings, dass der Anteil der Ausgaben für die drei Konsumbereiche Energie, Mobilität und Ernährung an den Konsumausgaben insgesamt mit steigendem Einkommen abnimmt (siehe Abbildung 8): Während Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 900 € fast ein Drittel ihrer Ausgaben für diese drei Bereiche aufwenden, beträgt der Anteil bei Haushalten mit einem Einkommen zwischen 5.000 und 18.000 € nur ein Fünftel.³⁸ Auch bei den Haushaltstypen bestehen deutliche Unterschiede bei dem Anteil, den diese drei Bereiche ausmachen: Während die Ausgaben für die Bereiche Energie, Mobilität und Ernährung bei allein lebenden Frauen mit durchschnittlich 23% am niedrigsten ist, liegt der Anteil der Ausgaben für diese Bereiche bei Alleinerziehenden mit 27% vier Prozentpunkte höher (Abbildung 9). Aufgeschlüsselt nach den einzelnen Bereichen wird deutlich, dass der Anteil der Konsumausgaben sowohl für den Bereich Energie als auch für den Bereich Ernährung mit steigendem Einkommen kontinuierlich und deutlich abnimmt (Tabelle 1). Demgegenüber nimmt der Anteil der Konsumausgaben für den Bereich Mobilität mit steigendem Einkommen leicht zu, allerdings ist er ab der Einkommensgrenze von 3.600 € wieder leicht rückläufig. Bei den Haushaltstypen zeigt sich, dass der Anteil der Konsumausgaben sowohl im Bereich Energie als auch im Bereich Ernährung bei Alleinerziehenden mit Kindern am höchsten ausfällt (6,7% bzw. 15,8%), während der Höchstwert im Bereich der Mobilität bei allein lebenden Männern anfällt (5,8%). Die niedrigsten Anteile an den Konsumausgaben fallen für Energie bei Paaren mit drei Kindern (5,0%) und für Mobilität sowie Ernährung bei allein lebenden Frauen (4,3% bzw. 12,3%) an.

³⁷ Die Ergebnisse der jüngsten Erhebungen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für das Jahr 2008 werden im Verlauf des Jahres 2009 vom Statistischen Bundesamt publiziert.

³⁸ Zum Anteil der Konsumausgaben zur Befriedigung von Grundbedürfnissen, der ebenfalls mit steigendem Einkommen abnimmt, vgl. auch Statistisches Bundesamt et al. (2008: 151f.).

Tabelle 1: Aufwendungen privater Haushalte für Privaten Konsum nach Haushaltsnettoeinkommen und Haushaltstypen, 2003³⁹

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... EUR	Private Konsumausgaben									
	insgesamt		für ENERGIE ¹		für MOBILITÄT ²		für ERNÄHRUNG ³		für ENERGIE, ¹ MOBILITÄT, ² ERNÄHRUNG ³	
	in €	in %	in €	in %	in €	in %	in €	in %	in €	in %
unter 900	807	100,0	63	7,8	34	4,2	140	17,3	237	29,4
900 – unter 1.300	1.099	100,0	78	7,1	50	4,5	179	16,3	307	27,9
1.300 – unter 1.500	1.334	100,0	90	6,7	65	4,9	209	15,7	364	27,3
1.500 – unter 2.000	1.580	100,0	97	6,1	80	5,1	243	15,4	420	26,6
2.000 – unter 2.600	1.983	100,0	115	5,8	102	5,1	300	15,1	517	26,1
2.600 – unter 3.600	2.473	100,0	135	5,5	129	5,2	357	14,4	621	25,1
3.600 – unter 5.000	3.061	100,0	153	5,0	155	5,1	404	13,2	712	23,3
5.000 – unter 18.000	4.117	100,0	186	4,5	196	4,8	463	11,2	845	20,5
Haushalte insgesamt	2.177	100,0	120	5,5	109	5,0	303	13,9	532	24,4
Haushaltstyp	Private Konsumausgaben									
	insgesamt		für ENERGIE ¹		für MOBILITÄT ²		für ERNÄHRUNG ³		für ENERGIE, ¹ MOBILITÄT, ² ERNÄHRUNG ³	
	in €	in %	in €	in %	in €	in %	in €	in %	in €	in %
Allein lebende Frau	1.314	100,0	84	6,4	56	4,3	162	12,3	302	23,0
Allein lebender Mann	1.408	100,0	79	5,6	82	5,8	174	12,4	335	23,8
Alleinerziehende mit Kind(ern)⁴	1.670	100,0	112	6,7	79	4,7	264	15,8	455	27,2
Paare insgesamt	2.631	100,0	138	5,2	128	4,9	374	14,2	640	24,3
Paare ohne Kind⁴	2.502	100,0	132	5,3	119	4,8	336	13,4	587	23,5
Paare mit Kind(ern)⁴	2.854	100,0	147	5,2	146	5,1	439	15,4	732	25,6
Paare mit 1 Kind⁴	2.592	100,0	134	5,2	140	5,4	390	15,0	664	25,6
Paare mit 2 Kindern⁴	2.953	100,0	153	5,2	147	5,0	454	15,4	754	25,5
Paare mit 3 Kindern⁴	3.227	100,0	162	5,0	155	4,8	507	15,7	824	25,5
Sonstige Haushalte	3.035	100,0	164	5,4	165	5,4	449	14,8	778	25,6
Haushalte insgesamt	2.177	100,0	120	5,5	109	5,0	303	13,9	532	24,4

³⁹ Anm.: 1 = Strom, Gas, Heizöl u. a. Brennstoffe; 2 = Kraft-/Schmierstoffe sowie Verkehrsdienstleistungen; 3 = Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren; 4 = Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren.
Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung lt. Verbrauchsstichprobe 2003 (Statistisches Bundesamt 2005).

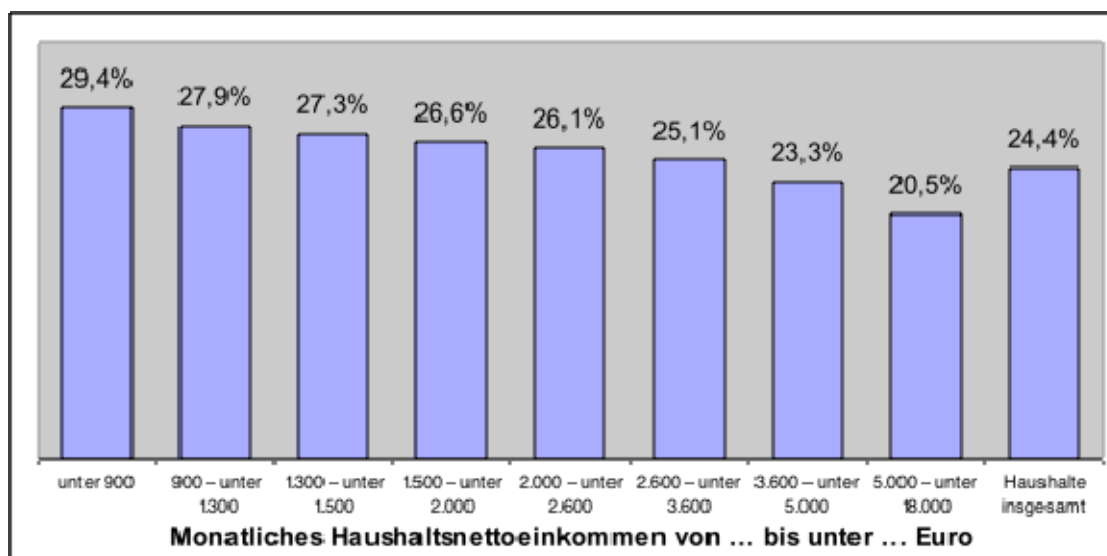


Abbildung 8: Anteil der Ausgaben privater Haushalte für die Bereiche ,Energie, Mobilität und Ernährung nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen, 2003⁴⁰

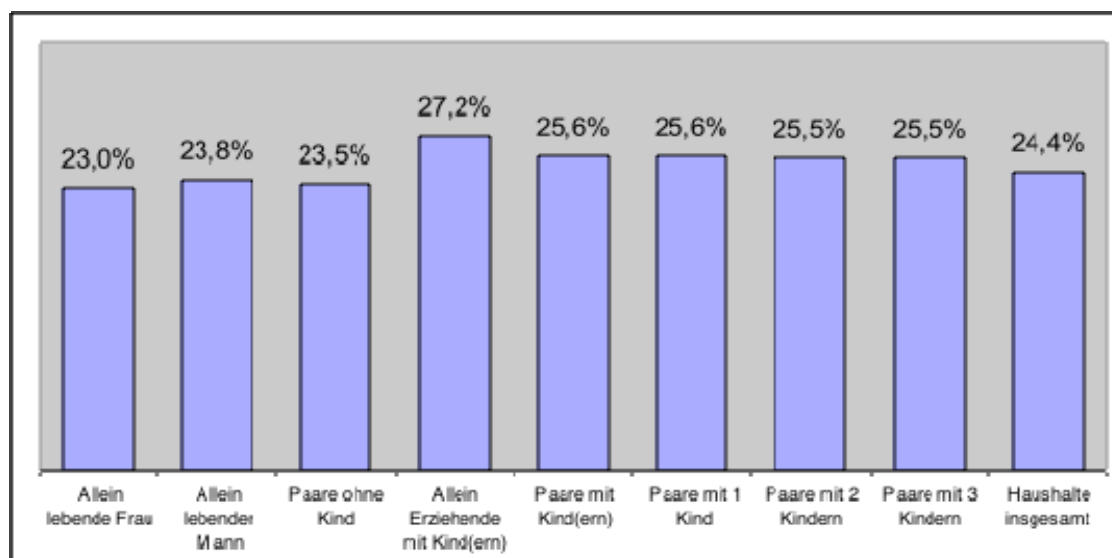


Abbildung 9: Anteil der Ausgaben privater Haushalte für die Bereiche Energie, Mobilität und Ernährung nach Haushaltstyp, 2003⁴¹

⁴⁰ Anm.: Energie = Strom, Gas, Heizöl u. a. Brennstoffe; Mobilität = Kraft-/Schmierstoffe sowie Verkehrsdienstleistungen; Ernährung = Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren. Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 (Statistisches Bundesamt 2005).

⁴¹ Anm.: Energie = Strom, Gas, Heizöl u.a. Brennstoffe; Mobilität = Kraft-/Schmierstoffe sowie Verkehrsdienstleistungen; Ernährung = Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren; Kind(er) = Ledige(s) Kind(er) unter 18 Jahren. Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 (Statistisches Bundesamt 2005).

2.3.4 Zwischenfazit

Während das Konsumniveau der privaten Haushalte in den 1990er Jahren stark angestiegen ist, stagniert es seit Beginn der 2000er Jahre auf diesem Niveau. Fast ein Fünftel der Konsumausgaben wurde im Jahr 2007 für die Bereiche Energie, Mobilität und Ernährung aufgewandt. Allerdings zeigt der Vergleich ausgewählter Haushaltstypen und Einkommensklassen deutliche Unterschiede sowohl im Niveau als auch in der Struktur der privaten Konsumausgaben: In absoluten Werten unterscheiden sich die Konsumhöhe insgesamt und die Ausgaben für die einzelnen Bereiche – je nach Haushaltstyp und Einkommensniveau – zum Teil um ein Vielfaches. Aber auch der Anteil der Konsumausgaben, der für die drei Bereiche Energie, Mobilität und Ernährung aufgewendet wird, ist je nach Haushaltstyp und Einkommensklasse unterschiedlich hoch. Angesichts dessen kann nicht von dem Haushalt die Rede sein, stattdessen ist vielmehr eine haushaltsspezifische Betrachtung erforderlich, wenn die Auswirkungen der Klimadiskussion und der Preisentwicklung in diesen Bereichen analysiert werden soll. Wie bereits in Kapitel 2.2 angedeutet wurde, sind die Haushalte – je nach Typ und Einkommensklasse – zudem unterschiedlich stark von den Preissteigerungen in den genannten Bereichen betroffen. Vor dem Hintergrund stellt sich die Frage, ob und inwiefern die Konsument/innen die Veränderung der Preise wahrnehmen und wie sie auf die veränderten ökonomischen Bedingungen reagieren (Kap. 2.4).

2.4 Klimawandelbezogene Veränderungen des Konsums?

Die Ausführungen haben aufgezeigt, dass die Intensivierung der wissenschaftlichen, politischen und öffentlichen Debatte über den Klimawandel und die globale Erwärmung zu einem Anstieg des Umweltbewusstseins im Allgemeinen, wie auch zu einem stärkeren Bewusstsein über die ökologischen Auswirkungen des privaten Konsums im Besonderen geführt hat. Infolgedessen äußern weite Teile der Bevölkerung die Absicht, ihr Konsumverhalten umweltfreundlich auszurichten. Zugleich sind die privaten Haushalte mit einem Anstieg der Preise in den Konsumbereichen Energie, Mobilität und Ernährung konfrontiert, der wiederum den ökonomischen Handlungsspielraum der Privathaushalte verengt. Allerdings variiert die Verwundbarkeit der Haushalte hinsichtlich der Preisveränderungen stark, insbesondere in Abhängigkeit von der Haushaltsstruktur und der Einkommenssituation.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob und inwiefern diese parallelen Entwicklungen – die steigende Akzeptanz umweltfreundlicher Konsummuster und der zum Teil massive Anstieg der Preise für Waren und Dienstleistungen – tatsächlich das Konsumverhalten der Privathaushalte beeinflusst. Bislang bestehen sowohl hinsichtlich der Auswirkungen dieser beiden Entwicklungen auf (nachhaltigen) Konsum, wie auch im Hinblick auf die Strategien der Haushalte, um den Veränderungen und Herausforderungen im Kontext von Klimawandel und sinkenden ökonomischen Handlungsspielräumen zu begegnen, mehr Fragen als Antworten. Zusammen genommen wurde deutlich, dass zu den zu erwartenden Auswirkungen der Intensivierung der Debatte über den Klimawandel wie auch der Preisveränderungen auf das Alltagsverhalten der Konsument/innen erheblicher Forschungsbedarf besteht.

3 Methodisches Vorgehen: Qualitative explorative Studie

Methodisch war die Untersuchung als qualitative explorative Studie angelegt. Sie zielte darauf, die Wahrnehmungsmuster und die Bedeutung von Klimawandeldebatte und Preisanstiegen für die Veränderungen der Konsummuster in Richtung auf Klima- und Ressourcenschutz zu erkunden. Im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses stand zum einen, die verschiedenen Aspekte dieses Themenfelds zu eruieren sowie die subjektiven Perspektiven und individuellen Meinungen der Mitglieder dreier ausgewählter gesellschaftlicher Gruppen zu ermitteln (siehe z.B. Lamnek 2005; Flick 2007). Ziel war die Generierung von Wissen über Einstellungen und Assoziationen bezogen auf das Themenfeld sowie über klimawandelbezogene Veränderungen der Konsummuster in den ausgewählten Untersuchungsgruppen. Die empirischen Daten wurden mit Hilfe der beiden qualitativen Methoden, Fokusgruppe und Einzelinterviews, gewonnen, auf die im Folgenden genauer eingegangen wird.

3.1 Fokusgruppen

Die erste empirische Erhebungsphase bildete die Durchführung von Fokusgruppen.⁴² Fokusgruppen werden insbesondere in der sozialwissenschaftlichen Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung viel eingesetzt (Henseling et al. 2006). Im Rahmen von Fokusgruppen wird ein Thema unter einer moderierten Leitung vielschichtig beleuchtet und intensiv diskutiert (vgl. Lamnek 2005). Besonderes Merkmal dieser Erhebungsmethode ist, dass sich die Teilnehmenden während der Gruppendiskussionen interaktiv beeinflussen. Der Gesprächsverlauf ähnelt Gesprächssituationen im Alltag stärker als dies z. B. in Gruppenbefragungen oder Einzelinterviews der Fall ist. Fokusgruppen spiegeln damit nicht nur Einzelmeinungen wieder, sondern beziehen auch diese Austausch- und Diskussionsprozesse mit ein, woraus eine vergleichsweise hohe Informationsdichte und Informationsbreite resultiert. Fokusgruppen im Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich bieten sich u. a. für folgende Anwendungsfelder an: zur Ermittlung von Einstellungen, Motiven und Handlungsbereitschaften (z. B. Umweltbewusstsein, Umweltengagement, Zahlungsbereitschaft für nachhaltige Produkte), zur Ermittlung von Handlungsbedarfen, zur Bewertung und Weiterentwicklung von Produkten und Dienstleistungen oder zur Bewertung und Weiterentwicklung von Kommunikationsstrategien (Henseling et al. 2006: 23).⁴³

Der Hauptnutzen einer Fokusgruppe wird durch die so genannten „5 S“ - *Stimulation, Snow-balling, Security, Spontaneity* und *Synergy* - beschrieben. Themen und Ideen werden wechselseitig aufgegriffen und weitergedacht (*Stimulation*). Antworten dienen als Stimuli für den nächsten Teilnehmer/die nächste Teilnehmerin (*Snowballing*). Die alltagsnahe Gesprächssituation erzeugt Geborgenheit (*Security*) und fördert dadurch spontane und unkontrollierte Reaktionen (*Spontaneity*). Anders als beim Einzelinterview werden mehr Themenschwerpunkte angesprochen (*Synergy*), so dass insgesamt ein breites Spektrum von Meinungen, Ideen und Ansichten erhoben werden kann (vgl. Broda 2006: 114).

Das Erkenntnisinteresse der Fokusgruppen ist inhaltlich-thematischer Natur, die Auswertung erfolgt analytisch-deskriptiv (nach Lamnek 2005: Kap. 13).

„Aufgrund ihres qualitativen Charakters und der meist relativ kleinen Stichprobenbasis liefern Fokusgruppen zwar in statistischer Hinsicht keine streng repräsentativen Ergebnisse, jedoch können anhand der Durchführung mehrerer Fokusgruppen für den jeweils diskutierten Themenbereich bestimmte verallgemeinerbare Trends und Muster abgeleitet werden. (...) Die große Stärke der Fokusgruppen liegt in der Exploration, d. h. in der Generierung von Hypothesen auf der Grundlage einer systemischen Erhebung“ (Henseling et al. 2006: 13f.).

⁴² Aus dem Englischen „*Focus Groups*“ (vgl. Morgan 1998, in Wagner 2008: 273) und im Deutschen auch synonym „*Gruppendiskussion*“ (vgl. Lamnek 1998) genannt.

⁴³ Beispiele für den Einsatz von Fokusgruppen in Umwelt- und Nachhaltigkeitsprojekten: IZT – Motivation in der Bevölkerung, sich für Umweltthemen einzusetzen; ISOE – Sozialwissenschaftliche Untersuchung zu Grünem Strom im Raum Bremen; EAWAG – Fokusgruppenerhebung zur Kennzeichnung von Elektrizität; etc. (vgl. Henseling et al. 2006: 22)

Lamnek unterscheidet nach „*ermittelnder*“ Fokusgruppe, bei der individuelle Meinungen, Einstellungen oder Sachverhalte ermittelt werden und „*vermittelnder*“ Gruppendiskussion, die auf „*Veränderungen in den Forschungsobjekten = Subjekten*“ (Lamnek 1998:30) abzielt.

Im Rahmen dieser Studie wurde die ermittelnde Form der Fokusgruppe angewendet, die sich entlang der traditionellen Phasen eines Forschungsprozesses orientiert und einen linearen, sukzessiven Aufbau hat.⁴⁴ Als Befragungsmethode ist sie nicht standardisiert, sie wurde mit einer als „weich“ zu bezeichnenden Moderationsform durchgeführt. Das heißt die Moderation greift möglichst wenig ein, sondern gibt Stichpunkte aus einem vorher entwickelten themenspezifischen Leitfaden, die den Diskussionsprozess zwischen den Teilnehmenden anregt, der Gruppe freie Entfaltungsmöglichkeiten bietet, um somit die Perspektiven der Betroffenen zu erfahren. Zu Beginn der Fokusgruppe wird von der Moderatorin/dem Moderator ein konkretes Informationsinput an die Gruppe gegeben, um die Aufmerksamkeit der Teilnehmenden auf den Diskussionsgegenstand zu lenken.

Unter Berücksichtigung der in der Literatur erwähnten typischen Ablaufphasen⁴⁵ in Fokusgruppen wurde ein grundlegendes Schema für die im Rahmen der explorativen Studie durchgeführten sechs Gruppendiskussionen (mit drei unterschiedlichen Zielgruppen, siehe Kapitel 3.3) festgelegt und durchgeführt:

- Kurze organisatorische Einführung durch die Moderation (Informationen zum Forschungsprojekt, Tonbandaufnahme und schriftliches Protokoll für die Auswertung, garantierte Anonymisierung, Veröffentlichung der Ergebnisse),
- Visuelle Veranschaulichung der aktuellen Klimawandeldebatte durch die Moderation,.
- Kurze Vorstellungsrunde der Teilnehmenden,
- Hauptteil: Gruppendiskussion unter Einbeziehung des Diskussionsleitfadens,
- Zusammenfassung und Abschluss durch die Moderation.

Fokusgruppen werden in der Regel mit relativ homogenen Gruppen durchgeführt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verfügen bezüglich bestimmter projektspezifischer Kriterien über einen ähnlichen Hintergrund. Diese Kriterien können z. B. das Alter, der Beruf, die familiäre Situation, die Mitgliedschaft in einem Verein oder die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Akteursgruppe sein.

3.2 Einzelinterviews

Die zweite empirische Erhebungsphase bildete die Durchführung von Einzelinterviews. Einzelinterviews eignen sich insbesondere zur Erforschung subjektiver Bedeutungen von gesellschaftlichen Problemstellungen, die von den Befragten selbst formuliert werden sollen. Dem offenen Einzelinterview liegen nach Mayring (1999) die folgenden Merkmale zugrunde:

Die Problemzentrierung, die an gesellschaftlichen Problemstellungen ansetzt, deren wesentliche objektive Aspekte der Forscher/die Forscherin sich bereits vor der Interviewphase erarbeitet hat (siehe Kap. 2).

Die Gegenstandsorientierung, die in der konkreten Gestaltung auf den spezifischen Gegenstand zielt und nicht in der Übernahme fertiger Instrumente, d.h. je nach Forschungsfrage wird ein eigener Interview-Leitfaden entwickelt (siehe Anlage 2).

Die Prozessorientierung, die sich auf die flexible Analyse des wissenschaftlichen Problemfeldes bezieht sowie eine schrittweise Gewinnung und Prüfung von Daten, „*wobei Zusammenhang und Beschaffenheit der einzelnen Elemente sich erst langsam und in ständigem reflexiven Bezug herauschälen*“ (Mayring 1999: 50).

⁴⁴ Definition der Forschungsfrage, Entwurf und Vorbereitung des Forschungsdesign (personelle und technische Vorbereitung), Rekrutierung der Gruppe/n, Entwicklung der Datenerhebungsinstrumente (Diskussionsleitfaden, Pretest, ggf. Modifikation des Leitfadens), Datenerhebung, Datenauswertung (Transkription, Reduktion) und -interpretation, Forschungsbericht.

⁴⁵ I Fremdheit, II Orientierung, III Anpassung, IV Vertrautheit, V Konformität, VI Ausklang (vgl. Wagner 2008: 301, Lamnek 1998: 122)

Die Offenheit, bei der die/der Interviewte frei antworten können soll, ohne vorgegebene Antwortalternativen.

Ein wichtiges Kriterium für den Erkenntnisgewinn durch ein qualitatives Einzelinterview ist die Schaffung einer Vertrauensbasis zwischen Interviewer/in und Interviewtem/r, denn nur in einer angenehmen Gesprächssituation wird sich ein/e Befragte/r ausführlich äußern und ihre/seine Meinung offen legen, ohne sich ausgehorcht zu fühlen. Wenn an relevanten gesellschaftlichen Themen angesetzt wird, von denen sich der/die Teilnehmer/in betroffen fühlt und im Interview eine möglichst gleichberechtigte, offene Beziehung aufgebaut wird, profitiert auch die/der Interviewte vom Forschungsprozess und „*ist in der Regel auch ehrlicher, reflektierter, genauer und offener als bei einem Fragebogen oder einer geschlossenen Umfragetechnik*“ (ebd. 51). Dem Einzelinterview liegt ein Leitfaden zugrunde, der aus der Phase der Problemanalyse heraus entwickelt und im Rahmen eines Probe-Interviews getestet wird, um ihn ggf. zu modifizieren. Der Interviewleitfaden setzt sich methodisch-technisch aus drei wesentlichen Teilen zusammen:

Den Sondierungsfragen, die als allgemeine Einstiegsfragen in die Thematik dienen und erkennen lassen, welche subjektive Bedeutung die Thematik für den/die Befragte/n hat.

Den Leitfadenfragen, die die wesentlichen inhaltlichen Fragestellungen umfassen.

Sowie spontane ad-hoc-Fragen, die im Verlauf des Interviews aus dem Gesprächsverlauf heraus entstehen und im Leitfaden nicht verzeichnet sind (ebd. 52).

In diesem Forschungsprojekt dienten die Einzelinterviews konkret zur Überprüfung und Vertiefung der Ergebnisse aus den Fokusgruppen. Sie ermöglichten detailliertere Aussagen zur Wahrnehmung des Klimawandels und zum konkreten Konsumverhalten im Alltag.

Die Teilnehmer/innen von Fokusgruppen und Einzelinterviews kamen aus den drei ausgewählten Gruppen, waren aber nicht identisch, das heißt an den Fokusgruppen und an den Einzelinterviews nahmen jeweils andere Personen aus der Gruppe der Umweltengagierten, Familien mit erhöhtem Armutsrisiko und der Vergleichsgruppe teil.

3.3 Analysekategorien der reduktiven Inhaltsanalyse

Für die Auswertung von Fokusgruppen und Einzelinterviews gibt es kein normativ-methodologisches Verfahren. Vielmehr hängt es von der Zielsetzung und Erkenntnisabsicht des Forschungsprojektes ab, welche Auswertungsmethode bzw. -technik zum Einsatz kommt. Im Rahmen dieses Projektes standen inhaltlich-thematische Aussagen im Vordergrund, weshalb die Auswertung in Form einer qualitativen Inhaltsanalyse erfolgte. Lamnek beschreibt verschiedene Formen der inhaltsanalytischen Auswertung, wobei in dieser Studie die „*reduktive Inhaltsanalyse*“ eingesetzt wurde, bei der die Fülle des Datenmaterials soweit reduziert wird, dass ein Informationsgewinn entsteht (vgl. Lamnek 1998: 167). Zum einen handelt es sich um eine eher abstract-artige Wiedergabe der wesentlichen Inhalte und zum anderen um eine Reduktion der Fülle des Datenmaterials. Originalzitate werden wieder gegeben, um bestimmte Sachverhalte zu charakterisieren und typische Beispiele der Diskussion als Ergebnis zu präsentieren. In einem zweiten Schritt erfolgt eine Interpretation der Diskussionsbeiträge im Hinblick auf die zentralen Forschungsfragen. Grundsätzlich bietet insbesondere die Methode Fokusgruppe die Möglichkeit, dass sich im Laufe der Diskussion zwischen den Teilnehmenden andere bzw. neue Themenschwerpunkte ergeben und zu zusätzlichen Analysekategorien führen können (vgl. Lamnek 1998: 167).

Im Rahmen dieser Untersuchung entsprechen die herausgebildeten Analysekategorien sowohl Aspekten, die bereits im Vorfeld als wichtige Diskussionspunkte herausgearbeitet wurden und dem Diskussionsleitfaden zugrunde lagen, als auch neuen Themenschwerpunkten, die sich im Verlauf der Fokusgruppen und Einzelinterviews ergaben. Nach dieser Strukturierung erfolgte die Paraphrasierung und Zusammenfassung der jeweiligen Darstellungen der Fokusgruppen und Einzelinterviews, um anschließend die Aussagen der Gruppen miteinander zu vergleichen und bezogen auf die Ausgangsfragestellungen zu interpretieren. Im Rahmen dieser vergleichenden Auswertung ergaben sich folgende Schwerpunkte, anhand derer die empirischen Ergebnisse dargestellt werden:

- Wahrnehmung des Klimawandels
 - Wahrnehmung des Klimawandels im Alltag
 - Anpassung an den Klimawandel
 - Verantwortung für Klimaschutz und Klimaanpassung
- Hinweise für Klimawandelbezogene Verhaltensänderungen:
 - Nachfrageverhalten im Bereich Ernährung
 - Nachfrageverhalten im Bereich Energie
 - Nachfrageverhalten im Bereich Mobilität
 - Hinweise für Innovationspotenziale in den Clustern
 - Konsum im Spannungsverhältnis von Klimawandel und Preisanstiegen
- Ergebnisse im Hinblick auf die Vulnerabilität der Region:
 - Klimawandel- und Preisinduzierte Auswirkungen auf den Konsum
 - Attraktivität der Region
 - Aspekte sozialer Kohäsion

3.4 Untersuchungsgruppen

Wie unter Kapitel 3.1 und 3.2 dargestellt, erfolgte die qualitative Untersuchung mittels leitfadengestützter Fokusgruppen und Einzelinterviews. Beide Erhebungsmethoden wurden mit drei unterschiedlichen Zielgruppen durchgeführt, die sich im Hinblick auf die Grundannahmen der empirischen Studie unterscheiden: Die erste Gruppe setzte sich aus Personen zusammen, die Mitglied in einem Umweltverband sind. Bei ihnen wurde davon ausgegangen, dass sie eine überdurchschnittlich hohe Umweltorientierung aufweisen und somit auch besonders an Fragen des Klimawandels, des Klimaschutzes und der Klimaanpassung interessiert sind. Nach einer Untersuchung des BMU ist davon auszugehen, dass diese Gruppe mit einem Anteil von 4% in der Bevölkerung in Deutschland relativ klein ist (BMU 2008). Diese Gruppe wird im Folgenden als „Umweltengagierte“ (UE) bezeichnet. Die Kontaktaufnahme zu den Mitgliedern des Umweltverbandes erfolgte über dessen Geschäftsstelle.

Die zweite Teilnehmer/innengruppe setzte sich aus Alleinerziehenden und Eltern aus Stadtteilen mit hoher Armutsrate zusammen. Bei dieser Gruppe wurde davon ausgegangen, dass sie besonders von den Preisanstiegen betroffen ist. Zu den Bevölkerungsgruppen, die einem besonders hohen Armutsrisiko ausgesetzt sind, d. h. weniger als 60% des Medianeinkommens zur Verfügung haben, gehören insbesondere Alleinerziehende (und dies sind überwiegend Frauen), Migrant/innen oder Familien mit mehr als zwei Kindern (vgl. z. B. SfAFGJS 2009, LSKN 2008, BMAS 2008). Da sich an den Fokusgruppen und Einzelinterviews dieser Untersuchungsgruppe ausschließlich Frauen beteiligten, wird im Folgenden sowohl von „Familien mit erhöhtem Armutsrisiko“ (FA) als auch von „Frauen mit erhöhtem Armutsrisiko“ oder „Alleinerziehenden“ gesprochen. Diese Gruppe hat eine vergleichsweise hohe Relevanz: In Deutschland beträgt der Anteil der Personen mit erhöhtem Armutsrisiko, je nach Umfrage, zwischen 13 und 18% (BMAS 2008). Im Land Bremen liegt der Anteil zwischen 19 und 27 % (SfAFGJS 2009) und in Niedersachsen im Durchschnitt bei 14,7% (LSKN 2009: 626). Die Auswahl der Familien mit erhöhtem Armutsrisiko erfolgte durch deren Eigenschaft als alleinerziehende Mutter bzw. durch deren Wohnsitz in einem Stadtteil mit überdurchschnittlich hoher Armutsrate. Die Kontaktaufnahme zu dieser Gruppe erfolgte über einen Verein sowie über ein Mütterzentrum.

Bei der dritten Teilnehmer/innengruppe bestanden keine spezifischen Vorannahmen über Umwelteinstellungen und Einkommen. Die Kontaktaufnahme erfolgte über einen Chor und sein soziales Umfeld. Die Gruppe wird als „Vergleichsgruppe“ (VG) bezeichnet. Im Gegensatz zu den beiden vorhergehenden Gruppen, deren Teilnehmer/innen aus dem Bremer Stadtgebiet kamen, setzte sich diese Gruppe überwiegend aus Personen aus dem Bremer Umland zusammen.

Die Gewinnung der Teilnehmenden an den Einzelinterviews erfolgte zum einen durch die Geschäftsstelle des Umweltverbandes, die Alleinerziehenden wurden über persönliche Kontakte ermittelt. Die

Einzelpersonen aus der Vergleichsgruppe waren sowohl Chormitglieder, die nicht an der Fokusgruppe teilgenommen hatten, als auch Personen aus dem beruflichen oder privaten Umfeld des Chores. Zwei Fokusgruppen wurden in den Räumen des Umweltverbandes durchgeführt, eine in den Räumen eines Vereins mit alleinerziehenden Mitgliedern, zwei weitere in den Räumen eines Mütterzentrums sowie eine in einem Gemeinderaum, in dem der Chor probt. Die Einzelinterviews wurden entweder bei den Teilnehmenden oder in den Räumlichkeiten der Universität Bremen durchgeführt.

Bereits an dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die mit dieser Methodik erzielten Ergebnisse zunächst nur Aussagen zu den Einschätzungen der drei ausgewählten Gruppen erlauben, sie können nicht für die gesamte Bevölkerung in der Metropolregion verallgemeinert werden, da kein repräsentativer Querschnitt der Metropolregion-Bewohner/innen gebildet und auch keine Zufallsstichprobe eingebunden war. Gleichwohl bieten sie empirisch fundierte Hinweise für die Wahrnehmung und Bedeutung der Thematik in relevanten gesellschaftlichen Gruppen.

4 Empirische Ergebnisse

4.1 Empirische Erhebung I: Fokusgruppen

Im Verlauf des Projekts wurden sechs Fokusgruppen mit insgesamt 39 Teilnehmer/innen, 29 Frauen und 10 Männer, durchgeführt. Zwei Frauen nahmen doppelt an Fokusgruppen teil. Zwei Fokusgruppen setzten sich aus Umweltengagierten, drei aus Frauen mit erhöhtem Armutsrisiko und eine aus Mitgliedern der Vergleichsgruppe zusammen. Die Dauer der Fokusgruppen lag zwischen 2 und 2,5 Stunden, die Gruppengröße variierte zwischen vier und zehn Personen. Für die Fokusgruppen wurde ein Diskussionsleitfaden erstellt, der thematisch in sechs Blöcke untergliedert war (siehe Anlage 1). Während der Durchführung waren jeweils zwei Projektmitarbeiterinnen anwesend, eine in der Rolle als Moderatorin und eine in der Rolle als Protokollantin. Die Fokusgruppen wurden mit einem Aufnahmegerät aufgezeichnet, gleichzeitig wurde die Diskussion stichwortartig protokolliert. Die Auswertung der Fokusgruppen erfolgte auf Basis der (teil-)transkribierten Tonaufnahmen und unter Zuhilfenahme der Protokolle. Für jede teilnehmende Person wurde ein anonymisiertes Kürzel erstellt. Insofern im Folgenden einzelne Aussagen zitiert werden, sind sie mit dem entsprechenden Kürzel gekennzeichnet.⁴⁶

An den Fokusgruppen der Umweltengagierten nahmen insgesamt 15 Personen teil. Eine Fokusgruppe fand mit 9 Personen (4 Frauen, 5 Männer), die andere mit 6 Personen (1 Frau, 5 Männer) statt. Die Teilnehmer/innen waren zwischen 35 und 65 Jahre alt und überwiegend schon seit vielen Jahren Mitglied im Umweltverband. Aus den Ausführungen ging hervor, dass die Mehrzahl über ein mittleres bis höheres Einkommen verfügte, sieben befanden sich im Ruhestand oder Vorruhestand. Die Mitglieder des Umweltverbands waren sich untereinander überwiegend unbekannt.

Es fanden drei Fokusgruppen mit Frauen mit erhöhtem Armutsrisiko statt. An der einen nahmen zehn, an der zweiten sechs und an der dritten vier Personen teil. Die Frauen waren zwischen 25 und 50 Jahre alt und hatten zwischen einem und vier Kinder. Aus ihren Ausführungen ging hervor, dass sie über niedrige Einkommen verfügten bzw. Hartz IV-Leistungen bezogen. Vier Teilnehmerinnen hatten einen Migrationshintergrund. Innerhalb der einzelnen Fokusgruppen kannte sich die Mehrzahl der Frauen bereits im Vorfeld.

Aus der Vergleichsgruppe nahmen sechs Frauen aus dem Chor teil. Sie waren zwischen 39 und 64 Jahre alt und hatten zumeist ein oder mehrere Kinder, die entweder noch im gemeinsamen Haushalt lebten oder selbst schon einen eigenen Haushalt hatten. Die meisten Frauen waren verheiratet, eine Frau war geschieden und eine verwitwet. Das Einkommen der Teilnehmerinnen lag nach deren Aussagen im mittleren bis gehobenen Einkommensbereich, ein Großteil wohnte im Eigenheim. Im Gegensatz zu den beiden anderen Gruppen, deren Teilnehmer/innen aus dem Bremer Stadtgebiet kamen, setzte sich diese Gruppe überwiegend aus Personen aus dem Bremer Umland zusammen.

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Fokusgruppendifkussionen dargestellt. Die Ergebnisse werden zunächst für die jeweilige Gruppe vorgestellt. In den thematisch zugeordneten Zwischenresümees erfolgt ein zusammenfassender Vergleich der Ergebnisse, auch in Hinblick auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede der drei Gruppen.

⁴⁶ Kursiv gehaltene Textpassagen sind Zitate aus den Fokusgruppen. Die Abkürzung hinter den Zitaten setzt sich wie im Folgenden Beispiel zusammen: **UE2/1** (UmweltEngagierte, 2.Fokusgruppe, Personennummer 1). Die Fokusgruppen der Frauen mit erhöhtem Armutsrisiko werden mit FA abgekürzt, die der Vergleichsgruppe mit VG.

4.1.2 Wahrnehmung des Klimawandels im Alltag und persönliche Betroffenheit

Umweltengagierte

Wahrnehmung des Klimawandels

Insgesamt zeigten sich bei den Umweltengagierten Unterschiede in der Wahrnehmung des Klimawandels und auch Unsicherheiten, inwieweit derzeitige Wetterveränderungen auf den Klimawandel zurückzuführen seien. Es wurden einerseits persönliche Erfahrungen geschildert und mit dem Klimawandel in Verbindung gebracht. Zu diesen Beobachtungen gehörten vor allem Veränderungen des Wetters und der jahreszeitlichen Charakteristika (z. B. Angleichung der Jahreszeiten, Trockenheit, Hitze), wie folgendes Zitat verdeutlicht:

„Also noch mal subjektiv, woran ich bisher den Klimawandel gemerkt habe: Also mich hat schon erschreckt, dass der Mai so trocken war hier (...) und dass manche Blüten (...) in der Knospe schon wieder verdorrt sind. (...) Und der Mai ist eigentlich ein Monat, wo normalerweise sehr viele Niederschläge sind“ (UE1/4).

Einige Teilnehmer/innen schilderten zudem ihren Eindruck, dass auch klimawandelbezogene Extremereignisse (z. B. Extremniederschläge, Extremtemperaturen, Hochwasser, Wirbelstürme) zugenommen hätten⁴⁷. Andere wiederum zweifelten grundsätzlich daran, dass sich über die subjektive Wahrnehmung Rückschlüsse auf Klimaveränderungen ziehen ließen. Anhand der eigenen Erfahrungen mit den Jahreszeiten sollten keine allgemeinen Aussagen gezogen werden, äußerte ein Teilnehmer: *„Ich misstraue meinem Gedächtnis: Man denkt schnell, früher war es anders“ (UE1/7)*. Außerdem wurde mehrmals darauf hingewiesen, dass es schon immer milde Winter und heiße Sommer gegeben habe. Nur langfristige Wetteraufzeichnungen ließen letztendlich verlässliche Aussagen über Temperaturveränderungen zu. Einig waren sich die Teilnehmenden allerdings darin, dass die nachgewiesene Zunahme der Durchschnittstemperatur vor allem durch anthropogene Ursachen herbeigeführt worden sei.

Persönliche Betroffenheit durch den Klimawandel

Die eigene Betroffenheit durch den Klimawandel schätzte der Großteil der Teilnehmenden derzeit als relativ gering ein. Die durch den Klimawandel verursachten Probleme in der Region hielten die meisten perspektivisch zwar für realistisch, deutliche Einschnitte wurden aber erst für die weitere Zukunft angenommen.⁴⁸ Eine wichtige Frage in diesem Kontext stellte sich für die Teilnehmenden beim Deichschutz: Aufgrund der spezifischen Betroffenheit der Region, die aus ihrer Nähe zum Meer resultiere, spiele dieser eine wichtige Rolle. Persönliche Betroffenheit bestünde hier insbesondere durch mögliche Überflutungen sowie aus den Kosten, die mit Hochwasserschäden oder Deichschutzmaßnahmen verbunden seien. Ein Teilnehmer führte konkret aus:

„Persönlich betrifft es mich am stärksten (...) im Bereich Deichschutz, weil da ist man als Bewohner hier, als Mieter, als Hauseigentümer (...) natürlich direkt betroffen, weil man da jetzt eben sehr intensive Diskussionen auch hat, wie richtet man sich darauf ein und wer bezahlt letztlich die ganzen notwendigen Maßnahmen. Ich denke, da ist es an der Küste am erlebbarsten“ (UE1/7).

Ein Teilnehmer schilderte, dass er die Sturmflut von 1963 miterlebt hatte und er daher *„eine gewisse Angst“* vor der Wiederholung solcher Ereignisse habe, zumal zwei Drittel der bremischen Landesfläche unter Normalnull lägen (UE1/3). Hier stellte sich für einige der Teilnehmer/innen auch die Frage, wie weit die Deiche überhaupt erhöht werden könnten (*„Steht dein Haus noch in 50 Jahren?“* UE1/7) und ob in 200 Jahren möglicherweise ganz Norddeutschland evakuiert werden müsse. Hochwasser sei im

⁴⁷ Dies sei zum Teil allerdings auch auf andere Faktoren unabhängig vom Klimawandel zurückzuführen, beispielsweise aufgrund von Vertiefung und Regulierung von Flüssen, dem Anbau von Monokulturen oder dem Skitourismus.

⁴⁸ Allerdings fühlte sich besonders ein Teilnehmer derzeit schon *„radikal betroffen“*. Dieser Teilnehmer hatte bereits zu Beginn der Fokusgruppe erläutert: *„Für mich ist es eine Tatsache, dass in fünfzig bis hundert Jahren Bremen nachhaltig überschwemmt wird, absäuft, und dann gibt es Bremen nicht mehr. Wenn man jetzt verantwortlich ist, müsste man jetzt schon Bremen abwickeln“* (UE2/4). Aufgrund dieser Annahme habe er auch *„ernsthaft versucht Bremen zu verlassen“* und wolle auch *„keine Kinder in die Welt setzen“*. Außerdem sah er im Kontext des Klimawandels vielfältige globale Konfliktpotenziale. Diese Meinung wurde von ihm selbst als *„radikal“*, aber *„realistisch“*; von anderen als *„zu pessimistisch“* bezeichnet; sie stellt keine Konsensmeinung, sondern eine Extremposition innerhalb der Gruppe dar.

norddeutschen Raum nicht unrealistisch, äußerte ein Teilnehmer. Dafür müsse sich das Klima allerdings sehr stark verändern, wie ein weiterer Teilnehmer ebenfalls argumentierte: Solange die Arktis nicht abschmelze, könne Bremen sowie die norddeutsche Tiefebene „gehalten werden“ (UE2/1). Anders jedoch sehe die Situation in Schwellen- und Entwicklungsländern aus, die keine Möglichkeit hätten, sich ausreichend vorzubereiten.⁴⁹ Persönliche Betroffenheit empfand eine Teilnehmerin darüber hinaus auch aufgrund von Wetterveränderungen, denn das „Verschwinden der Jahreszeiten“ wirke sich negativ auf ihr „psychologisches Wohlbefinden“ aus. Als „hier geborener Mensch“ brauche sie den Wechsel der Jahreszeiten (UE1/6).

Weitere Diskussionspunkte

Zu den weiteren Diskussionspunkten, die sich aus der Diskussionsdynamik innerhalb dieses Themenbereichs ergaben, gehörten Fragen der „Schuld“ (UE2/5) oder der Verantwortung für die Folgen des Klimawandels, vor allem im Hinblick auf die Lebensbedingungen für die (Enkel-)Kinder.⁵⁰

Familien mit erhöhtem Armutsrisiko

Wahrnehmung des Klimawandels

Ähnlich wie die Umweltengagierten brachte die Mehrzahl der Frauen mit erhöhtem Armutsrisiko eigene alltägliche Erfahrungen und Beobachtungen in Verbindung mit dem Klimawandel. Angeführt wurden das „Verwischen“ (FA3/4) der Jahreszeiten, heißere oder stürmischere und regnerische Sommer, mildere Winter mit weniger Schnee, Trockenheit, Wasser in den Kellern durch häufigeren Regen oder die Zunahme von Extremereignissen in Deutschland, wie Tornados.⁵¹ Vor allem „stickigere Luft“ (FA3/1) und die Auflösung der Jahreszeiten wurden häufig genannt:

„Früher hatten wir eigentlich nur warme Sommer, dass es einfach warm war. Jetzt ist es nur noch stickig, also es ist ja nur noch stickige, drückende Luft. (...) Die Jahreszeiten verwischen so ein bisschen. Der Winter ist nicht mehr so kalt (...)“ (FA1/2).

Auch die Zunahme bestimmter Insektenarten wurde dem Klimawandel zugeschrieben. Während sich die Mehrzahl der Diskussionsteilnehmerinnen einig darüber war, dass eine globale Erwärmung derzeit schon stattfindet, vertraten einige Frauen jedoch die Ansicht, dass der (anthropogen verursachte) Klimawandel ein Mythos sei und „teilweise extrem hochgespielt wird“ (FA1/6). Es würden damit Ängste geschürt, die dann wiederum „politisch ausgeschlachtet“ würden:

„Die Lüge der Klimakatastrophe. Meine Meinung. Wenn man zurückblickt, das Klima ändert sich laufend, auch ganz stark. Wir Menschen passen uns ja dementsprechend an. (...) Ich halte das für einen (...) relativ normalen Vorgang, der auch wahrscheinlich zu Dinosaurierzeiten schon so da war (...) Und durch den Klimawandel wird auch viel, viel Angst geschürt und mit Angst kann man immer gute Geschäfte machen“ (FA1/5).

Persönliche Betroffenheit durch den Klimawandel

Auch die Teilnehmerinnen dieser Gruppe sahen aktuell keine persönliche Betroffenheit durch den Klimawandel. Allerdings gingen mehrere Frauen von einer zukünftigen potenziellen Betroffenheit Nordwestdeutschlands wegen seiner Lage aus. Befürchtet wurde ein häufigeres Auftreten von Hochwasser und Überschwemmungen. Dies hätte beispielsweise zur Folge, dass die Keller der Häuser häufiger unter Wasser stehen könnten. Kontrovers diskutiert wurde zudem die Deichsicherheit. Hier wurde eine potenzielle indirekte Betroffenheit deutlich, der sich die Frauen ausgesetzt sahen: Nach Ansicht einiger Teilnehmerinnen reichten die Einnahmen aus den Deichgebühren nicht aus, um die zukünftig anstehenden Deicherhöhungen zu finanzieren. Um das benötigte Geld dafür aufzubringen, würden aufgrund

⁴⁹ Ein Teilnehmer vermutete beispielsweise in Bangladesch eine „Riesen menschliche Katastrophe“ (UE 2/5) als Folge zunehmender Überschwemmungen durch den Klimawandel.

⁵⁰ In diesem Kontext wurde zwar Sorge über die Zukunft der nachfolgenden Generationen geäußert, diese war aber verbunden mit der Zuversicht, dass die folgenden Generationen die Veränderungen und Herausforderungen „packen“ (UE2/5) und dass die Kinder ganz neue Ideen haben würden, um die Zukunft zu gestalten.

⁵¹ Zum Teil war unter den Diskussionsteilnehmerinnen aber umstritten, inwiefern bestimmte Phänomene tatsächlich durch den Klimawandel bedingt seien oder inwiefern es sich dabei um „natürliche“ oder „normale“ Ereignisse handele. Dies betraf beispielsweise die Aussage einer Teilnehmerin, dass auch Tsunamis oder Seebeben durch den Klimawandel ausgelöst seien.

des knappen Bremer Landeshaushalts möglicherweise Einsparungen an anderer Stelle erfolgen. Diese Einsparungen könnten wiederum mit Kürzungen im Sozial-Etat einhergehen.⁵² Weitere potenzielle Betroffenheiten wurden in den Wetterveränderungen und damit verbundenen gesundheitlichen Belastungen gesehen sowie in der potenziellen Neuansiedlung von krankheitsübertragenden Insektenarten, die aufgrund wärmerer Temperaturen nach Deutschland einwandern könnten.⁵³ Darüber hinaus wurde Sorge vor allem auch wegen der eigenen Kinder geäußert, die zukünftig die Folgen des Klimawandels zu tragen hätten:

„Und ich denke, gerade weil [hier alle Anwesenden] Kinder haben, macht sich hier jeder auch Gedanken, was passiert jetzt, was könnte man vielleicht auch selber tun, damit meine Kinder überhaupt eines natürlichen Todes sterben dürfen und nicht an der Klimakatastrophe leidend sterben müssen“ (FA1/2).

Weitere Diskussionspunkte

Innerhalb der Diskussion wurde mitunter eine starke globale Differenzierung zwischen „wir hier“ und „den anderen“ Menschen in den Südländern zum Ausdruck gebracht, wobei auch Ungleichheiten hinsichtlich der stärkeren Betroffenheit der in diesen Ländern lebenden Menschen durch den Klimawandel gesehen wurden (FA1/7). Gleichzeitig wurde allerdings auch über den Klimawandelbeitrag insbesondere der asiatischen Länder diskutiert. In Deutschland sei umweltbewusstes Verhalten mittlerweile „auch so ein bisschen in Fleisch und Blut übergegangen (...), während aber dann andere eine dicke Wolke in die Luft blasen“ (FA1/6).

Vergleichsgruppe

Wahrnehmung des Klimawandels

Wie in den beiden anderen Gruppen zeigte sich auch in der Vergleichsgruppe, dass eigene Beobachtungen und Erfahrungen dem Klimawandel zugeschrieben wurden. Mehrmals wurden klimawandelbedingte Veränderungen an wärmeren Temperaturen, mehr „Wasser im Ort“ (VG1/1) oder an Veränderungen im Garten aufgrund wärmerer Winter festgemacht:

„(...) ich wohn jetzt seit ca. 20 Jahren auf dem Lande hier. Sonst war ich immer in der Stadt (...). Und seitdem ich eben Haus und Garten habe, fällt mir eben viel mehr auf. Was mit den Pflanzen los ist, dass zum Beispiel die Rhododendren jetzt schon wieder kurz vorm Erblühen sind“ (VG1/3).

Ähnlich wie in den beiden anderen Gruppen wurde zugleich Unsicherheit geäußert, inwiefern diese Erfahrungen tatsächlich auf den Klimawandel zurückgeführt werden können. Allerdings wurde von einer Teilnehmerin dieser Gruppe der Klimawandel grundsätzlich angezweifelt: Aussagen über den Klimawandel könne man nicht trauen. Niemand wisse, ob dahinter nicht Profitinteressen oder die Verbreitung von „Ängsten“ von Seiten der „Mächte“ steckten (VG1/6).

Einen weiteren Diskussionspunkt stellte die Wahrnehmung der Debatte über den Klimawandel dar. Insgesamt habe die Diskussion in den letzten Jahren wenig bewirkt, äußerte eine Teilnehmerin. Im Zuge der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 und der Vertiefung der Diskussion rücke das Thema den Menschen nun doch mehr ins Bewusstsein und sei auch bei ihr selbst präsenter.

Persönliche Betroffenheit durch den Klimawandel

Eine persönliche Betroffenheit durch den Klimawandel wurde auch in dieser Gruppe nicht gesehen, negativere Auswirkungen wurden vor allem für die nächste und übernächste Generation befürchtet: „(...) uns betrifft es vielleicht noch nicht so, aber unsere Kinder und Kindeskinde“ (VG1/5).

Darüber hinaus wurde eine besondere lokale Betroffenheit vermutet aufgrund der Bebauung der Gemeinde, in der die Fokusgruppe stattfand, in einem Randüberschwemmungsgebiet. In den nächsten 50 Jahren werde die Gemeinde sehr wahrscheinlich damit „zu tun haben“, äußerte eine Teilnehmerin

⁵² Die Teilnehmerinnen vermuteten z. B. Kürzungen bei der Unterstützung von Alleinerziehendenverbänden.

⁵³ Damit war auch die Frage verbunden, ob dadurch in Zukunft gesundheitliche Beeinträchtigungen zu erwarten seien oder vorbeugende Maßnahmen getroffen werden müssten, (z. B. Impfungen gegen Malaria und Gelbfieber).

(VG1/4). Die Sicherheit der Region sei sehr stark abhängig von der Sicherheit der Deiche und ihrem Haltevermögen:

„Das ist so eine Sache, die uns interessiert. Oder das mich bewegt oder beunruhigt, weil wir halt in [hier in der Gemeinde] recht tief wohnen. (...) ich [denke] mir immer so, was ist mit den Deichen? Sind die hoch genug? (...) Ja, und wenn ich dann so höre, zwei Meter-Anstieg des Meeresspiegels. Das kann ich mir nicht vorstellen, dass das irgendwelche Deiche mal halten könnten. (...) Also bei mir ist es so im Moment so das Wasser, was mir Angst macht“ (VG1/5).

Zwischenresümee zur Wahrnehmung des Klimawandels im Alltag und der persönlichen Betroffenheit

Als übergreifendes Ergebnis lässt sich festhalten, dass eine Fülle an Beobachtungen und Wahrnehmungen in der Natur und in der Region mit dem Klimawandel in Verbindung gebracht wurden. Dies sind Hinweise dafür, dass der Klimawandel im Alltag der Befragten als eine Art „Referenzrahmen“ für deren subjektive Erfahrungen und persönlichen Erlebnisse genutzt wird. Gleichzeitig zeigte sich aber auch Unsicherheit in dieser Zuordnung. Vor allem die Umweltengagierten und die Vergleichsgruppe stellten die Aussagekraft ihrer subjektiven Wahrnehmungen in Frage. In der Gruppe der Frauen mit erhöhtem Armutsrisiko bezweifelten darüber hinaus einige den anthropogen verursachten Klimawandel grundsätzlich.

Als weiteres übergreifendes Ergebnis zeigte sich, dass derzeit keine persönliche Betroffenheit vom Klimawandel gesehen wird, sondern Risiken insbesondere für die Zukunft oder für andere Länder angenommen wurden. Von allen Gruppen wurde das erhöhte Risiko Nordwestdeutschlands im Falle eines Meeresspiegelanstiegs thematisiert.

Als neuer Aspekt wurde insbesondere in der Gruppe der Frauen mit erhöhtem Armutsrisiko auf mögliche Konflikte zwischen ökologischen und sozialen Dimensionen hingewiesen. Sie diskutierten im Zusammenhang mit Klimaanpassungsmaßnahmen Fragen sozialer Gerechtigkeit. Angesichts der damit verbundenen neuen Belastungen der öffentlichen Haushalte befürchteten sie Einschnitte in den Sozialertrag und damit eine Zunahme sozialer Disparitäten.

4.1.2 Reaktionen auf den Klimawandel in den Konsumbereichen Ernährung, Energie und Mobilität

Umweltengagierte

Klimawandel und Konsumverhalten im Alltag

Die Umweltengagierten schilderten eine breite Palette an klimawandelbezogenen Reaktionen und individuellen Strategien, um sich im Alltag ökologisch zu verhalten. Sie reichten von eher kleinen Aktivitäten „nebenbei“ (UE1/8) bis hin zu grundlegenden Entscheidungen der Lebensführung in den Konsumbereichen Ernährung, Energie und Mobilität. Die aufgeführten Aktivitäten bezogen sich sowohl auf die Reduktion des Konsumniveaus als auch auf die Verlagerung hin zu umweltfreundlicheren Produkten oder Verhaltensweisen. Auffallend war, dass die überwiegende Zahl der Teilnehmenden betonte, dass das eigene umweltbewusste oder ressourcenschonende (Einkaufs-)Verhalten keine Reaktion auf den Klimawandel oder die Intensivierung der Klimawandeldebatte sei. Im Vordergrund stehe vielmehr der Wunsch nach Ressourcenschonung und der Förderung des Umweltschutzes insgesamt (und nicht „nur“ des Klimaschutzes), wie ein Teilnehmer ausführte:

„Mein Thema ist nicht Klimawandel, sondern Ressourcenschonung insgesamt. Wir müssen in die Lage kommen, dass die Menschheit nur die Ressourcen verbraucht, die auch regeneriert werden können und da ist jeder Beitrag wichtig, egal ob es direkt was mit Klimawandel zu tun hat“ (UE1/7).

Mehrere der Teilnehmenden sahen daher in der Klimawandeldebatte eine Art Neuauflage anderer, in vergangenen Jahren bereits diskutierter Problemlagen (Diskussion um Atomkraft, fossile Energieträger, Waldsterben oder Ungleichgewicht in der Weltwirtschaft), die die Notwendigkeit ressourcenschonender und ökologischer Handeln schon früher aufgezeigt hätten. Nur der Schwerpunkt sei jeweils ein anderer

gewesen. Die Diskussion über den Klimawandel bestärke ihr ohnehin schon ökologisch ausgerichtetes Verhalten, erläuterten mehrere Umweltengagierte. Und da habe sich, so ein Teilnehmer, „in den letzten dreißig, fünfunddreißig Jahren (...) nicht viel geändert“ (UE2/3).

Konsumverhalten im Bereich Ernährung

Die Teilnehmenden schilderten eine ganze Reihe unterschiedlicher Aktivitäten und (Einkaufs-) Strategien zugunsten des ernährungsbezogenen Klimaschutzes im Alltag. Dazu gehörte insbesondere der Kauf regionaler Produkte („keine Erdbeeren im Winter“, die Berücksichtigung des „natürlichen Zyklus“ (UE1/7)). Mehrmals wurde in diesem Zusammenhang betont, dass der Kauf regionaler Produkte dem Kauf von Bio-Produkten vorgezogen werde, auch wenn die Nachfrage nach Bio-Produkten als positive umweltrelevante Einkaufsaktivität aufgezählt wurde. Diese Verhaltensweisen wurden von fast allen Teilnehmer/innen angeführt oder durch Zustimmung bestätigt. Darüber hinaus erläuterten einige Umweltengagierte, dass sie beim Kauf von Bio- und regionalen Produkten noch weitere Faktoren berücksichtigten (z.B. keine „eingeflogenen Bio-Produkte“ (UE1/8), Berücksichtigung der Saisonalität regionaler Produkte). Mehrere Teilnehmer/innen äußerten allerdings auch Skepsis gegenüber Bio-Produkten, z.B. in Hinsicht auf den Wahrheitsgehalt der Angaben auf Bio-Produkten. Darüber hinaus wurden die teuren Zertifizierungsverfahren für Bio-Produkte kritisiert, die sich einige Landwirte trotz gleicher Produktionsweise nicht leisten könnten und daher benachteiligt seien.

Konsumverhalten im Bereich Energie

Die Mehrzahl der Teilnehmer/innen betonte, dass für sie das Thema Energiesparen von zentraler Bedeutung sei. Wiederholt wurden unterschiedliche Energie- und Stromsparmaßnahmen geschildert: Dazu gehörten die Messung des Energieverbrauchs, das Abschaffen von Haushaltsgeräten mit hohem Energieverbrauch, die Nutzung abschaltbarer Steckdosenleisten oder das Ausstellen von Licht und Heizung beim Verlassen des Raumes oder der Wohnung. Ein Teilnehmer führte aus, dass er sich durch den Verzicht auf größeren Wohnraum die Möglichkeit geschaffen habe, langfristig Energie zu sparen:

„Als ich nach Bremen gezogen bin, habe ich mich für ein Reihenhaus entschieden. Ein relativ kleines, aber topp gedämmt. (...) das, was mein Haus an Energie verbraucht, das ist lächerlich. Allerdings muss ich sagen, es war nicht billig, aber es war eine bewusste Entscheidung. Andere treffen genau die umgekehrte Entscheidung, die bauen sich dann irgendwo draußen auf dem Land ihre Traumhütte mit 200 Quadratmetern hin“ (UE1/7).

Die Umweltengagierten maßen der Wärmedämmung von Wohnraum besondere Bedeutung bei, die für sie hohe Priorität habe. So berichtete ein Teilnehmer über seine Investitionen in Energieeinspar- und Isolierungsmaßnahmen in mehrere eigene Häuser (eins bewohnte er selbst, die anderen waren vermietet), aufgrund dessen er sich seit Jahren keinen größeren Urlaub oder ein neues Auto leisten könne.

Konsumverhalten im Bereich Mobilität

Die Diskussionsbeiträge zum Thema Mobilität brachten zum Ausdruck, dass sie der Alltagsmobilität und dem Fliegen eine sehr hohe Umweltrelevanz beimessen. Sie führten unterschiedliche Umsetzungsbeispiele für klimafreundliche Mobilität an, z.B. das Nutzen des Fahrrades oder öffentlicher Verkehrsmittel anstatt des Autos, bewusster Autoverzicht oder Bahn fahren statt zu fliegen. Zwei Teilnehmer erläuterten, dass Bremen sehr gute Möglichkeiten für die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und des Fahrrads böte und somit zufrieden stellende Alternativen zum Auto bestünden. Um emissionsreduziert Auto zu fahren, so ein Teilnehmer, führe er auf der Autobahn grundsätzlich unter 130 km/h. Ein anderer Teilnehmer äußerte, er fahre nur mit voll besetztem Wagen (von daher sei der CO₂-Ausstoß pro Person gering). Auch die Berücksichtigung „kurzer Wege“ (UE2/5) bei der Wahl des Wohnortes, um nicht pendeln zu müssen, wurde von einigen Umweltengagierten als Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz hervorgehoben.

Weitere Diskussionspunkte

Als weiterer Aspekt wurde im Verlauf der Diskussion angesprochen, Einkaufsentscheidungen und die Wahl des Händlers nicht nur ökologisch auszurichten, sondern auch davon abhängig mache, für welche sozialen „Werte“ ein Unternehmen stehe (UE2/4). Die Teilnehmer/innen diskutierten auch über die Bedeutung von Werten in der Gesellschaft und über den Einfluss (frühkindlicher) Erziehung und Um-

weltbildung auf das Verhalten.⁵⁴ Des Weiteren war eine gewisse „Moralisierung“ zu beobachten, so wurde die Verursachung von Umweltbelastungen durch den Besitz und die Nutzung eines Autos oder durch Fliegen als „Sünde“ (UE2/1), Ausflüge mit dem Auto am Wochenende als „Schwäche“ (UE1/3) bezeichnet. Immer wieder wogen die Diskussionsteilnehmer/innen ab, in welchem Verhältnis ihr „umweltfreundliches“ zu ihrem „umweltschädlichen“ Verhalten stehe.

Familien mit erhöhtem Armutsrisiko

Klimawandel und Konsumverhalten im Alltag

Insgesamt machen die Aussagen der Frauen mit erhöhtem Armutsrisiko deutlich, dass der Klimawandel in ihrem Alltag und Konsumverhalten eine untergeordnete Rolle spielt. Mehrere Teilnehmerinnen äußerten, sie versuchten in ihrem Alltag generell auf ökologische Aspekte zu achten, auch wenn diese zum Teil „nur Kleinigkeiten“ (FA1/2) seien. Ressourcenschonendes Verhalten würde immer dann umgesetzt, wenn damit Geld gespart werden könnte, also überall dort, wo ökologisches Verhalten auch ökonomisch sei. Somit stelle der Preis meist den entscheidenden Faktor bei einer Konsumentenscheidung dar. Wenn die Teilnehmerinnen auf ökologische Aspekte achteten, dann führten sie dies ähnlich wie die Umweltengagierten nicht explizit auf den Klimawandel, sondern auf Umweltschutzgründe allgemein zurück. Konsumverhalten im Bereich Ernährung

Die nachrangige Bedeutung ökologischer Kriterien zeigte sich konkret auch im Konsumbereich Ernährung. Die Diskussion fokussierte dabei sehr stark auf ökologische Lebensmittel und die Gründe, weshalb die Teilnehmerinnen diese nicht konsumierten. Vor dem Hintergrund ihrer engen finanziellen Spielräume erschwerten insbesondere die höheren Preise von Bio-Produkten ihren Kauf:

„Wenn ich jetzt nur an den Klimawandel denken würde, wenn ich einkaufen gehe und würde sagen, ich kaufe mir jetzt nur dieses Ökoprodukt und kauf mir das. Also, ich hab zwar nicht mehr alle Kinder zu Hause, aber dann könnte ich mir gar nichts mehr leisten“ (FA3/2).

Zudem wurde eine große Ambivalenz gegenüber Bio-Produkten deutlich: Einerseits wurden Bio-Produkte quasi als Inbegriff für umwelt- und klimafreundlichen Konsum dargestellt. Auch betonten mehrere Frauen, dass sie gerne Bio-Produkte konsumieren würden, wenn sie es sich leisten könnten. Andererseits wurde immer wieder große Skepsis darüber geäußert, inwiefern Bio-Produkte tatsächlich klimafreundlicher („Und wenn ich da Gemüse aus China sehe, das kann nicht gut sein“ (FA1/5)) oder von besserer Qualität seien. Vielmehr handele es sich bei der Deklaration von Bio-Produkten um eine „Verkaufsstrategie“ (FA2/2) und eine „Erfindung der Supermärkte“ (FA1/9), um Profit zu machen. Durch die EU-Reformen seien die Verordnungen aufgeweicht, was dazu führe, dass sich „jetzt hier Bio nennen [kann], was letztendlich nicht den eigentlichen Öko-Standards entspricht“ (FA1/9).

Konsumverhalten in den Bereichen Energie und Mobilität

Im Gegensatz dazu schilderten die Teilnehmerinnen in den Konsumbereichen Energie und Mobilität weitestgehendes ressourcenschonendes Verhalten. Aufgrund ihrer ökonomischen Situation könnten sie sich weder große Wohnräume, Flugreisen, Autofahren über weite Strecken oder einen hohen Strom- und Wärmeenergieverbrauch leisten. Sie berichteten über vielfältige Aktivitäten zum Einsparen direkter Ressourcen, z.B. Reduzierung des Autofahrens, Umsteigen auf den ÖPNV, auf das Fahrrad oder zu Fuß gehen. Weiterhin führten sie aus, dass und wie sie in ihrem Alltag den Heiz- und Stromverbrauch einschränkten und auf Geräte mit hohem Stromverbrauch verzichteten. Mehrere Teilnehmerinnen äußerten den Wunsch, falls sich ihre finanzielle Situation verbessere, sich anders zu verhalten (beispielsweise Flugreisen zu machen).

⁵⁴ Dabei wurde kritisiert, dass ökologische Themen derzeit keinen hohen bildungspolitischen Stellenwert hätten und es Kindern an Umwelt- und Naturerfahrungen mangle. Allerdings bestünde auf Seiten der Schüler/innen vielfach wenig Interesse an diesen Themen. Mehrere Teilnehmer/innen betonten auch, dass sie im eigenen Bekannten- und Freundeskreis sowie im Rahmen der Berufstätigkeit als Multiplikator für die Idee des Klima- und Umweltschutzes wirkten (z.B. durch Gründung einer Stiftung oder als Lehrer in der Schule) und dabei durchaus auch positive Erfahrungen gemacht hätten.

Weitere Diskussionspunkte

An unterschiedlichen Stellen äußerten die Frauen, ein „*schlechtes Gewissen*“ (FA1/1) zu haben, da sie sich nicht ökologischer verhalten könnten. Dabei verwiesen sie allerdings auf ihre prekäre finanzielle Lage, die ihnen keinen Handlungsspielraum ermögliche.

Vergleichsgruppe

Klimawandel und Konsumverhalten im Alltag

Im Unterschied zu den beiden anderen Gruppen bieten die Aussagen der Vergleichsgruppe Hinweise dafür, dass sich der Klimawandel punktuell auf ihr Konsumverhalten im Alltag auswirkt. Mehrere Teilnehmerinnen äußerten, dass die Intensivierung der Klimawandeldebatte in den letzten Jahren bei ihnen dazu geführt habe, mehr über das eigene Konsumverhalten nachzudenken und in einigen Bereichen bewusster mit den Ressourcen umzugehen bzw. sich einzuschränken, solange dies nicht zu größeren Komfortverlusten führe. In den Diskussionen wurde darüber hinaus deutlich, dass eine Reihe von Faktoren bei Konsumententscheidungen abgewogen werden, innerhalb derer klimafreundliches Verhalten einen unterschiedlichen Stellenwert einnimmt. Neben persönlichen Bedürfnissen hinsichtlich Lebensqualität und -standard, der vorhandenen Infrastruktur oder dem zeitlichen Aufwand, gehörten zu diesen Faktoren in erster Linie Kostenaspekte. Vor allem dort, wo ökologisches Verhalten auch ökonomisch lohnenswert oder zumindest nicht kostenaufwändiger sei, würde eine dementsprechende Verhaltensausrichtung stattfinden, erläuterte eine Teilnehmerin:

"Also das Klima, es ist nicht immer das Klima. Es sind auch die Kosten. Wir denken nicht unbedingt erst ans Klima, erstmal denken wir an die Kosten. (...) Und wenn es dem Klima gut tut, ist es gut" (VG1/5).

Insbesondere im Ernährungsbereich spielte nach Aussage der Teilnehmerinnen der Wunsch nach klima- bzw. ressourcenschonendem Verhalten eine wichtige Rolle.

Konsumverhalten im Bereich Ernährung

Mehrere Teilnehmerinnen schilderten, dass sie im Ernährungsbereich gezielt auf die Herkunft der Produkte achteten. Der Kauf regionaler Produkte war in den Äußerungen durchgehend positiv besetzt und wurde aufgrund der Emissionseinsparungen durch kürzere Transportwege als Beitrag zum Klimaschutz gewertet. Am Beispiel von Jogurt erläuterte dies eine Teilnehmerin konkret:

"Also ich habe jetzt an Klima vor einigen Jahren ganz bewusst gedacht und zwar, als ich im Supermarkt vor einem Regal stand mit den Jogurtsorten. (...) Und dann geguckt habe, was kommt denn jetzt hier aus der Region. Auch im Hinterkopf die ganzen LKWs auf den Autobahnen, die diesen Jogurt spazieren fahren. Und dann habe ich mir gedacht, ich kaufe jetzt keinen Jogurt mehr aus Bayern oder aus dem Süden, weil wir haben hier Bremerland und Lünebest und was (...) alles hier aus der Ecke kommt. Und da bin ich irgendwie bei geblieben" (VG1/2).

Auch beim Kauf von Obst und Gemüse wurde immer wieder eine Präferenz für Produkte mit kurzen Transportwegen hervorgehoben. Mehrmals wurde beispielhaft erläutert, welche Produkte bevorzugt (z.B. Äpfel aus dem Alten Land) und welche abgelehnt (z.B. Mangos oder Kartoffeln aus Ägypten) würden. Die Teilnehmerinnen lehnten auch einstimmig den Kauf bestimmter Produkte außerhalb der Saison ab und kritisierten die damit verbundenen ökologischen Belastungen durch weite Transportwege, wie es die folgende Aussage am Beispiel von Spargel verdeutlicht:

"Ich stehe da [im Dezember] vorm [Supermarkt] und denke: Spargel aus Peru! Der ist ja nicht hierher gelaufen. Also, das finde ich unmöglich. Habe ich noch so im Stillen gedacht, na hoffentlich bleiben sie darauf sitzen" (VG1/4).

Bio-Produkte kauften die Mitglieder der Vergleichsgruppe nach eigenen Angaben eher in Ausnahmefällen. Auch wenn die Art der Produktion unterstützenswert sei, halte der meist höhere Preis von Bio-Produkten vom Kauf ab. Eine Teilnehmerin konnte sich den Kauf von Bio-Produkten kaum vorstellen, denn da ginge man finanziell „*bald auf dem Zahnfleisch*“ (VG 1/6).

Konsumverhalten im Bereich Energie

Alle Diskussionsteilnehmenden gaben an, ihren Heiz- und Stromverbrauch reduzieren zu wollen. Ausschlaggebend dafür sei der Wunsch, sich ökologisch bzw. klimafreundlich zu verhalten und gleichzeitig finanzielle Einspareffekte zu erzielen. Denn, so wurde mehrmals betont, diese beiden Aspekte „*pass[en] irgendwie so zueinander*“ (VG1/2). Die Teilnehmerinnen führten eine Reihe von Energiesparaktivitäten auf. Sie reichten von energieeffizienten Haushaltsgeräten, Vermeidung von Standby über abschaltbare Steckdosenleisten, Energiesparglühbirnen bis hin zu Stoßlüften im Winter und das Runterstellen der Heizung abends. In diesem Zusammenhang berichtete eine Teilnehmerin davon, den Bau einer Solaranlage in Erwägung gezogen zu haben, dies aber aufgrund der langen Dauer, in der sich die Investition rentiert hätte, wieder verworfen zu haben. Eine andere Teilnehmerin erläuterte die Installation einer Gasbrennwertheizung in ihrem Haus.

Auffallend war, dass die Mitglieder der Vergleichsgruppe im Verlauf der Diskussion mehrmals darauf hinwiesen, nicht bei allen Handlungen an den Klimawandel oder die ökologischen Konsequenzen denken zu wollen: „*Also man überlegt schon, was man macht und was man tut. Aber sich an allem zu beknapsen, nö*“ (VG1/4). Stattdessen würden sie bestimmte Dinge „*einfach gerne*“ (VG1/5) tun und sich dabei nicht einschränken wollen. Eine Teilnehmerin schilderte, sie brauche viele kleine Lichtquellen und lasse gerne auch in den Räumen das Licht an, in denen sie sich gerade nicht aufhalte. Auch beim Thema Holzofen bzw. Kamin wurde mehrmals geäußert, auf dessen Nutzung nicht verzichten zu wollen – trotz des direkten CO₂-Ausstosses. Dies gehörte „*auch mit zur Lebensqualität*“ (VG1/4). Für die Diskussionsteilnehmerinnen kam ebenfalls nicht in Frage, „*nur noch mit Wolldecke abends auf dem Sofa [zu] sitzen oder um acht ins Bett [zu] gehen*“ (VG1/5).

Konsumverhalten im Bereich Mobilität

Die Teilnehmer/innen aus der Vergleichsgruppe unterstrichen einstimmig die Notwendigkeit eines eigenen Autos, wenn man wie sie auf dem Land wohnt. Denn ansonsten würden die jeweiligen Wege zur Arbeit, in die Stadt nach Bremen oder zum Einkaufen zu viel Zeit und Aufwand erfordern. Eine Teilnehmerin führte aus, den Großteil ihres Arbeitsweges mit der Straßenbahn zurückzulegen, aber dennoch auf ein Auto angewiesen zu sein, um zur Haltestelle zu gelangen. Keine der Teilnehmerinnen gab an Fahrrad zu fahren. Eher im Gegenteil, betonte eine Teilnehmerin: auch für kurze Wege würde sie das Auto benutzen. Eine weitere Teilnehmerin bekundete Interesse an einem erdgasbetriebenen Auto. Allerdings sei das Auftanken schwierig und der Preis für ein solches Fahrzeug sehr hoch. Hinsichtlich Flugreisen äußerte eine Diskussionsteilnehmerin, sie „*erlaube*“ sich Inlandflüge, wie beispielsweise von Bremen nach München. Dabei würden auch Abwägungsprozesse eine Rolle spielen: Einerseits wisse sie, dass dies „*klimatechnisch nicht der richtige Weg*“ (VG 1/2) sei. Andererseits überwiege beim Fliegen aber die finanzielle und zeitliche Ersparnis.

Zwischenresümee zu Reaktionen auf den Klimawandel in den Konsumbereichen Ernährung, Energie und Mobilität

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass klimawandelbezogene Veränderungen des Konsumverhaltens im Wesentlichen nur in der Vergleichsgruppe geäußert wurden. Die Teilnehmerinnen gaben an, punktuell in unterschiedlichen Bereichen im Alltag klima- bzw. ressourcenschonendes Verhalten zu integrieren. Dabei stoßen sie jedoch auch auf Zielkonflikte: Zwar sind Impulse für klimafreundliches Verhalten vorhanden, sie werden jedoch immer im Kontext anderer Handlungsmöglichkeiten abgewogen und stehen oft in Konkurrenz mit finanziellen Aspekten oder dem Wunsch, den Lebensstandard nicht einzuschränken.

Weder die Umweltengagierten noch die Familien mit erhöhtem Armutsrisiko sahen ihr Alltagsverhalten direkt durch den Klimawandel beeinflusst. Die Gründe unterschieden sich allerdings: Bei den Umweltengagierten bewirkte die Klimawandeldebatte keine Verhaltensänderungen, vielmehr wurde ihr umweltschonendes Verhalten bestätigt und mitunter auch bestärkt, aber nicht grundlegend verändert. Die Frauen mit erhöhtem Armutsrisiko hingegen verbanden die Frage nach klimafreundlichem Alltagsverhalten mit der Frage der damit für sie anfallenden (Mehr-)Kosten und sahen dementsprechend kaum Möglichkeiten für klimafreundlichen Konsum. In dieser Gruppe zeigte sich aber eine kostengetriebenen Reduzierung direkter Ressourcen insbesondere in den Bereichen Energie und Mobilität und damit ein eher unfreiwilliges klimafreundliches Verhalten.

Auffallend ist eine Gemeinsamkeit im Konsumbereich Ernährung: hier zeichnete sich bei allen drei Gruppen ein ambivalentes Verhältnis gegenüber Bio-Produkten ab. Zwar galten Bio-Produkte bei vielen Teilnehmer/innen als ökologische Wahl und wurden nach eigener Aussage vor allem auch von den Umweltengagierten nachgefragt, gleichzeitig wurden regionale (und zum Teil) saisonale Produkte in vielen Fällen gegenüber Bio-Produkten bevorzugt. Weiterhin lässt sich festhalten, dass der Energiebereich als besonders handlungsrelevant gilt und hier – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und mit unterschiedlichen Motiven – von allen über Energiesparaktivitäten berichtet wurde. Der Mobilitätsbereich zeigt sich dagegen als der Konsumbereich mit den größten Umsetzungshindernissen und -defiziten.

4.1.3 Verantwortung, Hindernisse und Potenziale für klimafreundlichen Konsum

Umweltengagierte

Verantwortung für klimafreundlichen Konsum

In der Diskussion war strittig, welche Akteure – Politik, Konsument/innen oder Unternehmen/Wirtschaft – am ehesten verantwortlich seien, klimafreundliches und ressourcenschonendes Verhalten zu fördern bzw. welche Strategien und Ansätze am wirkungsvollsten dabei seien. Vor allem der Politik, aber auch den Konsument/innen wurde dabei ein hohes Maß an Verantwortung zugesprochen. Vielfach wurden auch wechselseitige Abhängigkeiten der Akteure diskutiert.

In einer der Fokusgruppen mit Umweltengagierten richtete sich die Diskussion primär auf die Verantwortung der Politik bzw. des Staates. Dieser habe für Rahmenbedingungen zu sorgen, welche die Konsument/innen unterstützten und dazu befähigten, ökologische Kaufentscheidungen zu treffen. Die Diskussion fokussierte insbesondere die Frage der Kennzeichnungspflicht von Produkten und Dienstleistungen zur Verbesserung der Transparenz. Darüber hinaus sahen die Teilnehmer/innen eine starke Verantwortung auf Seiten der Politik, Umstellungen und langfristige Veränderungen anzustoßen. Ein Teilnehmer erläuterte, dass die Politik über ihre Gesetzgebung positive Entwicklungen fördern könne, zeige sich am Beispiel regenerativer Energien. Deren Entwicklung und Verbreitung sei durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz⁵⁵ deutlich befördert worden.

Neben der Politik sahen die Umweltengagierten auch bei den Konsument/innen eine große Verantwortung für klima- bzw. umweltfreundlichen Konsum. Klimawandel habe auch mit der „*Haltung eines jeden Menschen*“ zu tun und mit der Frage „*Wo stehe ich in der Welt*“ (UE2/1)? Mehrere Teilnehmer/innen betonten die Verantwortung für bzw. die „*Schuld*“ des Einzelnen an nicht-ökologischem Verhalten:

"Wenn ein Vulkan hochgeht, der die Umwelt verschmutzt, der kann ja keine Verantwortung übernehmen. Aber wir machen das ja und sind uns unserer Schuld ja auch bewusst. Und daraus erwächst eine Verantwortung" (UE2/5).

Allerdings wurde auch kontrovers diskutiert, inwieweit der oder die Einzelne durch das individuelle Verhalten tatsächlich Verbesserungen bewirken könne. Eine Teilnehmerin betonte beispielsweise, dass einzelne Konsument/innen einen relativ geringen Einfluss auf Veränderungen im Großen hätten. Da die Politik erst etwas tue, wenn sie von der Bevölkerung unter Druck gesetzt werde, sei die „*Bewusstwerdung*“ der Verbraucher/innen als „*Macht*“ wirkungsvoller als die persönlichen Entscheidungen:

„Die Verbraucher haben (...) Macht, wenn sie sich nur einig werden. (...) Wenn wir uns entschließen würden, einfach mal um die Sache zu kämpfen und uns dafür zu interessieren, dann wäre auch schon viel geschehen“ (UE1/1).

Die Rolle der Unternehmen oder der Industrie wurde im Rahmen der Diskussion nicht gesondert behandelt. In einigen Beiträgen wurde aber deutlich, dass „die Wirtschaft“ aus Sicht der Teilnehmenden einen maßgeblichen Einfluss auf die ökologischen Verhältnisse habe, in negativer wie in positiver Hinsicht. Mehrmals wurde der Wunsch nach einer stärkeren Regulierung der Ökonomie durch die Politik geäußert.

⁵⁵

Gesetz über den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz; EEG) vom 29.3.2000.

Da es sich bei den Diskussionsteilnehmer/innen um Mitglieder eines Umweltverbandes handelte, wurde auch mehrfach die Frage nach der Rolle der Umweltbewegung aufgeworfen. Es wurde kritisiert, dass sie zu stark und zu einseitig auf Sonnenenergie setze; stattdessen solle die Umweltbewegung „zukunftsgerichteter“ (UE2/2) denken und die Intelligenz der Menschen stärker ansprechen. Die Umweltbewegung neige sehr zu Pessimismus, was potenzielle neue Mitglieder abschrecke.

Hindernisse für klimafreundlichen Konsum

Im Verlauf der Diskussionen wurden auch Aspekte angesprochen, die einen nachhaltigen bzw. klimafreundlichen Konsum aus Sicht der Teilnehmer/innen ver- bzw. behinderten. Wenngleich der Politik eine große Verantwortung sowie vielfältige Handlungsoptionen zugesprochen wurden, wurde in mehreren Diskussionsbeiträgen auch deutliches Misstrauen gegenüber politischen Entscheidungsträgern bekundet: Die Politik richte sich nach dem „lieber-jetzt-und-heute-Prinzip“ als dem „morgen-und-übermorgen-Prinzip“ (UE1/7), so das Argument eines Teilnehmers. Politik sei „verlogen“ (UE1/9) und richte sich primär danach, wo die meisten Wählerstimmen zu bekommen seien und dies sei mit dem Thema Klimawandel nicht möglich, so ein anderer Teilnehmer.

Auf Konsument/innenseite sahen die Teilnehmenden Hindernisse für klimafreundlichen Konsum vor allem in den fehlenden finanziellen Handlungsspielräumen. Von der finanziellen Situation sei es abhängig, wie weit man sich nach ökologischen Kriterien richten und beispielsweise energetische Modernisierungen finanzieren oder ökologische Lebensmittel kaufen könne. „Zum Sparen gehört auch Geld“ (UE2/5) resümierte ein Teilnehmer. Eine weitere Teilnehmerin machte darauf aufmerksam, dass viele Menschen auf Billig-Anbieter angewiesen seien:

"Also für mich ist es ein Problem, dass eine gewisse Bevölkerungsschicht halt ohne weiteres Bio-Sachen kaufen kann und auch regionale Sachen, die ja auch häufig teurer sind und eben die Masse der Bevölkerung bei uns halt gezwungen ist, da zu den Billig-Anbietern zu gehen. Das finde ich ein ganz großes Problem" (UE1/8).

Darüber hinaus wurden Hindernisse für klimafreundlichen Konsum auf Konsument/innenseite in der mangelnden Transparenz und der verwirrenden Fülle an Informationen gesehen. Vor allem die Frage der Transparenz sei sehr relevant, betonten mehrere Teilnehmer/innen, um die ökologischen (und sozialen) Auswirkungen eine Kaufentscheidung nachvollziehen zu können.⁵⁶ Von daher sollte nicht nur die Deklaration der Inhaltsstoffe verpflichtend sein, sondern auch die Ausweisung weiterer Faktoren (Transportwege, Produktionsweise, Vernetzung), selbst wenn dies auf Widerstände von Seiten der Lobbyisten stoße. Allerdings sei die „starke Lobby“ (UE2/2) von Wirtschaftsunternehmen ein besonderes Hemmnis für die Verabschiedung und Umsetzung politischer Maßnahmen äußerten mehrere Teilnehmer/innen. Ein weitere Schwierigkeit sei das Problem der räumlichen Erreichbarkeit: Auf dem Land gäbe es oftmals gar nicht die Möglichkeit, sich im Hinblick auf Mobilität oder Ernährung ökologischer zu verhalten, da es dort keine Bio-Supermärkte gäbe und durch das Verschwinden kleiner Dorfläden viele zum Einkaufen auf ein Auto angewiesen seien.

Potenziale für klimafreundlichen Konsum

Hinsichtlich der Frage, was getan werden müsste, um ökologischen bzw. klimafreundlichen Konsum zu unterstützen, diskutierten die Teilnehmer/innen über eine Reihe von Möglichkeiten. So seien beispielsweise strukturelle Veränderungen insbesondere bei der Energieversorgung erforderlich, namentlich Sonnenenergie statt fossile Energieträger bzw. Kernenergie. Langfristiges Ziel müsse es sein, den gesamten Energiebedarf über die Sonne zu decken und die Wirtschaft entsprechend umzusteuern. Von daher müssten technische und finanzielle Lösungen sowie Anreizsysteme für den Umstieg weg von der „Verheizung“ (UE2/1) nicht erneuerbarer Rohstoffe hin zu Sonnenenergie gefunden werden.

⁵⁶ Mehrfach wurde kritisiert, dass man als Kunde oft nicht wisse, was man kaufe oder was man tun könne, um sich ökologisch(er) bzw. klimafreundlich(er) zu verhalten. Damit war die Forderung nach einem „aufklärerischen Einkauf“ und nach mehr Informationen verbunden, allerdings „ohne dass es einem so vorgebetet wird, ohne dass man gezwungen wird (...), weil man sich ungern belehren lässt“ (UE1/5). Zudem seien Informationen über die Vernetzung von Firmen erforderlich, da man oft nicht wisse, bei wem man einkaufe. Auf diese „theoretische“ Vorstellung einer umfassenden Kennzeichnungspflicht wurde erwidert, dass eine soziale und ökologische Bewertung der Firmen nur stattfinden könne, wenn bekannt sei, wer welche Aktien von welchen Kapitalgesellschaften halte; dies wäre aber mit einem „gewaltigen Kontrollapparat“ verbunden, so dass Aufwand und Ergebnis in keinem Verhältnis zueinander stünden (UE2/3).

Obgleich die Diskussionsteilnehmenden der Meinung waren, dass Industriestaaten wie Deutschland eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz einnehmen sollten, wurde von einigen betont, dass es letztendlich nur auf globaler Ebene nennenswerte Umsteuerungen geben könne. Für relevante Veränderungen sei eine andere globale Wirtschaftspolitik notwendig: *„Und wenn sich daran was ändern würde, würden sich auch das Klima und die ökologischen Verhältnisse ändern“* (UE1/6), äußerte eine Teilnehmerin. Es wurden konkrete Forderungen an die Politik diskutiert:

- die qualitative und quantitative Verbesserung des ÖPNV (z.B. Ausbau in der Fläche, Verbesserung der Fahrradfreundlichkeit des ÖPNV),
- die Abschaffung „autofreundlicher“ (UE2/5) Infrastrukturen,
- die Einführung einer europa- oder weltweiten Kerosinsteuer,
- die Publikmachung intelligenter Systeme oder Modelle und Schaffung darauf bezogener Anreizstrukturen,
- die Verbesserung der Transparenz und Aufklärung,
- die Initiierung bildungspolitischer Maßnahmen zur Förderung der Umweltbildung und naturnaher Erlebnisse für Kinder aus allen sozialen Milieus,
- die steuerliche Förderung umweltschonender Systeme und Maßnahmen,
- die Erhebung „zweckgebundener Steuern“ (auch um den Menschen das „Gefühl zu geben“, sie könnten über ihr eigenes Verhalten etwas lenken) (UE2/4) oder
- die Schaffung „grüner Arbeitsplätze“ (UE2/2).

Andere Teilnehmer/innen wiederum wandten ein, dass sich nicht alles über Geld regeln ließe: Zwar werde schon *„gesteuert“* (z.B. über die im EEG verankerte Einspeisevergütung), aber Geld sei nicht das alleinige Steuerungsinstrument, zudem müsse man *„die Köpfe schon mitnehmen“* (UE2/3). Die zunehmende Nachfrage nach Bio- und FairTrade-Produkten weise darauf hin, dass der Preis nicht das einzig ausschlaggebende Kriterium sei und Konsum nicht nur einem *„kurzfristigem Lustgewinn“* (UE1/5) folge.

Familien mit erhöhtem Armutsrisiko

Verantwortung für klimafreundlichen Konsum

Hinsichtlich der Verantwortung für klimafreundlichen Konsum drehte sich die Diskussion der Frauen mit erhöhtem Armutsrisiko im Wesentlichen darum, inwiefern die Verantwortung bei der Politik/dem Staat, bei den Konsument/innen oder bei der Industrie/der Wirtschaft liege. Die persönlichen Einschätzungen fielen zum Teil sehr unterschiedlich aus, gleichwohl wurde deutlich, dass in dieser Gruppe vor allem die Politik als zentraler verantwortlicher Akteur wahrgenommen wurde. Vielfach wurde hier die Forderung nach Rahmenbedingungen für klimafreundliche Produktion bzw. klimafreundliches Verhalten laut. Handlungsbedarf wurde neben der Unterstützung der Wirtschaft, insbesondere in der Schaffung finanzieller Anreize für Konsument/innen gesehen. Darüber hinaus wurde die Verantwortung der politischen Entscheidungsträger/innen hervorgehoben, ihre Vorbildfunktion wahrzunehmen und sich selbst klimafreundlich zu verhalten.

Hinsichtlich der Verantwortung der Industrie bzw. der Unternehmen gingen die Meinungen auseinander. In einer Fokusgruppe teilten einige Teilnehmerinnen die Ansicht, dass es Aufgabe des Staates sei, der Industrie durch Subventionen Anreize für eine klimafreundlichere Produktion und die Herstellung klimafreundlicher Produkte zu setzen. In einer anderen Fokusgruppe wurde die große Verantwortung der Industrie hervorgehoben, sich selbst aktiv am Klimaschutz zu beteiligen und klimafreundliche Innovationen auf den Markt zu bringen. Mehrfach wurde auch die Forderung nach staatlicher Regulierung bzw. einem politischen Rahmen laut, um klimaschädliche Produktion auf Seiten der Industrie zu unterbinden. In diesem Zusammenhang wurde eine Kennzeichnungspflicht bei ökologisch oder sozial nicht nachhaltiger Produktionsweise diskutiert.

Die Verantwortung der Konsument/innen am Klimaschutz wurde weniger hoch eingeschätzt. Dennoch wurde ihre Mitverantwortung für die derzeitige Produktionsweise gesehen: *„Wir können aber die Schuld nicht immer nur der Industrie zuschieben, denn die produzieren ja nur das, was wir haben wollen“*

(FA1/1), äußerte eine Teilnehmerin.⁵⁷ In einer Fokusgruppe schwang in der Diskussion eine gewisse „Moralisierung“ oder eine Art „Schuldfrage“ hinsichtlich der Verursachung des Klimawandels und des Konsumverhaltens mit. Es würden Entscheidungen meisten unabhängig davon getroffen, „wie das die Klimakatastrophe fördert oder die Umwelt belastet“ (FA1/2)

Hindernisse für klimafreundlichen Konsum

Auf Konsument/innenseite sahen die Teilnehmerinnen vor allem aufgrund des geringen Einkommens vieler Haushalte das größte Hemmnis für klimafreundlichen Konsum. Im Hinblick auf ihr eigenes Verhalten als Konsumentinnen äußerten sie, aufgrund ihrer finanziellen Situation kaum Möglichkeiten zu sehen, Klimaschutzaspekte in ihre Konsumententscheidungen zu integrieren. Zumindest solange nicht, wie diese mit einem höheren finanziellen Aufwand verbunden seien, „weil“, wie eine der Frauen dies für ihre Situation zusammenfasste, „ich nach dem Preis lebe, weil ich nicht anders leben kann“ (FA3/2). Die überwiegende Zahl der Frauen mit erhöhtem Armutsrisiko gab an, kaum Kapazitäten zu sehen, um sich über die Produktionsweise bzw. Herkunft eines bestimmten Produktes oder über dessen „Klimafreundlichkeit“ Gedanken zu machen: Die Berücksichtigung von Umwelt- oder Klimaschutzaspekten wurde aufgrund des komplett durchorganisierten persönlichen Alltags, als Überforderung empfunden, wie dies eine Teilnehmerin erläuterte:

„Und ich mach mir jetzt wegen dem Klimawandel auch nicht wirklich so einen Kopf, weil dann... Also, ich weiß, ich hab wenig Geld. Ich weiß, ich muss rechnen. Und dann, woher das [Produkt] jetzt kommt. Ich weiß nicht. Wenn ich mir da auch noch einen Kopf drüber machen würde, dann können wir ja bald alle zu Dr. Heines gehen“ (FA3/3).⁵⁸

Auch wenn die Teilnehmerinnen in der Politik den zentralen verantwortlichen Akteur zur Unterstützung klimafreundlichen Konsums sahen, äußerten mehrere auch Skepsis dahingehend, ob es von politischer Seite überhaupt gewünscht sei, klimafreundlichen Konsum zu unterstützen.⁵⁹ Darüber hinaus würden ökologische und klimafreundliche Produkte noch nicht in einer Größenordnung nachgefragt, die es für die Hersteller ermögliche, ihre Produkte günstiger anzubieten. Dies sei aber wiederum der Grund, weshalb diese Produkte nicht gekauft würden, Ökostrom nicht bezogen oder eine Solaranlage nicht angebracht werde. Als weiteres Hemmnis für klimafreundlichen Konsum bzw. klimafreundliche Produktion wurde die internationale Verflechtung der Produktions- und Konsumketten angesprochen. Für die Unternehmen sei die Verlagerung der Produktion ins Ausland oftmals insofern ein Vorteil, als dass sie so nationale Mindestbestimmungen zum Umwelt- und Gesundheitsschutz umgehen könnten. Um dieses Problem anzugehen, sei das Engagement aller Staaten notwendig. Nicht zuletzt wurde der Einfluss von Lobbygruppen diskutiert. Mehrere Teilnehmerinnen äußerten ihre Ansicht, dass bestimmte ökologische Produkte oder neue Technologien nicht auf den Markt gebracht würden, weil dies von Lobbygruppen verhindert werde. Die Konsument/innen würden dann je nach den Interessen dieser Gruppen oder auch der Regierung „dirigiert“ (FA 3/2).⁶⁰

Potenziale für klimafreundlichen Konsum

Immer wieder wurde von den Teilnehmerinnen gefordert, dass umwelt- und klimafreundliches Verhalten für jede Person unabhängig vom Einkommen möglich sein sollte. Würden die Konsument/innen – und hier vor allem diejenigen aus Haushalten mit niedrigem Einkommen – feststellen, dass sie „mehr Geld in der Tasche“ hätten, wenn sie sich ökologischer verhielten, dann würde der Umsatz ökologischer Produkte deutlich ansteigen: „Wenn ökonomisches Verhalten ökologisch wäre, ja, dann denke ich

⁵⁷ Auch weitere Aussagen von einzelnen Teilnehmerinnen unterstrichen sehr ausdrücklich die Mitverantwortung jedes Einzelnen. Eine Frau kritisierte beispielsweise die von anderen Teilnehmerinnen geäußerten strukturellen Bedingungen als Ursache für klimaschädigendes Verhalten grundsätzlich. Sie lehnte auch die in der Diskussion geäußerten Forderungen nach Verbesserungen auf Seiten der Industrie ab. Es seien eben nicht nur „die Anderen“ Schuld an der Umweltverschmutzung und verantwortlich für positive Veränderungen. Stattdessen müsse jeder bei sich selbst anfangen, um entsprechende Veränderungen herbeizuführen, auch wenn dies „unbequem“ sei (FA1/8).

⁵⁸ Anm.: Die Dr.-Heines-Klinik ist eine Bremer Fachklinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik.

⁵⁹ In einer Fokusgruppe wurde die Vermutung geäußert, dass der Staat eigentlich nicht an der Förderung klimafreundlicheren Konsums interessiert sei. Denn würden sich alle Menschen klimaneutraler verhalten – so die These vor allem einer Teilnehmerin – dann würden (beispielsweise durch Nutzung sparsamer Autos) dem Staat erhebliche Mengen an Steuereinnahmen entgehen.

⁶⁰ Darüber hinaus wurde deutlich, dass sich die Frauen von Seiten der Politik insgesamt nicht ernst genommen fühlten. So fielen beispielsweise an unterschiedlichen Stellen Kommentare wie, die politischen Entscheidungsträger „verfügen willkürlich über uns“ (FA1/6) oder „uns hat ja keiner gefragt“ (FA1/9).

auch, würde auch viel mehr getan werden" (FA1/7). Um diese Entwicklung zu unterstützen, sahen die Teilnehmerinnen vor allem die Politik gefordert. Die würde sich allerdings nicht dafür einsetzen, erläuterte eine Teilnehmerin:

"Also, ich denke [es wäre sinnvoll], wenn eben alles, was nicht gut für die Umwelt ist, dass das teuer wird und das, was gut für die Umwelt ist, so ist, dass sich das Jeder leisten kann. Damit fördere ich ja schon mehr Umweltbewusstsein als wenn ich es genau umgedreht mache. Und im Moment hat man so das Gefühl, von der großen Politik wird es eher gefördert, was gegen die Umwelt zu tun, weil das wird dir ja günstig immer gegeben" (FA3/2).

Eine von den Teilnehmerinnen weitgehend unstrittig vorgebrachte Forderung war die Einführung eines kostenlosen öffentlichen Personennahverkehrs, zumindest für schulpflichtige Kinder. Die in Bremen vorgesehene Einführung eines Sozialtickets wurde hingegen als „zu teuer“ (FA3/2) kritisiert, zudem sei es ausschließlich für Hartz IV-Empfänger/innen gedacht.

Vergleichsgruppe

Verantwortung für klimafreundlichen Konsum

Wie in den beiden anderen Gruppen sahen auch die Mitglieder der Vergleichsgruppe sowohl die Politik, die Konsument/innen als auch die Wirtschaft in der Verantwortung klimafreundlichen Konsum zu unterstützen. Dabei wurde Akteuren aus der Politik ebenfalls eine besonders große Verantwortung zugeschrieben. Von den Repräsentanten der Politik wurde zudem - wie auch von den Alleinerziehenden - erwartet, eine Vorbildfunktion für die Bevölkerung zu übernehmen und diese damit zu einem klimafreundlichen bzw. ökologischen Lebensstil zu ermutigen. Die Aktivitäten der Politik im Bereich Klimaschutz wurden von allen Teilnehmerinnen eher kritisch betrachtet. Dies betraf sowohl die Rolle der eigenen Regierung als auch die anderer Länder.

Die Verantwortung der Wirtschaft, sich am Klimaschutz zu beteiligen, wurde in dieser Gruppe ebenfalls als groß eingeschätzt. Dies wurde allerdings mit dem Hinweis verbunden, dass in der Vergangenheit diesbezüglich schon viel mehr möglich gewesen wäre. Mehrmals wurde kritisiert, dass die Industrie zu langsam in Richtung einer umwelt- bzw. klimafreundlicheren Produktion strebe.

Mitverantwortlich für den Klimaschutz seien auch die Konsument/innen, grundsätzlich sei es „einfach wichtig, dass man bei sich selbst anfängt“ (VG1/3). Gleichzeitig wurden aber auch Bedenken geäußert, inwieweit die Verbraucher/innen tatsächlich einen Einfluss auf die Produktionsbedingungen und politischen Entscheidungen hätten.

Hindernisse für klimafreundlichen Konsum

Auf Seiten der Politik sahen die Teilnehmerinnen in der schleppenden Umsetzung internationaler Vereinbarungen ein Hemmnis für Klimaschutz und klimafreundlichen Konsum. Sie bezweifelten die Ernsthaftigkeit der Beteuerungen der Politik, sich für den Klimaschutz einzusetzen. Die für die konkrete Umsetzung vorgesehenen zeitlichen Spielräume seien viel zu groß und die Reduktion bestimmter Emissionen würde „so verschoben auf die Jahre“ (VG1/3). Außerdem würden wichtige Entscheidungen oftmals weit hinausgeschoben. Die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 sei eine „Farce“, da viele der Länder, die dort mit diskutierten, die größten Verursacher von Emissionen seien (VG1/3).

Ein weiteres Hemmnis sahen die Mitglieder der Vergleichsgruppe bei politischen Maßnahmen und Instrumenten in anderen Politikbereichen. Oftmals würden deren langfristige Folgen für den Klimaschutz nicht bedacht, wie das Beispiel der Abwrackprämie zeige. Diejenigen, die sich mit dieser Prämie ein neues Auto gekauft hätten, würden in naher Zukunft kein neues, möglicherweise klimafreundlicheres Auto anschaffen. Es werde „immer nur für den Moment nachgedacht. (...) Es wird nie irgendwie weiter gedacht“ (VG1/5), so die Teilnehmerin.

Ein Hindernis für Verbraucher/innen zum Klimaschutz beizutragen, wurde in deren geringem Einfluss und der Machtlosigkeit dieser Gruppe bei der Festlegung von Richtlinien in der Klimaschutzpolitik gesehen. Politische Entscheidungen würden auf höchster Ebene beschlossen, ohne die Bürger/innen zu integrieren:

„(...) wir können nichts machen, wenn wir nicht auf die Straße gehen oder so was. Weil es wird da gehandelt auf höchster Ebene. Und da hast du als kleiner Mensch überhaupt nichts zu melden“ (VG1/3).

Ein weiteres Hindernis sahen die Diskussionsteilnehmerinnen in der Informationsflut mit der die Menschen konfrontiert seien. Die Probleme aus aller Welt, die man täglich mitbekäme, führten dazu, dass sich viele eher zurückzögen, um nicht *„verrückt [zu] werden“* (VG1/3). Darüber hinaus wurden Schwierigkeiten für klimaverträgliches Verhalten auch darin gesehen, dass es oftmals an Informationen darüber fehle, welches Verhalten – ökologisch gesehen – sinnvoller sei. Aber auch die finanziellen Spielräume der Konsument/innen seien ein ausschlaggebendes Kriterium dabei, wie und wo man sich klimafreundlich verhalten könne. Ein weiteres Hindernis für klimafreundlichen Konsum wurde im fehlenden Bedürfnis der Konsument/innen nach ökologisch hochwertigen und gesundheitlich unbedenklichen Produkten gesehen. Trotz seit Jahren bekannter ökologischer und gesundheitlicher Belastungen durch bzw. von bestimmten Produkten, sei die Nachfrage danach anhaltend hoch, wie das Beispiel des Fleischkonsums zeige.

Die fehlende Bereitschaft der Wirtschaft, klimafreundliche Maßnahmen umzusetzen, wurde als weiteres Hindernis gesehen. Für bestimmte Güter und Konsumbereiche gebe es schon seit langer Zeit ökologischere Umsetzungsideen, die aber aufgrund der Profitinteressen bestimmter Lobbygruppen *„in der Schublade“* (VG1/3) blieben, obwohl es auf Seiten der Konsument/innen Interesse an diesen Produkten gebe:

„Also, wenn die Industrie mal ein bisschen schneller umschwenken würde, dann würden viel mehr Leute das auch viel früher annehmen und die Sachen nutzen. Aber das dauert Jahre, das dauert ewig“ (VG1/5).

Insgesamt werde *„geschlurt mit den Ressourcen“*, da sie nicht *„wertvoll und nachhaltig verarbeitet“* würden (VG1/3). Der Emissionshandel wurde von den Teilnehmerinnen als *„moderner Ablasshandel“* (VG1/4) bezeichnet. Zur Reduktion der klimarelevanten Gase trage er zumindest nicht bei, äußerte eine Teilnehmerin, denn *„der Eine kann dem Anderen was bezahlen dafür, dass er noch mehr Ausstoß machen kann“* (VG1/3).

Potenziale für klimafreundlichen Konsum

Große Zustimmung fand die Forderung einer Diskussionsteilnehmerin, die regionalen und öffentlichen Verkehrsmittel auszubauen und günstiger zu machen, um so einer großen Zahl von Personen eine Alternative zum Auto anzubieten. Eine andere Teilnehmerin sah darüber hinaus einen wichtigen Ansatzpunkt in der *„Aufklärung“* (VG1/4). Schon im Kindergarten und in der Schule, aber auch später durch Medienkampagnen, sollten die Menschen dazu *„erzogen“* werden, sich klimafreundlicher zu verhalten. Diese Sichtweise wurde allerdings auch kontrovers diskutiert. Eine Teilnehmerin lehnte eine solche Herangehensweise grundsätzlich ab, sie würde sich gegen ein solches Vorgehen *„so was von gegen sträuben“* (VG1/6), da sie es nicht gut heiße, Menschen auf diese Art zu beeinflussen, eher solle *„das selbstständige Denken“* gefördert werden. Eine weitere Teilnehmerin hielt die Senkung des Konsumniveaus insgesamt für einen wichtigen Schritt in Richtung klimafreundliches Konsumverhalten: *„Alles etwas reduzieren wäre gut“* (VG1/3). Auch die Reduktion der Fleischproduktion sei wichtig, da auf diese Weise viele Emissionen eingespart werden könnten. Das Fleisch wäre dann *„gut und teuer“* (VG 1/3) und insgesamt würde nicht mehr so viel davon konsumiert werden.

Zwischenresümee zu Verantwortung, Hindernissen und Potenzialen für klimafreundlichen Konsum

Die Diskussionsbeiträge zur Verantwortung für klimafreundliches (Konsum-)Verhalten zeigen, dass erwartungsgemäß sowohl die individuellen Konsument/innen, die Unternehmen/Industrie als auch die staatliche Ebene als verantwortlich gesehen werden. Dabei wurde dem Staat einerseits eine übergeordnete Funktion zugeschrieben, andererseits zeigte sich aber auch erhebliches Misstrauen gegenüber politischen Entscheidungsträgern und ihrer Ernsthaftigkeit, den Klimaschutz voranzubringen. In ähnlicher Weise wurden die Akteure aus der Wirtschaft als verantwortlich für die Entwicklung und Umsetzung klimafreundlicher Innovationen eingestuft, zugleich aber deutliche Skepsis geäußert, inwieweit sich diese tatsächlich für den Klimaschutz einsetzen.

In der Einschätzung der Verantwortung der privaten Konsument/innen zeigten sich Unterschiede zwischen den drei Gruppen erkennen: Vor allem die Umweltengagierten sahen diese als wichtige Akteure mit großer Verantwortung für klimafreundlichen Konsum. Diese Auffassung wurde auch von den Mitgliedern der Vergleichsgruppe geteilt, hier wurde allerdings zum Teil deren Möglichkeit einer weit reichenden Einflussnahme auf die Produktionsmuster in Frage gestellt. Die Frauen mit erhöhtem Armutsrisiko stufte demgegenüber die Möglichkeiten der Einflussnahme der privaten Konsument/innen als relativ gering ein. Gleichzeitig verwiesen allerdings alle drei Gruppen auf die fehlenden finanziellen Handlungsspielräume vieler Haushalte als Hindernis für nachhaltigen Konsum hervorgehoben. Weitere wichtige Hindernisse für klimafreundlichen Konsum sahen vor allem die Umweltengagierten in fehlender Transparenz oder unzureichenden Infrastrukturen.

In allen drei Gruppen wurden auch Forderungen zur Erleichterung klimafreundlichen Konsums formuliert. Die Umweltengagierten äußerten hierbei umfangreiche konkrete Vorstellungen vor allem in Richtung struktureller Veränderungen. Die Frauen mit erhöhtem Armutsrisiko betonten dabei besonders die Notwendigkeit, ökologisches Verhalten ökonomisch lohnenswert zu machen. Auffallend war, dass in diesem Zusammenhang von allen der Ausbau und Preissenkungen im Öffentlichen Nahverkehr gefordert wurden.

4.1.4 Wahrnehmung der Preisanstiege und persönliche Betroffenheit

Umweltengagierte

Wahrnehmung der Preisanstiege

Die Umweltengagierten gaben an, Preisanstiege in unterschiedlichen Konsumbereichen wahrzunehmen. Zugleich ging aus mehreren Diskussionsbeiträgen hervor, dass die Preise für bestimmte Konsumgüter als „zu billig“ (UE2/4) eingestuft wurden. Solange Energie noch größtenteils aus fossilen Energieträgern stamme, müssten sich die Preise hier eher noch verteuern:

"Ich finde es immer noch viel zu billig, also die Preissteigerungen müssen noch viel höher sein. (...)..Wir [leben] viel zu billig, was die ganze Energiegeschichte betrifft" (UE2/4).

Auch die Lebensmittelpreise in Deutschland seien zu niedrig, um hohe Qualitätsstandards zu gewährleisten, warf ein weiterer Teilnehmer ein. Dies würde vor allem deutlich, wenn man die Lebensmittelpreise international vergleiche.⁶¹ Dennoch würden „die Deutschen“ bei Preisanstiegen sofort „jammern“ (UE1/7).

Persönliche Betroffenheit durch die Preisanstiege

Die Mehrzahl der Umweltengagierten äußerte aber keine starke persönliche Betroffenheit durch die Preisanstiege. Trotz der Verteuerungen, sei das persönliche Konsumverhalten aufgrund finanzieller Spielräume kaum beeinflusst: „Ich merke zwar, dass es mehr kostet, aber es schränkt meinen Konsum nicht ein, weil in dem Bereich das Geld da ist“ (UE2/5). „Billigprodukte“ wurden explizit abgelehnt (UE1/7). Eine Ausnahme bildete allerdings der Energiebereich, in dem unterschiedliche persönliche Energiesparmaßnahmen geschildert wurden.

Zugleich sahen die Diskussionsteilnehmer/innen in den erhöhten Kosten dennoch Probleme für finanziell weniger gut gestellte Haushalte. Die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen (vor allem auch im Land Bremen) wurde als ein großes Problem bezeichnet: Mehrmals wurde das Problem diskutiert, dass sich nicht alle gesellschaftlichen Schichten qualitativ hochwertige Produkte, Bio-Produkte, regionale Produkte oder energieeffiziente Haushaltsgeräte leisten könnten. Dies würde durch steigende Preise noch verschärft. Einige der Teilnehmenden verwiesen beispielhaft auf Bekannte, die massiv von den Preisanstiegen betroffen seien. Es gebe viele, die es sich beispielsweise nicht mehr leisten könn-

⁶¹ Im europäischen Vergleich würde in Deutschland ein deutlich geringerer Teil des Einkommens für Lebensmittel ausgegeben: „In Deutschland sind die Lebensmittelpreise so billig wie nirgends in Europa und trotzdem beklagen sich die Deutschen darüber, wie teuer hier das Essen ist. [In Italien] kosten Lebensmittel wesentlich mehr - also im Vergleich zum Einkommen wesentlich teurer, da würde aber niemand auf die Idee kommen, sich über die Lebensmittelpreise aufzuregen, weil sie wissen, dass die Produktion von guten Lebensmitteln einfach Geld kostet. Und in Deutschland regt man sich auf, wenn der Milchpreis mal um zehn Pfennig steigt (...)" (UE1/7).

ten, mehr als nur ein paar Stunden am Tag zu heizen.

Familien mit erhöhtem Armutsrisiko

Wahrnehmung der Preisanstiege

Erwartungsgemäß wurde in dieser Gruppe eine starke Betroffenheit durch die Preisanstiege in allen Konsumbereichen deutlich. Der Diskussionsbedarf zu dieser Thematik war insgesamt sehr groß. Die Frauen konnten sehr detailliert erläutern, wie viel ein bestimmtes Produkt in einem Supermarkt im Vergleich zu einem anderen Supermarkt kostete, ob es teurer geworden sei oder ob bestimmte Produkte im Angebot nicht mehr so günstig angeboten würden wie zuvor.

Persönliche Betroffenheit durch die Preisanstiege

Alle Teilnehmerinnen äußerten, von den Preisanstiegen persönlich stark betroffen zu sein. Die Diskussionsbeiträge zeichneten sich zum Teil durch sehr emotionale Kommentare über die eigene Lage aus, wobei auch Gefühle von Ohnmacht geäußert wurden. Mehrere Frauen erläuterten, dass das ihnen zur Verfügung stehende Geld nicht bis zum Monatsende reiche; der Monat sei „am 20. vorbei“ (FA1/9). Es wurde auch Wut, Hilf- und Machtlosigkeit sowohl gegenüber „dem Staat“ als auch gegenüber „der Industrie“ geäußert. Bei den Ausführungen wurde zudem deutlich, dass die finanziellen Engpässe und das Gefühl der Hilflosigkeit nicht ursächlich allein aus den Preisanstiegen, sondern vor allem auch aus den Lebenslagen und der finanziellen Situation (Arbeitslosigkeit, Hartz-IV-Bezug, Niedriglohneinkommen, allein erziehend u. a.) insgesamt resultierten. Eine Hartz IV-Empfängerin brachte dies für sich folgendermaßen auf den Punkt:

„Letztendlich ist man in diesem Staat immer auch irgendwo erpressbar. Und es ist für mich persönlich gar nicht so schlimm, wenn ich mal auf ein Lieblingsessen verzichte, oder so. Sondern dieses Bewusstsein, erpressbar zu sein (...). Oder eben auf alles verzichten zu müssen, wenn man das nicht zulassen will. Das ist das, was mich am meisten an der Sache zum Wahnsinn treibt“ (FA1/6).

Nichtsdestotrotz äußerten die Teilnehmer/innen, dass die Preisanstiege ihre Situation zusätzlich verschärften bzw. zusätzlich Sorge und finanzielle Engpässe bereiteten. Speziell der Anstieg der Energiekosten löse auch Existenzängste aus, insbesondere wenn hohe Nachzahlungsforderungen der Energieversorger anstünden oder die Miete nach energetischer Sanierung durch den Vermieter erhöht würde.

Vergleichsgruppe

Wahrnehmung der Preisanstiege

Auch in dieser Gruppe wurden die Preisanstiege wahrgenommen, wobei ein deutlicher Preissprung nach oben vor allem zu dem Zeitpunkt der Euro-Einführung gesehen wurde: Seitdem sei „noch mal alles 100 Prozent teurer geworden“ (VG1/3). Nun müsse man denselben Betrag in Euro bezahlen, den ein Produkt oder eine Dienstleistung vorher in D-Mark gekostet habe. An dieser Stelle wurden unterschiedliche Beispiele erläutert und diskutiert, vor allem aus dem Freizeitbereich.

Persönliche Betroffenheit durch die Preisanstiege

Allerdings stellten die Preisanstiege für die Mitglieder der Vergleichsgruppe keine unmittelbare Beeinträchtigung dar. Die Mehrheit konnte sich einen eher mittleren bis gehobenen Lebensstil leisten (eigenes Haus, (Zweit-)Auto, finanziell aufwändigere Freizeitaktivitäten etc.). Eine Teilnehmerin machte aber auch auf persönliche finanzielle Probleme aufmerksam: Als Witwe habe sie die Auslagen für ihr Haus alleine zu tragen und fühle sich insofern einem erheblichen finanziellen Druck ausgesetzt, der durch die Preisanstiege und ihre gleichzeitig kaum erhöhte Rente noch verschärft würde.

Zwischenresümee zur Wahrnehmung der Preisanstiege und persönlicher Betroffenheit

Die Teilnehmer/innen aller drei Gruppen äußerten, die Preisanstiege der letzten Jahre wahrzunehmen. Erwartungsgemäß zeigen sich vor dem Hintergrund der unterschiedlichen ökonomischen Situation der drei Gruppen jedoch deutliche Unterschiede in der persönlichen Betroffenheit: Während die Umwelten-

gagierten die Preise für bestimmte Konsumgüter nach wie vor als zu billig einzustufen und sich persönlich - mit Ausnahme des Energiebereiches – nur gering von den Preisanstiegen betroffen sahen, lösen die Preissteigerungen bei den Frauen mit erhöhtem Armutsrisiko, Existenzängste aus und verschärfen ihre ohnehin schon schwierige soziale Lage. Für die Mitglieder der Vergleichsgruppe sind die Preisanstiege persönlich nicht bedrohlich, da zumeist ausreichende finanzielle Spielräume vorhanden sind.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die Umweltengagierten trotz fehlender eigener Betroffenheit explizit auf das Problem hinwiesen, dass die Verteuerungen andere gesellschaftliche Gruppen sehr viel stärker treffen und dass dies wiederum auch Auswirkungen auf ökologisches Konsumverhalten nach sich ziehen würde.

4.1.5 Reaktionen auf die Preisanstiege im Alltag

Umweltengagierte

Reaktionen auf die Preisanstiege im Alltag

Insgesamt erläuterten die Umweltengagierten, dass sich die Preisanstiege nur wenig auf ihr Konsumverhalten auswirkten. Während jedoch in den Konsumbereichen Ernährung und Mobilität praktisch keine Reaktionen berichtet wurden, wurden im Bereich Energie unterschiedliche Einsparmaßnahmen im Kontext der Preisanstiege geschildert. Die geringe persönliche Betroffenheit von den Preisanstiegen könne nach Aussage der Teilnehmer/innen neben den vorhandenen finanziellen Spielräumen auch darauf zurückgeführt werden, dass das Einsparpotenzial hinsichtlich Strom- und Energieverbrauch aufgrund der bereits realisierten, vor allem auch ökologisch motivierter Energiesparmaßnahmen, bereits ausgeschöpft sei. Trotz oder gerade wegen der Preisanstiege würden die bereits bestehenden ökologischen Verhaltensweisen fortgeführt. Mit den finanziellen Einsparungen würde das ohnehin angestrebte umweltfreundliche bzw. ressourcenschonende Verhalten zusätzlich unterstützt, da es sich auch in ökonomischer Hinsicht auszahle.

Konsumbereich Energie

Als Einsparmaßnahmen im Bereich Heizen und Stromverbrauch wurden die Isolierung des Hauses oder der Wohnung, die Anschaffung und Nutzung energieeffizienter Haushaltsgeräte oder die Integration energiesparender Gewohnheiten in den Alltag (wie Türen der Räume schließen, Licht beim Verlassen des Raumes ausschalten, Gewöhnung an niedrigere Raumtemperaturen, Nutzung eines Pullovers oder einer Decke statt Hochdrehen der Heizung) geschildert. Dabei wurde mehrmals darauf hingewiesen, dass es enttäuschend sei, dass sich diese Einsparbemühungen bei der Energiekostenabrechnung nicht bemerkbar machten und die Rechnung trotzdem jedes Jahr steige:

"Obwohl ich jedes Mal enttäuscht bin, wenn man was investiert hat, dass jedes Jahr trotzdem die Energiebetriebe mehr Geld abbuchen. Ich verbrauche jedes Jahr weniger, das kann ich vergleichen über zwanzig Jahre, und zahl jedes Jahr mehr. Das ist frustrierend. Irgendwo zocken die halt ab" (UE2/5).

Weitere Diskussionspunkte

Im Verlauf der Diskussion sprachen die Teilnehmer/innen eine ganze Reihe weiterer Aspekte an. Deutlich wurde beispielsweise ein starkes Misstrauen und eine „*unglaubliche Wut*“ gegenüber den Geschäftspraktiken der Energiewirtschaft („*Abzocke*“ (UE2/2); „*Wo bleiben die Gewinne?*“ (UE2/4)). Weitere Themen waren der fehlende Einfluss von Mieter/innen auf Energiesparmaßnahmen und energetische Sanierungen, die Einsparpotenziale energiesparender (allerdings teurerer) Elektrogeräte, das geringe Interesse der Deutschen an guter Lebensmittelqualität, die schlechten Herstellungsbedingungen für billiges Fleisch, das aber so günstig sein müsse, „*weil sonst einige Leute kein Fleisch auf dem Tisch liegen haben*“ (UE2/5) oder dass es sich bei den Benzinkosten um einen „*politischen Preis*“ handle, der durch die Konsument/innen nicht beeinflusst werden könne (UE2/3).

Familien mit erhöhtem Armutsrisiko

Reaktionen auf die Preisanstiege im Alltag

Alle Diskussionsteilnehmerinnen äußerten, ihr Konsumverhalten stehe stark unter dem Diktat der finanziellen Situation. Konsumententscheidungen seien immer das Resultat dieses Sparzwanges: „Du guckst nach deinem Portemonnaie und kaufst auch dementsprechend dann ein“ (FA3/2). Mehrmals betonten die Frauen, dass der Druck durch die jüngsten Preisanstiege noch verschärft würde und ihnen kaum Spielraum lasse, um auf andere Aspekte als den Preis zu achten. Immer wieder wiesen die Teilnehmerinnen auf ihre angespannte finanzielle Lage hin, die sie grundsätzlich zum Verzicht zwingt. Vor allem Alleinerziehende sahen sich einem erheblichen Sparzwang ausgesetzt: *„Wir sind allein erziehend. Verzicht ist unser Lebensmotto“* (FA1/7). Eine Hartz IV-Bezieherin erläuterte die prekäre Lage, in der sie sich selbst sah:

„Wir reden nur von Grundbedürfnissen. (...) Eine Zugfahrkarte nach Verden ins Schwimmbad ist schon Luxus. Die Monatskarte ist Luxus (...). Jede Fahrt ist letztendlich Luxus. Und Klamotten? Schlussverkauf, Second Hand. Kleiderkammer, wie auch immer. Geschenkte Sachen. Alles Minimum. Man muss einfach vom Minimum ausgehen. Kino? Was ist denn das?“ (FA1/9).

Wurde etwas angeschafft, was die finanzielle Situation eigentlich nicht erlaube, wurde dies als „Luxus“ bezeichnet (z. B. eigenes Auto, Frisör, Fußpflege etc.). Allerdings wurde mehrmals hervorgehoben, dass ein „gewisser Luxus“ trotz oder gerade wegen der schwierigen Situation besonders wichtig sei (FA3/1). Insgesamt schilderten die Teilnehmerinnen eine Vielzahl unterschiedlicher Aktivitäten und Strategien, um Geld einzusparen. Die „Anpassungsstrategien“ an die finanzielle Situation gingen mit einem erheblichen Ideenreichtum hinsichtlich Einsparmöglichkeiten in den verschiedenen Konsumbereichen einher. Die Beiträge der Familien mit erhöhtem Armutsrisiko brachten deutlich zum Ausdruck, dass ihr Alltag entscheidend zum einen durch das Abwägen von Einnahmen und Ausgaben und zum anderen durch einen hohen Grad an Organisationsaufwand bestimmt sei, um die Lebenshaltungskosten möglichst niedrig zu halten.⁶² Durch dieses Alltagsmanagement solle das Gefühl von Verzicht vor allem wegen der Kinder möglichst gering gehalten werden.

Konsumbereich Ernährung

Im Bereich Ernährung erläuterten die Teilnehmerinnen ihre Strategien, günstig einzukaufen. Sehr häufig wurde berichtet, dass sich der Einkauf an aktuellen Sonderangeboten ausrichte:

„Früher habe ich vielleicht mal überlegt, ok, was möchte ich gerne essen, was mache ich und hab es dann gekauft. Jetzt ist es schon öfters so, dass ich sag: Ok, dann gehe ich mal einkaufen, mal gucken, was im Angebot ist“ (FA3/3).

Mehrere Frauen äußerten, dass sie bestimmte Produkte auf der Suche nach dem günstigsten Angebot in unterschiedlichen Geschäften kauften, auch Vorratskäufe (z.B. von Sonderangeboten), seien eine gute Möglichkeit Geld zu sparen. Gleichzeitig betonten mehrere Frauen, dass sie auch Wert darauf legten, sich bei Nahrungsmitteln - vor allem wegen der Kinder - nicht zu sehr einzuschränken. Stattdessen würden sie eher auf die Anschaffung eines neuen Haushaltsgerätes oder neuer Möbel verzichten oder auch „an sich selbst sparen“ (FA3/1).

Konsumbereich Energie

Im Bereich Energie wurden die steigenden Preise als großes Problem hervorgehoben, besonders intensiv wurde die Erhöhung der Heizkosten diskutiert. Alle Frauen gaben an, ihren Energieverbrauch durch eine Reihe von Sparstrategien zu reduzieren. Die folgenden Ausführungen einer Alleinerziehenden verdeutlichen dies exemplarisch:

„Ich bin letztes Jahr in eine kleinere Wohnung umgezogen. (...) Da hat es durch gepfeiffen im Winter wie nichts Gutes. Also, ich habe innen die Tür mit einem ganz dicken Vorhang zugehängt. Ich habe einen ziemlich langen Flur und auch den noch mal mit einem Vorhang zugehängt, um auch die Heizungskosten runter zu regeln. (...) Und so kommt man immer wieder auf

⁶² Abwägungsprozesse und Prioritätensetzung gehörten für den Großteil der Diskussionsteilnehmerinnen in allen Konsumbereichen, nicht nur in den Bereichen Ernährung, Mobilität und Energie zum Alltagsmanagement.

neue Ideen, um den Energieverbrauch ein bisschen niedrig zu halten. Ganz davon abgesehen, dass überall Sparlampen eingedreht sind und so weiter, damit die Kosten nicht so explodieren. (...) Man muss wirklich auch sein eigenes Temperaturbedürfnis ein bisschen runterschrauben. Vielleicht doch mal die Jacke überziehen, als sich so zuzuheizen. Aber man wird halt erfindereich, wenn man meinetwegen nur Hartz IV bekommt und vom Grundbedarf (...) auch die laufenden Pflichtkosten bezahlen muss, wie Telefon oder Strom und Wasser und so weiter. Da kommt man nachher auf die dollsten Ideen, um sich da kostenmäßig halbwegs über Wasser zu halten. Weil es reicht eigentlich nicht" (FA1/6).

Andere Teilnehmerinnen berichteten von ähnlichen Energiesparmaßnahmen (Nutzung warmer Decken und Pullover, Auslassen der Heizung im Winter, Vorhänge vor die Türen hängen etc.). Trotz der Sparversuche würden die Energiekosten jedoch jedes Jahr steigen. Auch beim Stromverbrauch versuchten die Frauen zu sparen. Als Einsparmaßnahmen zur Reduzierung der Stromkosten wurden z. B. das Auslassen der Beleuchtung (stattdessen Nutzung billiger Kerzen), der Einsatz von Energiesparlampen, das Auslassen des Fernsehers, die nur kurze Nutzung des Handy-Ladegerätes oder der Verzicht auf Standby-Betrieb und alternativ die Nutzung von Steckerleisten genannt. Einige Diskussionsteilnehmerinnen gaben an, sie würden energieeffiziente Geräte bevorzugen, auch wenn diese teurer seien. Denn mittel- bis langfristig wirke sich dies positiv auf die Stromrechnung aus. Andere wiederum äußerten, sie könnten sich gerade diese Geräte aufgrund der höheren Anschaffungskosten nicht leisten und müssten billigere und/oder ältere und/oder gebrauchte Geräte nutzen, auch wenn diese einen höheren Stromverbrauch hätten und damit in der Haltung teurer seien.

Konsumbereich Mobilität

Mehrere Frauen gaben an, ein eigenes Auto zu besitzen, dies wurde mehrmals als Luxus bezeichnet, der für das Alltagsmanagement und die persönliche Freiheit allerdings sehr wichtig sei. Einige Frauen erläuterten, dass sie im Kontext der steigenden Benzinpreise das Autofahren reduzierten, bei kürzeren Strecken das Fahrrad benutzten oder für die Wege zur Arbeit einen Roller angeschafft hätten (um das Auto stehen zu lassen). Eine Diskussionsteilnehmerin gab an, das Auto aus finanziellen Gründen ganz abgeschafft zu haben. Teilnehmerinnen ohne Auto äußerten, sie würden viel mit Bus und Bahn fahren. Durch eine Umstellung auf ÖPNV, Fahrrad und Zuzußgehen entstünde allerdings ein zeitlicher und organisatorischer Mehraufwand, der mit Kindern schwerer zu bewältigen sei. Mangels Transportkapazitäten müsse darüber hinaus häufiger eingekauft werden, was wiederum Mehrausgaben verursache. Einstimmig wurde mehrmals die Forderung der Nutzung von „Bus und Bahn zum Nulltarif für jeden Bürger“ (FA1/7) erhoben. Die überwiegende Mehrheit gab an, sich keine Urlaubsfahrten leisten zu können, Fliegen käme aus finanziellen Gründen so gut wie gar nicht in Frage.

Weitere Diskussionspunkte

Mehrmals wurde kritisiert, dass bestimmte Regelungen „von oben“ festgelegt würden, von Personen, die selbst keine Erfahrungen im Umgang mit diesen Regeln hätten oder darin, wie von Hartz IV zu leben sei (FA1/3). Auch wurde das nicht besonders klimafreundliche Verhalten von Politiker/innen kritisiert. In einer Fokusgruppe wurde problematisiert, dass Vermieter/innen von der Bezuschussung für die Isolierung von Häusern durch staatliche Fördergelder doppelt profitierten, indem sie sowohl die Miete erhöhen könnten als auch die Fördergelder erhalten würden. Für die Mieter/innen würden derartige Isolierungsmaßnahmen langfristig zwar zu einer Reduzierung der Heizkosten führen; kurzfristig würde aber der Heizkostenbeitrag nicht gesenkt (sondern erst am Ende des Abrechnungszeitraumes zurückgezahlt). Zudem seien Mieter/innen zunächst durch die Mieterhöhungen zunächst höher belastet und müssten im Zweifel umziehen.

Vergleichsgruppe

Reaktionen auf die Preisanstiege im Alltag

Die Mitglieder der Vergleichsgruppe gaben an, sich aufgrund der Preisanstiege vor allem in den Konsumbereichen Energie und Mobilität sparsamer zu verhalten, der Ernährungsbereich wurde in diesem Zusammenhang nicht erwähnt. Vor allem im Freizeitbereich, so betonten mehrere Teilnehmerinnen, überlegten sie sich, was sie sich leisten könnten und was nicht (Restaurantbesuche, Kinobesuche, Musicals, Cafébesuche etc.). Mehrere äußerten, sie wollten sich auch weiterhin die Wahrnehmung kultureller Aktivitäten „gönnen“ (VG1/5).

Konsumbereich Energie

Nach Aussage der Diskussionsteilnehmerinnen wurden unterschiedliche Einsparmaßnahmen im Bereich Energie überwiegend aus finanziellen Gründen vorgenommen. Allerdings wurde dabei positiv bewertet, wenn damit auch ein ökologischer Nutzen einherging. Zu den geschilderten Sparstrategien gehörten die Nutzung von Elektrogeräten mit niedrigem Energieverbrauch, Energiesparglühbirnen oder Stromschaltleisten, der Verzicht auf langes Lüften im Winter, der Verzicht auf die Standby-Funktion, die Nutzung eines Ofens oder Kamins sowie das Herunterstellen der Heizung. Eine Teilnehmerin erläuterte, dass sie regelmäßig den Stromverbrauch ablese und eine Excel-Liste über ihren Verbrauch zu führen, um nicht durch hohe Nachzahlungen überrascht zu werden. Eine andere Teilnehmerin berichtete, sie habe Nachtspeicheröfen und ab halb neun abends Billigstrom. Dann erst würde sie alle elektrischen Geräte laufen lassen. Auch sie las meist täglich ihren Stromverbrauch ab.

Konsumbereich Mobilität

Im Bereich Mobilität wurde ebenfalls von Einsparaktivitäten berichtet, insbesondere bei der Urlaubsplanung. Eine Teilnehmerin äußerte, sie führe seit einigen Jahren weniger in den Urlaub, denn das sei „nicht mehr drin“ (VG 1/1). Auch andere Diskussionsteilnehmerinnen erläuterten, zuerst am Urlaub zu sparen. Weiterhin wurden unterschiedliche Bemühungen geschildert, um Benzin zu sparen: Eine Teilnehmerin führte aus, beim Autofahren darauf zu achten viel zu schalten, um den Verbrauch niedrig zu halten, und sich jeden Tag zu informieren, wo das Benzin gerade billig sei. Eine Andere gab an, gemeinsam mit ihrer Nachbarin zum Einkaufen zu fahren. Insgesamt wurde jedoch immer wieder betont, dass Einsparungen beim Benzinverbrauch wegen der Wohnlage sehr schwierig bzw. nicht möglich seien.

Zwischenresümee zu den Reaktionen auf die Preisanstiege im Alltag

Die Preisanstiege wirken sich erwartungsgemäß graduell unterschiedlich auf die drei Gruppen und deren Konsumverhalten aus. Die Umweltengagierten nehmen Einsparungen weniger aus einem „Sparzwang“ heraus vor, sondern vielmehr aus „Prinzip“, die Sparmaßnahmen wurden aufgrund ihrer gleichzeitig ressourcenbezogenen sowie finanziellen Einsparung als doppelt „lohnenswert“ betrachtet. Die Frauen mit erhöhtem Armutsrisiko erläuterten hingegen eine große Bandbreite an Sparstrategien, um mit ihren geringen finanziellen Spielräumen den Alltag zu managen. Die einzelnen Konsumententscheidungen wurden dabei als das Ergebnis von Abwägungsprozessen dargestellt, ob, zu welchem Preis und wo man sich etwas leisten bzw. die Grundbedürfnisse befriedigen kann. Die Schilderungen der Frauen bieten Hinweise dafür, dass damit ein – wenn auch unbeabsichtigtes - ressourcenschonendes Verhalten („unfreiwilligen Öko-Avantgarde“) verbunden ist. Die Teilnehmerinnen der Vergleichsgruppe gaben dagegen an, insbesondere im Bereich Energie, bei den Freizeitaktivitäten und im Urlaub zu sparen, wobei oftmals ein Austarieren zwischen den Bereichen deutlich wurde.

4.1.6 Einschätzung der Entwicklungsperspektiven

Umweltengagierte

Die zukünftige Entwicklung klimafreundlicher Konsum- und Produktionsmuster wurde von den Teilnehmenden unterschiedlich bewertet: Veränderungen in Richtung eines nachhaltigeren Konsums würden „zart“ anfangen (UE2/4), angesichts der Dringlichkeit der Probleme reiche dies aber nicht aus. In ihrem Umfeld nahmen einige der Teilnehmer/innen eine Zunahme der Sensibilität für diesen Themenbereich wahr, die Umsetzung eines ökologischeren Verhaltens sei jedoch noch nicht zu beobachten. In einer Fokusgruppe bestand weitgehend Einigkeit dahingehend, dass verschiedene positive Entwicklungen in der Vergangenheit Anlass zu Optimismus böten (Anstieg der Nachfrage nach Bio- bzw. FairTrade-Produkten). In der anderen Fokusgruppe dominierte dagegen eine eher pessimistische Einstellung bezüglich der zukünftigen Entwicklung: Es wurden negative Beispiele aus dem Bekannten- und Freundeskreis angeführt, bei denen in den letzten Jahren trotz der Dringlichkeit kein Problembewusstsein entstanden sei. Eine Teilnehmerin erwartete, dass ressourcenschonenderes Verhalten nicht aufgrund des Klimawandels, sondern aufgrund der potenziellen finanziellen Einsparungen zunehmen wird.

Hinsichtlich des Energieverbrauchs ging ein Großteil der Umweltengagierten davon aus, dass insbesondere der Stromverbrauch in absehbarer Zeit nicht sinken werde, da der Stromverbrauch derzeit noch über den Preis bestimmt werde und nicht über die Erkenntnis, dass Ressourcen eingespart werden müssen. Außerdem nehme der Stromverbrauch von Elektrogeräten zwar ab, aber nicht der Gesamtenergieverbrauch, da mehr und/oder größere Geräte genutzt würden. Grundsätzlich sei aber ausreichend Energie vorhanden. Das Problem sei derzeit nicht die Höhe des Energieverbrauchs, sondern die Art und Weise der Energieerzeugung.

Familien mit erhöhtem Armutsrisiko

In dieser Gruppe wurde die zukünftige Entwicklung insbesondere vor dem Hintergrund sozialer Fragen bzw. Gerechtigkeitsfragen diskutiert. Mehrere Teilnehmerinnen befürchteten, dass die Entwicklung neuer klimafreundlicher Technologien oder Produkte zu einer weiteren Verschärfung sozialer Ungleichheiten führen könne: Da die neuen Technologien teurer in der Anschaffung seien, könnten sie möglicherweise nur von bestimmten Einkommensgruppen konsumiert werden. Dies würde eine gesellschaftliche Teilung in „Privilegierte“, die sich klimafreundlichen Konsum leisten könnten, und „alle anderen“, die dies nicht könnten, bedeuten (FA3/2). Letztere seien dann weiterhin auf alte, energieintensive Geräte angewiesen und hätten damit auch höhere laufende Kosten zu tragen. Denn: „die meisten alten und Gammelautos, die extrem viel verbrauchen“ würden von Menschen mit geringem Einkommen gefahren (FA3/3). Eine Teilnehmerin erläuterte, dass vor allem Personen mit Hartz IV-Bezug keine Möglichkeiten hätten, neue klimafreundliche Produkte und Technologien zu konsumieren, da diese in der Regel teurer seien. Dazu käme, dass sich die finanzielle Lage bestimmter Bevölkerungsgruppen eher verschlechtere. Vor allem Hartz IV-Empfänger/innen könnten sich den Neukauf öko-effizienter Geräte nicht leisten: „So, und wie lange musst du sparen, um (...) dir vielleicht irgendwann mal so einen Kühlschrank leisten zu können“ (FA3/2)?

Die Teilnehmerinnen sprachen auch Ungleichheiten im Ressourcenverbrauch an. Haushalte mit höherem Einkommen könnten zwar sparsamere Elektrogeräte oder Autos anschaffen, so die Teilnehmerinnen. Allerdings sei das Konsumniveau dieser Haushalte insgesamt deutlich höher als das eines Haushaltes mit niedrigem Einkommen. Insofern hätten finanziell besser gestellte Haushalte letztendlich doch einen höheren Ressourcenverbrauch (größere Wohnfläche, Zweitwagen, Urlaub mit dem Flieger etc.):

„Insofern denke ich, wird der Energiebedarf bei denen, die es sich leisten können, steigen. Und die, die es sich nicht leisten können, müssen zwangsläufig sparen. Das ist ja eine logische Konsequenz. Die Schere wird immer weiter auseinanderklaffen. Das sieht man schon, wenn man genau hinguckt“ (FA1/9).

Die Teilnehmerinnen befürchteten, dass sich die bestehenden sozialen und ökologischen Ungleichheiten durch steigende Preise weiter verschärfen könnten. Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung herrschte innerhalb der Fokusgruppen Einigkeit dahingehend, dass eine große Verantwortung bei der Politik liege, gegen die fortschreitende soziale Ungleichheit anzugehen. Eine Teilnehmerin sprach in diesem Kontext auch das Problem der Vermögensverteilung an, das dazu führe, dass klimaverträgliche bzw. ökologische Produkte gar nicht in großem Umfang nachgefragt werden könnten:

„Und wenn man den Armuts- und Reichtumsbericht betrachtet: 4% der Deutschen besitzen 50% des Vermögens. Und die restlichen 96% der Deutschen besitzen die anderen 50% des Vermögens in diesem Lande. Die Umverteilung ist ein großes Problem. Wenn die Masse der Menschen kein Geld zum Nachfragen hat, keine ökologischen, etwas teureren Produkte nachfragen kann. Die wenigen, die das könnten, die können ja gar nicht soviel verbrauchen. (...) Hier muss eine politische Wegweisung stattfinden. (...) Und die muss auch nicht auf Deutschland bezogen sein, sondern die muss zumindest EU-weit, am besten gleich global sein“ (FA1/2).

Vergleichsgruppe

Die Mehrzahl in der Vergleichsgruppe ging davon aus, dass die Intensivierung der Klimawandeldebatte bei den Verbraucher/innen dazu beitrage, stärker auf klimarelevante Aspekte beim Einkauf zu achten bzw. dass im Kontext der Debatte mehr klimafreundliche Produkte angeboten würden. Langfristig, so eine Teilnehmerin, gehe sie davon aus, dass sich immer mehr Konsument/innen bewusster verhielten:

"Ich denke mal, es hat immer so seine bestimmte Zeit. Es wird nicht von heute auf morgen sein, aber es wird sicherlich Einige dazu bewegen, bewusster mit vielen Sachen umzugehen. Nicht die ganze Menschheit, aber ich glaube schon, dass es viele Denkanstöße geben wird und der eine oder andere in seinem eigenen persönlichen Bereich Veränderungen doch machen wird" (VG1/2).

Eine Teilnehmerin äußerte, bei bestimmten Produkten würde schon derzeit „*insgesamt mehr der Daumen draufgehalten*“ (VG1/4). Außerdem würde durch die Klimadebatte vieles erst „*ans Licht*“ kommen, was zu einer sinkenden Nachfrage nach besonders klimarelevanten Produkten führe. Diese Ansicht wurde kontrovers diskutiert, da andere Teilnehmerinnen darauf hinwiesen, dass beispielsweise auch Lebensmittelskandale keine grundsätzlichen Veränderungen des Nachfrageverhaltens bewirkt hätten. Das Potenzial zukünftiger Veränderungen bei der Wirtschaft in Richtung Klimaschutz wurden eher als gering eingeschätzt: Die Einführung neuer Klimarichtlinien habe bisher zu viel Zeit in Anspruch genommen und sei im Grunde auch nicht erwünscht.

Zwischenresümee zur Einschätzung der Entwicklungsperspektiven

Die Einschätzungen der zukünftigen Entwicklungsperspektiven unterscheiden sich sowohl zwischen als auch innerhalb der drei Gruppen. Der überwiegende Anteil der Frauen mit erhöhtem Armutsrisiko äußerte sich pessimistisch und befürchtete, dass sich die schon bestehenden sozialen Diskrepanzen durch den Klimawandel und seine Folgen für den Konsum weiter verschärfen werden

Sowohl in der Vergleichsgruppe als auch von den Umweltengagierten wurde von einigen erwartet, dass die Klimawandeldebatte die Nachfrage nach umweltschonenden Produkten langfristig unterstützen wird. Andererseits wurde dies in beiden Gruppen auch bezweifelt und auf negative Erfahrungen in der Vergangenheit verwiesen. Einig waren sich die Umweltengagierten darin, dass die zukünftige Situation sehr von den Entwicklungen im Energiesektor abhängt.

4.2 Empirische Erhebung II: Einzelinterviews

Ausgehend von den Ergebnissen aus den Fokusgruppen wurden zwölf Einzelinterviews mit weiteren Personen aus den drei Untersuchungsgruppen durchgeführt. Ziel war es, das Themenfeld „Klimawandel“ zu vertiefen und genauere Erkenntnisse über individuelle Konsumententscheidungen im Zusammenhang mit umwelt- und klimaschonendem Verhalten und in Abhängigkeit der Preisentwicklungen zu gewinnen.

An den Einzelinterviews nahmen drei Frauen mit erhöhtem Armutsrisiko, drei Umweltengagiert und sechs aus der Vergleichsgruppe teil. Die etwa einstündigen Interviews wurden jeweils von einer Projektmitarbeiterin durchgeführt, mit dem Einverständnis der Teilnehmenden akustisch aufgezeichnet und anschließend vollständig transkribiert.

Die Grundlage für die Einzelinterviews bildete ein Leitfaden mit offenen Fragen (siehe Anlage 2), ergänzend wurden sozioökonomische Daten der Beteiligten erhoben. Darüber hinaus wurden Fragen zu Einstellungen gegenüber gesellschaftlich bzw. umweltpolitisch relevanten Themen aus der Studie zum Umweltbewusstsein des Umweltbundesamtes aufgenommen (BMU 2006: 15ff). Weiterhin wurden spezifische Fragestellungen aus den beiden Clustern Ernährung und Energie sowie aus der Regionalen Vulnerabilitätsanalyse des Forschungsverbunds „nordwest2050“ integriert. Hierbei handelte es sich insbesondere um Fragen zur Einschätzung einzelner Klimaanpassungsmaßnahmen und clusterrelevanter Innovationsstrategien, die zum größten Teil als geschlossene Fragen formuliert waren. Ihre Auswertung erfolgt getrennt in den folgenden Kapiteln, außerdem werden die Ergebnisse auch integriert in die Berichte der Cluster Ernährung und Energie sowie in die Zusammenfassung der Ergebnisse der Regionalen Vulnerabilitätsanalyse. Die Auswertung der Transkriptionen erfolgte methodisch als reduktive Inhaltsanalyse (Lamnek 1998), bei der die inhaltlichen Schwerpunkte aus dem Leitfaden zur Kategorienbildung dienten (siehe Kap.3).

An den Einzelinterviews nahmen drei Umweltengagierte (drei Frauen; UE₁, UE₂, UE₃) mit unterschiedlichen sozioökonomischen Profilen teil: Zwei waren zum Zeitpunkt des Interviews zwischen 31 und 40 Jahre, eine zwischen 61 und 70 Jahre alt. Eine war alleinstehend ohne Kind, eine verheiratet mit drei Kindern im Haushalt sowie eine Dritte verwitwet mit zwei erwachsenen, sich selbst versorgenden Kindern. Ihre Haushaltsnettoeinkommen waren je nach Familienstand und Beschäftigungsgrad sehr unterschiedlich (< 900, 1.501 bis 2.500 und 3.501 bis 4.500 €). Eine Teilnehmerin arbeitete in Teilzeit, eine war zum Zeitpunkt des Interviews erwerbslos und die Dritte pensioniert.

Drei Einzelinterviews wurden mit Familien mit erhöhtem Armutsrisiko durchgeführt (FA₁, FA₂, FA₃). Ihre sozioökonomischen Profile unterscheiden sich nicht so stark wie bei den Umweltengagierten: Zwei Frauen waren zum Zeitpunkt der Befragung zwischen 31 und 40 Jahre alt mit einem bzw. zwei Kindern und jeweils teilzeitbeschäftigt, die Dritte war zwischen 41 und 50 Jahre alt und selbständig mit einem Kind. Die Einkommen dieser Gruppe bewegten sich eher im unteren Drittel (zweimal 900 bis 1.500, einmal 1.501 bis 2.500 €)

Aus der so genannten Vergleichsgruppe nahmen vier Männer und zwei Frauen (VG₁ bis VG₆) aus dem Umfeld der Fokusgruppe des Chores teil. Zum Zeitpunkt der Befragung waren fünf zwischen 51 und 60 Jahre, einer zwischen 41 und 50 Jahre alt, hatten sie ein bis drei bzw. keine Kinder und lebten sowohl in Single- als auch Familienhaushalten. Alle Männer waren in Vollzeit angestellt oder selbständig, die Frauen in Teilzeit angestellt bzw. erwerbslos. Die Haushaltsnettoeinkommen lagen im mittleren bis hohen Bereich mit zweimal 2.500 bis 3.500 €, einmal 3.501 bis 4.500 € und einmal 4.501 bis 5.500 € (zweimal wurden keine Angaben gemacht).

4.2.1 Wahrnehmung des Klimawandels

Umweltengagierte

Allgemeine Assoziationen

Die Teilnehmerinnen berichteten, politische Diskussionen zum Klimawandel mit Interesse zu verfolgen. Alle drei sahen die Notwendigkeit, sofort und effizient zu handeln, um das Voranschreiten der Erderwärmung zu stoppen. In diesem Zusammenhang wurde positiv bewertet, dass das Thema Klimawandel öffentlich wahrgenommen werde und entsprechende Taten folgten. Eine Teilnehmerin berichtete, dass sich ihre Einstellung gegenüber dem Klimawandel im Laufe der letzten Jahre von ursprünglich „schwer dramatischen Folgen“ (UE3) hin zu einer stärkeren Differenzierung zwischen anthropogen verursachten und naturgegebenen Einflüssen verändert habe.

Persönliche Betroffenheit

Die Befragten sahen aktuell keine Auswirkungen des Klimawandels für sich selbst, gingen jedoch von negativen Konsequenzen insbesondere in der Zukunft aus, so könne z.B. Skifahren in den Alpen für die Enkelkinder nicht mehr möglich sein.

Regionale Auswirkungen

Nach Einschätzung der Interviewpartnerinnen werde sich durch Anpassungsmaßnahmen die Landschaft im Nordwesten verändern, da z.B. mehr Energiepflanzen angebaut werden würden. Der Meeresspiegelanstieg werde auch zu einem Anstieg der Weser führen, weshalb die Deiche erhöht werden müssten. Dies bedeute wiederum einen höheren Kostenaufwand, der mit Einsparmaßnahmen an anderer Stelle – maßgeblich im Sozial-Etat – einhergehen könnte. Eine Teilnehmerin rechnete allerdings erst in ferner Zukunft mit Auswirkungen des Klimawandels auf die Region Nordwestdeutschland.

Anzeichen für den Klimawandel

Als Anzeichen für den Klimawandel bewerteten die Teilnehmerinnen in ihrem Alltag wahrnehmbare Umweltveränderungen wie z.B. Wetteränderungen oder Veränderungen im Zug- und Brutverhalten der Vögel. Eine Teilnehmerin wies auf ein Ansteigen der Durchschnittstemperatur im Nordwesten hin und erläuterte dies an einem Beispiel aus ihrer Arbeit als Energieberaterin:

„Ich hab jetzt die letzten drei Winter gerade den Energieverbrauch einer Gemeinde hier ausgewertet und (...) die waren jeweils um den Faktor 1,2 zu warm gegenüber dem Durchschnittswert. Daran kann man sehen, dass sozusagen unmerklich schon hier auch die Durchschnittstemperatur im Winter ansteigt“ (UE1).

Angst/Bedrohung, Chancen

Der Klimawandel wurde als überwiegend bedrohlich beschrieben und war mit Zukunftsangst besetzt. Konkret befürchtet wurden Auswirkungen auf die Ökosysteme, soziale Folgen mit Flüchtlingsströmen aus dem Süden in Richtung Norden sowie das Risiko von Kriege. Chancen wurden in der Entwicklung neuer umweltfreundlicher Technologien, Aufklärungsarbeit und im ressourcenschonenden Umgang mit der Natur gesehen:

„(...) , dass darüber nachgedacht wird und dass Versuche gemacht werden und dass Windparks (...) eingerichtet werden an bestimmten Stellen. Find ich gut, also dass solche Dinge entwickelt werden“ (UE2).

Darüber hinaus äußerte eine Teilnehmerin, dass jede Generation auf ihre eigene Art anpassungsfähig sei und sie keine Sorge hinsichtlich der zukünftigen Lebensbedingungen der Kinder bzw. Enkelkinder habe.

Familien mit erhöhtem Armutsrisiko

Allgemeine Assoziationen

Die Alleinerziehenden berichteten, den Klimawandel insgesamt wenig wahrzunehmen bzw. überwiegend anhand von Wetterveränderungen wie z.B. der Zunahme von Umweltkatastrophen in anderen Ländern. Thematisiert wurde auch die Verknüpfung von Armut und Umweltbelastungen im Kontext des Klimawandels:

„Ich denk vor allen Dingen ans Wetter, an Umweltkatastrophen, daran, dass unsere Region noch gar nicht so betroffen ist. Dass es viel mehr andere Regionen gibt, die von diesen Umweltbelastungen betroffen sind und meistens auch in Landstrichen, die ohnehin schon mit Armut und schlechten Lebensbedingungen verknüpft sind“ (FA₁).

Als mögliche Risiken wurden auch die Zunahme von Ungleichgewichten innerhalb der Fauna oder der Luftverschmutzung angeführt. Allerdings gab es auch kritische Anmerkungen, inwiefern diese Phänomene tatsächlich Anzeichen für den Klimawandel seien.

Persönliche Betroffenheit

Die Alleinerziehenden äußerten keine direkte persönliche Betroffenheit, sondern formulierten in diesem Zusammenhang vielmehr allgemeine Assoziationen und Unsicherheiten zu möglichen Auswirkungen auf persönlicher Ebene:

„Ob der Meeresspiegel irgendwann mal in Bremen ist, also ob sozusagen an der Weser, am Café Sand, nicht mehr die Weser, sondern die Nordsee anfängt, ob wir irgendwie so ganz normal atmend durch die Gegend laufen können, so was, das sind so die Sachen.“ (FA₂).

Regionale Auswirkungen

Als regionale Auswirkungen des Klimawandels erwarteten die Teilnehmerinnen wärmere Winter, eine insgesamt höhere Luftfeuchtigkeit sowie einen steigenden Meeresspiegel und damit verbunden die mögliche Ausbreitung der Nordsee bis Bremen.

Angst/Bedrohung, Chancen

Der Klimawandel wurde von den befragten Frauen aktuell nicht als persönliche Bedrohung, sondern eher als ein zukünftiges Problem wahrgenommen. Eine Teilnehmerin vermutete, dass die Problematik Klimawandel heruntergespielt würde, um den politischen Handlungsdruck und das allgemeine Bewusstsein für das Thema gering zu halten.

Vergleichsgruppe

Allgemeine Assoziationen

Die Wahrnehmung des Klimawandels in der Vergleichsgruppe lässt sich nach drei Ebenen unterscheiden:

a) Der Klimawandel als Referenzrahmen für eine Fülle an Umweltveränderungen: In diesem Zusammenhang wurden beispielsweise Auswirkungen auf Flora und Fauna durch die Veränderung der Blütezeiten von Pflanzen genannt. Auch das Waldsterben, regionale „Wetteranomalien“ (VG1), Temperaturangleichungen, Auftauen der Permafrostböden mit der Folge von Geröll- und Erdbeben sowie die Belastung und Veränderung von Ökosystemen weltweit, regional und lokal wurden von den Interviewteilnehmenden erwähnt:

„(...) dass es eigentlich wesentlich wärmer ist als früher und sich die Jahreszeiten so annähern, dass eigentlich fast acht, neun Monate im Jahr so dasselbe milde Regenwetter-Klima ist hier in Norddeutschland jedenfalls. Man sieht die vielen Umweltkatastrophen in vielen Ländern, in Asien, diese Tsunami-Geschichte, oder Geröll- und Erdbeben, die durch starke Regenfälle in verschiedenen Gegenden der Welt verursacht werden und da große Schäden hervorrufen. Man sieht es auch an den Gletschern, also wir wandern auch, und beschäftigen uns auch so mit den Bergen und da gibt es auch Aufnahmen, die zeigen, wie stark da die Gletscher abgeschmolzen sind schon in den letzten Jahren“ (VG₄).

b) Die politische Debatte über den Klimawandel: Auf dieser Ebene wurde die UN-Klima-Konferenz in Kopenhagen mit den dort diskutierten Themen CO₂-Anstieg, Polkappenschmelze und Meeresspiegelanstieg erwähnt. Darüber hinaus wurden die internationalen Verflechtungen und ihr Einfluss auf den Klimawandel angesprochen:

„(...) das ist natürlich ein Stichwort, das unheimlich vieles los tritt an Begriffen, angefangen jetzt vom aktuellen Kopenhagen bis [hin zum] Bali-Vorläufer. Dass die Drittländer mit den Industrieländern ringen um Möglichkeiten, den Klimawandel in den Griff zu bekommen (...)“ (VG₁).

c) Der wirtschaftliche Aspekt der Klimawandel-Debatte: Hier wurde geäußert, dass die ökonomische Seite der Klimawandeldebatte – genauso wie jeder andere Bereich – einen Lobbyismus hervorbringe, der für verschiedene Zwecke genutzt würde: *„(...) und es springen viele auf den Zug auf, gerade auch Energiekonzerne, die sich als grün verkaufen, es aber überhaupt nicht sind“ (VG₅).*

Wenngleich hinsichtlich der Eindeutigkeit eines sich wandelnden Klimas weitgehend Einigkeit bestand, wurden jedoch auch Zweifel an einem rein anthropogen verursachten Klimawandel geäußert.

Persönliche Betroffenheit

Die Teilnehmenden machten bei der Frage nach der persönlichen Betroffenheit durch den Klimawandel keine konkreten Aussagen, sondern gingen in diesem Zusammenhang vielmehr auf ihre Beschäftigung mit der Thematik ein:

„Klimawandel ist erst mal ein Thema, was mich als gesellschaftlich und politisch interessierten Menschen beschäftigt. Und von daher gesehen, informier ich mich darüber, wir diskutieren das auch zu Hause“ (VG₃).

Darüber hinaus wurde teilweise das individuelle Verhalten – beispielsweise die private Nutzung von Flugzeugen – in Zusammenhang mit dem Klimawandel gebracht und als Ursache bzw. als mit verantwortlich für den Klimawandel bewertet.

Regionale Auswirkungen

Dass es zu regionalen Folgen des Klimawandels kommen würde, schätzten die Teilnehmer/innen der Vergleichsgruppe als realistisch ein. Erwähnt wurde in diesem Zusammenhang insbesondere die Zunahme von Überschwemmungen und das Verwischen der Jahreszeiten in Norddeutschland. Durch den Deichbau und die Sperrwerke hätten Hochwasser und Überschwemmungen bislang jedoch kaum negative Auswirkungen. Für die übernächste Generation befürchtete ein Interviewpartner jedoch, dass die Deicherhöhung an ihre Grenzen stoße: *„Und wenn das nicht funktioniert, dann ist Niedersachsen - zumindest im nördlichen Teil – Land unter (...)“ (VG₁).*

Als Chance für die Region wurde hingegen bewertet, dass die Tourismusindustrie in Norddeutschland von dem milderen Klima profitieren könnte. Ein Interviewpartner vermutete darüber hinaus, dass sich Norddeutschland im Zuge der globalen Erwärmung zu einer Weinanbauregion entwickeln könnte.

Anzeichen für den Klimawandel

Während die Teilnehmenden aktuell kaum klimawandelbedingte Veränderungen in der Region ansprachen, sahen sie in anderen Gebieten bereits konkretere Anzeichen. Beispielsweise wurde das aktuelle Überflutungsrisiko kleinerer Inselstaaten als Indiz für den Klimawandel eingeordnet und die Existenz der dort lebenden Menschen als bedroht eingestuft. Indirekte Anzeichen für den Klimawandel wurden darüber hinaus in der Organisation von UN-Klimakonferenzen oder in den Investitionen in erneuerbare Energien oder schadstoffärmere Autos gesehen.

Angst/Bedrohung, Chancen

Die Befragten nahmen den Klimawandel als eine potenzielle Bedrohung wahr, da er nicht überschaubar und langfristig nicht aufzuhalten sei. Für Norddeutschland prognostizierte ein Teilnehmer eine Zunahme von Dürren mit negativen Folgen für die Landwirtschaft. Bedrohlich sei auch, dass die UN-Klimakonferenz in Kopenhagen keine verbindlichen Ergebnisse erzielt habe, so dass der globale CO₂-Ausstoß weiter zunehmen werde. Andere Teilnehmer/innen vermuteten zukünftige soziale Probleme im Kontext des Klimawandels. Dazu gehörten beispielsweise Migrationsbewegungen und die Frage, wie sich Europa davor schützen könne, dass *„Afrika zu Besuch kommt“ (VG₁).*

Mit der Klimawandeldebatte wurden auch positive Entwicklungen verbunden. Es werde beispielsweise mehr auf Ressourcenschonung, auf die Art der Energieerzeugung sowie auf die Verknüpfung ökologischer und ökonomischer Aspekte geachtet. Darüber hinaus gebe es einen hohen klimatechnischen Informationsstand, z.B. zu Stickoxidemissionen von Autos. Es bestünde auch die Chance, dass sich das vorherrschende kurzfristige ökonomische Gewinnstreben relativiere und durch ein nachhaltigeres Wirtschaften ersetzt werde. Weiterhin seien Industrie und Wirtschaft imstande, Alternativen und innovative Produkte zu entwickeln, die weniger Energie verbrauchten bzw. andere Energiequellen nutzten. Eine weitere positive Auswirkung wurde von einem Teilnehmer im zunehmenden Anbaupotenzial von Nahrungsmitteln und der damit verbundenen höheren Versorgungssicherheit der Weltbevölkerung gesehen.

Zwischenresümee zur Wahrnehmung des Klimawandels

Als übergreifendes Ergebnis lässt sich festhalten, dass der Klimawandel – vergleichbar den Ergebnissen der Fokusgruppen - als Referenzrahmen für eine Fülle subjektiv wahrgenommener Umweltveränderungen wahrgenommen wurde. Weiterhin ist zurzeit keine persönliche Betroffenheit durch den Klimawandel zu erkennen. Vielmehr wurden Auswirkungen des Klimawandels vor allem als Bedrohung für zukünftige Generationen oder für andere Regionen eingeschätzt. Darin lässt sich eine hohe Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Fokusgruppen erkennen.

Auf regionaler Ebene wurde die klimawandelbedingte Zunahme der Häufigkeit von Überschwemmungen als besonderes Risiko eingeschätzt. In Hinblick auf die Wahrnehmung klimawandelbezogener Chancen zeigten sich zwischen den Gruppen leichte Unterschiede: Während die Alleinerziehenden keine positiven Begleiterscheinungen im Kontext des Klimawandels sahen, verbanden die Umweltengagierten und die Mitglieder der Vergleichsgruppe mit der globalen Erwärmung auch vielfältige Chancen.

4.2.2 Anpassung an den Klimawandel

Aus dem Arbeitskreis Regionale Vulnerabilitätsanalyse des Forschungsverbunds „nordwest2050“ wurde verschiedene Fragen zur Anpassung an den Klimawandel aufgenommen.

4.2.2.1 Vorbereitung auf den Klimawandel

Umweltengagierte

Die Umweltengagierten vertraten unterschiedliche Ansichten hinsichtlich der Frage, ob eine persönliche Vorbereitung auf den Klimawandel notwendig sei. Eine Teilnehmerin äußerte, sie sei dafür schon „zu alt“. Die Konsequenzen des Klimawandels würde sie ohnehin nicht mehr erleben. Eine andere Teilnehmerin war der Meinung, dass eine persönliche Vorbereitung perspektivisch angebracht, im Moment allerdings noch nicht erforderlich sei. Vielmehr müsse man sich auf den Klimaschutz konzentrieren, dies sei „die wichtigste Aufgabe“ (UE1). Die Dritte hielt eine Vorbereitung auf die Folgen des Klimawandels für wichtig, da es nicht nur „in der Ökologie eine wahnsinnige Kettenreaktion“ (UE2) gebe, sondern auch der soziale Bereich durch diese Entwicklung stark betroffen sei. Sie könne sich vorstellen, dass „in 20 Jahren das [Leben] hart werden könnte“. Da die durch den Klimawandel verursachten Schäden im ökologischen System finanziell ausgeglichen werden müssten, könnte eine Umverteilung der Gelder zu Lasten sozialer Belange stattfinden. Es sei deshalb wichtig, persönliche Netzwerke zu knüpfen, die in schwierigen Zeiten Unterstützung böten:

„(...) weil das heißt ja, wenn das Leben härter wird, bin ich ja mehr auf Hilfe angewiesen, von Freunden, Bekannten und so weiter und deswegen denk ich, ist es schon ganz sinnvoll, wenn man irgendwie ein Netzwerk hat, wo man sich auch mal Hilfe holen kann oder wo man sich gegenseitig unterstützt und so weiter“ (UE₂).

Familien mit erhöhtem Armutsrisiko

Allen drei Interviewteilnehmerinnen erschien eine persönliche Vorbereitung auf den Klimawandel derzeit noch nicht notwendig. Eine Teilnehmerin äußerte, sie würde sich aufgrund der zu erwartenden Veränderungen keine Eigentumswohnung mehr in Cuxhaven kaufen. Diese Stadt sei aufgrund ihrer Nähe zum Meer von den potenziellen Auswirkungen des Klimawandels – in diesem Fall dem Meeresspiegelanstieg – besonders stark betroffen. Eine andere Teilnehmerin sah aktuell keine Veranlassung sich selbst auf den Klimawandel und seine Folgen vorbereiten zu müssen: „(...) dass ich jetzt bewusst das Gefühl habe, ich muss mich jetzt vorbereiten wie so ne Art, wenn der Krieg kommt (...), also das hab ich nicht“ (FA3). Eine weitere Teilnehmerin meinte, wenn sie sich „ernsthaft“ mit dem Thema beschäftige, habe sie schon das Gefühl, sie müsse sich vorbereiten. Dennoch würde ihr nicht einfallen, in welcher Form dies möglich sein sollte:

„... im Zweifelsfall in eine höhere Lage ziehen oder... Aber das würde ich dann, wenn es auf mich zukommt, irgendwie entscheiden. Da fällt mir jetzt grad nichts zu ein“ (FA₂).

Vergleichsgruppe

Die Interviewpartner/innen der Vergleichsgruppe sahen derzeit ebenfalls noch keinen konkreten Handlungsbedarf. Mehrere Personen zeigten sich ratlos, wie eine persönliche Vorbereitung aussehen könnte. Es gab jedoch auch einzelne Überlegungen über mögliche Vorbereitungen auf den Klimawandel. So berichtete ein Teilnehmer über seine Idee, aufgrund der prognostizierten Temperaturanstiege nach Skandinavien umzuziehen. Dies sei aber „mehr so eine Spielerei“ (VG1). Ein tatsächlicher Umzug sei unrealistisch, denn deutlich spürbare Temperaturveränderungen würden ihn nicht mehr betreffen. Da er sich nicht sicher sei, inwiefern der Klimawandel als „gefährlich“ beurteilt werden müsse, so ein Teilnehmer, denke er auch über persönliche Vorbereitungsmaßnahmen nicht nach. Eine Interviewpartnerin nannte die Umsetzung von Dämmmaßnahmen am Haus als eine persönliche Vorbereitungsmaßnahme auf den Klimawandel.

Zwischenresümee zur Vorbereitung auf den Klimawandel

Als übergreifendes Ergebnis ist festzuhalten, dass in allen drei Gruppen keine Notwendigkeit gesehen wurde, sich auf den Klimawandel vorzubereiten. Einzelne Teilnehmer/innen äußerten jedoch persönliche Überlegungen, wie eine Vorbereitung aussehen könnte. Dazu gehörten der Ausbau sozialer Netzwerke um die klimaanpassungsbedingten Defizite im Sozialsystem auszugleichen oder auch der Wegzug in kühlere Zonen.

4.2.2.2 Kenntnisse über regionale Frühwarn- und Informationssysteme

Umweltengagierte

Bei der Frage nach ihren Kenntnissen von Warn- und Informationssysteme für Extremereignisse gaben zwei der Befragten an, solche zu kennen. Der dritten waren solche Informations- und Frühwarnsysteme nicht bekannt.

Familien mit erhöhtem Armutsrisiko

Keine der alleinerziehenden Interviewteilnehmerinnen kannte explizit ein regionales Warn- oder Informationssystem für Extremereignisse. Einige Befragte vermuteten allerdings, dass es solche Warnsysteme für größere Maßstäbe, für andere Regionen oder auch für Nordwestdeutschland bzw. Bremen geben könne. Eine andere Teilnehmerin ging davon aus, dass das Wasser-, See- und Schifffahrtsamt Unwetterwarnungen herausgibt.

Vergleichsgruppe

Den Befragten aus der Vergleichsgruppe war ebenfalls kein regionales Warn- oder Informationssystem für Extremereignisse bekannt. Ein Teilnehmer verwies auf den Service der Unwetterzentrale, die Warnungen für jedes Bundesland herausgibt.

Zwischenresümee zu den Kenntnissen über regionale Frühwarn- und Informationssysteme

Insgesamt berichtete eine von zwölf Teilnehmer/innen regionale Frühwarn- und Informationssysteme zu kennen, ansonsten waren in keiner Gruppe konkrete Kenntnisse vorhanden.

4.2.2.3 Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel

Umweltengagierte

Eine Erhöhung der Deiche schätzten⁶³ die Umweltengagierten grundsätzlich positiv ein. Eine Teilnehmerin betonte allerdings, dass der Klimaschutz wichtiger sei und somit für sie persönlich alles Priorität habe, was den Anstieg des Wassers verhindere. Eine andere Teilnehmerin wies darauf hin, dass beim Hochwasserschutz neben der Deicherhöhung auch andere Maßnahmen sinnvoll seien. Dazu gehörten z.B. die Schaffung von Überflutungsflächen oder die Nichtbebauung von Überschwemmungsgebieten:

„Also ich halte die Erhöhung der Deiche für unerlässlich. Es ist absolut wichtig, das zu machen. Ich glaube trotzdem, dass man darüber hinaus noch mal gucken muss, wie geht man überhaupt mit Hochwasser um. Das heißt, schafft man noch mehr Überflutungsflächen zum Beispiel. Also dass zum Thema Hochwasserschutz. Also nur immer Deiche zu erhöhen, ist, glaube ich, zu kurz gedacht. Man sollte auf jeden Fall nicht in Überschwemmungsgebieten bauen“ (UE₁).

Als weitere sinnvolle Maßnahmen im Kontext der Anpassung an den Klimawandel nannte diese Befragte die Beachtung der Anpassungskapazitäten unterschiedlicher Pflanzen- und Tierarten und daraus resultierende Maßnahme, wie z.B. die Ausweisung von Naturschutzgebieten:

„Dann halte ich das Thema Artenvielfalt, Naturschutz, Landwirtschaft auch noch für ein ganz wichtiges Klimawandelthema, was meiner Meinung nach noch überhaupt nicht im Fokus ist, was aber dringend betrachtet werden müsste. Denn der Klimawandel schreitet ja so schnell voran, dass es sozusagen ökologisch schwierig wird, wenn nicht gar unmöglich, dass sich sozusagen bestimmte Arten anpassen. Von daher ist es wichtig, gerade in dem Bereich zu investieren oder mehr Naturschutzgebiete zu haben, wo es überhaupt möglich ist, dass so ne Anpassung stattfindet“ (UE₁).

Darüber hinaus sollte das Thema Migration bzw. „Gerechtigkeit bezogen auf den Klimawandel“ mehr beachtet werden, dies sei *„[eigentlich] das größte und wichtigste Feld“* (UE₂).

Familien mit erhöhtem Armutsrisiko

Zwei Teilnehmerinnen fühlten sich zu wenig über die Möglichkeiten der Klimaanpassung und Deicherhöhung informiert, um die Vor- und Nachteile einer Deicherhöhung einschätzen zu können. Grundsätzlich wurde eine Deicherhöhung jedoch als sinnvolle Maßnahme betrachtet. Eine der beiden Teilnehmerinnen machte auch auf andere potenzielle Folgen des Klimawandels aufmerksam, für die ebenfalls Vorkehrungen getroffen werden sollten. Es gebe *„ja noch mehr als Wasser und Fluten“*, beispielsweise extreme Stürme oder Unwetter mit Hagel. Die dritte Interviewpartnerin hielt Klimaschutz für wichtiger als Klimaanpassung. Zugleich wies sie auf die Problematik der bebauten Auen hin.

Hier sei es sinnvoller, die Bebauung der Auen zu reduzieren und dem Wasser mehr Überschwemmungsraum zu geben als nur die Deiche zu erhöhen. Unter Umständen sei auch eine *„Umsiedlung“* der Bewohner/innen ehemaliger Überschwemmungsflächen sinnvoll, so die Teilnehmerin.

Vergleichsgruppe

Die Einschätzungen zum Thema Deicherhöhung gingen in der Vergleichsgruppe relativ weit auseinander. Die Mehrzahl der Interviewpartner/innen hielt eine Deicherhöhung (langfristig) zwar für notwendig, sah allerdings auch damit einhergehende Probleme.

Ein Interviewpartner sah in einer Deicherhöhung die einzige Möglichkeit; dem Anstieg des Meeresspiegels zu begegnen. Für *„die Marschler“*⁶⁴ gebe es ansonsten nur die Alternative wegzuziehen und das

⁶³ Die Frage lautete *„Halten Sie die Erhöhung der Deiche für eine sinnvolle Maßnahme zur Anpassung an den Klimawandel? Gibt es weitere bzw. andere Maßnahmen, die Sie für sinnvoll halten?“*.

⁶⁴ „Marschler“: Bewohner/innen des Marschlandes, d.h. des Gebiets der nordwestdeutschen Küsten und Flüsse.

sei „Quatsch“ (VG1). Eine Interviewteilnehmerin sprach sich dafür aus, vor allem die Flussdeiche zu erhöhen, zudem sei die Renaturierung der Flüsse und die damit verbundene Schaffung von Überflutungsflächen eine sinnvolle Maßnahme, um Risiken bei Hochwasser zu verringern. Auch eine andere Teilnehmerin hielt die Ausweisung von Überflutungsflächen für sinnvoller als die Deiche zu erhöhen. Am besten geeignet sei das Zusammenspiel von Deicherhöhung und der Schaffung von potenziellen Überflutungsflächen. Denn Deicherhöhung als einzige Maßnahme habe möglicherweise negative Auswirkungen, sowohl hinsichtlich der Sicherheit als auch der Finanzierung:

„Also dann würde ich eher sagen, Bereitstellung von Flächen, damit das Wasser einfach auflaufen kann und auch wieder abfließen (...). Denn Deiche werden auch immer wieder ausgehöhlt, wenn sie stark beansprucht werden. Und das muss ja auch immer unterhalten werden, dass das dann auch hält im Bedarfsfall. Das ist ein hoher Aufwand“ (VG₄).

Ein weiterer Interviewpartner äußerte Skepsis gegenüber der Deicherhöhung und begründete diese damit, dass, „es dann keine Überschwemmungsgebiete mehr gibt“ (VG3). Außerdem steige die Fließgeschwindigkeit begradigter eingedeicher Flüsse, was wiederum negative Folgen habe. Langfristig sei eine Deicherhöhung aber wahrscheinlich nicht zu verhindern:

„Wenn der Wasserspiegel allgemein steigt, werden Sie wahrscheinlich um die Deicherhöhung nicht rumkommen. Gleichzeitig ist es aber so, dass dadurch, dass sich die Fließgeschwindigkeit allgemein erhöht, die Flüsse ja nicht mehr diese Ausweichmöglichkeiten haben, also es keine Überflutungsgebiete mehr gibt (...). Das hängt ja schon miteinander zusammen, das muss man halt trennen. Aber wenn Sie's global sehen, wird man, wenn der Meeresspiegel um x Zentimeter oder einen Meter steigt, dann wird man wahrscheinlich langfristig nicht um die Deicherhöhung drum herum kommen (VG₃).

Ein Teilnehmer vertrat die Ansicht, dass es sinnvoller sei, zuerst bei Klimaschutzmaßnahmen anzusetzen und damit die Ursachen für einen möglichen Anstieg des Meeresspiegels zu bekämpfen. Ein anderer Interviewpartner vermutete hinter der Deicherhöhung die versteckten Interessen einer Lobby, die sich bereichern wolle. Wichtiger sei es, in Küstennähe keine großen Städte zu bauen und die tiefer liegenden Regionen nicht in großem Ausmaß trocken zu legen. Er sprach sich gegen die Deicherhöhung an den Flüssen aus, da man damit ein „Kanalsystem“ schaffe, in dem sich das Wasser nicht verteilen könne. An der Küste würde sich der „Blanke Hans“⁶⁵ sowieso das Land zurückholen, denn die „Naturgesetze“ (VG2) könne man nicht beeinflussen. Ein weiteres Sperrwerk zu bauen oder die Deiche immer weiter zu erhöhen löse das Problem nicht. Besser sei es, die Menschen im Falle eines Meeresspiegelanstiegs umzusiedeln.

Zwischenresümee zu den Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel

Insgesamt zeigte sich, dass Deicherhöhungen als sinnvolle Maßnahme zur Anpassung an den Klimawandel gelten. Wichtig war den Befragten dabei, dass sie mit anderen Maßnahmen kombiniert werden sollten, z.B. der Schaffung von Überflutungsflächen, der Nichtbebauung von Überschwemmungsgebieten oder die Renaturierung von Flüssen. Mehrmals wurde jedoch gefordert, mit Klimaschutzmaßnahmen die Ursachen des Klimawandels zu bekämpfen. Darüber hinaus wurden von den Umweltengagierten die Bedeutung sozialer Gerechtigkeit bei der Entwicklung von klimawandelbezogenen Anpassungsmaßnahmen sowie die Ausweisung von Naturschutzgebieten hervorgehoben. Sowohl bei den Alleinerziehenden als auch bei einigen Teilnehmenden der Vergleichsgruppe wurde die mögliche Umsiedlung von tiefer gelegenen Ortschaften als Anpassungsmaßnahme in Betracht gezogen.

⁶⁵ Der „blanke Hans“ ist eine bildhafte Bezeichnung für die tobende Nordsee bei Sturmfluten.

4.2.3 Motivation und Hindernisse für klimafreundlichen Konsum im Alltag

Umweltengagierte

Umsetzung klimafreundlichen Konsums

Alle Umweltengagierten nannten Beispiele für Klimaschutzmaßnahmen, die sie in ihrem Alltag umsetzen, z.B. Wassersparmaßnahmen, die Entscheidung für eine energieeffiziente Wohnung oder die Bevorzugung regional hergestellter Kleidung und Schuhe. Weitere Beispiele bezogen sich auf die Konsumbereiche Ernährung, Energie und Mobilität, auf die im Folgenden noch genauer eingegangen wird. Übereinstimmung herrschte bezüglich der Notwendigkeit, das eigene (umweltbewusste) Verhalten immer wieder reflektieren zu müssen, um sich dessen Konsequenzen bewusst zu werden. Damit sei immer auch ein „Denkprozess“ verbunden (UE₃):

Motivation für klimafreundlichen Konsum

In Zusammenhang mit ihrem geäußerten persönlichen Ziel einer umweltbewussten und ressourcenschonenden Lebensführung verwiesen die Interviewpartnerinnen auf eine hohe Motivation, durch ihr Verhalten auch zum Klimaschutz beizutragen. Diese werde dadurch verstärkt, dass sich durch die Klimawandeldebatte der Informationsstand über die Umwelt- und Klimarelevanz von Produkten verbessert habe:

„Und die Motivation das zu tun, hängt eben zum großen Teil damit zusammen, dass ich sozusagen selbst etwas beitragen möchte zum Klimaschutz. (...) hat sich aber auch einfach weiterentwickelt. (...) Jetzt fahr ich immer noch kein Auto, aber das Waldsterben ist nicht mehr meine Hauptmotivation, sondern der Klimaschutz. Und das Wissen um bestimmte Auswirkungen von Alltagshandeln hat bei mir persönlich auch in den letzten drei, vier Jahren extrem zugenommen, weil eben auch jetzt mehr Zahlen und Fakten vorliegen (...).“ (UE₁).

Durch die Debatte über den Klimawandel sahen sich die Umweltengagierten in ihrer nach eigenen Angaben bereits seit langem praktizierten ökologischen Lebensweise bestärkt und bekräftigt. Aufgrund der intensiven öffentlichen Thematisierung des Klimawandels erwarteten sie auch insgesamt in der Gesellschaft eine Steigerung der Nachfrage nach umweltfreundlichen Produkten. Dies wiederum vereinfache die Beschaffung ökologischer Produkte im Alltag. Darüber hinaus würde der von den Teilnehmerinnen empfundene Rechtfertigungsdruck für klimafreundliches Verhalten sinken, da das öffentliche Verständnis und die Sensibilität gegenüber diesem Thema gewachsen seien:

„(...) die Debatte mit dem Klimawandel, weil das jetzt auch öffentlich ist, das bestärkt einen (...) am Anfang war das immer so ein bisschen schwierig, wenn man darüber mit normalen Leuten gesprochen hat, weil man sich dann immer so rechtfertigen musste oder man ist auf Unverständnis getroffen“ (UE₂).

Hindernisse für klimafreundlichen Konsum

Die Befragten sahen insbesondere in der fehlenden Zertifizierung unterschiedlicher Konsumgüter Hemmnisse für klimafreundlichen Konsum. Dadurch ließe sich meist nicht nachvollziehen, welche Umweltauswirkungen die Produktion beispielsweise von Kleidung, Möbeln oder Schuhen verursache.

Familien mit erhöhtem Armutsrisiko

Umsetzung klimafreundlichen Konsums

Die Alleinerziehenden schrieben dem Klimawandel nur nachrangige Bedeutung in ihrem Alltag zu, da ihr geringer finanzieller und zeitlicher Handlungsspielraum kaum Veränderungen zulasse. Als klimafreundliche Maßnahmen im Alltag führten sie die Reduzierung des Wasserverbrauchs, die Nutzung umweltfreundlicher Reinigungsmittel, Mülltrennung sowie reduziertes Heizen an:

„Ich wasch nur Wäsche, wenn die Maschine voll ist, ich trenne Müll, wie's irgendwie nur geht (...) und alles weitere so einzukaufen, dass es irgendwie verträglich ist, viel Bio und so“ (FA₁).

Zwei Befragte gaben an, schon vor der verstärkten öffentlichen Debatte umweltbewusst gelebt zu haben, diese habe jedoch zu einer Verstärkung ihrer ressourcenschonenden Verhaltensweisen beigetragen. Die dritte Interviewpartnerin führte aus, dass sie trotz eines „schlechten Gewissens“ (FA2) wegen des Klimawandels ihr Verhalten nicht verändert habe.

Motivation für klimafreundlichen Konsum

Als Motiv für klimafreundlichen Konsum verwiesen die Alleinerziehenden vor allem auf die Kombination von Kostenersparnis und Ressourcenschonung: „Nicht nur wegen der Preise, sondern auch, weil ich finde, dass man Ressourcen schonen muss“ (FA1). Bei einer Teilnehmerin überwog der finanzielle Druck, sie habe das Gefühl, dass sie „(...) immer weniger Geld habe und dass immer weniger Geld überbleibt und dass man schon guckt, dass man spart, wo man kann“ (FA2). Auch die Vorbildfunktion gegenüber den Kindern wurde als Motiv angesprochen.

Hindernisse für klimafreundlichen Konsum

Die Interviewpartnerinnen führten es vor allem auf ihre knappen finanziellen und zeitlichen Ressourcen zurück, nicht „mehr“ tun zu können, dies sei ein wesentliches Hemmnis für klimafreundlichen Konsum. Darüber hinaus wurde eine Hürde für klimafreundliches Verhalten darin gesehen, dass das Thema bei vielen Menschen noch nicht tief genug im Bewusstsein verankert sei:

„[Das Thema] muss in mein Bewusstsein eindringen – und ich glaub, das geht vielen Menschen so – und dann muss es umgesetzt werden. Das ist, glaub ich, ne Haltung, die dahinter steht. Und dazu, diese Haltung muss bewusst werden“ (FA₃).

Als weiteres Hemmnis für klimafreundlichen Konsum wurde auf das fehlende Verantwortungsbewusstsein z.B. von Vermietern und Wohnungsbaugesellschaften verwiesen, die unzulänglich gedämmten Wohnraum anbieten, der einen höheren Ressourcenverbrauch bei den Mieter/innen verursache.

Vergleichsgruppe

Umsetzung klimafreundlichen Konsums

Die Interviewpartner/innen aus der Vergleichsgruppe schilderten viele Einzelbeispiele für die Umsetzung klimafreundlichen Konsums im Alltag:

„Wir versuchen alle, durch Fahrradfahren oder Bus und Bahn [etwas zu tun], also nicht jeden Weg mit dem Auto zu machen. Wir fliegen eigentlich gar nicht, kann man sagen, schon seit Jahren nicht. Ich versuche jetzt, wo verstärkt diese Debatte aufgekommen ist, den einen oder anderen Wäschetrockner zu sparen“ (VG₄).

„Wir haben keine Gefriertruhe, unser Kühlschrank hat kein Gefrierfach, wir haben keinen Fernseher. Insofern haben wir als vierköpfige Familie einen Stromverbrauch, der ungefähr bei 50% von dem liegt, was die swb als Durchschnittswert für vierköpfige Familien angibt. Die Familie fährt eigentlich fast nie Auto außer ich“ (VG₅).

Als weitere Maßnahmen wurde über den nachträglichen Russpartikelfiltereinbau im Auto, die Installation der neuesten Gasbrennwert-Heizung bis hin zur Verwertung von Altpapier und Holzresten zu Kunstobjekten berichtet.

Motivation für klimafreundlichen Konsum

Die Mehrheit führte als Motiv für klimafreundlichen Konsum eine gesamtökologische Orientierung und nicht explizit den Klimawandel an:

„(...) wir entscheiden uns ja nicht nur unter Klimagesichtspunkten, sondern eben halt auch (...) unter allgemeinen ökologischen Gesichtspunkten. Das hat nicht nur immer was mit Klima zu tun“ (VG₁).

Es wurde jedoch auch mehrmals geäußert, bestimmte klimafreundlichere Aktivitäten explizit aus Klimaschutzgründen durchzuführen. Darüber hinaus spielten auch finanzielle Aspekte für die Teilnehmenden

eine Rolle. Immer wieder wurde auf das Zusammenspiel von monetären und emissionsbezogenen Einsparpotentialen verwiesen:

„(...) dass das so ne Gemengelage ist, wo das Geld natürlich, also die Einsparungen (...) das ausschlaggebende Argument war (...) wobei wir das sicherlich auch unter dem Gesichtspunkt getan haben, weniger Emissionen zu verbraten“ (VG₁).

Hindernisse für klimafreundlichen Konsum

Die Interviewpartner/innen sahen als wesentliches Hindernis den Zielkonflikt zwischen einem eher gehobenen Lebensstandard mit einem entsprechend hohen Ressourcenverbrauch einerseits und einer klimawandelbezogenen, ökologisch motivierten Einschränkung des Ressourcenverbrauchs:

„ (...) ich für mich hab da immer irgendwie ein schlechtes Gewissen und ein blödes Gefühl, dass da eigentlich ziemliche Verschwendung betrieben wird“ (VG₆).

Mangelnde Zeit und fehlendes Geld wurden ebenfalls als Hinderungsgründe angegeben, sich insbesondere mit neuen Technologien bzw. fortlaufenden Verbesserungsmaßnahmen zu beschäftigen. Insbesondere bauliche Veränderungen, wie energetische Sanierungen würden eine finanzielle Investition bedeuten und daher ein Hindernis darstellen.

Zwischenresümee zu Umsetzung, Motivation und Hindernissen klimafreundlichen Konsums

Festzuhalten ist, dass alle Interviewpartner/innen Beispiele für die Umsetzung klimafreundlichen Verhaltens in ihrem Alltag anführten. Beim Vergleich der drei Gruppen zeigen sich allerdings auch Unterschiede insbesondere in der Umsetzungstiefe und –breite des selbst berichteten klimafreundlichen Verhaltens: Die Umweltengagierten gingen für sich davon aus, klimawandelbezogene Anforderungen weitgehend und umfassend in ihren Alltag zu integrieren, während die Frauen mit erhöhtem Armutsrisiko aufgrund ihres engen Finanz- und Zeitrahmens vor allem kleine Schritte mit dem Fokus auf eine kostengetriebene Reduzierung des direkten Ressourcenverbrauchs angaben. Bei der Vergleichsgruppe fanden starke Abwägungsprozesse zwischen Ressourceneinsparung, Lebensstandard und Klimaschutz statt, die zu einer eher punktuellen Alltagsintegration führten.

Auch hinsichtlich der Motivation zeigten sich Unterschiede: Sie basierte bei den Umweltengagierten auf der für sie langjährigen hohen Bedeutung von Umweltschutz und Ressourcenschonung, hier hatte die Klimawandeldebatte keine auslösende, sondern eine bekräftigende Wirkung. Bei den Alleinerziehenden war die Einsparung von Kosten das Hauptmotiv für klimafreundliches Verhalten, die Klimawandeldebatte spielte eine eher geringe Rolle. Bemerkenswert ist, dass für einige Interviewpartner/innen aus der Vergleichsgruppe der Klimawandel handlungsleitend war. In dieser Gruppe waren außerdem ökologisch-ökonomische Motivallianzen bedeutsam, wobei auch dann von einem indirekten Einfluss der Klimawandeldebatte auf das Alltagsverhalten berichtet wurde.

Auch in der Wahrnehmung der Hindernisse für klimafreundlichen Konsum unterschieden sich die drei Gruppen. Von den Umweltengagierten wurde als zentrales Hemmnis die fehlende oder unzureichende Kennzeichnung und Zertifizierung von Konsumgütern gesehen. Für die Alleinerziehenden lagen die entscheidenden Hindernisse in ihren knappen finanziellen und zeitlichen Ressourcen. Die Vergleichsgruppe sah besondere Hürden in dem Zielkonflikt zwischen (einem gehobenen) Lebensstandard und Ressourceneinsparung. Darüber hinaus führten sie Zeit- und Geldinvestitionen vor allem bezogen auf technische Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz als ein erhebliches Hindernis an.

Abschließend ist noch auf die weitgehende Übereinstimmung in den Ergebnissen von Fokusgruppen und Einzelinterviews in diesen Themenkomplex hinzuweisen. Diese ist umso bemerkenswerter als dass an den Fokusgruppen und Einzelinterviews unterschiedliche Personen aus den drei ausgewählten Gruppen teilgenommen haben.

4.2.4 Konsumverhalten im Bereich Ernährung

Umweltengagierte

Regionaler, saisonaler und vegetarischer Konsum, Bio-Produkte

Die klima- und umweltorientierten Einstellungen der Umweltengagierten bezogen sich in besonderem Maß auf den Ernährungsbereich. Nach Aussage der Interviewpartnerinnen überwogen hier eine vegetarische bis fleischreduzierte Kost sowie der Kauf regionaler und saisonaler Produkte. Bio-Qualität wurde als wichtiger Faktor für ökologischen Konsum angegeben, wobei ihr höherer Preis auch als Ausschlusskriterium wirke. Aus diesem Grund sei die Mitgliedschaft in einer Bio-Kooperative lohnenswert, wie eine Teilnehmerin berichtete. Alle vertraten das Motto „Qualität statt Quantität“ (UE3), wobei insbesondere der bessere Geschmack und die höhere Qualität regionaler Produkte hervorgehoben wurden. Darüber hinaus wurde positiv bewertet, dass die Klimawandeldebatte die Nachfrage nach Bio-Produkten verstärkt und damit auch erleichtert habe:

„Anfang der 90er Jahre, hätten wir auch bio und alles gekauft, wenn wir nen Bio-Laden um die Ecke gehabt hätten. Und jetzt haben wir einen und jetzt ist es natürlich viel einfacher. Damals gab's dann die erste Öko-Kiste, da haben wir uns dran beteiligt, aber es war eben nicht so selbstverständlich möglich. Jetzt haben wir nen Bio-Supermarkt, wo wir zu Fuß hingehen können. Also das hat sich einfach vereinfacht und die Motivation, das zu machen, hat sich bei uns eher noch verstärkt“ (UE₁).

Weiterhin sei die Entscheidung gegen den Kauf „außersaisonale[r] Produkte“ (UE2) durch die Klimawandeldebatte deutlich bestärkt worden. Darüber hinaus wurde auf den Kauf von FairTrade-Produkten und auf die Reduzierung des Kaffeekonsums aus Wasserspargründen hingewiesen.

In diesem Zusammenhang wurde die Einführung von CO₂-Labeln von allen drei Umweltengagierten begrüßt, auch wenn sie für sich selbst keine weiteren Orientierungshilfen benötigten. Die Nachfrage nach Produkten mit einem CO₂-Label wurde als stark preisabhängig eingestuft.

Familien mit erhöhtem Armutsrisiko

Regionaler, saisonaler und vegetarischer Konsum, Bio-Produkte

Die Teilnehmerinnen beschrieben ihre Ernährungsweise als überwiegend vegetarisch ausgerichtet, mit ein- bis zweimal Fleischkonsum pro Woche. Eine Frau betonte, ihr Ernährungsverhalten sei Bestandteil ihrer Lebenseinstellung, ökologisch zu handeln und weniger Ressourcen zu verbrauchen. Hierzu zählte sie auch den Kauf von saisonalen und regionalen Produkten. Eine andere Interviewpartnerin berichtete ebenfalls, auf saisonale und regionale Angebote zu achten, wobei der Klimawandel allerdings eine eher untergeordnete Rolle spiele. Zwei Frauen berichteten, Mitglied in einer Bio-Kooperative zu sein, um sich preisgünstigere Bio-Produkte leisten zu können:

„Ich bin in einer Kooperative, Einkaufs-Kooperative, im Bio-Supermarkt, wo ich dann nicht nur Bio, sondern zum Teil auch FairTrade [-Produkte kaufen kann]. Da gibt's ja ganz verschiedene Label, wo verschiedene Sachen hinter stehen, und da kauf ich Milchprodukte, Obst, Gemüse, Kaffee, Käse, Wein, Müsli, Eis, Nudeln“ (FA₁).

Darüber hinaus wurde die Erwartung formuliert, dass Bio-Läden grundsätzlich ausschließlich saisonale Produkte anbieten:

„Aber ehrlich gesagt, ich hab auch ein schlechtes Gewissen, wenn ich in meinem Bio-Laden dann Tomaten aus ich-weiß-nicht-woher kaufe. Das find ich eigentlich auch blöd. Ich würd' das besser finden, wenn die das nicht hätten“ (FA₂).

Eine weitere Interviewpartnerin bedauerte, sich aufgrund der höheren Preise keine Bio-Produkte leisten zu können. Es wurde auch auf das preisgünstigere Angebot von Bio-Produkten im Supermarkt hingewiesen, das sowohl aus Kosten- als auch aus Zeitgründen genutzt werde.

Alle drei Befragten zeigten Interesse an Produkten mit CO₂-Label, betonten jedoch, dass der Preis der ausschlaggebende Entscheidungsfaktor sei. Insofern würden Produkte mit diesem Label nur nachge-

fragt werden, wenn damit keine Preiserhöhungen verbunden seien. Allerdings wurde auch kritisiert, dass es bereits zu viele Kennzeichnungen auf Lebensmitteln gebe, die zwar das Gewissen beruhigten, jedoch auch zu Verwirrung beitragen. Dem gegenüber erwarteten die Befragten, dass klimafreundlicher Konsum durch eine klarere Kennzeichnung regionaler Produkte gefördert werde.

Vergleichsgruppe

Regionaler, saisonaler und vegetarischer Konsum, Bio-Produkte

Die Befragten der Vergleichsgruppe äußerten eine hohe Präferenz für saisonale und regionale Produkte. An erster Stelle stehe die saisonale Ernährung, gefolgt vom Konsum regionaler Erzeugnisse, insbesondere Milchprodukte, Fleisch, Gemüse und Fisch. Die Frische der Produkte spiele ebenso eine Rolle wie eine gewisse Vielfalt im Winter, die durch den Kauf von Tiefkühlgemüse erreicht werde. Außersaisonalen Konsum wie grüner Salat im Winter oder ganzjähriger Südfrüchteverzehr wurden abgelehnt:

„Im Sommer schon, wenn' s Gemüse gibt. Dann fahr ich hier auch zu diesem Hofladen, der bietet auch saisonale Sachen an. Die [Produkte] kommen alle aus der Region hier. Aber im Winter halt dann doch Tiefkühlgemüse, wo man nicht weiß, wo' s herkommt (...) Also zum Beispiel Fleisch oder so, hier auf jeden Fall aus der Region“ (VG₆).

Die Mehrzahl der Teilnehmenden berichtete, ein- bis zweimal pro Woche Fleisch/-produkte zu konsumieren. Dabei wurde auf das Problem hingewiesen, dass der Kauf von Fleisch und Wurst in kontrollierter Öko-Qualität noch immer vergleichsweise aufwändig sei. Darüber hinaus bestünde eine Diskrepanz zwischen den Preisen und der Verfügbarkeit von (Bio-)Gemüse und (Bio-)Fleisch:

„Also schwierig finde ich noch den Kauf von Ökofleisch. Also, Gemüse, das kriegt man eigentlich schon überall, auch auf Märkten oder hier in Bremen gibt' s ja auch diese Naturkostläden und Supermärkte, wo man' s auch kriegt. Aber Fleisch finde ich noch schwierig, und da habe ich auch ein grundsätzliches Problem mit, dass Fleisch teilweise billiger ist als Gemüse“ (VG₄).

Ein Teilnehmer berichtete über Veränderungen in seinem Einkaufsverhalten. Während es früher stark von gesundheitlichen und ressourcenbezogenen Gründen bestimmt gewesen sei, spielten für ihn zunehmend Klimaschutzgründe eine Rolle. Die zunehmende Bedeutung von Klimaschutzfragen wurde von anderen Interviewpartner/innen bestätigt:

„(...) also bei diesen Südfrüchten oder bei Weintrauben oder bei Äpfeln oder was auch immer aus Neuseeland, die kommen eben zum Teil mit dem Flieger her. Oder Fisch beispielsweise aus Zentralafrika. Das mach ich nicht unter ökologischen Gesichtspunkten, dabei spielt dann halt Klima inzwischen immer mehr auch ne Rolle mit“ (VG₁).

Insgesamt zeigte sich, dass saisonale und regionale Produkte im Vergleich zu Bio-Produkten bevorzugt wurden. Dazu trug der höhere Preis von Bio-Lebensmitteln, ihr unzureichendes Preis-Leistungs-Verhältnis, die Skepsis gegenüber der tatsächlichen „Reinheit“ (VG₂) von Bio-Produkten und gegenüber der Aussagefähigkeit der verschiedenen Label bei. Die Einführung eines CO₂-Labels stieß bei allen Interviewpartner/innen mit der Einschränkung auf Zustimmung, dass ein Produkt dadurch nicht teurer werden dürfe.

Zwischenresümee zum Konsumverhalten im Bereich Ernährung

Für klimafreundliches Verhalten im Alltag hat der Konsumbereich in allen drei Gruppen eine hohe Bedeutung. Weiterhin lässt sich festhalten, dass regionale und saisonale Produkte im Vergleich zu Bio-Produkten vorgezogen und Bio-Produkte überwiegend als teurer wahrgenommen wurden. Die Umweltengagierten, die Befragten aus der Vergleichsgruppe sowie ein Teil der Alleinerziehenden stufte ihre Nachfrage nach regionalen und saisonalen Produkten als hoch ein. Alle Umweltengagierte sowie der Teil der Alleinerziehenden, die in einer Bio-Kooperative organisiert waren, gaben an, Bio-Produkte zu konsumieren. Demgegenüber erfuhren Bio-Produkte in der Vergleichsgruppe eine unterschiedliche Resonanz, z. T. wurde ein regelmäßiger Kauf angegeben, z. T. Skepsis bezüglich ihrer Qualität geäußert. Die Frauen mit erhöhtem Armutrisiko formulierten zudem Misstrauen gegenüber den Bio-Siegeln von Supermärkten. Sie forderten eine klarere Kennzeichnung regionaler Erzeugnisse sowie mehr Informationen zu den verschiedenen Produkt-Labeln. Sowohl die Umweltengagierten als auch die Inter-

viewpartner/innen der Vergleichsgruppe berichteten, sich überwiegend vegetarisch bis fleischreduziert zu ernähren.

Der Vergleich der Ergebnisse von Fokusgruppen und Einzelinterviews zeigt, dass mit beiden Methoden ähnliche Ergebnisse über die Einstellungen in Hinblick auf die Klimarelevanz von Ernährung, regionalen, saisonalen und Bio-Produkten auch innerhalb der drei Gruppen herausgearbeitet wurden. Deutlich wird darüber hinaus, dass die Einzelinterviews ein vertieftes Verständnis über die konkreten ernährungsbezogenen Konsummuster in den drei Gruppen ermöglichen.

4.2.5 Clusterbezogene Fragen zu Ernährung

Aus dem Cluster Ernährung des Forschungsverbunds „nordwest2050“ wurden die im Folgenden dargestellten Fragen in die Interviews aufgenommen.

4.2.5.1 Auswirkungen auf die regionale Ernährungswirtschaft

Umweltengagierte

Grundsätzlich gingen die Umweltengagierten davon aus, dass sich globale Klimaveränderungen auf die regionale Ernährungswirtschaft auswirken werden⁶⁶. Eine Teilnehmerin erwartete beispielsweise Auswirkungen auf das Pflanzenwachstum und somit auf die Landwirtschaft, eine andere Folgen für den Lebensmittelmarkt mit Verbesserungen für die Landwirtschaft im Nordwesten:

„Der weltweite Markt für Lebensmittel verändert sich ja natürlich dann, wenn ich bestimmte Sachen in bestimmten Regionen der Welt nicht mehr anbauen kann. Und das wird auch Auswirkungen hier haben, wobei, wenn man rein aus dem wirtschaftlichen Aspekt guckt, wird das für die Landwirte hier wahrscheinlich eher positiv sein, dass sozusagen die Verknappung an Lebensmitteln dazu führt, dass sie hier in dem gemäßigten Klima eher davon profitieren“ (UE₁).

In ähnlicher Weise vermutete die dritte Interviewpartnerin Veränderungen der Anbaubedingungen in anderen Ländern mit Folgen für die regionale Ernährungswirtschaft.

Familien mit erhöhtem Armutsrisiko

Die Alleinerziehenden nahmen ähnliche Auswirkungen auf die regionale Ernährungswirtschaft an. Eine Teilnehmerin vermutete beispielsweise, dass bestimmte Produkte aufgrund klimatischer Veränderungen vor Ort nicht mehr oder nur unter schwierigen Bedingungen angebaut werden könnten. Dies würde dann Preissteigerungen nach sich ziehen. Im Grunde könne man dies aber jetzt noch nicht absehen, äußerte eine andere Teilnehmerin. Wichtig sei es, den CO₂-Ausstoß insgesamt möglichst gering zu halten, „mehr regional [zu] produzieren und [zu] verkaufen und [zu] kaufen“ (FA2).

Vergleichsgruppe

Die Befragten aus der Vergleichsgruppe sahen sowohl direkte als auch indirekte Auswirkungen. Mehrere vermuteten, dass steigende Temperaturen es der regionalen Ernährungswirtschaft ermöglichen, ihre Produktpalette z.B. durch den Anbau von Weintrauben zu erweitern. Im Falle eines starken Meeresspiegelanstiegs gingen zwei Interviewpartner davon aus, dass an bestimmten Orten wie beispielsweise im Blockland Ackerbau und Viehzucht nicht mehr betrieben werden könnten.

Neben diesen direkten Folgen erwarteten einige Befragte auch indirekte Auswirkungen, z.B. Flächenkonkurrenzen durch einen zunehmenden Bedarf an landwirtschaftlicher Fläche zur Erzeugung regenerativer Energien. Als weitere mögliche indirekte Folge wurde ein Rückgang der Fleischproduktion im Nordwesten durch einen Rückgang der Nachfrage nach Fleisch/-produkten angenommen

Ein weiterer Teilnehmer erhoffte sich, dass durch den Klimawandel die regionale Ernährungswirtschaft insgesamt „umweltfreundlicher produziert“ (VG3) und eine Verlagerung vom intensiven zum extensiven Anbau stattfinde.

⁶⁶ Die Frage lautete: „Sind Sie der Meinung, dass sich globale Klimaveränderungen auf die regionale Ernährungswirtschaft hier auswirken?“

Zwischenresümee zu den Auswirkungen auf die regionale Ernährungswirtschaft

Bei dieser Frage wurde von den Teilnehmenden ein breites Spektrum an Chancen und Risiken aufgeführt, die mit dem Klimawandel einhergehen könnten. Alle erwarten übereinstimmend sowohl negative als auch positive Auswirkungen auf die regionale Ernährungswirtschaft. Von den Alleinerziehenden wurden insbesondere höhere Lebensmittelpreise befürchtet. Einige Befragte aus der Vergleichsgruppe sahen vor allem in der zunehmenden Flächenkonkurrenz durch die Abnahme der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen ein Risiko.

Als Chancen des Klimawandels für die Nordwest-Region nahmen die Umweltengagierten eine Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion und der damit verbundenen ökonomischen Vorteile der regionalen Landwirte an. Darüber hinaus gingen einige der Befragten aus der Vergleichsgruppe von einer Ausweitung des Obst- und Gemüseanbaus in Norddeutschland aus.

4.2.5.2 Auswirkungen des Klimawandels auf das Angebot von Lebensmitteln

Umweltengagierte

Die Umweltengagierten konnten sich grundsätzlich vorstellen, dass der Klimawandel sowohl globale als auch regionale Auswirkungen auf das Angebot von Lebensmitteln hat⁶⁷. Eine Teilnehmerin sah einen möglichen Zusammenhang beispielsweise in der Reduzierung der Anbaufläche durch Überschwemmungen oder der Einstellung des Anbaus bestimmter Nutzpflanzen aufgrund veränderter Umweltbedingungen. Eine andere Teilnehmerin erwähnte in diesem Kontext, dass das Angebot von Lebensmitteln in einen global vernetzten Handel eingebunden sei. An dieser Stelle wünschte sie sich, dass die Konsument/innen durch die Klimawandeldebatte „vernünftiger“ (UE2) würden und mehr regionale Produkte kauften. Obgleich die Teilnehmerin Auswirkungen auf Nutzpflanzen befürchtete, sah sie jedoch das Angebot an Lebensmitteln vor Ort davon nicht betroffen. Die dritte Teilnehmerin erläuterte ihre Vorstellungen am Beispiel von Tee. Könnte Tee in den jetzigen Anbaugebieten aufgrund von Klimaänderungen nicht mehr oder nur noch reduziert angebaut werden, würde er teurer. Möglicherweise würden Produzenten und Konsumenten dann auf Tees zurückgreifen, die auch in Deutschland angebaut werden könnten. Dies könnte durch wärmere Temperaturen in Zukunft möglicherweise noch begünstigt werden.

Familien mit erhöhtem Armutsrisiko

Alle drei Interviewpartnerinnen hielten bei einer starken Änderung des Klimas spürbare Auswirkungen auf das Angebot von Lebensmitteln für realistisch. Eine Teilnehmerin vermutete, dass aufgrund veränderter Umweltbedingungen bestimmte Nahrungspflanzen nicht mehr angebaut und damit auch nicht mehr angeboten werden könnten:

„Es wird gewisse Dinge möglicherweise nicht mehr geben, so wie Tiere aussterben, (...) so könnte es auch passieren, dass es gewisse Nahrungsmittel einfach nicht mehr gibt. Weil die Bedingungen, damit sie gedeihen, möglicherweise gar nicht mehr vorhanden sind. Oder sie werden künstlich hergestellt und dann teurer“ (FA₃).

Eine Teilnehmerin konnte sich vorstellen, dass nach Deutschland exportierte Lebensmittel aufgrund der ökologischen Folgen des Klimawandels in den Anbauländern nicht mehr angeboten würden. Eine weitere Teilnehmerin befürchtete eine Verschärfung sozialer Disparitäten. Aufgrund von Flächenkonkurrenzen durch die Folgen des Klimawandels könne es zu einer Reduzierung des Lebensmittelangebots insgesamt kommen. Die Frage sei dann, wie man „die Massen“ ernähren könne, vor allem diejenigen, die nicht viel Geld besäßen:

„(...) wenn sich sozusagen die Fläche, die man bräuchte, um alle Menschen zu ernähren, immer mehr verringert, dann wird es die geben, die sich das leisten können - das wird ja immer teurer. Die sich das leisten können, haben dann kein Problem“ (FA₂).

⁶⁷ Die Frage lautete: „Rechnen Sie in Zukunft mit spürbaren Auswirkungen des Klimawandels auf das Angebot von Lebensmitteln? Falls ja, welche Auswirkungen erwarten Sie?“

Vergleichsgruppe

Die Befragten aus der Vergleichsgruppe vertraten bei dieser Frage unterschiedliche Positionen. Einer Teilnehmerin erschien es übertrieben, in Deutschland Auswirkungen auf das Angebot an Lebensmitteln zu erwarten. Auch ein weiterer Befragter bezweifelte dies:

„Beim jetzigen wirtschaftlichen Zustand dieses Landes glaub ich da eigentlich nicht dran, dass es zu Verknappung kommt. Manche Produkte sind zu gewissen Zeiten einfach nicht verfügbar, wenn man sie trotzdem kauft, sind sie halt teurer, weil sie halt knapper sind oder weiter transportiert werden müssen. Aber dass wir jetzt hier wirklich Notstand in Anführungsstrichen an gewissen Produkten haben, das glaub ich eigentlich nicht“ (VG₅).

Anders sehe dies allerdings bei importierten Produkten wie Reis aus, ihr Angebot könnte sich sowohl in den jeweiligen Anbauländern als auch in importierenden Ländern wie Deutschland verknappen. Ein weiterer Befragter konnte sich vorstellen, dass importiertes Gemüse und Obst, beispielsweise aus Spanien, aufgrund der dortigen zunehmenden Trockenheit nicht mehr in großen Mengen angeboten werden könne. Im Bremer Umland angebautes Obst hingegen könne in einigen Jahrzehnten süßer schmecken, da sich die klimatischen Bedingungen für den Anbau mancher Produkte verbesserten. Andere Nutzpflanzen wie Grünkohl bekämen dann aber möglicherweise Probleme aufgrund zu hoher Temperaturen. Eine weitere Teilnehmerin vermutete, dass Klimaveränderungen sich nicht so schnell auf das Angebot von Lebensmitteln in Deutschland auswirkten. Ein anderer Interviewpartner rechnete eher mit einer diversifizierteren Angebotspalette, anhand derer die Konsument/innen sich beispielsweise für ein Produkt mit oder ohne CO₂-Auswirkungen entscheiden könnten. Weiterhin wurden Preisanstiege von Lebensmitteln mit hohem Transportaufwand erwartet. Haushalte mit geringerem finanziellem Spielraum würden dann möglicherweise wieder im eigenen Garten anbauen:

„Der Kleine wird dann vielleicht wieder seinen eigenen Sauerkohl einmachen, um Nahrung zu haben, (...) Oder dass man auch sagt, ich hab nicht nur Rasen, sondern ich hab jetzt wieder Nutzland. Es wird sich die Generation wieder verändern dann, automatisch“ (VG₂).

Zwischenresümee zu den Auswirkungen auf das Angebot von Lebensmitteln

Die Interviewteilnehmer/innen der drei Gruppen erwarteten sowohl negative als auch positive Konsequenzen des Klimawandels für das Angebot von Lebensmitteln. Risiken wurden von den Umweltengagierten vor allem überregional befürchtet, wenn der Anbau von Nutzpflanzen durch Überschwemmungen gefährdet werde. Die Alleinerziehenden sahen insbesondere in klimawandelinduzierten Verknappungen des Lebensmittelangebots Risiken für soziale und Ernährungsgerechtigkeit. Chancen wurden sowohl von den Umweltengagierten als auch der Vergleichsgruppe in einer Erweiterung der Produktpalette der Landwirtschaft in der Nordwest-Region gesehen.

4.2.5.3 Akzeptanz vorgegarter Fleischprodukte mit niedriger CO₂-Bilanz

Die Akzeptanz vorgegarter Fleischprodukte mit niedriger CO₂-Bilanz wurde erfragt, weil diese spezifische Innovationslinie von einem Praxispartner im Cluster Ernährung des Forschungsverbundes „nordwest2050“ geprüft wird.⁶⁸

Umweltengagierte

Alle drei Interviewteilnehmerinnen bewerteten diese Idee positiv, auch wenn sie selbst kaum Fleisch- und Wurstwaren konsumierten. Eine Befragte betonte in diesem Zusammenhang, dass dies für sie persönlich nur für Bio-Fleisch in Frage komme. Hätte sie im Bio-Markt die Wahl zwischen zwei Wurstprodukten mit unterschiedlichem CO₂-Label, würde sie sich wahrscheinlich für das Produkt mit dem geringeren CO₂-Ausstoß entscheiden. Die dritte Befragte konnte sich gut vorstellen, ein solches Produkt auszuprobieren.

⁶⁸ Die Frage lautete: „Können Sie sich vorstellen, wegen der besseren CO₂-Bilanz vorgegarte Fleischerzeugnisse zu kaufen, auch wenn diese etwas teurer sind?“

Familien mit erhöhtem Armutsrisiko

Die Alleinerziehenden äußerten sich dieser Produktidee gegenüber aufgeschlossen. Auch wenn es sich etwas „komisch“ anhöre, sei dies ein „*interessanter Gedanke*“ (FA1). Eine Teilnehmerin äußerte allerdings, dass der Kauf solcher Produkte für sie nur Sinn mache, wenn sie die CO₂-Bilanz anderer ähnlicher Produkte einsehen könne, um so einen direkten Vergleich zu haben: „(...) *sonst kauft man ja die Katze im Sack*“ (FA₃).

Gleichzeitig machten die Interviewteilnehmerinnen deutlich, dass die höheren Preise solcher Produkte sie wahrscheinlich vom Kauf abhalten würden. Darüber hinaus zeigte sich eine Interviewpartnerin darüber irritiert, dass ein Produktvorteil in einer langen Lagerung bestünde. Fleischprodukte würde sie meist frisch kaufen und sofort verbrauchen. Außerdem könnten die ökologischen Folgen der Verpackung solcher Produkte ein Problem sein, es müssten daher nicht nur die CO₂-Emissionen der Produktion, sondern auch die der Herstellung und Entsorgung ihrer Verpackung berücksichtigt werden. Die Idee klinge für sie persönlich deshalb „*noch nicht so ausgegoren*“ und sie würde „*mehr Informationen drüber haben wollen, bevor ich dazu ja oder nein sage*“ (FA2).

Vergleichsgruppe

Den Kauf von Fleischprodukten mit niedriger CO₂-Bilanz konnte sich die Mehrheit der befragten Personen aus der Vergleichsgruppe gut vorstellen. Ein Interviewpartner bezeichnete die Idee als „*sehr interessant*“. Dennoch sei für ihn beim Kauf von zentraler Bedeutung, ob die Glaubwürdigkeit hergestellt werden könne:

„(...) *denn das zu vermitteln, dass bei der Wurstfabrikation die CO₂-Bilanz beeinflusst werden kann, das ist für mich erstmal exotisch. Ich kann mir nicht vorstellen, dass man das in kurzer Form glaubwürdig rüberbringen kann*“ (VG₁).

Wenn ihm alles glaubwürdig erscheine, dann würde er sich für den Kauf eines solchen Produktes entscheiden, auch wenn es etwas teurer sei. Ähnlich äußerten sich zwei weitere Befragte. Eine andere Interviewpartnerin stand einem solchen Produkt aufgeschlossen gegenüber, wenn die „*Würzmischung*“ (VG4) stimme. Ein vegetarisch lebender Befragter vermutete schließlich, dass sich bei einer „*gewissen Zielgruppe*“ (VG₅) solche Fleischprodukte gut vermarkten ließen.

Skeptisch äußerte sich ein Befragter hinsichtlich des Verpackungsaufwands der Produkte. Man könne möglicherweise nicht richtig erkennen, „*was das ist, und weiß auch nicht, was früher damit gemacht worden ist*“ (VG2). Hier fehle ihm das Vertrauen in die Produzenten.

Zwischenresümee zur Akzeptanz von Fleischprodukten mit niedriger CO₂-Bilanz

Grundsätzlich stieß diese Idee bei den meisten Befragten auf Akzeptanz. Allerdings dürften die Produkte für die meisten nicht teurer sein. Zudem unterstrichen die Interviewteilnehmer/innen die Bedeutung der Transparenz und Vergleichbarkeit der Produkte. Darüber hinaus wurde in der Vergleichsgruppe auf die Bedeutung der Glaubwürdigkeit dieser Innovation hingewiesen.

4.2.5.4 Verantwortung und Akzeptanz für Anpassungsmaßnahmen

Bei dieser Fragestellung aus dem Cluster Ernährung des Forschungsverbunds „nordwest2050“ handelte es sich um eine geschlossene Fragestellungen. Die Ergebnisse werden daher im Folgenden tabellarisch dargestellt.

„Wer sollte sich in der Ernährungswirtschaft für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel verantwortlich zeigen?“ (Mehrfachnennungen möglich; ggf. erläutern)

	UE	FA	ZG
NROs	II 4.	III	IIII II
UN + Landwirte	II 1.	III	IIII II
Konsumenten	II 3.	III	IIII II
Politik	II 2.	III	IIII I
Sonstige	Kirche		

Tabelle 2: Verantwortung für Anpassungsmaßnahmen

Der überwiegende Teil der Interviewpartner/innen aus den drei Gruppen wies allen vorgeschlagenen Akteuren Verantwortung für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel zu. Bei den Umweltengagierten wurde darüber hinaus die Kirche als mit verantwortlich angesehen und eine Teilnehmerin markierte zudem den Stellenwert der verschiedenen Bereiche: hauptverantwortlich seien demnach die Landwirte und die in der Ernährungswirtschaft tätigen Unternehmen. An zweiter Stelle wurde die Politik genannt, die Konsument/innen wurden an dritter Stelle gesehen und den Nicht-Regierungsorganisationen die viertwichtigste Verantwortungsposition zugeschrieben.

„Wer zeigt sich Ihrer Meinung nach tatsächlich verantwortlich in der Ernährungswirtschaft?“ (Mehrfachnennungen möglich; ggf. erläutern)

	UE	FA	ZG
NROs	III	II	IIII I I (Infos kommen nicht an)
UN + Landwirte	I (Bio)	I II (Bio)	IIII I (Bio) I (teilweise)
Konsumenten	I (Bio)	I (teilweise)	II II (bisher zu wenig)
Politik		I (im Wahlkampf)	II (teilweise)
Sonstige			

Tabelle 3: Verantwortung in der Ernährungswirtschaft

Hier zeigte sich ein differenzierteres Bild: Mehrheitlich wurden die Umweltverbände (NROs) hervorgehoben, auch wenn eine Befragte aus der Vergleichsgruppe problematisierte, dass deren Informationspolitik bezüglich Ernährungsfragen nicht immer bei den Konsument/innen ankäme. Dass Landwirte und in der Ernährungswirtschaft tätige Unternehmen für die Anpassung an den Klimawandel Verantwortung übernehmen, wurde nur teilweise und dann vor allem für die Bio-Branche gesehen. Inwiefern Konsument/innen tatsächlich Verantwortung übernehmen, wurde eher kontrovers eingeschätzt und dann ebenfalls insbesondere auf den Konsum von Bio-Produkten bezogen. Der Politik wurde dagegen nur ein geringes Maß an Verantwortung attestiert.

„Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht in Ordnung, um die Herstellung von Lebensmitteln an den Klimawandel anzupassen?“ (Mehrfachnennungen möglich)

	UE	FA	ZG
Resistente Arten	I	I	IIII II (z.T.)
Chem. Pflanzenschutz			
Medikamente für Tiere			
Gentechnik			
Keine	II	II	II

Tabelle 4: Akzeptanz gegenüber Anpassungsmaßnahmen

Zwei Drittel der Umweltengagierten und der Alleinerziehenden sowie ein Drittel der Vergleichsgruppe lehnten alle vorgeschlagenen Maßnahmen ab. Die Züchtung resistenter Arten stieß hingegen auf eine gewisse Akzeptanz und wurde insbesondere von der Mehrheit der Vergleichsgruppe befürwortet.

Zwischenresümee zu Verantwortung und Akzeptanz von Anpassungsmaßnahmen

Erwartungsgemäß wurden alle aufgeführten Akteure als verantwortlich für Klimaanpassungsmaßnahmen eingestuft, während die tatsächliche Verantwortungsübernahme nach Einschätzung der Teilnehmenden insbesondere bei der Politik, den Konsument/innen und den Unternehmen und Landwirten deutlich hinter diesen Erwartungen zurückliegt. Die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen wurde hingegen als überwiegend verantwortungsbewusst eingeschätzt. In Bezug auf Anpassungsmaßnahmen ist bemerkenswert, dass so gut wie alle vorgeschlagenen Methoden abgelehnt wurden. Als einzige Anpassungsmaßnahme wurde insbesondere von der Vergleichsgruppe die Züchtung resistenter Arten akzeptiert.

4.2.6 Konsumverhalten im Bereich Energie

Umweltengagierte

Durchführung von Energiesparmaßnahmen

Die Umweltengagierten gaben ein breites Spektrum an Maßnahmen zum Energiesparen im Alltag an, dazu gehörten insbesondere Heizen, Stromsparen und zum Teil Dämmmaßnahmen am Haus. Grundlegend wichtig war ihnen die Nutzung von Energiesparlampen, das Ausschalten der Standby-Funktion und das Prüfen der Notwendigkeit elektrischer Haushaltsgeräte. In diesem Zusammenhang berichteten sie, beispielsweise auf Wäschetrockner zu verzichten oder einen Gas- anstelle eines Elektroherdes zu nutzen. Nach Aussage mehrerer Interviewpartner/innen würden diese Verhaltensweisen bereits seit langem praktiziert:

„Also Energiesparen im Haushalt ist für uns eigentlich auch selbstverständlich, im Rahmen unserer Möglichkeiten. (...) Das fängt an bei Energiesparlampen, das fängt an bei Standby-Vermeidung, dass wir insgesamt versuchen, wenig elektrische Geräte überhaupt zu haben. Wir haben zum Beispiel keinen Trockner, obwohl wir drei Kinder haben. Wir haben in unsere Wohnung sozusagen investiert, obwohl wir da nur Mieter sind, um eben bestimmte Bereiche zu dämmen. (...) Das ist so, denke ich, Energiesparen im Haushalt. Wir haben nen Gasherd schon vor zehn Jahren eingebaut, weil uns das damals auch schon klar war, dass es sozusagen weniger Primärenergie benötigt“ (UE₁).

Eine Interviewpartnerin führte weiterhin aus, dass sich auf ihre Initiative Mieter und Vermieter die Kosten einer Energieberatung geteilt hätten. Das Resultat dieser Beratung sei eine energetische Sanierung der Wohnung gewesen. Beim Neukauf von Elektrogeräten achteten die Interviewpartnerinnen nach eigener Aussage auf energiesparende Modelle. Ferner berichteten alle drei Interviewpartnerinnen, Ökostrom zu beziehen. Eine Befragte benannte als Hemmnisse des Energiesparens ökonomische und soziale Faktoren:

„Also gerade was das Wohnen angeht, würde ich natürlich am liebsten in einem Passivhaus wohnen, wir wohnen aber jetzt in einem Haus von 1880. Da wohnen wir aber mit zwei Familien zusammen und das hat eben auch andere Gründe, warum wir da gerade wohnen und da gar nicht weg wollen. Das ist etwas, was wir uns jetzt einfach finanziell nicht leisten können“ (UE₁).

Eine weitere Interviewpartnerin wies darauf hin, dass sie den mit Energiesparmaßnahmen verbundenen Komfortverlust bewusst in Kauf nehme:

„dass sich die Preise erhöhen (...) für Energiekosten oder so, das bedeutet für mich, dass ich tatsächlich auch auf Komfort verzichte. Zum Beispiel heiz ich die Wohnung nicht mehr so stark, sondern halt weniger und zieh dafür dann eben nen warmen Pulli an“ (UE₂).

Familien mit erhöhtem Armutsrisiko

Durchführung von Energiesparmaßnahmen

Die Frauen mit erhöhtem Armutsrisiko gaben an, im Energiebereich die meisten Sparmaßnahmen durchzuführen. Dazu gehörten weniger zu heizen, die Nutzung von Steckerleisten, die Vermeidung von Standby oder der häufige Wechsel des Stromanbieters, um den günstigsten Tarif zu erzielen:

„Ich versuch die Fenster so zu isolieren, wie's geht. Alles, was ich machen kann, tu ich. Und ich versuch, die Wohnung nicht zu überheizen und les auch regelmäßig in Energiezeitschriften (...), was man denn noch machen könnte, um Energie zu sparen, das richtige Heizverhalten (...) zu vergleichen und Stromanbieter zu wechseln, das mache ich regelmäßig“ (FA₁).

Dabei kritisierten die Interviewpartnerinnen, dass trotz geringeren Verbrauchs die Energiekosten weiter gestiegen seien. Außerdem beklagten sie die unzureichende Dämmung ihrer Wohnungen, auf die sie aber aufgrund günstiger Mieten angewiesen seien. Es gelte die Devise *„lieber dicken Pullover anziehen, anstatt viel zu heizen“* (FA₂).

Die drei Befragten führten aus, beim Neukauf energieeffiziente Elektrogeräte zu bevorzugen. Eine Teilnehmerin beschrieb die Verknüpfung der Preisentwicklungen in Verbindung mit der aktuellen Klimawandeldebatte als handlungsleitend für ihren Energiekonsum, da sie in jedem Fall die natürlichen (Energie-)Ressourcen schonen wolle. Eine Teilnehmerin berichtete, in der Vergangenheit Ökostrom bezogen zu haben, der ihr mittlerweile jedoch zu teuer sei. Sie forderte, dass Strom aus regenerativen Energien Standard werden und nicht mehr teurer als konventioneller sein sollte: *„Und warum wird das nicht generell angeboten, zum Beispiel, um der Umwelt etwas Gutes zu tun und den Klima[schutz] zu unterstützen?“* (FA₃)

Vergleichsgruppe

Durchführung von Energiesparmaßnahmen

Alle Befragten aus dieser Gruppe gaben an, ihre Strom- und Heizungskosten in den letzten Jahren aufgrund bewusster Verhaltensweisen reduziert zu haben. Dazu gehörten z.B. Standby-Verzicht, Nutzung von Energiesparlampen, Stoßlüften, die reduzierte Nutzung von Wäschetrocknern oder die Kaufentscheidung für energieeffiziente Geräte. Von Mehreren wurde geäußert, dass ihr langjähriges Bewusstsein für energiesparendes Verhalten durch die Klimawandeldebatte noch gestiegen sei:

„dass man natürlich die Heizung ein bisschen steuert im Haus, also sparsam einsetzt und Fenster und Türen schließt (...) ich versuche jetzt, wo verstärkt diese Debatte aufgekommen ist, den einen oder anderen Wäschetrockner zu sparen, bewusst im Zusammenhang mit dem Klimawandel (...) wenn man sich ein neues Elektrogerät anschafft, immer guckt so nach den Gebrauchsklassifizierungen, dass das energiegeeignete Geräte sind. Aber wie gesagt, manchmal ist es auch ne Alternative, die Geräte gar nicht erst anzustellen“ (VG₄).

Ein anderer Befragter gab an, in erster Linie selbst geschlagenes Holz zum Heizen zu verarbeiten, ein weiterer eine Photovoltaikanlage auf dem Dach installiert zu haben und durch eine nachträgliche Dachdämmung Wärmeenergie einzusparen.

Ökostrom wurde kontrovers bewertet: Manche lehnten ihn wegen seines höheren Preises ab, wobei dies jedoch gleichzeitig ein *„schlechtes Gewissen“* auslöse, das mit den negativen Klimafolgen dieser Entscheidung begründet wurde. Darüber hinaus wurde grundlegend Skepsis gegenüber *„grünen Energie-Zertifikaten“* geäußert:

„Die Sicherheit, dass es auch wirklich Ökostrom ist. Weil es gibt ja doch, ich will nicht sagen Geschachere, aber es gibt ja Zertifikate, die man kaufen kann, die europaweit vertrieben werden und am Ende des Tages kaufen die Leute Zertifikate und dann haben sie hinterher konventionellen Strom, der grün eingefärbt ist über das Zertifikat. (...) irgendwo mag der Strom mal ökologisch produziert worden sein, aber was am Ende beim Verbraucher ankommt, wie wollen Sie das kontrollieren?“ (VG₅).

Es wurden unterschiedliche Hemmnisse für die Umsetzung von Energieeinsparungen angeführt, z.B. die Mehrkosten für den Einbau energieeffizienter Heizungsanlagen oder die fehlende Eignung von Hausdächern für die Installation einer Photovoltaikanlage.

Zwischenresümee zum Konsumverhalten im Bereich Energie

Zunächst ist festzuhalten, dass in allen Gruppen über die Durchführung energiesparender Maßnahmen im Alltag berichtet wurde. Weiterhin ist als übergreifende Gemeinsamkeit festzuhalten, dass im Energiebereich ein hohes Einsparpotenzial gesehen sowie eine große Handlungsbereitschaft formuliert wird, aber in diesem Zusammenhang auf fehlende fördernde Rahmenbedingungen und eine zu geringe finanzielle Entlastung hingewiesen wird.

Unterschiede zeigten sich auch in diesem Konsumbereich in der Motivation, Umsetzungsform und –tiefe. Die Energiespar-Motive der Umweltengagierten lagen vor allem im Ressourcenschutz und erst an zweiter Stelle in finanziellen Einsparungen. Bei den Alleinerziehenden überwogen demgegenüber finanzielle Gründe und bei der Vergleichsgruppe handelte es sich um eine Kombination aus finanziellen und klimabezogenen Motiven. Während die Umweltengagierten ihre Einsparpotenziale weitgehend ausgeschöpft sahen, wurde von den Alleinerziehenden über vergleichsweise weitgehende individuelle Sparaktivitäten insbesondere zur Reduzierung von Heizenergie berichtet. In der Vergleichsgruppe standen zum Teil punktuelle Energiesparmaßnahmen im Vordergrund, zum Teil wurden auch umfassende Energiesparaktivitäten benannt. Sowohl von den Alleinerziehenden als auch von der Vergleichsgruppe wurden im Bereich Energie die größten Einsparpotenziale im Sinne einer ökologisch-ökonomischen „win-win-Situation“ gesehen. Alle Gruppen problematisierten allerdings, dass die von ihnen durchgeführten Energieeinsparmaßnahmen bislang nicht mit den gewünschten finanziellen Entlastungen verbunden gewesen seien.

Vergleicht man diese Ergebnisse mit den Ergebnissen der Fokusgruppen fällt wiederum auf, dass sich diese in allen drei Gruppen in Hinblick auf Einstellungen und Handlungsbereitschaft stark ähneln. Wie schon im Bereich Ernährung werden in den Einzelinterviews dagegen ein vertieftes Verständnis der energiebezogenen Konsummuster und die vielfältigen Überlegungen zum Energiesparen sowie die Probleme ihrer Umsetzung deutlich.

4.2.7 Clusterbezogene Fragen zu Energie

Aus dem Cluster Energie des Forschungsverbunds „nordwest2050“ wurden die im Folgenden dargestellten Fragen in die Interviews aufgenommen.

4.2.7.1 Auswirkungen des Klimawandels auf die Energieversorgung

Umweltengagierte

Die Umweltengagierten hielten klimawandelinduzierte Versorgungslücken eher für unrealistisch⁶⁹. Möglicherweise würde Energie teurer werden, vermutete eine Befragte. In der Energieversorgung sah sie dennoch keine größeren Engpässe, da sich *„dieses System auch anpassen und verändern wird“* (UE1). Darüber hinaus gebe es vor allem bei der Energieeffizienz noch große unausgeschöpfte Einsparpotenziale, so dass sie in dieser Frage eher optimistisch sei und keine Verknappung in der Energieversorgung befürchte. Eine ähnliche Position vertrat eine weitere Befragte, die Energieversorgungsunternehmen bekämen *„das schon irgendwie hin“* (UE3). Darüber hinaus könnte der Gesamtenergieverbrauch aufgrund der steigenden Temperaturen sinken, was das Risiko von Versorgungslücken zusätzlich vermindere.

Eine weitere Interviewpartnerin hielt demgegenüber Versorgungslücken dann für realistisch, wenn nicht rechtzeitig Entwicklung und Ausbau regenerativer Energien gefördert würden. Allerdings beträfe dies höchstwahrscheinlich nicht Länder wie Deutschland, sondern eher *„andere Länder (...), Dritte-Welt-Länder“* (UE2).

⁶⁹ Die Frage lautete: *„Könnten Sie sich vorstellen, dass die Anpassung an den Klimawandel Folgen für Ihre Versorgung mit Energie hat?“*

Familien mit erhöhtem Armutsrisiko

Die Einschätzung zu dieser Frage fiel bei den Alleinerziehenden unterschiedlich aus. Eine Befragte konnte sich vorstellen, dass eine Umstellung der Stromversorgung auf regenerative Energien zu Stromausfällen führen könne, so dass auch die Energieverfügbarkeit eingeschränkt sei. Im Gegensatz dazu erwartete eine andere Interviewpartnerin keine Verknappungen, da der Anteil regenerativer Energien kurz- bis mittelfristig einen großen Anteil an der Gesamtenergiemenge einnehmen werde. Die dritte Interviewteilnehmerin befürchtete hingegen, dass Energie immer teurer werde und Haushalte mit geringem Einkommen deswegen nicht mehr ausreichend heizen könnten. Außerdem befürchtete sie, dass in absehbarer Zukunft nicht mehr ausreichend fossile Energieträger vorhanden seien. Um dem vorzubeugen, müsste „*viel, viel, viel, viel mehr investiert werden in erneuerbare Energien*“ (FA2).

Vergleichsgruppe

Die Mehrzahl der Befragten aus der Vergleichsgruppe ging davon aus, dass Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen Auswirkungen auf die Energieversorgung haben können, wenn auch in unterschiedlicher Art und Weise.

Eine Interviewpartnerin vermutete, dass durch „*Naturkatastrophen irgendwelche Leitungen mal abgekapt werden*“ (VG4) könnten. Allerdings sei sie optimistisch hinsichtlich der Möglichkeiten der Technikentwicklung und glaube, dass Alternativen zu den klassischen Energieträgern gefunden würden. Es gebe ihres Wissens derzeit auch schon Pilotprojekte mit dem Ziel, Regionen von den großen Stromanbietern unabhängig zu machen und ein eigenes Energienetz aufzubauen. Auch ein weiterer Interviewpartner hielt es für realistisch, dass durch den Klimawandel zunehmende „*Umweltkatastrophen*“ Freileitungen beschädigten. In den USA zeige sich so etwas schon deutlicher. Solche Vorfälle hätten dann möglicherweise Einfluss auf die Energiepreise und -versorgung. Dass es durch den Einsatz regenerativer Energien zu Stromausfällen komme, konnte sich der Befragte nicht vorstellen, da in diesem Bereich die Technik voranschreite. Wenn allerdings eine große Anzahl von Haushalten eine Solaranlage auf dem Dach habe, könne dies ein Problem sein, denn die Anlagen produzierten im Sommer zu viel und im Winter kaum etwas:

„Wenn jeder Zweite eine Solaranlage auf dem Dach hat, dann gibt's im Sommer ein Überangebot an Strom und im Winter müssen konventionelle Kraftwerke möglicherweise hochgefahren werden. Und die kann man ja auch nicht nach Belieben ein- und ausschalten, die brauchen ja auch immer eine gewisse Grundlast, um dann verfügbar zu sein. (...) Da werden sicherlich noch einige Investitionen in die Stromnetze fließen müssen, um entsprechende Stromnetze dafür zu schaffen. Weil das, was wir haben, war ja eigentlich nie dafür ausgelegt, dass der Strom hin- und zurückfließt. (...) Das war ja immer nur zum Versorger und in die Haushalte und jetzt haben wir's ja zum Teil, dass der Strom in beide Richtungen fließt“ (VG5).

Ein weiterer Befragter vermutete Veränderungen im „*Energiemix*“ als Folgen des Klimawandels, dies würde aber keine Verknappung nach sich ziehen. Eine weitere Interviewpartnerin hielt dagegen bei einem kompletten Verzicht auf Atomkraftwerke und fossile Energieträger Versorgungsengpässe für möglich, die Umstellung auf regenerative Energien könne zu Engpässen führen, man könne „*das ja nicht so lückenlos austauschen*“ (VG6).

Ein anderer Interviewteilnehmer schließlich konnte sich nicht vorstellen, dass sich noch zu seinen Lebzeiten der Klimawandel auf die Stromversorgung auswirkt. Diese Vorstellung sei „*sehr abstrakt*“ (VG1). Allerdings sei es theoretisch denkbar, dass beispielsweise in Skandinavien bestimmte Gletscher abschmelzen, die dann kein Schmelzwasser mehr für die Stromproduktion bereitstellten. Dies könne Auswirkungen auf die Energieverfügbarkeit haben, zumindest in Skandinavien, da dort eine große Anzahl gletschergespeister Wasserkraftwerke existiere.

Zwischenresümee zu den Auswirkungen auf die Energieversorgung

Alle Gruppen zeigten sich überzeugt davon, dass der Klimawandel Auswirkungen auf die Energieversorgung haben werde, wenn auch in unterschiedlicher Weise. Während Risiken von allen benannt wurden, sahen darin nur die Umweltengagierten Chancen. Sowohl in der Gruppe der Umweltengagierten als auch in der Vergleichsgruppe wurden als Risiken Versorgungslücken, z. T. durch die Umstellung auf regenerative Energieträger, zum Teil durch Extremwetterereignisse, befürchtet. Darüber hinaus

befürchteten die Alleinerziehenden eine Verschärfung sozialer Disparitäten durch Versorgungsengpässe. Als Chance sahen die Umweltengagierten den zu erwartenden Rückgang des Energieverbrauchs sowie den technischen Fortschritt in diesem Bereich.

4.2.7.2 Akzeptanz gegenüber Klimaanlage

Umweltengagierte

Keine Interviewteilnehmerin konnte sich die Anschaffung einer Klimaanlage vorstellen⁷⁰. Eine Befragte sprach sich vehement gegen eine Klimaanlage aus. Diese seien „furchtbar (...) ganz schrecklich“. Eine solche Anlage brauche und wolle sie nicht, „noch nicht mal im Auto“ (UE2). Dies gelte auch für Klimaanlagen, die mit regenerativen Energien betrieben werden. In Altenheimen oder Krankenhäusern könnten Klimaanlagen jedoch eine sinnvolle Anschaffung sein. Eine weitere Interviewpartnerin lehnte Klimaanlagen wegen ihres Energieverbrauchs ebenfalls grundsätzlich ab. Die dritte Befragte sprach sich ebenfalls gegen Klimaanlagen aus und begründete das mit der fehlenden Notwendigkeit und alternativen Möglichkeiten, Wohnungen kühl zu halten. Die Anschaffung einer solchen Anlage sei „verrückt“, auch wenn sie mit regenerativer Energie betrieben würde. Es „müsste schon richtig [heiß] werden“, bevor sie sich ernsthaft überlegen würde eine Klimaanlage zu installieren. Und dies sei „erst in ein paar hundert Jahren [der Fall], dass das so ist wie in Australien“ (UE3).

Familien mit erhöhtem Armutsrisiko

Den Befragten aus dieser Gruppe erschien eine Klimaanlage in der eigenen Wohnung ebenfalls eher unnötig. So führte eine Interviewpartnerin aus, dass Klimaanlagen einerseits viel Energie „verpuffen“, andererseits „schlechte Luft“ machen würden. Sie lehnte daher eine Klimaanlage ab, auch wenn sie mit regenerativer Energie betrieben würde. Für eine weitere Befragte kam die Installation einer Klimaanlage gleichfalls nicht in Frage, unabhängig davon, ob die Anlage mit oder ohne regenerative Energie betrieben würde:

„Also eine Klimaanlage ist für mich der Horror, ist mir zu künstlich, außerdem verbraucht die unheimlich viel Strom. (...) Also ich finde sowieso die Anbringung von Klimaanlagen, das find ich abartig. Also im Sommer ist es eben heiß und im Winter ist es kalt (...) Ein ganz normaler gesunder Erwachsener soll sich gefälligst nicht so anstellen“ (FA₂).

Allerdings könnten sie für bestimmte Bevölkerungsgruppen und z.B. in Altenheimen sinnvoll sein. Bei deutlich steigenden Temperaturen konnte sich eine weitere Befragte auch für sich eine solche Anschaffung vorstellen. Allerdings verwies sie auf den damit verbundenen höheren Energieverbrauch und dessen ökologische Konsequenzen, daher befürwortete sie eine mit regenerativer Energie betriebene Klimaanlage.

Vergleichsgruppe

Die Mehrzahl der Befragten aus der Vergleichsgruppe sprach sich ebenfalls gegen die Installation einer Klimaanlage aus. Die Gründe reichten von dem damit verbundenen hohen Energieverbrauch über die fehlende Notwendigkeit bis hin zu gesundheitlichen Bedenken. Zudem gebe es andere Möglichkeiten, Räume kühl zu halten. So führte eine Befragte aus, sie setze auf „vernünftige Fenster“, „Beschattung“ (VG3) und Verdunklung. Auch im Büro hätten sie und ihre Kollegen sich gegen eine Klimaanlage entschieden, obwohl es zeitweise sehr heiß und „furchtbar“ sei. Im Sommer nutzten sie Ventilatoren und Durchzug zur Temperatursenkung. Für einen weiteren Befragten kam eine Klimaanlage ebenfalls nicht in Frage, er halte auch eine mit regenerativer Energie betriebene für „überflüssig“. Darüber hinaus seien Klimaanlagen nicht gesundheitsförderlich, durch den ständigen Temperaturwechsel und die möglicherweise zu selten gewechselte Filtersysteme werde man „relativ anfällig (...) für Krankheiten“ (VG5). Auch für einen anderen Interviewpartner waren Klimaanlagen „Energiefresser ohne Ende“, sie machten „ungesunde Luft“ (VG₂). Um Räume kühl zu halten könne man auch beim Hausbau ansetzen, z. B. indem die Wände dicker gemacht würden. Für eine Klimaanlage seien die Temperaturen in Deutschland nicht hoch genug, äußerte ein weiterer Befragter, insofern bestehe seiner Einschätzung nach kein Bedarf.

⁷⁰ Die Frage lautete: „Können Sie sich vorstellen, eine Klimaanlage in Ihrer Wohnung/Ihrem Haus zu installieren?“

Ein weiterer Interviewpartner äußerte, er freue sich zwar über seine Klimaanlage im Auto, in der Wohnung aber brauche er keine. Obgleich er ein „Hitzefeind“ sei, reichten ihm Ventilatoren:

„also Klimaanlagen sind sozusagen so die Notbremse für mein körperliches Wohlbefinden. Also wenn ich drohe zu kollabieren, dann mach ich die Klimaanlage [im Auto] auch an, aber für Haus oder so reicht Abschatten und so weiter“ (VG₁).

Würde die Temperatur jedoch sehr stark ansteigen, sei für ihn eine Klimaanlage eine Option. Diese Option sei aber „noch so weit weg“. Eine Klimaanlage, die mit regenerativen Energien betrieben würde, sei dann klar zu bevorzugen.

Allein eine Interviewpartnerin konnte sich bereits heute grundsätzlich vorstellen, eine Klimaanlage zu installieren, allerdings nur, wenn das Wetter deutlich wärmer würde. Vorher würde sie sich allerdings mit dem Energieverbrauch der jeweiligen Anlagen beschäftigen.

Zwischenresümee zur Akzeptanz von Klimaanlagen

Die überwiegende Mehrheit aller Interviewteilnehmer/innen lehnte eine Klimaanlage ab, auch wenn diese mit regenerativer Energie betrieben würde. In der Gruppe der Alleinerziehenden sowie der Umweltengagierten wurde allerdings deren Notwendigkeit für bestimmte vulnerable Bevölkerungsgruppen als sinnvoll erachtet. Einzig eine Interviewpartnerin sprach sich für die Möglichkeit einer Klimaanlage aus.

4.2.7.3 Bedingungen für die eigene Erzeugung des Strombedarfs

Umweltengagierte

Die Umweltengagierten bewerteten die Möglichkeit, den eigenen Strombedarf selbst zu erzeugen, als sehr positiv⁷¹. Eine Teilnehmerin konnte sich ein Mini-Blockheizkraftwerk in ihrem Zuhause vorstellen, Photovoltaik käme aufgrund des kleinen Daches nicht in Frage. Eine andere Teilnehmerin sah in der notwendigen Absprache mit der Eigentümergemeinschaft grundlegende Schwierigkeiten für diese Idee. Bauliche Entscheidungen bräuchten in diesem Fall „Jahrzehnte“ (UE1). Ein weiteres Umsetzungsproblem sah sie in den Anschaffungskosten einer solchen Anlage. Eine weitere Befragte konnte sich vorstellen, auch bei bestimmten Alltagstätigkeiten Strom zu erzeugen, beispielsweise durch Fahrradfahren oder durch Ableitung der Körperenergie beim Wii⁷² spielen.

Familien mit erhöhtem Armutsrisiko

Grundsätzlich stieß diese Idee bei den Alleinerziehenden auf große Zustimmung. Aufgrund der dafür notwendigen Anschaffungskosten sah jedoch keine der Teilnehmerinnen darin für sich selbst oder für „Otto Normalverbraucher“ (FA1) eine realistische Möglichkeit. Dafür wären nach Ansicht einer Teilnehmerin zinslose Darlehen sinnvoll:

„Also wenn ich jetzt versuchen würde meinen Strom selber zu produzieren, dann müsste ich eine Anlage bauen, die mich in dem Moment, auf einen Schlag, Geld kostet. (...) Aber da die Anschaffungssumme nicht vorhanden ist, (...) tu ich's nicht. Aber ich würde es sofort tun, wenn der Staat sagt (...) es gibt Zuschüsse, (...) wir geben dir das Geld dafür und du zahlst das monatlich, so wie ich jetzt Strom bezahle, zurück“ (FA₂).

Vergleichsgruppe

Das Interesse war auch in dieser Gruppe hoch, die Idee wurde durchgehend als positiv bewertet. Für einen Befragten spielte als eine wesentliche Bedingung die Finanzierung eines solchen Vorhabens eine wichtige Rolle. Zusätzlich verwies er auf Umsetzungsschwierigkeiten aufgrund seiner Wohnlage, die sich weder für Photovoltaik- noch für Windkraftanlagen eigne. Eine weitere Interviewpartnerin konnte sich eine Photovoltaikanlage vorstellen, sie sei aber auch gegenüber anderen technischen Möglichkeiten der Stromerzeugung bzw. dessen effizienterer Nutzung aufgeschlossen:

⁷¹ Die Frage lautete: „Unter welchen Bedingungen könnten Sie sich vorstellen, ihren Strombedarf selbst zu erzeugen?“

⁷² Computer-Spiele bei denen die eigene Bewegungsenergie eingesetzt wird, um virtuell Leistungen zu erzielen

„Also Photovoltaik, klar, das könnte ich mir vorstellen (...) oder dass man (...) so ein Kreislaufsystem hat, dass irgendwie das warme Wasser besser noch genutzt wird, die Abwärme von Heizungsanlagen. Also, da sehe ich eigentlich viele Möglichkeiten, das technisch auszuweichen“ (VG₄).

Ein weiterer Befragter machte deutlich, dass er sich im Falle eines Umzugs mit seiner Familie diese Möglichkeit vorstellen könne, zumal er schon eine Photovoltaikanlage besitze. Für eine andere Interviewteilnehmerin hing die Entscheidung, den Strombedarf selbst zu erzeugen, wesentlich von der Kombination von positiver Umweltwirkung und Investitionskosten ab. In ähnlicher Weise war für einen weiteren Befragten entscheidend, dass die Technik weiter verbessert werde und er sich dies finanziell leisten könne, am besten geeignet hielt er ein Blockheizkraftwerk. Ein weiterer Teilnehmer führte aus, dass er sich bei einem größeren Zeit- und Geldbudget mit diesen auseinandersetzen würde. Würde er ein neues Haus bauen, würde er von vornherein einplanen, seinen Strom selbst zu erzeugen.

Zwischenresümee zu den Bedingungen für die eigene Erzeugung des Strombedarfs

Die Idee stieß bei allen Befragten auf positive Resonanz. Dabei wurden unterschiedliche Umsetzungsmöglichkeiten genannt. Sie reichten von der Installation von Mini-Blockheizkraftwerken über eine Gemeinschaftsphotovoltaikanlage auf dem Genossenschaftswohnhaus bis hin zur Stromerzeugung aus der eigenen Bewegungsenergie.

Bei den Voraussetzungen wurde vielfach auf das Problem der Investitionskosten hingewiesen, z. T. auch auf bauliche und soziale Probleme, die diese Installationen behindern. Als konkreter Unterstützungsvorschlag kam von den Alleinerziehenden die Idee eines zinslosen Darlehens.

4.2.7.4 Akzeptanz bezüglich zentraler Elektrogerätesteuerung

Umweltengagierte

Die Umweltengagierten reagierten auf die Idee der zentralen Elektrogerätesteuerung unterschiedlich.⁷³ äußerten unterschiedliche Einschätzungen zu dieser Idee. Eine Befragte lehnte dies ab, sie fand die Vorstellung einer externen Steuerung „wahnsinnig“, als erstes falle ihr dazu ein „dass damit dann garantiert Unfug getrieben wird“. Sie finde es „ganz schön extrem, so in ein Leben einzugreifen“ (UE2). Die Vorstellung, dass beispielsweise nachts ihre Waschmaschine durch einen externen Dienstleister gesteuert würde, sei für sie unangenehm, außerdem habe sie kein Vertrauen in die Energieversorgungs- oder andere Dienstleistungsunternehmen, die die Steuerung übernehmen. Vorstellbar erschien ihr allerdings, ihre Geräte selbst per Fernbedienung außerhalb der Stoßzeiten zu betätigen. Eine weitere Befragte hatte dagegen keine Einwände, ihre Geräte extern bedienen zu lassen. Dadurch brauche man insgesamt weniger Reservekraftwerke und dies sei für sie der „entscheidende Aspekt“ (UE1). Auch die dritte Interviewpartnerin stand einer externen oder eigenen Steuerung außerhalb der Stoßzeiten positiv gegenüber, wenn dies helfe Energie zu sparen. Allerdings wies sie auf Folgeprobleme wie Beschwerden der Nachbar/innen aufgrund nächtlicher Ruhestörung durch laufende Spül- oder Waschmaschinen hin.

Familien mit erhöhtem Armutsrisiko

Die Alleinerziehenden äußerten sich dieser Idee gegenüber eher aufgeschlossen. Eine Befragte verwies allerdings darauf, dass der Datenschutz gewährleistet sein müsse. Eine externe Steuerung dürfe nicht zu Studien über das Verbraucherverhalten genutzt werden. Eine andere Befragte bewertete die externe Steuerung ebenfalls grundsätzlich als positiv, wies aber auf potenzielle Lautstärkeprobleme hin, die zum Beispiel mit einer nächtlichen Aktivierung der Spülmaschine verbunden seien. Eine weitere Befragte war der externen Steuerung gegenüber nicht ganz so offen, konnte sich aber vorstellen, ihre Elektrogeräte selbst per Fernbedienung oder Handy von der Arbeit aus zu steuern.

⁷³ Die Frage lautete: „Unter welchen Bedingungen könnten Sie sich vorstellen, ihre elektrischen Verbraucher oder einige davon durch einen externen Dienstleister (oder Ihr Energieversorgungsunternehmen) steuern zu lassen?“

Vergleichsgruppe

In der Vergleichsgruppe wurde die Idee ebenfalls eher positiv bewertet. Dabei wurde die Steuerung der Elektrogeräte durch einen externen Dienstleister oder das Energieversorgungsunternehmen eher abgelehnt, die eigene Steuerung bevorzugt. Einem Interviewteilnehmer erschien die externe Steuerung der Elektrogeräte „zu ferngesteuert“ (VG₁), sie stelle eine Einbuße von Autonomie dar, die er nicht in Kauf nehmen wolle. Sehr gut vorstellen hingegen könne er sich eine eigene Steuerung der Geräte beispielsweise per Mobiltelefon.

Ein anderer Interviewpartner äußerte, es würde ihm „*doch arge Kopfschmerzen bereiten, wenn dann mein Energieversorger in der Lage ist, morgens um vier die Waschmaschine anzustellen, damit ich sie dann um sechs, wenn ich aufstehe, gleich aufhängen kann*“ (VG₅). Er halte dies für übertrieben und könne sich vorstellen, dass so etwas in Deutschland gar nicht durchsetzbar sei. Selbstständig die eigenen Geräte außerhalb der Stoßzeiten zu steuern konnte er sich vorstellen, dies müsse aber „*in den Lebensrhythmus passen*“ (VG₅).

Ein weiterer Befragter konnte sich grundsätzlich eine externe Steuerung vorstellen, falls dies „*operationalisierbar*“ (VG₄) und ohne viel persönliche Einschränkungen möglich sei. Eine andere Befragte war sowohl einer externen Steuerung als auch einer eigenen Steuerung per Fernbedienung gegenüber aufgeschlossen. Allerdings komme es bei dieser Art von Gerätenutzung auch auf die jeweilige Haushaltsform an. Sie selbst sei relativ unabhängig hinsichtlich der Waschzeiten. Hätte sie allerdings eine fünfköpfige Familie oder ein Baby, sähe das anders aus: „*Da ist man einfach drauf angewiesen, dass man montags vormittags die Waschmaschine anschmeißen kann, weil halt der Wäschekorb voll ist*“ (VG₆).

Auch ein weiterer Teilnehmer konnte sich eine Steuerung durch einen externen Dienstleister vorstellen, solange dies nicht zu negativen Folgen wie beispielsweise Störungen der eigenen oder der Nachtruhe der Nachbarn führe. Kritisch sah er allerdings die direkte Steuerung durch ein Energieunternehmen. Eine Steuerung per Handy oder Fernbedienung konnte er sich wiederum nicht vorstellen, da drin stecke seiner Ansicht nach „*viel zu viel Technik*“ (VG₂). Eine Interviewpartnerin äußerte, sie brauche erst mehr konkrete Informationen, bevor sie sagen könne, ob für sie eine externe oder eigene Steuerung in Frage komme.

Zwischenresümee zur Akzeptanz zentraler Haushaltsgerätesteuerung

Die Akzeptanz dieser Idee hing stark von ihrer konkreten Ausgestaltung ab. Die Möglichkeit, die eigenen Geräte über eine Fernbedienung selbst zu steuern, wurde durchgehend befürwortet, während eine zentrale Elektrogerätesteuerung bei knapp der Hälfte der Befragung auf Ablehnung stieß. Die Bedenken bezogen sich vor allem auf mögliche Datenschutzprobleme, Ruhestörungen, ein Verlust an Autonomie und Planbarkeit der Alltagsorganisation. Weiterhin wurde insbesondere von der Vergleichsgruppe gefordert, trotz zentraler Steuerung, die Geräte noch individuell an- und ausstellen zu können. Darüber hinaus wurde ein Bedarf an genaueren Informationen vor einem abschließenden Urteil über die Möglichkeiten einer zentralen Haushaltsgerätesteuerung geäußert.

4.2.8 Konsumverhalten im Bereich Mobilität

Umweltengagierte

Die Umweltengagierten berichteten, überwiegend mit dem Fahrrad unterwegs zu sein, innerhalb Bremens den ÖPNV und für Überlandfahrten die Bahn zu nutzen. Keine der Befragten besaß ein eigenes Auto, als Alternativen wurden Car-Sharing, private Mitfahrgelegenheiten oder Zufußgehen genannt. Als Motiv für diese klimafreundliche Alltagsmobilität führten die Interviewpartnerinnen ihre umweltbewusste und ressourcenschonende Lebenseinstellung an.

Im Umgang mit dem Thema Fliegen wurden unterschiedliche Verhaltensweisen geschildert. Es wurde einerseits aus Klimaschutzgründen auf Fliegen verzichtet:

„Ja, also wir sind jetzt mit unserer Familie seit vier Jahren nicht mehr mit dem Flugzeug in Urlaub geflogen aus den Gründen. Ich fahr kein Auto (...) diese Klimawandeldiskussion hat natürlich die Motivation, da dranzubleiben, noch verstärkt“ (UE₁).

Eine weitere Interviewpartnerin gab an, mittlerweile weniger als vor zehn Jahren zu fliegen und keine Billigflieger zu nutzen. Andererseits berichtete eine Dritte, ca. alle zwei Jahre in den Urlaub zu fliegen und in Gewissenskonflikte zu geraten, wenn sie besondere Angebote sehe. Aus Klimaschutzgründen würde sie sich jedoch dagegen entscheiden:

„Also, zum Beispiel find ich das ja auch sehr attraktiv, wenn ich sehe, wie billig die Flüge sind zur Zeit, und wenn ich mir dann so Leute ansehe, die jetzt mal ein Wochenende nach Paris fliegen oder so für 20 Euro, das find ich natürlich toll. Das würd ich auch gerne machen, das ist ja ne tolle Sache, aber ich mach das nicht, weil ich das nicht in Ordnung finde und weil ich mich nicht wohl fühlen würde damit“ (UE₃).

Familien mit erhöhtem Armutsrisiko

Zwei der drei Befragten führten aus, überwiegend mit dem Fahrrad zu fahren, bei schlechtem Wetter sowie teilweise aus Komfort- und Zeitgründen den ÖPNV oder das Auto zu nutzen und bei langen Inlandstrecken mit der Bahn zu fahren:

„Straßenbahn, Bus, Fahrrad. Und ab und zu leih ich mir ein Auto, das es schon gibt (...) Mit dem Zug [nach Hamburg] oder auch so wenn ich auf's Land fahre, nach Malmburg, leih ich mir nen Auto, weil man da mit öffentlichen Verkehrsmitteln einfach nicht hinkommt“ (FA₂).

Eine Interviewpartnerin mit Wohnsitz im Bremer Umland berichtete, aus Zeitgründen täglich mit dem eigenen Auto zur Arbeit zu pendeln. Im Gespräch kritisierte sie die ungünstigen Bahnverbindungen und -takte. Diese würden sie am regelmäßigen Nutzen des ÖPNV hindern, da ihr Alltagsmanagement als berufstätige Alleinerziehende einen engen Zeitrahmen vorgebe. Eine weitere Teilnehmerin berichtete, sich privat ein Auto für Großeinkäufe und kulturelle Freizeitveranstaltungen zu leihen, während die dritte Alleinerziehende angab, das Auto als alltäglichen „Luxusgegenstand“ zu nutzen und damit auch in den Urlaub zu fahren. Dabei spielten ökonomische, ökologische und mobilitätsbezogene Abwägungsprozesse eine wichtige Rolle:

„Also, ich hab ein Auto und das ist mein absoluter Luxusgegenstand und ich fahre Auto sehr, sehr selten, jetzt schon wieder seit ner Woche glaube ich nicht (...). Im Winter ist es mehr und mein Auto schluckt auch relativ viel Sprit, weil es natürlich kein neues Auto ist, was ich mir auch nicht leisten kann. Aber auch da versuche ich drauf zu achten, dass ich nicht unnötig viel fahre. Auf der anderen Seite würde ich jetzt nicht in nen Zug steigen mit meinen Kindern, wovon eins auch schon zahlen muss, wo ich das doppelte dafür ausgabe als wenn ich Sprit bezahlen müsste“ (FA₁).

Fliegen bezeichneten alle Interviewpartnerinnen als zu teuer. Wären ihre finanziellen Spielräume allerdings nicht so knapp, würden sie gerne in den Urlaub fliegen.

Vergleichsgruppe

Die Meisten berichteten, mit dem Auto zum Arbeitsplatz zu pendeln, gefolgt vom Radfahren. Ebenso würden die Einkäufe erledigt. Fünf der Befragten erwähnten, bei der Frage der Verkehrsmittelnutzung häufiger abzuwägen und sich zugunsten des Verkehrsmittels mit dem geringeren CO₂-Ausstoß wie beispielsweise ÖPNV oder Fahrrad zu entscheiden:

„Also schon, ich überlege mir schon öfter, ob ich den Weg jetzt wirklich mit dem Auto machen muss oder ob ich nicht auch mit dem Fahrrad [fahren kann]“ (VG₆).

Für einen Befragten hatte der Klimawandel keine Auswirkungen auf seine (Auto-)Mobilität, er verbinde mit dem Bahnfahren negative Aspekte wie z.B. erhöhten Zeitaufwand, Umständlichkeit, Unpünktlichkeit und Unfreundlichkeit des Servicepersonals. Eine weitere Befragte verwies auf die ungünstige Taktung des ÖPNV als Nutzungshemmnis. Auch unzureichend ausgebaute überregionale Fahrradwege würden verhindern, dass mehr Menschen mit dem Rad zur Arbeit fahren. Darüber hinaus würde ein gut ausge-

bautes Fahrradwegenetz die Region insgesamt auch attraktiver machen.

Die Urlaubsreisen, so die Teilnehmer/innen, würden überwiegend mit dem Auto und teilweise mit der Bahn stattfinden, wobei hinsichtlich der Bahnnutzung eine strengere Kosten-Nutzen-Zeitaufwand-Abwägung als beim Autofahren stattfindet. Während sich ein Befragter beruflich als Vielflieger mit 65.000 Flugmeilen jährlich bezeichnete, wurde von den Meisten aus der Vergleichsgruppe Fliegen im privaten Bereich explizit aus Klimaschutzgründen abgelehnt: „Aus Klimaschutz- und Gesundheitsgründen (...) wenig oder möglichst wenig Auto fahren, Fahrrad fahren, den öffentlichen Nahverkehr benutzen, nicht fliegen“ (VG4).

Zwischenresümee zum Konsumverhalten im Bereich Mobilität

Auch im Bereich Mobilität wurde ein breites Spektrum an Umsetzungsbeispielen einer klimafreundlicheren Mobilität geschildert, wobei sich deutliche Unterschiede zwischen den Gruppen insbesondere im Umgang mit der Automobilität und privaten Flugreisen zeigten.

Die Umweltengagierten schilderten eine vergleichsweise weitgehende Integration ökologischer und klimawandelbezogener Anforderungen in ihre Alltagsmobilität, allerdings mit deutlichen Ausnahmen bezogen auf Flugreisen. Die Frauen mit erhöhtem Armutsrisiko berichteten über die bevorzugte Nutzung von Fahrrad und ÖPNV, z. T. auch des Autos, sowie aus Kostengründen über Verzicht auf das Fliegen. In der Vergleichsgruppe wurde eine eher punktuelle Umsetzung von Einsparmaßnahmen deutlich. Alle Befragten an, ein Auto zu besitzen, es jedoch aus Klimaschutz- und Gesundheitsgründen weniger zu nutzen, viel Fahrrad zu fahren und teilweise den ÖPNV zu nutzen. Auch private Flugreisen wurden aus Klimagründen abgelehnt.

Für die breitere Umsetzung klimafreundlicher Mobilität wurden darüber hinaus der qualitative und quantitative Ausbau des ÖPNV gefordert, die Frauen mit erhöhtem Armutsrisiko sprachen sich überdies für dessen kostenlose Nutzung für schulpflichtige Kinder aus. Einige aus der Vergleichsgruppe drückten außerdem Interesse an der schnelleren Marktverfügbarkeit technischer Innovationen insbesondere im Bereich der individuellen Mobilität aus.

Als Motiv für Veränderungen im Mobilitätsbereich stand bei den Umweltengagierten wie in den beiden anderen Konsumbereichen eine durch die Klimawandeldebatte verstärkte umweltbewusste Lebenseinstellung im Vordergrund. Bei den Frauen mit erhöhtem Armutsrisiko spielten wiederum ökonomische Gründe eine herausragende Rolle. In der Vergleichsgruppe wurden sowohl ökologische als auch ökonomische Einflussfaktoren benannt, mehrere Befragte aus dieser Gruppe führten den Klimawandel explizit als Entscheidungsgrundlage für die Wahl ihres Verkehrsmittels an.

Bei einem Vergleich der Aussagen der Einzelinterviews mit den Aussagen in den Fokusgruppen fällt wiederum eine breite Übereinstimmung in allen drei Gruppen – sowohl was ihre Gemeinsamkeiten als auch was ihre Unterschiede betrifft - in Hinblick auf Einstellungen und Handlungsbereitschaft auf. In den Einzelinterviews wird darüber hinaus ein vertieftes Verständnis der Mobilitätsmuster, der Probleme bei der Umsetzung klimafreundlicherer Mobilitätsformen im Alltag sowie Erwartungen und Forderungen an die Politik und die Wirtschaft zur Erleichterung klimafreundlicherer Mobilitätsformen deutlich.

4.2.9 Auswirkungen der Preisentwicklungen

Umweltengagierte

Bedeutung der Preisanstiege

Die Preisanstiege bei den Lebenshaltungs- und Energiekosten wurden von allen Umweltengagierten wahrgenommen. Bei einer Teilnehmerin wirkten sich diese auch direkt auf das persönliche Energiesparverhalten aus: Der zunehmende finanzielle Druck führe nach Aussage der Befragten dazu, noch mehr Heizkosten einzusparen und „mehr anzuziehen“, was aber mit einem „Komfortverlust“ einhergehe (UE3).

Sparen in allen Konsumbereichen aufgrund der Preisentwicklungen

Eine Interviewpartnerin erläuterte, dass ihr Konsumverhalten von den Preisanstiegen nicht beeinflusst werde, da sie bereits seit längerem preisbewusst lebe. Auch die Bedeutung des zur Verfügung stehenden Einkommens wurde angesprochen. Wenn mehr Geld zur Verfügung stehe, dann achte man nicht so sehr auf den eigenen Energieverbrauch und die damit verbundenen Kosten:

„ich wohn jetzt seit knapp zehn Jahren (...) in dieser Wohnung. Vorher hab ich überhaupt nicht [auf Energiekosten] geachtet.(...)dann hab ich auch mal alleine ne Weile in nem großen Haus gewohnt, aber (...) da hatte ich auch noch genug Geld. Also, wenn man genug verdient und das nicht so viel ausmacht, dann achtet man nicht so drauf. Jetzt kommt's mir schon drauf an mit der Pension“ (UE₂).

Von Sparbemühungen eher ausgenommene Konsumbereiche

Als den Konsumbereich, in dem sie sich auch bei weiteren Preissteigerungen nicht einschränken wollten, führten die Interviewpartnerinnen überwiegend den Bereich Ernährung an. Eine Frau konnte sich vorstellen am ehesten auf Bio-Produkte zu verzichten, eine andere hingegen wollte gerade auf Bio-Produkte nicht verzichten und fügte hinzu, dass sie insgesamt eher Primär- als Fertigprodukte, „Reis statt Tiefkühlpizza“ (UE₃) kaufen würde. Einer Frau war ihre Mobilität besonders wichtig, weshalb sie ihr Bahnfahrverhalten auch bei steigenden Preisen nicht verändern wolle, allerdings aufs Fliegen verzichten würde. Eine andere Teilnehmerin äußerte hingegen die Bereitschaft, noch mehr beim Reisen und allgemein zu sparen: „Wir sparen auch insgesamt, dass wir im Vergleich zu anderen Leuten weniger konsumieren“ (UE₁).

Familien mit erhöhtem Armutsrisiko

Bedeutung der Preisanstiege

Die Interviewpartnerinnen nahmen die Verteuerungen in den drei Konsumbereichen Ernährung, Energie und Mobilität erwartungsgemäß sehr stark wahr. Die Abhängigkeit von den Preisentwicklungen wurde als ein den Alltag stark dominierender Faktor empfunden. Dies führe letztendlich dazu, dass sich das Gefühl, wenig Geld zur Verfügung zu haben, verstärke:

„(...) dass ich immer das Gefühl habe, dass ich immer weniger Geld habe und dass immer weniger Geld überbleibt und dass man schon guckt, dass man spart, wo man kann“ (FA₃).

Sparen in allen Konsumbereichen aufgrund der Preisentwicklungen

Konsequenzen aus den Preisanstiegen bestanden für eine Teilnehmerin darin, beim Discounter die Lebensmittel zu kaufen und auf eine energiesparende Fahrweise zu achten. Allerdings betonte sie auch, sich dafür zwischendurch etwas Gutes wie z.B. Biobrot oder Biokäse zu „gönnen“. Auch der Verzicht auf Freizeitaktivitäten wie Kinobesuche oder das häufige Wechseln des Stromanbieters – je nach Billigtarif – wurden als weitere Sparmaßnahmen genannt.

Von Sparbemühungen eher ausgenommene Konsumbereiche

Für zwei Befragte war der Ernährungsbereich derjenige, in dem sie sich möglichst wenig einschränken wollten. Die dritte Interviewpartnerin führte aus, ihre geringen finanziellen Möglichkeiten bewusst mit ökologischem Verhalten verknüpfen und sich ebenfalls im Ernährungsbereich möglichst wenig einschränken zu wollen:

„Nicht nur wegen der Preise, sondern auch, weil ich finde, dass man Ressourcen schonen muss. Bei Lebensmitteln versuche ich, so wenig wie möglich zu sparen. Also lieber bei allem andern...“ (FA₁).

Vergleichsgruppe

Bedeutung der Preisanstiege

Insgesamt wurden die Preisentwicklungen von den Mitgliedern der Vergleichsgruppe weniger stark wahrgenommen, da seit längerem eine preis- und gesundheitsbewusste Lebensweise vorherrsche.

Zudem lasse das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen einen mittleren bis gehobenen Lebensstandard zu, der einen gewissen finanziellen Spielraum nach oben erlaube. Es zeigten sich jedoch Unterschiede darin, in welchen Konsumbereichen die Befragten dieser Gruppe Schwerpunkte zum Sparen setzten.

Sparen im Bereich Ernährung aufgrund der Preisentwicklungen

Übereinstimmend gaben die Befragten an, zuletzt im Bereich Ernährung sparen zu wollen bzw. dort qualitative Einschränkungen hinzunehmen. Am ehesten würde dann auf Bio-Produkte verzichtet. Es gab in diesem Zusammenhang auch den – relativierenden - Hinweis, dass die Preise im Biobereich weniger als im konventionellen Bereich angestiegen seien.

Sparen im Bereich Mobilität aufgrund der Preisentwicklungen

Ein Interviewpartner berichtete von seinen Überlegungen, aufgrund der hohen Benzinpreise und Unterhaltungskosten sein Auto abzuschaffen und auf Car-Sharing umzusteigen. Ein weiterer Befragter führte aus, dass ein Benzinpreis von über 2,50 € pro Liter für ihn einen limitierenden Faktor bedeute und er dann den Wagen stehen lassen würde.

Sparen im Bereich Heizen und Stromverbrauch aufgrund der Preisentwicklungen

Alle aus dieser Gruppe berichteten, in diesem Bereich ihren Ressourcenverbrauch gesenkt zu haben, dies jedoch nicht bzw. kaum an den Kosten ablesen zu können. Für einen Befragten waren die gestiegenen Energiekosten ein Grund, den Strom- und Gasanbieter zu wechseln. Darüber hinaus beurteilte er als Einziger aus dieser Gruppe die Preisentwicklungen als Einschränkung seines Lebensstandards:

„Ich nehme die einfach wirklich wahr als eine Verschlechterung unserer Lebenssituation. Man kann dann versuchen, durch Wechsel dagegen zu halten, aber das drängt absolut diese Wirtschaftlichkeitsüberlegungen in den Vordergrund. Also nach dem Motto, ressourcenschonende Entscheidungen immer dann, wenn' s der Geldbeutel zulässt, wenn' s machbar ist“ (VG₁).

Von Sparbemühungen eher ausgenommene Konsumbereiche

Fast alle Interviewten der Vergleichsgruppe gaben an, sich im Ernährungsbereich am wenigsten einschränken zu wollen, für einen Befragten war dies der Mobilitätsbereich.

Zwischenresümee zu den Preisentwicklungen

Im Rahmen der Interviews wurde deutlich, dass die drei Gruppen aufgrund ihrer sozioökonomischen Situationen unterschiedlich von den Preisanstiegen betroffen sind und unterschiedlich damit umgehen. Für die Alleinerziehenden stellten die Preisanstiege einen deutlich reglementierenden Handlungsrahmen für ihr Konsumverhalten dar. Dies legt die Vermutung nahe, dass der Ressourcenverbrauch der Alleinerziehenden vergleichsweise gering ist und sie daher als „unfreiwillige Öko-Avantgarde“ bezeichnet werden können.

Die Umweltengagierten sahen sich nicht so stark von den Preisanstiegen betroffen, sondern verwiesen auf ihre langjährige ressourcenschonende Lebensweise, die klimafreundlichen und preisbewussten Konsum ermögliche. Von daher bewirkten die Preisanstiege kaum Veränderungen in ihrem Konsumverhalten. Die Mitglieder der Vergleichsgruppe äußerten je nach Konsumbereich unterschiedliche Betroffenheit, wobei sie angaben, sich (noch) nicht eingeschränkt zu fühlen. Insgesamt wurden in dieser Gruppe insbesondere die Preisanstiege im Energiebereich intensiv wahrgenommen und kritisch bewertet.

Den höchsten Stellenwert hatte bei allen Gruppen der Bereich Ernährung, bei dem die überwiegende Mehrheit der Teilnehmenden angab, sich nicht einschränken zu wollen bzw. am ehesten auf Bioprodukte zu verzichten. Demgegenüber gab es die größte Handlungsbereitschaft für Einsparungen beim direkten Ressourcenverbrauch, insbesondere Heizen, Strom- und Kraftstoffverbrauch, die ökologisch-ökonomische win-win-Situationen darstellen

5 Reflexion der Methodik und weiterer Forschungsbedarf

Reflexion der Methodik

Die Wahl und Kombination von Fokusgruppen und Einzelinterviews hat sich grundsätzlich bewährt: Mit Hilfe der Fokusgruppen konnten aufgrund der Interaktionen ein breites Spektrum an Aussagen zu der Befragungsthematik gewonnen werden. Darüber hinaus wurden durch die Diskussionsdynamik in den Gruppendiskussionen eine Reihe neuer und unerwarteter Ergebnisse rund um das Thema Klimawandel sichtbar. Mit den Einzelinterviews konnten die in den Fokusgruppen gewonnenen Erkenntnisse zu bestimmten Fragestellungen weiter vertieft bzw. bestätigt werden. Der qualitative methodische Zugang erlaubte ein besseres Verständnis von und vertiefte Einblicke in Alltags- und Konsumententscheidungen sowie Wahrnehmungsmuster der drei ausgewählten Untersuchungsgruppen, die mit einer quantitativen Erhebung in dieser Breite und Tiefe nicht hätten gewonnen werden können. Bemerkenswert ist zudem, dass in den beiden Untersuchungsgruppen „Umweltengagierte“ und „Vergleichsgruppe“ die Ergebnisse der Fokusgruppen und Einzelinterviews inhaltlich eine große Übereinstimmung aufwiesen, obwohl sie von ihrer Zusammensetzung her nicht identisch waren, allein bei den „Familien mit erhöhtem Armutsrisiko“ zeigten sich in dieser Hinsicht Unterschiede.

Allerdings sind die empirischen Erkenntnisse zunächst nur für die ausgewählten Untersuchungsgruppen aussagefähig. Sie lassen sich weder für die Bevölkerung in der Metropolregion Bremen/Oldenburg noch darüber hinaus verallgemeinern. Hierfür müssten die Ergebnisse der explorativen qualitativen Studie mit Hilfe einer repräsentativen Untersuchung überprüft werden. Dabei könnte auch der Einfluss sozioökonomischer und raumbezogener Faktoren auf die Wahrnehmung des Klimawandels und seiner Folgen in der Region bestimmt und die Ergebnisse für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in der Metropolregion, z. B. bezogen auf Alter, Geschlecht und Lebenslage differenziert werden.

Hinsichtlich der Auswahl der drei Untersuchungsgruppen lässt sich festhalten, dass die zuvor getroffenen Annahmen bestätigt wurden. Bei den Umweltengagierten konnte in den Fokusgruppen und im Rahmen der Einzelinterviews eine überdurchschnittlich ausgeprägte Umwelterorientierung festgestellt werden. Auch bei den Familien mit erhöhtem Armutsrisiko zeigte sich, dass diese Gruppe in prekären ökonomischen Verhältnissen lebte. Innerhalb dieser Gruppe waren darüber hinaus allerdings auch Unterschiede in den Umwelteinstellungen zu beobachten. Insofern ist zu berücksichtigen, dass Familien mit erhöhtem Armutsrisiko und insbesondere Alleinerziehende keine homogene Gruppe darstellen, sondern sich in ihren Lebensstilen und -situationen deutlich unterscheiden können. Die Vergleichsgruppe, für die zuvor keine Annahmen über Umwelteinstellungen oder Einkommen getroffen wurden, stellte sich als sehr geeignet für eine Gegenüberstellung mit den anderen beiden spezifischen Gruppen heraus. Für diese Gruppe ergaben die Fokusgruppen und Einzelinterviews, dass Umweltschutz als gesellschaftliche Norm gesehen wird und zudem bei einem Großteil der Vergleichsgruppe finanzielle Spielräume vorhanden sind.

Abschließend ist noch darauf hinzuweisen, dass die gewonnenen empirischen Daten ausschließlich auf selbst berichtetes Verhalten der Befragten basieren und ihre subjektiven Bewertungen und Wahrnehmung wiedergeben. Es können daher keine Rückschlüsse auf das tatsächliche Verhalten gezogen werden oder genaue Anteile bzw. der genaue Stellenwert klimafreundlichen Konsumverhaltens ermittelt werden. Hierfür wären andere Erhebungsformen wie z.B. Konsumtagebücher erforderlich. Wie schon zuvor erwähnt, ist zudem bei den Antworten der Teilnehmenden auch immer mit Aspekten sozialer Erwünschtheit zu rechnen. Vor allem bei moralisch aufgeladenen Themen wie beispielsweise dem persönlichen Umweltverhalten tendieren Befragte dazu, ihre Antworten zu „verschönen“ (vgl. z. B. Neugebauer 2004). Dies muss bei der Einschätzung der Ergebnisse berücksichtigt werden.

Weiterer Forschungsbedarf

Wie bereits erwähnt, beziehen sich die Ergebnisse der explorativen Studie zunächst auf die drei ausgewählten Untersuchungsgruppen. Damit schließt sich zunächst als weiterer relevanter Forschungsbedarf an, die Ergebnisse auf ihre Verallgemeinerungsfähigkeit zunächst für die Metropolregion Bremen/Oldenburg zu überprüfen. Hierfür wäre eine repräsentative quantitative Studie erforderlich, mit der die vorliegenden Ergebnisse aufgegriffen und vertieft werden können. Dabei kann auch der Einfluss sozioökonomischer und raumbezogener Faktoren auf die Wahrnehmung des Klimawandels und seiner Folgen in der Region bestimmt werden, indem die Ergebnisse differenziert nach sozioökonomischen Parametern wie Alter, Geschlecht, Bildungsstand und Lebenslage sowie nach raumbezogenen Parametern wie Stadt-Land oder Küstennähe ausgewertet werden.

Vor diesem Hintergrund stellt sich auch die Frage nach dem Einfluss der Region und ihrer spezifischen Betroffenheit durch den Klimawandel auf die öffentliche Wahrnehmung des Klimawandels und der Einschätzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen sowie der Bereitschaft zur Vorbereitung auf den Klimawandel.

Weiterhin könnte eine vertiefte Untersuchung der Wahrnehmungsmuster des Klimawandels dazu beitragen, ein genaueres Bild zur Wahrnehmung von Klimawandel, Klimaschutz und Klimaanpassung in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu erhalten. Eine differenzierte Bewertung bzw. Einschätzung von (geplanten) Klimaanpassungsmaßnahmen könnte darüber hinaus dazu beisteuern, zielgruppenorientiert akzeptierte Schritte umzusetzen. Die Ergebnisse könnten so für die Entwicklung zielgruppenspezifischer Kommunikationsstrategien zur Klimaanpassung genutzt werden, die auch das Ergebnis der explorativen Studie aufgreifen, nach dem die meisten Konsument/innen bisher Klimaanpassung überwiegend mit Klimaschutz(maßnahmen) übersetzen bzw. beides gleichsetzen.

Mit Blick auf die konsumbezogenen Fragen der explorativen Studie zeigt sich ebenfalls Forschungsbedarf. So ist beispielsweise offen, bei welchen Konsumprodukten klimawandelbezogene Anforderungen eine Rolle spielen und bei welchen eher nicht und inwiefern sich hier Unterschiede zwischen unterschiedlichen Konsumentengruppen zeigen. Ein weiterer offener Punkt sind die Akzeptanz von klimawandelbezogenen Innovationen bei Konsumenten/innen und Bürger/innen, ihre Anforderungen an die Entwicklung entsprechender Innovationen und die Bewertung ihrer Umsetzungsfähigkeit im Alltag.

6 Literaturverzeichnis

- Bdew – Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (2008): "Beheizungsstruktur in Deutschland: Fast jede zweite Wohnung wird mit Erdgas warm." bdew-Pressemitteilung vom 14. Oktober 2008, <http://www.bdew.de/> (9. Januar 2009).
- Becker, Irene (2008): "Was kaufen Familien mit niedrigem Einkommen?" neue caritas 1/2008: 22-32.
- BLE – Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (2008a): Bio-Siegel Report 01/2008. Bonn.
- BLE – Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (2008b): Ökobarometer 2008. Bonn.
- BLE – Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (2009): Bio-Siegel Report 01/2009. Bonn.
- BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2008): Lebenslagen in Deutschland. Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin, http://www.bmas.de/portal/26742/property=pdf/dritter_armuts_und_reichtumsbericht.pdf (05.10.2009).
- BMU - Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2004): Umweltbewusstsein in Deutschland 2004. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin.
- BMU - Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2006): Umweltbewusstsein in Deutschland 2006. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin.
- BMU - Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2008): Umweltbewusstsein in Deutschland 2008. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin.
- Bode, Thilo (2007): Abgespeist. Frankfurt/M., Fischer.
- Bogun, Roland (2000): Was heißt „Umweltbewusstsein“? Gemeinsamkeiten und Differenzen im Verständnis eines umstrittenen Forschungsgegenstands. artec-paper Nr. 78. Bremen, artec | Forschungszentrum Nachhaltigkeit.*
- Brachinger, Hans Wolfgang (2008): "Wie stark sind die unterschiedlichen Haushaltsgruppen von der Inflation betroffen?" Wirtschaftsdienst 2008(6): 358-363.
- Broda, Stephan (2006): Marktforschungspraxis – Konzepte, Methoden, Erfahrungen. Wiesbaden, Gabler.
- Bund der Energieverbraucher (2008): "Mehr Stromsperrungen." Mitteilung vom 11. Januar 2008, <http://www.energieverbraucher.de/> (19. Januar 2009).
- Bundesregierung (2008): Fortschrittsbericht 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Für ein nachhaltiges Deutschland. Berlin, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.
- BÖLW - Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (2010): Zahlen, Daten, Fakten: Die Bio-Branche 2010. Berlin.
- Busse, Tanja (2008): Die Einkaufsrevolution. Konsumenten entdecken ihre Macht. München, Heyne.
- Dialego (2007): Klimawandel. Eine Befragung der Dialego AG. Aachen, Dialego AG.
- Diekmann, Andreas; Preisendörfer, Peter (2001): Umweltsoziologie. Eine Einführung. Reinbek, Rowohlt.
- Europäische Kommission (2009): Europeans' attitudes towards climate change. Special Eurobarometer 322 – TNS Opinion & Social. Brussels, European Commission.
- Europäische Kommission (2008a): Einstellungen der europäischen Bürger zum Klimawandel. Spezial Eurobarometer 300 - TNS opinion & social. Brüssel, Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2008b): Einstellungen der europäischen Bürger zur Umwelt. Spezial Eurobarometer 295 - European Opinion Research Group EEIG. Brüssel, Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2007): Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Standard-Eurobarometer 68 - TNS Opinion & Social. Brüssel, Europäische Kommission.
- European Commission (2005): The attitudes of European citizens towards the environment. Special Eurobarometer 217 - TNS Opinion & Social. Brussels, European Commission.
- Flick, Uwe (2007): Qualitative Forschung: Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie

- und Sozialwissenschaften. 5. Auflage, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt.
- Frick, Joachim R.; Grabka, Markus M. (2009): Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. DIW-Wochenbericht Nr. 4/2009: 54-67. Berlin, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- GfK – Gesellschaft für Konsumforschung (2007): Klimawandel belebt Binnennachfrage. Ergebnisse der GfK-Studie „Einfluss des Klimawandels auf den Konsum“. Nürnberg.
- Grabka, Markus M.; Frick, Joachim R. (2008): Schrumpfende Mittelschicht - Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? DIW-Wochenbericht Nr. 10/2008: 101-108. Berlin, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Grißhammer, Rainer (2008): Der Klima-Knigge. Energie sparen, Kosten senken, Klima schützen. Berlin, Aufbau-Verlag.
- Hartmann, Kathrin (2009): Gratisgut – Und beginnt die Veränderung schon beim Einkaufen? Süddeutsche Zeitung vom 29. Dezember 2009.
- Henseling, Christine; Hahn, Tobias; Nolting, Katrin (2006): Die Fokusgruppen-Methode als Instrument in der Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung. IZT Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (Hrsg.) Berlin.
- Hunecke, Marcel (2008): Möglichkeiten und Chancen der Veränderung von Einstellungen und Verhaltensmustern in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung. In: Hellmuth Lange (Hrsg.) Nachhaltigkeit als radikaler Wandel. Wiesbaden, VS Verlag: 95-122.
- Ifeu; ISOE - Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg; Institut für sozialökologische Forschung (2006): Energiekostenanstieg, soziale Folgen und Klimaschutz. Heidelberg und Frankfurt/M.
- IPCC - Intergovernmental Panel on Climate Change (2007): Climate Change 2007: The Physical Science Basis. Summary for Policymakers. Paris.
- ISOE - Institut für sozialökologische Forschung (2009): "Im Zuge steigender Energiepreise wächst die 'Energiearmut'." ISOE-Pressemitteilung vom 19. Januar 2009, <http://www.isoe.de/> (19. Januar 2009).
- Karrass, Anne; Moser, Michaela; Uhl, Susanne; Wehlau, Diana (2008): Armut und soziale Ungleichheit in der Europäischen Union. In: Miren Etxezarreta; Trevor Evans; Jörg Huffs Schmid et al. (Hrsg.) EuroMemo 2007. Hamburg, VSA: 80-104.
- Krapf, Hanna; Wehlau, Diana (2009): Klimawandel, Preisentwicklung und Konsum - Konsumenten zwischen steigendem Umweltbewusstsein und sinkenden ökonomischen Handlungsspielräumen. artec-paper Nr. 161. Bremen, artec | Forschungszentrum Nachhaltigkeit.
- Kuckartz, Udo (2008): "Umweltbewusstsein und Umweltverhalten." Informationen zur politischen Bildung Heft 287: 4-9.
- Kuckartz, Udo; Rheingans-Heintze, Anke (1997): Trends im Umweltbewusstsein. Umweltgerechtigkeit, Lebensqualität und persönliches Engagement. Wiesbaden, VS Verlag.
- Lamnek, Siegfried (1998): Gruppendiskussion. Theorie und Praxis. Weinheim, Beltz Verlag.
- Lamnek, Siegfried (2005): Qualitative Sozialforschung. 4. Auflage, Weinheim, Basel. Beltz Verlag.
- LSKN - Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie Niedersachsen (2009): Statistische Monatshefte Niedersachsen, Nr. 12/2009, http://www.lskn.niedersachsen.de/live/live.php?&navigation_id=25644&article_id=87704&psm_and=40 (05.10.2009).
- Lange, Hellmuth (2000): Eine Zwischenbilanz der Umweltbewusstseinsforschung. In: Hellmuth Lange (Hrsg.) Ökologisches Handeln als sozialer Konflikt. Umwelt im Alltag. Opladen, Leske & Budrich: 13-34.
- Lange, Hellmuth (2005): Lebensstile. Der sanfte Weg zu mehr Nachhaltigkeit. artec-paper Nr. 122. Bremen, artec | Forschungszentrum Nachhaltigkeit.
- Mayring, Philip (1999): Einführung in die qualitative Sozialforschung, 4. Auflage, München, Psychologie Verlags Union.

- Milke, Klaus; Rostock, Stefan (2010): Trotz Kopenhagen – auf vielen schnellen Wegen zu neuen Gewohnheiten. In: Worldwatch Institute (Hg.): Zur Lage der Welt 2010. Einfach besser leben. Nachhaltigkeit als neuer Lebensstil, 16-25.
- Moll, Henri C.; Noorman, Klaas J.; Kok, Rixt; Engström, Rebecka; Throne-Holst, Harald; Clark, Charlotte (2005): "Pursuing More Sustainable Consumption by Analyzing Household Metabolism in European Countries and Cities." *Journal of Industrial Ecology* 9(1-2): 259-275.
- Mortensen, Lars Fogh (2006): "Sustainable household consumption in Europe?" *Consumer Policy Review* 16(4): 141-147.
- Neugebauer, Birgit (2004): Die Erfassung von Umweltbewusstsein und Umweltverhalten. ZUMA-Methodenbericht Nr. 2004/07. Mannheim, Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA).
- Preisendörfer, Peter (1998): Themenfelder von Befragungsstudien zu Umwelteinstellungen und zum Umweltverhalten in der Bevölkerung. In: J. Schupp; G. Wagner (Hrsg.) *Umwelt und empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung*. Berlin, Duncker & Humblot: 27-43.
- Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (1978): *Umweltgutachten 1978*. Deutscher Bundestag.
- Rühle, Alex (2009): *Gratiswut – Kann der Einzelne das Klima retten, wenn es die Weltgemeinschaft nicht schafft?* Süddeutsche Zeitung vom 29. Dezember 2009.
- SfAFGJS - Die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (2009): *Lebenslagen in Bremen. Armuts- und Reichtumsbericht für das Land Bremen 2009*. Bremen, http://www.soziales.bremen.de/sixcms/media.php/13/anlage_1_lebenslagen_im_land_bremen.pdf (05.10.2009).
- Spangenberg, Joachim (2008): "Vor uns die Sintflut? Nachhaltiger Konsum in Zeiten der Klimakatastrophe." Vortrag bei der vzbv Tagung "Nachhaltiger Konsum und Klimaschutz", Mainz, 4. September 2008, <http://www.seri.at/> (19. Januar 2009).
- Statistisches Bundesamt (2005): *Aufwendungen für den Privaten Konsum - Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003*. Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen, Heft 5. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2008a): *Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte - Laufende Wirtschaftsrechnungen 2006*. Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen, Reihe 1. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2008b): *Überschuldung privater Haushalte und Verbraucherinsolvenzen*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt; Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen; Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Eds. (2008): *Datenreport 2008 - Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn.
- Statistisches Bundesamt Deutschland (2009): "GENESIS-Online Datenbank." Homepage des Statistischen Bundesamtes, <http://www.destatis.de/> (12. Januar 2009).
- Staud, Toralf; Reimer, Nick (2007): *Wir Klimaretter. So ist die Wende noch zu schaffen*. Köln, Kiepenheuer & Witsch.
- Stehr, Nico (2007): *Moralisierung der Märkte*. Frankfurt/M., Suhrkamp.
- Stengel, Oliver (2009): *Ökologisches Bewusstsein und Handeln*. Themenheft Klimawandel der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.
- TNS Infratest Politikforschung (2008): *Klimaverträgliche Mobilität*. Mai 2008. Berlin
- Tober, Silke (2008). *Belastet die Inflation verschiedene Haushaltstypen in Deutschland unterschiedlich stark?* IMK Working Paper 17/2008. Düsseldorf, Hans Böckler Stiftung.
- Trendbüro (2007): *OTTO-Trendstudie: Konsum-Ethik 2007* (durchgeführt von Trendbüro unter Leitung von Prof. P. Wippermann im Auftrag von OTTO). Hamburg, Trendbüro GmbH.
- UBA - Umweltbundesamt (2009a): "Der CO2-Rechner." Homepage des Umweltbundesamtes, <http://uba.klima-aktiv.de/> (4. Juni 2009).
- UBA - Umweltbundesamt (2009b): "Private Haushalte und Umweltschutz." *Umweltdaten Deutschland Online*, <http://www.umweltbundesamt-umwelt-deutschland.de/> (9. Januar 2009).

- UBA - Umweltbundesamt (2009c): Umweltbewusstsein und Umweltverhalten der sozialen Milieus in Deutschland. Dessau-Roßlau, <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3871.pdf> (05.04.2009).
- Wagner, Hans; Schönhagen, Philomen; Nawratil, Ute; Starkulla, Heinz (2008): Qualitative Methoden in der Kommunikationswissenschaft. München, Reinhard Fischer Verlag.
- Wehlau, Diana (2006): Auf dem Weg in die Armut? Soziale Entwicklungen in der EU und sozialpolitische Handlungsmöglichkeiten. In: Miren Etxezarreta; John Grahl; Jörg Huffschmid; Jacques Mazier, et al (Hrsg.) EuroMemo 2005. Hamburg, VSA: 56-72.
- Weller, Ines (2008): Konsum im Wandel in Richtung Nachhaltigkeit? Forschungsstand und Perspektiven. In: Hellmuth Lange (Hg.): Nachhaltigkeit als radikaler Wandel. Die Quadratur des Kreises? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 43-70.
- WENKE², CENTOS – Oldenburg Center for Sustainability Economics and Management, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg; Technische Universität Dresden; Max Planck Institut für Ökonomie, Jena (2007): Zwischenbericht 2007, http://www.fk2.uni-oldenburg.de/wenke2/download/Zwischenbericht_01UN0602C_2007.einseitig.pdf (15.04.2010).
- WENKE², CENTOS – Oldenburg Center for Sustainability Economics and Management, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg; Technische Universität Dresden; Max Planck Institut für Ökonomie, Jena (2009): Zwischenbericht 2008, http://www.fk2.uni-oldenburg.de/wenke2/download/Zwischenbericht_01UN0602C_2008.endgueltig.einseitig.pdf (15.04.2010).

7 Anhang

7.1 Leitfaden Fokusgruppen

→ *kurzer Input Klimawandel*

1) Haben Sie das Gefühl, dass der Klimawandel etwas mit Ihnen persönlich, mit Ihrem Leben zu tun hat?

Was für Gedanken kommen Ihnen, wenn Sie an den Klimawandel denken?

Haben Sie den Eindruck, dass die Region um Bremen vom Klimawandel betroffen ist?

2) Wenn Sie an Ihre persönliche Situation denken, beeinflusst Sie da der Klimawandel bei bestimmten Entscheidungen im Alltag?

Welche Möglichkeiten sehen Sie in Ihrem Alltag, um sich klimafreundlich zu verhalten? Was können Sie umsetzen?

Was gibt es für Schwierigkeiten?

Gibt es Dinge, die Sie zurzeit tun und die Sie als „klimafreundlich“ bezeichnen würden? Im Bereich Ernährung, Energieverbrauch oder Verkehr?

3) Was können andere tun, um den Klimawandel aufzuhalten, z. B. die Politik oder die Wirtschaft?

Bei welchen Themen sehen Sie eine besondere Wichtigkeit, dass etwas getan wird?

Was müsste sich verändern, damit möglichst viele Personen die Möglichkeit haben, sich klimafreundlich zu verhalten?

Was sehen Sie für Schwierigkeiten in der Umsetzung?

→ *kurzer Input Preisanstiege*

4) Was bedeuten diese Preisveränderungen für Sie in Ihrem Alltag?

Sind Sie persönlich durch die Preissteigerungen betroffen?

5) Haben die Preisveränderungen irgendwelche Einflüsse auf Ihr persönliches Handeln?

Wo gibt es Möglichkeiten zu sparen?

Gibt es Bereiche, in denen Sie sich keinesfalls einschränken möchten?

6) Glauben Sie, dass durch die Debatte über den Klimawandel mehr klimafreundliche Produkte (z.B. Bio-Lebensmittel, ökoeffiziente Haushaltsgeräte) gekauft werden oder dass weniger Energie verbraucht wird, z.B. indem weniger Strom verbraucht, geflogen oder Auto gefahren wird?

7.2 Leitfaden Einzelinterviews

→ *kurzer Input Klimawandel*

Teil I – Wahrnehmung

1. Was für Gedanken kommen Ihnen, wenn Sie an den Klimawandel denken?
2. Haben Sie das Gefühl, dass der Klimawandel etwas mit Ihnen persönlich, mit Ihrer Familie oder Ihrem Bekanntenkreis zu tun hat?
3. Haben Sie den Eindruck, dass Bremen/Niedersachsen vom Klimawandel betroffen ist?
4. Sehen Sie schon Anzeichen für einen Wandel des Klimas?
5. Wenn Sie an den Klimawandel denken, macht Ihnen der Klimawandel „Angst“ und empfinden Sie ihn als Bedrohung oder sehen Sie im Klimawandel auch Chancen und positive Aspekte?

Teil II – Integration in den Alltag

1. Wenn Sie an Ihren eigenen Alltag denken, gibt es da Dinge, die Sie wegen des Klimaschutzes tun?
→ Wenn ja, was und wie lange tun Sie das schon?
→ Aus welchen Gründen tun Sie das (falls KW nicht der Anlass ist)?
2. Gibt es auch Dinge, die Sie für den Klimaschutz eigentlich gerne tun würden, aber die sich in Ihrer Situation nicht oder nur schwer umsetzen lassen? Warum?
(3. Was fällt Ihnen sonst noch ein, wenn Sie an Ihren persönlichen Alltag und den Klimawandel denken?)

Teil III – Nachfragen/Vertiefung

Anm.: Thematisierung von Aspekten, die in Teil II nicht genannt wurden aus den Bereichen Ernährung, Verkehr/Mobilität und Heizen/Strom/Energie

Bereich Ernährung:

Forschungsergebnisse zeigen, dass der Kauf regionaler, saisonaler und vegetarischer Produkte zum Klimaschutz beiträgt.

1. Können Sie sich persönlich vorstellen, weniger Fleisch zu essen, mehr Produkte aus der Region oder verstärkt saisonale Produkte zu kaufen? Oder haben Sie Ihre Ernährung bereits in diesem Sinne umgestellt?
→ Wenn ja, wie lange schon?
→ Gab es dafür einen bestimmten Anlass?
→ Wenn nein, warum kommt das für Sie nicht in Frage?
2. Wo sehen Sie Schwierigkeiten bei der Umsetzung?
3. Kaufen Sie Bio-Produkte?
→ Wenn ja, wie lange schon?
→ Gab es dafür einen bestimmten Anlass bzw. aus welchem Grund?
→ Welche Produkte sind das konkret, die Sie in „Bio“ einkaufen?
→ Wenn nein, warum kommt der Kauf von Bio-Produkten für Sie nicht in Frage?
4. Haben Sie schon von CO₂-Labeln (also einem Klimaschutz-Siegel) gehört?

→ Interessiert Sie die Information über den CO₂-Ausstoss von Produkten und würden Sie ein solches Label beim Einkauf berücksichtigen?

Bereich Verkehr/Mobilität:

Aus Klimaschutzgründen wäre es gut, wenig zu fliegen und möglichst wenig Auto zu fahren bzw. Autos mit weniger Benzinverbrauch, das Fahrrad oder öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen.

Wie ist das bei Ihnen? – (und dann gleich zur ersten Frage)

1. Welche Verkehrsmittel benutzen Sie?

(ggf. konkret nachfragen: Auto, ÖPNV, Bahn, Fahrrad, Flugzeug)

2. Für welche Strecken oder in welcher Situation benutzen Sie die genannten Verkehrsmittel?

3. Hat sich die Nutzung der Verkehrsmittel in den letzten Jahren verändert?

→ Wenn ja, inwiefern und aus welchem Grund?

→ Hat die Klimawandeldebatte auch zur Veränderung beigetragen?

→ Wenn nein, warum kommt eine Veränderung aus Gründen des Klimaschutzes für Sie nicht in Frage?

Bereich Heizen, Strom und Energie:

Kommen wir nun zu dem Bereich Heizen, Strom und Energie:

1. Wissen Sie, wie sich Ihr Energieverbrauch fürs Heizen (Gas oder Öl) und Ihr Stromverbrauch in den letzten Jahren entwickelt haben?

→ Wenn ja, wie?

→ Aus welchem Grund ist der Verbrauch angestiegen bzw. gesunken?

2. Ist der Stromverbrauch von Haushaltsgeräten bei der Neuanschaffung ein wichtiges Kriterium, auch wenn die Anschaffungskosten höher sind?

→ Wenn ja, aus welchem Grund?

→ Wenn nein, aus welchem Grund nicht?

3. Beziehen Sie Öko-Strom?

→ Wenn ja, aus welchem Grund?

→ Wenn nein, aus welchen Gründen nicht?

Teil IV – Preisentwicklungen

→ *kurzer Input zu Preisanstiegen*

In den letzten Jahren sind die Preise zum Teil stark gestiegen. Das gilt z. B. für Strom (28%), für Benzin (28%), fürs Heizen (Gas um 42%; Heizöl um 76%) und für Lebensmittel (13%).

1. Was bedeuten die Preisanstiege für Sie und wie gehen Sie damit um?

2. Gibt es Bereiche, in denen Sie versuchen, wegen der Preisanstiege zu sparen?

→ im Bereich Ernährung: Versuchen Sie, aufgrund der höheren Lebensmittelpreise bei Lebensmitteln zu sparen? → Wenn ja, auf welche Weise?

→ im Bereich Verkehr/Mobilität: Versuchen Sie, aufgrund der höheren Benzinkosten weniger Auto zu fahren? → Wenn ja, wie?

→ beim Heizen: Versuchen Sie, aufgrund der Preissteigerungen für Heizenergie (Öl, Gas) weniger Energie zu verbrauchen? → Wenn ja, auf welche Weise?

→ beim Stromverbrauch: Versuchen Sie, aufgrund der Preissteigerungen für Strom weniger Energie zu

verbrauchen? → Wenn ja, auf welche Weise?

3. Gibt es Bereiche, in denen Sie sich keinesfalls einschränken möchten?

4. Haben die Preissteigerungen bei Ihnen Auswirkungen auf den Kauf von BIO-Produkten oder von energiesparenden Geräten (denn die sind ja meist ein bisschen teurer)?

Teil V – Weitere Fragen aus dem Forschungsprojekt

Wir haben hier noch einige Fragen, die für das Forschungsprojekt interessant sind. Die ersten Fragen beziehen sich auf Ihre Einschätzung zur Anpassung an den Klimawandel:

1. Haben Sie das Gefühl, Sie müssen sich auf den Klimawandel vorbereiten?

2. Ist Ihnen bekannt, dass es Warn- und Informationssysteme für Extremereignisse (Hochwasser, Hitze) gibt?

3. Halten Sie die Erhöhung der Deiche für eine sinnvolle Maßnahme zur Anpassung an den Klimawandel? Gibt es weitere bzw. andere Maßnahmen, die Sie für sinnvoll halten?

Nun folgen einige Fragen zu dem Bereich der Ernährungswirtschaft:

4. Sind Sie der Meinung, dass sich globale Klimaveränderungen auf die regionale Ernährungswirtschaft hier auswirken?

5. Rechnen Sie in Zukunft mit spürbaren Auswirkungen des Klimawandels auf das Angebot von Lebensmitteln?

→ Falls ja, welche Auswirkungen erwarten Sie?

6. Wer sollte sich in der Ernährungswirtschaft für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel verantwortlich zeigen? (Mehrfachnennungen möglich; ggf. erläutern)

Politik

Nichtregierungsorganisationen

In der Ernährungswirtschaft tätige Unternehmen und Landwirte

Konsumenten

sonstige (ggf. Nennung

weiß ich nicht

7. Wer zeigt sich Ihrer Meinung nach tatsächlich verantwortlich in der Ernährungswirtschaft? (Mehrfachnennungen möglich; ggf. verantwortlich)

Politik

Nichtregierungsorganisationen

In der Ernährungswirtschaft tätige Unternehmen und Landwirte

Konsumenten

sonstige (ggf. Nennung

weiß ich nicht

8. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht in Ordnung, um die Herstellung von Lebensmitteln an den Klimawandel anzupassen? (Mehrfachnennungen möglich)

Züchtung resistenter Getreide-, Obst- und Gemüsesorten sowie neuer Tierrassen

zunehmender Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln

zunehmender Einsatz von Medikamenten in der Tierhaltung

0 gentechnische Veränderung von Lebensmitteln

0 keine davon

Nun kommen noch einige Fragen zu dem Bereich der Energieversorgung:

1. Könnten Sie sich vorstellen, dass der Klimawandel (bzw. die Anpassung an den Klimawandel) Folgen für Ihre Versorgung mit Energie hat (ggf. konkretisieren z.B. Energieverfügbarkeit, Stromausfälle)?

2. Können Sie sich vorstellen, eine Klimaanlage in ihre Wohnung / ihr Haus zu installieren?

→ Und wenn ja, aus welchen Gründen?

→ Wenn nein, aus welchen Gründen nicht? Auch nicht mit regenerativer Energie, z. B. Solarstrom?

3. Unter welchen Bedingungen könnten Sie sich vorstellen, ihren Strombedarf selber zu erzeugen (Einschätzung der Umweltrelevanz, Informationsbedarf)?

4. Könnten Sie sich vorstellen, bestimmte elektrische Geräte (Waschmaschine, Kühlschrank, Geschirrspülmaschine etc.) in Ihrem Haushalt durch einen externen Dienstleister oder Ihr Energieversorgungsunternehmen steuern zu lassen (z. B. Vereinbarung, dass die Waschmaschine nachts läuft; Gerätebetätigung per Fernbedienung über Handy)? Vorteile: für Energieversorger der Zeitpunkt des Stromverbrauchs; für Nutzer/in: günstigere Tarife und Komfort

Und noch eine Frage aus dem Bereich der Lebensmittelproduktion:

5. Im Bereich Aufschnitt gibt es bei der Herstellung von Wurstwaren ein neues Verfahren: Vorgegarte Fleischerzeugnisse. Bei der Produktion wird weniger CO₂ ausgestoßen als bei konventioneller Wurstware. Für den Verbraucher ist von Vorteil, dass das Produkt bei nur geringer Kühlung zwei bis drei Monate haltbar ist. Insgesamt ist das Produkt daher mit einer niedrigen CO₂-Bilanz verbunden, ist also klimafreundlicher. Könnten Sie sich vorstellen, wegen der besseren CO₂-Bilanz vorgegarte Fleischerzeugnisse zu kaufen, auch wenn diese etwas teurer sind?

Teil VI – Einstellungen

Die Fragen zu den konkreten Aspekten zu Klimawandel und Preisentwicklungen sind damit abgeschlossen. Nun haben wir noch zwei Frageblöcke vorbereitet, bei denen uns Ihre Einstellungen zur Bedeutung unterschiedlicher politischer Themen und ihre Einschätzung zu allgemeinen Aussagen interessieren.

1. Hier haben wir eine Reihe von Aussagen. Bitte sagen Sie mir für jeden Satz anhand dieser Liste, in welchem Maße sie zustimmen oder nicht zustimmen.

	stimme voll und ganz zu	stimme weitgehend zu	teils/teils	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu
Es beunruhigt mich, wenn ich daran denke, unter welchen Umweltverhältnissen unsere Kinder und Enkelkinder wahrscheinlich leben müssen.					
Es gibt Grenzen des Wachstums, die unsere industrialisierte Welt schon überschritten hat oder sehr bald erreichen wird.					
Im Vergleich zur Industrie können wir Bürger nur wenig zur Energieeinsparung beitragen.					

Es sollte Gerechtigkeit zwischen den Generationen bestehen, wir sollten die Umwelt nicht auf Kosten der nachkommenden Generation ausplündern.					
Nach meiner Einschätzung wird das Umweltproblem in seiner Bedeutung von vielen Umweltschützern stark übertrieben.					
Wir Bürger können durch unser Kaufverhalten wesentlich zum Umweltschutz beitragen.					
Die landschaftliche Schönheit und Eigenart unserer Heimat sollte erhalten und geschützt werden.					
Wir sollten nicht mehr Ressourcen verbrauchen als nachwachsen können.					
Wenn wir so weitermachen wie bisher, steuern wir auf eine Umweltkatastrophe zu.					
Wenn es noch mehr Vorschriften gibt für den Naturschutz gibt, kann man bald überhaupt nichts mehr machen.					
Wissenschaft und Technik werden viele Umweltprobleme lösen, ohne dass wir unsere Lebensweise ändern müssen.					
Es sollte fairen Handel zwischen den reichen Ländern dieser Erde und den Entwicklungsländern geben.					

2. Ich lese Ihnen nun verschiedene politische Aufgabenbereiche vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie persönlich diese Aufgabe für sehr wichtig, eher wichtig, weniger wichtig oder für überhaupt nicht wichtig halten.

	sehr wichtig	eher wichtig	Weniger wichtig	Überhaupt nicht wichtig
Die Gesundheitsvorsorge sichern				

Die Bürger vor terroristischen Angriffen schützen				
Die Wirtschaft ankurbeln				
Für soziale Gerechtigkeit sorgen				
Bildungsangebote an Schulen und Hochschulen verbessern				
Für wirksameren Umweltschutz sorgen				
Den Bürger vor Verbrechen schützen				
Die Arbeitslosigkeit bekämpfen				
Die Verbraucher durch niedrigere Energiekosten finanziell entlasten				
Die Renten sichern				
Die soziale Integration von Migranten fördern				

Teil VII Sozioökonomische Daten – freiwillige Angaben

Geschlecht

- weiblich
 männlich

Alter

- 20 – 30 Jahre
 31 – 40 Jahre
 41 – 50 Jahre
 51 – 60 Jahre
 61 – 70 Jahre
 > 70 Jahre

Familienstand

- verheiratet und mit Ehepartner/in zusammenlebend
 nicht verheiratet und mit Partner/in zusammenlebend
 nicht verheiratet und ohne Partner/in lebend
 Sonstiges

Anzahl und Alter der Kinder, die im Haushalt leben

Keine im Haushalt lebende Kinder

- 0-3 Jahre
3-6 Jahre
6-10 Jahre
11-14 Jahre
15-18 Jahre
> 18 Jahre

Bildungsabschluss: Welches ist der höchste Bildungsabschluss, den Sie gemacht haben, und wie heißt dieser ganz genau?

.....

Erwerbstätigkeit

- nicht erwerbstätig
 Teilzeitbeschäftigung
 Vollzeitbeschäftigung
 keine Angabe

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen des Haushalts in Euro

- 0 < 900
- 0 900 – 1500
- 0 1501 – 2500
- 0 2501 – 3500
- 0 3501 – 4500
- 0 4501 – 5500
- 0 > 5500
- 0 keine Angabe